Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreich

5 · 2009

THEMA

Radar: Gemeinden messen wieder, aber Länder wollen Beteiligung ►16

PRAXIS

Abfallwirtschaft: Kein „Rosinenpicken“ bei flächendeckender Sammlung ►62

CHRONIK

Ausbildung: Run auf Bürgermeister-Seminare hält unvermindert an ►92

THEMA

Konjunkturmotor Gemeinde sollte wieder anlaufen

Die Erhöhung der Schwellenwerte und die Konjunkturpakete von Ländern und Bund sollten den Wirtschaftsmotor „Gemeinde“ wieder auf Touren bringen – KOMMUNAL berichtet exklusiv

SEITE 8

DVR: 0930 423

P.b.b. Verlagspostamt · 1010 Wien · 02 Z 032902M · ISSN:?1605-1440

PIPELIFE-ROHRSYSTEME. DIE UNSICHTBAREN VERSORGUNGSNETZWERKE.

Jeder braucht sie. Jeder nutzt sie. Keiner sieht sie. Die unsichtbaren Rohrsysteme für eine sichere Versorgung mit Wasser und Energie und für eine saubere Umwelt. Und Pipelife produziert sie. Spitzenprodukte, die höchste Qualitätsnormen erfüllen. Technisch ausgereifte Rohrsysteme, die gemeinsam mit der Pipelife-Beratungskompetenz zu dem werden, was unser Land braucht: Starke Lebensadern, die den lebenswichtigen Kreislauf von Ver- und Entsorgung sicherstellen. Rund um die Uhr und an jedem Ort. Gut, dass es Pipelife gibt.

STARKE LEBENSADERN FÜR UNSER LAND

PIPELIFE

EIN ROHR BEUGT VOR

Pipelife Austria GmbH & Co KG · 2355 Wr. Neudorf · Postfach 54 · IZ NÖ-Süd · Straße 1 · Objekt 27
Tel. 02236/67 02-0 · Fax DW -670 · office@pipelife.at · www.pipelife.at

Der Gemeindebund: Brückenbauer und Informationsplattform

Europa sind wir alle

So mancher Zeitgenosse kann oder will mit der in wenigen Tagen stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament wenig anfangen. Als ob wir nicht zuhause genug zu tun hätten, sollen wir zu einer Europa-Wahl gehen, obwohl wir dort nichts zu entscheiden haben, ist vielfach die Argumentation. Und in den Medien wird tagtäglich darüber spekuliert, wie niedrig denn die Wahlbeteiligung sein werde und wie hoch der Anteil der Protestwähler sein wird. Der Boden, auf dem eine derartige Haltung gedeihen kann, ist seit Jahren aufbereitet worden. Nach dem Motto „only bad news are good news“ wurde für alles Negative die Europäische Union verantwortlich gemacht, von der Abschaffung der Brettljause und des Salzstangerls bis zur Regulierung der Gurkenkrümmung. An jedem Stammtisch lauschte man gespannt, welche neuen Blödheiten den EU-Bürokraten eingefallen sind. Niemand widersprach, wenn die allgemein längst widerlegten Allgemeinplätze zum Besten gegeben wurden. Auch in den Gemeinden wird vielfach vergessen, wie viele Projekte erst überhaupt mit Hilfe der EU umgesetzt werden konnten.

Meist ist der verpflichtende Hinweis über die EU-Förderung verschwunden oder so versteckt, dass ihn kaum ein Mensch sehen kann. Für jedermann ist es selbstverständlich geworden, die Grenzen ohne lästige Zollformalitäten zu passieren und auf lästiges Geldwechseln in den meisten Nachbarländern verzichten zu können. Und keinem Schüler wird unterrichtet, dass wir dank dieser EU die längste Friedenszeit in der Geschichte unseres Raumes haben. Und so darf man sich nicht wundern, dass das Vertrauen in die EU bei den Menschen äußerst dürftig ist.

Der Österreichische Gemeindebund war immer ein Vorkämpfer eines gemeinsamen friedlichen Europas, und längst vor dem Beitritt Österreichs haben die Verantwortlichen der kommunalen Interessensvertretung Brücken zu allen europäischen Ländern geschlagen und versucht, partnerschaftliche Bande zu knüpfen, weil sie wussten, dass ein lebendiges Europa nicht von oben diktiert werden kann, sondern von unten nach oben wachsen muss. Und auch jetzt sind wir intensiv darum bemüht, in den europäischen Ländern Partner zu finden, die uns im Bemühen um ein Europa der regionalen Vielfalt unterstützen. Das ist nicht einfach, weil die meisten Staaten sehr zentralistisch ausgerichtet sind und der kommunalen Ebene wenig Spielraum einräumen. Aber das stete Bemühen trägt langsam Früchte und immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass alle Europäer zuerst einmal Gemeindebürger sind. Das gemeinsame Dach dieses Europas darf nicht alles in ein Korsett zwängen, sondern muss ausreichend Luft und Freiraum für die regionalen Eigenheiten bieten.

Dafür müssen wir uns engagieren. Resignieren und kritisieren allein ist der falsche Weg. Europa ist nicht ein fernes Gebilde, sondern eine ganz konkrete Ebene, die unser Leben prägt. Rund drei Viertel aller Entscheidungen, die von der EU getroffen werden, haben Auswirkungen bis in jede Gemeinde. Und so stimmt auch der Slogan „Europa sind wir alle“. Den Kommunalpolitikerinnen und -politikern kann es nicht egal sein, wenn die Menschen nicht zur Wahl gehen. Desinteresse trägt nicht dazu bei, unsere Stimme in Europa zu stärken. Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto stärker ist das Gewicht Österreichs mit seiner regionalen Struktur in diesem Europa. Dies den Bürgerinnen und Bürgern klar zu machen, ist eine wichtige kommunale Aufgabe.

Helmut Mödlhammer

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Europa ist nicht ein fernes Gebilde, sondern eine ganz konkrete Ebene, die unser Leben prägt. Rund drei Viertel aller Entscheidungen, die von der EU getroffen werden, haben Auswirkungen bis in jede Gemeinde. Und so stimmt auch der Slogan „Europa sind wir alle“.

THEMEN

Gemeindebund

10 Schwellenwerte: Begutachtungsverfahren sollte für Auftraggeber geregelt werden
14 Interview mit Wirtschaftsminister Mitterlehner: Höhere Schwellenwerte sollten Hunderte Millionen an Investitionen bringen
18 Aus für Wochenend-Einsichtnahme ins Wählerverzeichnis: Was lange währt, wird endlich gut
20 56. Österreichischer Gemeindetag in Vorarlberg: Lech am Arlberg bietet Nutur pur
22 Klimaschutz-Wettbewerb 2009: Gemeinden sind unverzichtbare Partner für den Klimaschutz
24 Gemeindebund-Umfrage zur Abfallwirtschaft: Das Wichtigste ist die Sicherung der Sammelqualität

Recht & Verwaltung

16 Verkehrsüberwachung durch Gemeinden: Es geht nur vordergründig ums Geld, die Sicherheit hat Vorrang

Finanzen

26 Spenden im Steuerreformgesetz 2009: Spenden für Gemeinden nur bedingt absetzbar

Europapolitik

29 Prag-Reise des Gemeindebundes: „Starmania“ in Prag
31 Ausschuss der Regionen (AdR): Kreativität und Talent helfen aus der Krise
32 15 Jahre AdR: Grundsatzerklärung zum Geburtstag
34 Interview mit Außenminister Michael Spindelegger: Ein „Europa-Gemeinderat“ wäre eine gute Idee
36 Europäischer Gemeindetag in Malmö 2009: Die Probleme sind bekannt bei den Gemeinden
38 Europawahl am 7. Juni 2009: Die EU ist nicht ohne Fehler, aber sicher ohne Alternative
39 Gemeindebund-Bürgermeisterreise nach Schweden: Stockholm, Heimat des glücklosen Schiffes

Impressum

Herausgeber:
Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:
Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:
Walter Zimper
Mag. Michael Zimper

www.kommunal.at

Redaktion:
Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Natalie Pillwatsch - DW 37
natalie.pillwatsch@kommunal.at
Tel.: 01/532 23 88

Anzeigenberatung:
Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at
Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:
Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:
www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:
Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Dr. Elisabeth Dearing (Bundeskanzleramt)
Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi (BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes),
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)
Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft & Arbeit)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)
Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)
Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz)
Mag. Christian Schneider (Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)
Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für europ. und Internationale Angelegenheiten
Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer)
Walter Zimper (Geschäftsführer)

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E." gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service" laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

ÖAK Druckauflage: 34.057 (Jahresdurchschnitt 2008)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der GemDat NÖ, der Bitschnau Gmb, der Hammerer System Beratung, der Firmen Pro-Intex und Regaltechnik.at sowie von AGCO Gmbh & Co bei.

PRAXIS

Wasser- und Kanalmanagement

52 Hauskanäle: Von der Planung bis zur Sanierung
54 Abnahme von Kanälen: Hat sich ein System etabliert, überwiegen die Vorteile
57 Ossiach: Erfahrungsbericht einer Kanalsanierung im innerstädtischen Bereich

Abfallwirtschaft

56 Abfallwirtschaftstagung: Müll ist zu wichtig, um einfach nur Müll zu sein
66 Interview mit VÖEB-Chef Robert Gruber: Kampf gegen Sonderbelastungen und fehlenden Müll
69 Zuständigkeiten: Wer verantwortet Altlasten?

Umwelttechnik

80 Bis 2020 rund 75.000 neue Arbeitsplätze

CHRONIK

92 Bürgermeisterseminare in Salzburg: Und sie wissen doch, was sie tun
95 NÖ Gemeindeberatungs- & FinanzierungsgmbH gegründet
96 KfV-Verkehrssicherheit: 3. ZVR-Verkehrsrechtstag
97 Wissenschaftspreis des Gemeindebundes: Spitzenforschung für die Kommunalpolitik
100 Aus den Bundesländern
104 Info-Mix
110 Service & Vorschau

Editorial

Walter Zimper
Geschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser!

An dieser Stelle möchte ich heute all unseren Bürgermeistern, Vizebürgermeistern, Amtsleitern und Gemeinderäten stellvertretend für das gesamte KOMMUNAL-Team ein aufrichtiges Dankeschön sagen. Bei unserer großen Leserbefragung, die wir in den ersten beiden Mai-Wochen durchführten, haben sich 23,3 Prozent der Gemeinden beteiligt. Nahezu jede vierte Gemeinde hat also aktiv mitgeholfen, Ihr KOMMUNAL noch besser und lesergerechter zu gestalten. Dabei hat jeder Teilnehmer durchschnittlich zwölf Minuten seiner kostbaren Zeit investiert – das ist nicht selbstverständlich und zeigt uns, dass es unseren Lesern wichtig ist, die Linie des offiziellen Organs des Österreichischen Gemeindebundes mitzugestalten.

Über die Detailergebnisse der Leserbefragung werden wir in unserer 150. Ausgabe Ende Juni ausführlich informieren. Jetzt schon aber wissen wir, dass sowohl kleine als auch mittlere und große Gemeinden mitgemacht haben. Wir wissen auch, dass sowohl frisch gewählte Gemeindemandatare als auch jene Bürgermeister und Amtsleiter mitgetan haben, die schon länger im Amt sind. Für alle Gemeinden und für alle kommunalen Entscheidungsträger da zu sein und handfeste Informationen für die Praxis zu liefern – das ist der Gründungsauftrag unseres KOMMUNAL und das wollen wir auch in Zukunft so halten. Die Zukunft wird noch mehr KOMMUNAL bringen – die 150. Ausgabe unseres Magazins nehmen wir zum Anlass, um noch näher bei den Lesern und noch stärker in den Gemeinden zu sein. In der Juni-Ausgabe erfahren Sie dazu alle Details. KOMMUNAL hat also sehr viel vor. Mit Ihrer Treue, Verbundenheit und aktiven Mitarbeit werden wir das nächste Kapitel unserer Erfolgsstory schreiben können. Und darauf freuen wir uns!

W. Zimper

THEMEN

Kommunalkredit: Fortbestand ist gesichert

Gute Nachrichten für Österreichs Gemeindebank Nr. 1

Staatssekretär Andreas Schieder (kleines Bild links) sieht den Fortbestand der Kommunalkredit gesichert.

Als gesichert sieht Finanzstaatssekretär Andreas Schieder laut dem Gemeindebund den Fortbestand der Kommunalkredit Austria an. Die Kommunalkredit habe ein Restrukturierungskonzept ausgearbeitet, das von der EU-Kommission noch genehmigt werden muss. Sobald es grünes Licht seitens der Kommission gebe, stehe einem Erhalt der Kommunalkredit nichts mehr im Weg. Damit sei für Gemeinden die Finanzierung wichtiger Projekte zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur gesichert, erklärte Schieder Mitte Mai in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Finanzminister Josef Pröll und Wirtschaftsminister Mitterlehner zum Thema „Haftung für Unternehmenskredite“. Auch

Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer zeigte sich erfreut. „Das ist ein wichtiges Signal für die Gemeinden“, so Mödlhammer. „Gerade jetzt sind Investitionen der Gemeinden wichtig, wir brauchen hier einen verlässlichen Finanzierungspartner. Neben der erreichten Anhebung der Schwellenwerte für kleinere Aufträge (siehe Bericht ab Seite 10 dieser Ausgabe) ist das ein zweiter wichtiger Erfolg in den vergangenen Wochen.“ Der Gemeindebund ist zuversichtlich, dass die Kommunalkredit auch weiterhin zu günstigen Konditionen Infrastrukturprojekte in den Gemeinden finanzieren werde. Nach der weitgehenden Verstaatlichung der Bank ist der Österreichische Gemeindebund ja mit 0,22 Prozent Anteil der einzige „private“ Miteigentümer des Instituts. **www.gemeindebund.gv.at**

Unser Gemeinde-Sparprogramm: Mehr Druckleistung, weniger Druckkosten!

Kostenersparnis-Info unter Tel. 02233/57 550
Berolina Österreich, 3021 Pressbaum, Hauptstraße 2

EU-Wahl: Österreichs EU-Delegation ruft per Online-Video zur Wahl-Teilnahme auf

Europa muss merkbar sein in den Kommunen

Europas Demokratiedefizit wird immer wieder von Kritikern beklagt. Manchmal zu Recht, immer dann, wenn europäische Entscheidungen nicht genug auf die nationalen, regionalen und lokalen Belange eingehen. Aus diesem Grund hat der Ausschuss der Regionen (AdR) gemeinsam mit dem EU-Parlament Wahlaufrufe führender österreichischer Politiker ins Internet gestellt. Unter anderem ruft Michael Häupl, Präsident des RGRE und Bürgermeister von Wien, in seiner Botschaft auf, wählen zu gehen, weil die Teilnahme allein deshalb wichtig ist, weil „den Städten und Gemeinden die Entscheidung über ihre eigene Gestaltung selbst überlassen bleiben soll“.
Neben dem Wiener Stadtchef haben auch Oberösterreichs Landeshauptmann Sepp Pühringer, Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa und Vorarlbergs Landtagspräsident Gebhard Halder Online-Botschaften ins Internet gestellt. Abrufbar sind diese kurzen Videoclips unter **www.cor.europa.eu** unter „Präsentation“.

UCLG-Bewerbung

Welt-Gemeindetag 2013 in Innsbruck?

Innsbruck bewirbt sich als Austragungsort für den Gemeindetag der United Cities and Local Goverments (UCLG) 2013. Dieser weltweite Gemeindetag findet alle drei Jahre statt, rund 3000 Vertreter von Kommunen nehmen daran teil. Im Zuge eines Gesprächs beim EU-Gemeindetag in Malmö wurde die Bewebung zwischen Innsbrucks Bürgermeisterin Elisabeth Zach und UCLG-Generalsekretärin Elisabeth Gateau abgesprochen. **www.cities-localgovernments.org**

Erfolg: Konjunkturpaket Thermische Sanierung erfolgreich angelaufen

1488 Ansuchen in knapp zwei Wochen

Seit Mitte April 2009 können (Mit-)Eigentümer/innen, Bauberechtigte oder Mieter/innen eines Ein- oder Zweifamilienhauses oder einer Wohnung um den „Sanierungsscheck“ des Bundes ansuchen. Im Zuge einer umfassenden Sanierung bzw. bei Wohnbauten wird auch die Einbindung einer thermischen Solaranlage, der Umstieg auf Holzzentralheizungsgeräte, ein Einbau von Wärmepumpen und der Umstieg auf bestimmte Erdgasbrennwertkessel in Kombination mit einer Solaranlage unterstützt. Grundlage zur Beurteilung der Förderfähigkeit ist der Energieausweis, dessen Ausstellung ebenfalls gefördert wird. Infos zu Förderbedingungen und Antragstellung sind bei allen Bausparkassen und Bankfilialen erhältlich. Das Ansuchen muss vor Beginn der Maßnahme bzw. Liefertermin und vor dem 31. Dezember 2010 vollständig ausgefüllt und mit allen Beilagen in Papierform eingereicht werden. Bis zum 29. April 2009 sind bereits 1488 Förderansuchen eingelangt.

Foto: BMLFUW/Kern

Die Bundesregierung stellt für die thermische Sanierung von Wohn- und Betriebsgebäuden einen „Sanierungsscheck“ zur Verfügung. Die Minister Reinhold Mitterlehner und Niki Berlakovich präsentieren die Maßnahmen.

Pflegekosten

Rückzieher in Kärnten

Laut einem Bericht im „Standard“ wird in Kärnten künftig wieder auf das Vermögen der Kinder (nicht aber der Enkelkinder) von Pflegeheim-Bewohnern zurückgegriffen. Experten kritisieren diesen Rückzieher als „kurzfristiges Denken“. Zudem befürchtet die Experten Hanna Mayer vom Institut für Pflegewissenschaften der Uni Wien und Caritas-Präsident Franz Küberl laut dem Bericht einen „Pflegetourismus“. Gemeint ist ein Umgehen des Regressanspruchs, indem sich Pflegebedürftige bei Kindern in einem anderen Bundesland anmelden.

berolina ...das Schriftbild
www.berolina.at
Anzeige

Pädak: Lehrerausbildung

Quereinstieg als Lehrer möglich

Die Pädagogische Hochschule in Linz ist laut einem Bericht der „OÖ Nachrichten“ österreichweit die einzige, bei der man sich ab kommenden Herbst nebenberuflich zum Pflichtschullehrer ausbilden lassen. Damit sollen Menschen aus anderen Berufen – die diese Erfahrungen dann weitergeben sollen – als künftige Pädagogen ausbilden lassen. Dieses Vorhaben von Bildungsministerin Claudia Schmied wurde im Regierungsabkommen fixiert.

Grenzübergänge: Gemeinden als mögliche Nach-Nutzer?

Was tun mit dem leeren Zollhaus?

Freie Fahrt also für EU-Bürger, aber was geschieht mit den ehemaligen Zollhäuschen? Die meisten dieser Liegenschaften gehören der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG).
Neben den ehemaligen Grenzkontrollstellen haben die nicht direkt an der Grenze liegenden Grenzüberwachungsposten (GÜPS) eine gute Chance, eine Nachnutzung zu finden. Zielgruppe Nummer eins hierfür sind Gemeinden. Denn in der Regel sind die GÜPS normale Bürogebäude, die mit einem vertretbaren Einsatz von Mitteln aus den jeweiligen Gemeinden zu Wohnungen umfunktioniert werden können. Mehr Probleme bereiten die großen Grenzübergänge. Mehr als eine „gute Infrastruktur“ haben diese nicht vorzuweisen.

Foto: BIG Business/www.big.at

Seit 2008 der Schengen-Raum erweitert wurde, gilt für rund 400 Millionen Europäer „freie Fahrt“. Übrig bleiben die Zollhäuser.

In einzelnen Fällen wurden trotzdem schon Nachnutzer gefunden, wie die Internetplattform Kommunalnet.at berichtet: Von Jausenstelle und Kiosk über temporäre Massagesalons bis hin zum horizontalen Gewerbe.

Humanitäres Aufenthaltsrecht: Neuregelung verhindert Antragsmarathon

Patenschaft entlastet öffentliche Hand

Künftig werden bei allen fremdenrechtlichen Verfahren die Gründe für einen humanitären Aufenthalt automatisch mitgeprüft. Für Altfälle, die seit dem 1. Mai 2004 durchgehend und überwiegend legal in Österreich aufhältig sind, wurde ein eigenes Antragsrecht geschaffen. Zentraler Bestandteil dabei ist die Möglichkeit einer Patenschaft, wenn Selbsterhaltungsfähigkeit, Unterkunft oder Unterhalt nicht gegeben sind. „Diese Novelle zum humanitären Aufenthalt schafft klare Regelungen, so dass es zu keiner Verlängerung der Verfahrensdauer kommt und kein zusätzlicher Antragsmarathon entsteht. In Zukunft sind keine Verfahrensverzögerungen möglich – humanitäre Fälle werden pragmatisch, rechtsstaatlich, menschenwürdig und im Einzelfall gelöst“, zeigt sich Innenministerin Maria Fekter bei der Bekanntgabe des Gesetzes Mitte März zufrieden. Der Antrag ist an den jeweiligen Landeshauptmann zu stellen, bei positiver Erledigung bedarf es der Zustimmung der Innenministerin. Diese wird nun durch einen beim BM.I eingerichteten Beirat beraten, der sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, des Städte- und Gemeindebundes und des BM.I zusammensetzt.
Mehr auf **www.bmi.gv.at**

Foto: Horvath

„Durch die Patenschaft kommt es zu einer besseren Integration und zur Entlastung der öffentlichen Hand.“ Innenministerin Maria Fekter.

Think Tank Bad Aussee: Kommunale Sommergespräche werfen Schatten voraus

Mehr Staat – weniger Privat?

Im Zentrum Östereichs, im malerischen Bad Aussee finden auch heuer wieder die Kommunalen Sommergepräche statt.

Wie in den vergangenen Jahren werden sich auch heuer Experten und Fachleute aus Politik, Wirtschaft, Finanzen in Bad Aussee treffen, um zu diskutieren. Aufgrund der politisch/wirtschaftlichen Entwicklung lautet das Thema heuer: „Mehr Staat – weniger Privat. Neue Prioritäten für Österreichs Städte und Gemeinden?“
Es ist eines der kommunalpolitischen Highlights: Seit 2006 trifft sich Österreichs Kommunalpolitik in Bad Aussee, um mit Fokus auf den kommunalen Sektor über Zukunftsfragen der öffentlichen Hand zu diskutieren. Initiiert vom Österreichischen Gemeindebund und der Kommunalkredit Austria, werden bei den „Kommunalen Sommergesprächen“ Meinungsführer und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie Schlüsselpersönlichkeiten aller drei Ebenen der öffentlichen Verwaltung zusammengeführt, um Ideen zu sammeln, Strategien zu entwickeln, Erfahrungen auszutauschen.
Die Sommergespräche finden zwischen 29. und 31. Juli statt. Unter dem Motto „Mehr Staat – weniger Privat. “ werden im Rahmen der geplanten Workshops, Arbeitsgespräche und Diskussionen die Effekte politischer Entscheidungen für Gemeinden transparent gemacht sowie Chancen im neuen Umfeld aufgezeigt.
Infos beim Österreichischen Gemeindebund, Dr. Erich Sieder, E-Mail: **erich.sieder@gemeindebund.gv.at** oder bei Kommunalkredit Austria AG, DI Christian Katona E-Mail: **c.katona@kommunalkredit.at**

(Stand 7. 5. 2009)

Krise: KMU erfasst?

Ist der Mittelstand auch betroffen?

Laut einer Umfrage des Gläubigerschutzverbandes Creditreform trifft die Wirtschaftskrise nun auch die Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Nur mehr 31,5 Prozent geben eine gute Geschäftslage an (2008: 60,4). Aber trotz weniger Umsatz, weniger Gewinn und Personalabbau: Die Betriebe scheinen für den Abschwung mit einer guten Eigenkapitalquote gerüstet. Wie Creditreform-Vorstand Helmut Rödl sagt: „Die Unternehmen haben aus der Vergangenheit gelernt.“

Tourismus: Branche stöhnt

Wifo sieht schwere Zeiten kommen

Österreichs Toursmuswirtschaft muss sich trotz höherem Werbebudget auf „magere Zeiten“ einstellen. Grund sind die steigenden Arbeitslosenzahlen. „Jobverlust und Urlaub gehen schwer zusammen“, wie Egon Smeral, Tourismusexperte des Wirtschaftsforschungsinstituts in einem „Standard“-Bericht ausführte.

Internet-Domains

Gemeinde muss gefragt werden

Eine 180-Grad-Wende in der Rechtsprechung bei Internetadressen hat der OGH in einem Urteil zum Fall **www.adnet.at** vollführt. Künftig muss eine Gemeinde gefragt werden, bevor eine Domain mit dem Gemeindenamen angemeldet werden kann. KOMMUNAL berichtet in der kommenden Ausgabe ausführlich.

Eine Information des Bundesministeriums für Finanzen

Die Steuerreform ist da. Und zwar dort, wo sie hingehört.

Bei den Steuerzahlern.

Für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird die Steuerreform schon jetzt spürbar – mit den höheren Nettogehältern, die ab Ende April überwiesen werden.Und das ist nur der Beginn der größten Steuerentlastung, die es seit Jahrzehnten in Österreich gab: Insgesamt 3,2 Milliarden Euro mehr in den Geldbörsen der Österreicherinnen und Österreicher.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir den Schwung dieser Steuerentlastung nutzen – mit mehr Kaufkraft, mehr Konsum und damit wieder mehr Wachstum und Arbeitsplätzen für unser Land.

Entlastung für alle. Gerade jetzt.

Niedrigere Tarife für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Einkommen bis 11.000 Euro im Jahr sind überhaupt steuerfrei. 510 Millionen Euro Entlastung für Familien mit Kindern – zusammen mit der 13. Familienbeihilfe praktisch ein 15. Monatsgehalt. Spenden an humanitäre Organisationen können erstmals abgesetzt werden.Von der Steuerreform 2009 profitieren alle, die Steuern zahlen. Und Familien mit Kindern ganz besonders.

Ein(e) Arbeiter(in) verdient monatlich € 1.900 brutto. Allein durch die Tarifentlastung zahlt er/sie in diesem Jahr € 520 weniger Steuern.

Entlastung für die Menschen. Stärkung für unsere Wirtschaft. Ich freue mich, dass die Steuerreform 2009 gerade jetzt spürbar wird. Nutzen Sie unser Service und informieren Sie sich. Denn ich will, dass jeder Euro Entlastung genau dort ankommt, wo er hingehört: In Ihrer Brieftasche.

www.entlastung2009.at

Josef Pröll
Finanzminister

BMF
BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Eignungsnachweise: Geplante Kostenreduktion für Auftraggeber und Bieter

Begutachtungsverfahren sollte für Auftraggeber geregelt werden

Bis 120.000 Euro Auftragswert bei Bauaufträgen (80.000 bei Dienstleistungsaufträgen) kann der Auftraggeber künftig auf die Vorlage von Eignungsnachweisen verzichten. Über diesen Grenzen ist der Auftraggeber vor Zuschlagserteilung verpflichtet, Eignungsnachweise zu verlangen. In der KOMMUNAL-Betrachtung kommt heraus, dass bei dem Prüf- und Vorbereitungsaufwand eine Regelung anzustreben wäre.

Dr. Katharina Hahnl

Mit der Schwellenwerteverordnung 2009, BGBl II 125/2009, wurden die Schwellenwerte betreffend die Wahl der Direktvergabe, des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung wie auch des nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung erhöht.

> Nach der geltenden Rechtslage hat der Auftraggeber festzulegen, mit welchen Nachweisen die Unternehmer ihre Eignung zu belegen haben, zum Beispiel Nachweis der beruflichen Befugnis durch einen Auszug aus dem zentralen Gewerbemelderegister ...

Bis zum 31. Dezember 2010 soll damit ein leichterer Zugang zu genannten Verfahrensarten ermöglicht werden.
Damit verbunden sollen zudem die Kosten für die Beschaffung von Leistungen, die Kosten für das Vergabeverfahren selbst reduziert werden.
Im Rahmen der beabsichtigten Novellierung des BVergG 2006[1] ist eine Reduktion der Kosten für an öffentlichen Aufträgen interessierte Unternehmer wie auch den Aufwand der dem BVergG 2006 unterliegenden Auftraggeber beabsichtigt.
Die Regelungen hinsichtlich des Nachweises und der Prüfung der Eignung von Bewerbern und Bietern sollen geändert werden.

Dr. Katharina Hahnl ist Vergaberechtsexpertin bei KWR Rechtsanwälte.

Wo sich nichts ändert

Nach §§ 19 Abs 1, 188 Abs 1 BVergG 2006 dürfen öffentliche Aufträge nur an geeignete Unternehmer vergeben werden. Unter Eignung werden die Befugnis, Zuverlässigkeit, technische Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit verstanden. Dieser vergaberechtliche Grundsatz ändert sich auch durch die beabsichtigte Novelle nicht. Weiters ändert sich nicht, dass die Eignung abhängig von der Verfahrensart zu einem bestimmten Zeitpunkt[2] (zum Beispiel Angebotsöffnung, Aufforderung zur Angebotsabgabe) vorliegen muss. Ändern sollen sich aber die Nachweisführung und der damit verbundene Aufwand:
Wie auch nach der geltenden Rechtslage hat der Auftraggeber festzulegen, mit welchen Nachweisen die Unternehmer ihre Eignung zu belegen haben, zum Beispiel Nachweis der beruflichen Befugnis durch einen Auszug aus dem zentralen Gewerbemelderegister, Nachweis der beruflichen Zuverlässigkeit durch einen Strafregisterauszug, Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit durch Angabe von Referenzprojekten.

Eigenerklärung kann Registerauszug ersetzen

Neu soll aber vorgesehen werden, dass die Vorlage dieser Eignungsnachweise durch eine Eigenerklärung gleichsam ersetzt werden kann.
In dieser Eigenerklärung haben Bewerber oder Bieter zu erklären, dass sie die vom Auftraggeber verlangten Eignungskriterien erfüllen und die festgelegten Nachweise auf Aufforderung beibringen können. In der Erklärung sind weiters die Befugnisse

Nach §§ 19 Abs 1, 188 Abs 1 BVergG 2006 dürfen öffentliche Aufträge nur an geeignete Unternehmer vergeben werden. Unter Eignung werden die Befugnis, Zuverlässigkeit, technische Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit verstanden.

Das unterschiedliche Informationsbedürfnis ergibt sich nach dem Begutachtungsentwurf etwa daraus, dass der Bieter erst vor kurzem geprüft wurde.
Zudem sollen Eignungsnachweise nur von jenen Unternehmern, die für den Zuschlag in Betracht kommen, und allenfalls nur vom präsumtiven Zuschlagsempfänger verlangt werden.

anzugeben, über die der Unternehmer konkret verfügt.
Nach dem Entwurf einer Novelle des BVergG 2006 muss sich die Eigenerklärung auf die konkret vom Auftraggeber verlangten Eignungskriterien beziehen. Eine bloß pauschale Erklärung, geeignet zu sein, entspricht diesen beabsichtigten Vorgaben nicht. Weiters sind die Befugnisse in der Eigenerklärung zu konkretisieren. Auch hinsichtlich der Befugnis soll eine generelle Erklärung, befugt zu sein, nicht genügen.
Der vorgeschlagene § 70 Abs 2 BVergG 2006 stellt es offensichtlich Bewerbern oder Bietern frei, entweder die vom Auftraggeber festgelegten Eignungsnachweise oder aber eine Eigenerklärung abzugeben.
Auftraggeber dürfen nur bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Vorlage von Eignungsnachweisen verlangen.
Nur unter bestimmten Voraussetzungen dürfen sich Auftraggeber nicht mit der Eigenerklärung zufrieden geben:
Zunächst wird dem Auftraggeber die Möglichkeit eingeräumt, lediglich bestimmte Nachweise anzufordern. Weiters kann die Vorlage auch nur von bestimmten Bewerbern oder Bietern verlangt werden. Das unterschiedliche Informationsbedürfnis ergibt sich nach dem Begutachtungsent-

wurf etwa aus der Plausibilität der Eigenerklärung oder daraus, dass der Bieter erst vor kurzem geprüft wurde[3].
Zudem sollen Eignungsnachweise nur von jenen Unternehmern, die für den Zuschlag in Betracht kommen, und allenfalls nur vom präsumtiven Zuschlagsempfänger verlangt werden.

Ab 120.000 Euro braucht es Eignungsnachweise

Erreicht der geschätzte Auftragswert eines Bauauftrages 120.000 Euro und eines Liefer- oder Dienstleistungsauftrages 80.000 Euro nicht, kann der Auftraggeber die Vorlage von Eignungsnachweisen verlangen, wenn dies erforderlich ist. Werden genannte Beträge erreicht oder überschritten, kann der Auftraggeber uneingeschränkt die festgelegten Eignungsnachweise anfordern. Nach dem Entwurf sollen keine Erforderlichkeit im Einzellfall wie auch keine Begründungspflicht des Auftraggebers notwendig sein[4]. Vor Zuschlagserteilung hat der Auftraggeber aber zwingend Eignungsnachweise vom Zuschlags-

„Größter Investor bleiben“

Gerade in der derzeitigen Situation ist es wichtig, die Konjunkturbelebungsmaßnahmen ohne großen Zeitverlust umzusetzen. Die Direktvergabe und die beschränkte Ausschreibung erlauben es den Gemeinden, die Unternehmen in der Region – wenn auch unter Einhaltung eines fairen und lauteren Wettbewerbs – verstärkt zu berücksichtigen. Für Vorarlberg erwarten wir für heuer ein Investitionsvolumen von rund 200 Mio. Euro. Die rückläufigen Steuereinnahmen stellen die Gemeinden in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Die derzeitige Zinsentwicklung sollte zumindest bei den Investitionen den Spielraum der Gemeinden aufrecht erhalten. Weiters hoffen wir, dass Bund und Länder ihre Förderungen auch künftig so gestalten, dass die Gemeinden ihre Funktion als größter öffentlicher Investor weiterhin wahrnehmen können.
Mag. Wilfried Berchtold, Bürgermeister von Feldkirch und Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes

„Mittel für die KMU nötig“

Wir als Industrie sehen es als Verpflichtung an, einiges für das wirtschaftliche Umfeld unserer Standorte beizutragen, so sollten auch die Gemeinden entsprechende Mittel für die in ihrer Umgebung befindlichen KMU zur Verfügung haben. Ich begrüße daher die Erhöhung der Schwellenwerte für freihändige Vergaben im Baubereich.
Otto Ordelt, Generaldirektor von Knauf

„Wirtschaft vor Ort beleben“

Die Anhebung der Schwellenwerte hat einen wesentlichen Vorteil: Sie bedeutet auf jeden Fall eine Beschleunigung der Verfahren und eine Möglichkeit, die Wirtschaft vor Ort besser zu betreuen und zu beleben. Es handelt sich dabei natürlich nur um eine Rahmenbedingung. Um zu investieren muss ja auch die Finanzierung sichergestellt sein.
Erwin Dirnberger, Bürgermeister von St. Johann-Köppling und Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes

Keine Schieflage: Der Begutachtungsentwurf wurde insofern kritisiert, als unter anderem Verfahrensverzögerungen durch nachträgliche Vorlage von Eignungsnachweisen und ein Rechtfertigungsbedarf des Auftraggebers bei Nachforderungen von Nachweisen befürchtet wurden.

empfänger zu verlangen.
Der Begutachtungsentwurf wurde insofern kritisiert, als unter anderem Verfahrensverzögerungen durch nachträgliche Vorlage von Eignungsnachweisen und ein Rechtfertigungsbedarf des Auftraggebers bei Nachforderungen von Nachweisen befürchtet wurden.

Ausblick

Abzuwarten bleibt, zu welchen Änderungen die Bedenken gegen den Begutachtungsentwurf führen. Eine Regelung, welche den Prüfaufwand für Auftraggeber und den Vorbereitungsaufwand für Bewerber und Bieter minimiert, ist jedenfalls anzustreben.

1 Vgl zum Begutachtungsentwurf der Novellierung des BVergG 2006 vgl die Homepage des Bundeskanzleramtes unter **http://www.bka.gv.at/site/5102/Default.aspx**
2 Vgl §§ 69, 230 BVergG 2006.
3 Vgl Begutachtungsentwurf, S 11 (Homepage des Bundeskanzleramtes unter **http://www.bka.gv.at/site/5102/Default.aspx)**
4 Vgl Begutachtungsentwurf, S 12 (Homepage des Bundeskanzleramtes unter **http://www.bka.gv.at/site/5102/Default.aspx)**

„Rasch und unbürokratisch“

Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Notwendigkeit ist es wichtig, wenn die Gemeinden im Sinne der Wirtschaft rasch und unbürokratisch handeln können. Gerade die Gemeinden haben viele Projekte fertig in den Schubladen liegen – und was der Wirtschaft hilft, hilft auch den Gemeinden. Durch die verschiedenen Konjunkturpakete der Bundesländer und der Bundesregierung ist auch das Geld vorhanden, die Investitionen umzusetzen.
Hans Ferlitsch, Bürgermeister von St. Stefan im Gailtal und Präsident des Kärntner Gemeindebundes

„Begrüße die Erhöhung“

Die Initiative des Österreichischen Gemeindebundes, den Schwellenwert für Direktkäufe von 40.000 Euro auf 100.000 Euro im Zuge des Konjunkturpaketes anzuheben, wird von der Bundessektion Ingenieurkonsulent der Bundekammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten ausdrücklich begrüßt.
Josef Robl, Vizepräsident der Bundeskammer und Vorsitzender der Bundessektion Ingenieurkonsulenten

Ich hoffe, dass die Anhebung der Schwellenwerte von den Auftraggebern als Chance verstanden wird, um jetzt Maßnahmen zur Konjunkturbelebung im fairen Wettbewerb rasch und unbürokratisch umzusetzen. Gerade Bautätigkeiten müssen aufgrund ihres positiven Beschäftigungseffekts so schnell wie möglich in Angriff genommen werden. Mit der Anhebung ist nur ein erster Schritt getan, jetzt müssen die anstehenden Projekte auch umgesetzt werden.
Hans-Werner Frömmel, Bundesinnungsmeister der Geschäftsstelle Bau/WKÖ

„Wirtschaft wird unterstützt“

Insbesondere in den momentan schwierigen wirtschaftlichen Zeiten trägt die Anhebung der Schwellenwerte maßgeblich zur Konjunkturbelebung bei. Durch diese Maßnahmen können kleinere Aufträge künftig schneller an die lokale Wirtschaft vergeben werden und tragen die Gemeinden so maßgeblich bei, die Wirtschaft schnell und zielgerecht zu unterstützen.
Wilfried Haslauer, Landeshauptfraustellvertreter und Gemeindereferent des Bundeslandes Salzburg

Wirtschaftskrise, thermische Sanierung, Verschrottungsprämie, Lehrlingsprämie

Höhere Schwellenwerte sollten hunderte Millionen bringen

In Zeiten wie diesen ist der Wirtschaftsminister nicht nur ein überaus wichtiger Mann, seinen Aussagen wird auch mehr Gewicht zugemessen als sonst üblich. KOMMUNAL sprach mit Reinhold Mitterlehner über die Bedeutung der Schwellenwert-Anhebung und seine Erwartungen, die thermische Sanierung und warum es für Gemeinden nicht auch sowas gibt, die Verschrottungsprämie und die Bedeutung der Lehrlingsausbildung auch in der Krise.

Die Förderung zur thermischen Sanierung für Private und KMU (Klein- und Mittelbetriebe) scheint sich zu einem Renner zu entwickeln. Wie ist denn derzeit der Stand der Anmeldungen? Ist noch viel von den 100 Millionen übrig?
Bisher wurden mehr als 3000 nicht-rückzahlbare Zuschüsse für die thermische Sanierung von Wohngebäuden beantragt. Die Fördersumme beläuft sich auf rund elf Millionen Euro. Zusätzlich haben bereits 184 Betriebe einen Antrag gestellt. Die Bausparkassen, die mit der Abwicklung der Förderanträge für Privathaushalte betraut sind, haben insgesamt an die 20.000 Beratungsgespräche geführt. Das ist eine sehr positive Zwischenbilanz nach nur vier Wochen.

Die Umsetzung der geförderten Maßnahmen zur thermischen Sanierung bringen bereits Einsparungen in der Höhe von insgesamt etwa 5,3 Millionen Tonnen CO_2. ... All dies stützt die Wirtschaft und somit auch die Gemeinden.

Dr. Reinhold Mitterlehner über die Gründe, warum es für die Gemeinden kein eigenes Förderpaket „Thermische Sanierung“ geben wird

Ist daran gedacht, den Topf neu zu füllen oder aufzustocken? Und wenn ja, wann?
Wie bereits erwähnt, ist die Aktion sehr gut angelaufen. Wir müssen uns jetzt ansehen, wie sich die Nachfrage in den kommenden Monaten entwickelt. Erst dann werden wir über mögliche Nachfolgemodelle diskutieren.

Die Gemeinden betreuen in ganz Österreich rund 65.000 Häuser und Gebäude. Besteht die Aussicht, dass Förderungen zur thermischen Sanierung auch für Gemeinden zugänglich werden?
Die Förderung der thermischen Sanierung ist klar auf Unternehmen und Bürger ausgerichtet. Sie hilft aber auch den Gemeinden, indem sie durch das zusätzliche Auftragsvolumen an Unternehmen wie Installateuren, Fenstererzeuger und Baufirmen in Höhe von 650 Millionen Euro Arbeitsplätze sichert und schafft und somit für ein steigendes bzw. zumindest gleich bleibendes Aufkommen an der Kommunalsteuer sorgt.

Vergibt die Regierung mit diesem Nein nicht die Chance, einen enormen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft zu leisten? Und wird gleichzeitig nicht die Möglichkeit vergeben, einen Riesenschritt für die Klimapolitik zu tun?
Die Umsetzung der geförderten Maßnahmen zur thermischen Sanierung bringen bereits Einsparungen in der Höhe von insgesamt etwa 5,3 Millionen Tonnen CO_2. Die Bundesregierung setzt derzeit auch viele andere Konjunkturbelebungsmaßnahmen. All dies stützt die Wirtschaft und somit auch die Gemeinden.

Von der thermischen Sanierung zur Klimapolitik und hier besonders zur „Alternativen Energie“ ist es nur ein kleiner Schritt. Welche Art der Unterstützung gibt es denn für Gemeinden, die hier aktiv werden wollen?
Österreich verfügt über ein sehr weitreichendes Fördersystem auf den Gebieten der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energien. Die Hauptlast der Förderaufwendungen tragen sicherlich die Bundesländer.
Jedoch bestehen auch seitens des Bundes vielfältige Förderaktionen für die Energiekonsumenten und auch für Erzeuger von Energie aus erneuerbaren Quellen. Nutznießer davon sind meist Private, manche Bundesländer fördern aber auch Gemeinden.
Auch im Rahmen der EU-Regionalförderungen können diese Mittel vom Bund im Wege von Kofinanzierungen für bestimmte

förderwürdige Vorhaben lukrieren.

Unter „Alternative Energie“ fällt ja auch neben Nah- und Fernwärme die Biomasse, die Wind- und Solarenergie. Fällt das nicht eher in den Zuständigkeitsbereich des Umweltministers?
Gemäß Bundesministeriengesetz fällt die Energiepolitik, die selbstverständlich auch die diversen Formen erneuerbarer Energie mit einschließt, unter die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers. Es ist aber selbstverständlich so, dass wir unsere Maßnahmen koordinieren. Die zuletzt in der Öffentlichkeit präsentierte Auftaktveranstaltung zur gesamtösterreichischen Energiestrategie ist ein Beispiel einer gemeinsam gesetzten Initiative.

Wie zufrieden sind Sie denn aus Sicht der Wirtschaft mit dem kürzlich beschlossenen Konjunkturbelebungspaket? Vor allem die Anhebung der Schwellenwerte freut die Wirtschaft, zumindest die Lokale.
Ich bin mit den Konjunkturbelebungsmaßnahmen sehr zufrieden, sie zeigen bereits Wirkung. So hat zum Beispiel die Austria Wirtschaftsservice (AWS) nach Aufstockung der Kredite und Haftungen im ersten Quartal bereits um 13 Prozent mehr Fördermittel vergeben als im Jahr davor. Auch die Nachfrage nach der thermischen Sanierung und der Ökoprämie zeigen, dass die Maßnahmen im Kampf gegen die Krise wirken und bei den Menschen ankommen.
Die Anhebung der Schwellenwerte ermöglicht eine Beschleunigung des Auftragsverfahrens durch die Gemeinden. Ein Ausschreibungsverfahren ist beispielsweise bei Aufträgen im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich jetzt erst ab Aufträgen über 100.000 Euro notwendig, statt wie bisher ab 40.000 Euro. Damit können die Gemeinden aktiv einen Beitrag zur schnellen und zielgerichteten Krisenbewältigung leisten und konjunkturwirksame Impulse zur Stärkung der lokalen Wirtschaft setzen.

Wie viele Investitionen erwarten Sie sich denn aufgrund der Erhöhung der Schwellenwerte?
Im Sommer wird es durch diese Maßnahme zu Vorzieheffekten kommen. Das betrifft hauptsächlich Investitionen im Bau- und Baunebengewerbe sowie im Handwerk. Die Schätzung über die Wirkung der Maßnahme liegt bei einigen hundert Millionen Euro.

Im Sommer wird es durch diese Maßnahme (Erhöhung der Schwellenwerte, Anm. d. Red.) zu Vorzieheffekten kommen. Das betrifft hauptsächlich Investitionen im Bau- und Baunebengewerbe sowie im Handwerk. Die Schätzung über die Wirkung der Maßnahme liegt bei einigen hundert Millionen Euro.

... über seine Erwartungen zur Erhöhung der Schwellenwerte

Falls wider Erwarten die Anhebung der Schwellenwerte nicht ausreicht, um die Wirtschaft zu stützen bzw. anzukurbeln: Welche Optionen hat die Bundesregierung noch, um die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise zu mildern?
Die österreichische Bundesregierung unterstützt Österreichs Bürger und Unternehmen im Rahmen von zwei Konjunkturpaketen und der Steuerreform mit insgesamt mehr als sechs Milliarden Euro. Damit wird der Inlandskonsum weiter gestärkt und die Unternehmen haben dadurch mehr Möglichkeiten, Investitionen zu tätigen. Es sind aber zusätzlich internationale Lösungen gefragt, denn nur gemeinsam kann man die globale Krise lösen.

Wenn die Wirtschaftskrise voll zuschlägt, ist mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenraten und auch der Sozialausgaben zu rechnen. Die Gemeinden tragen jetzt schon einen großen Teil der Last im Sozialbereich und werden also hier zu den Hauptbetroffenen zählen. Gibt es dazu schon Szenarien, wie man den Gemeinden in Fall des Falles helfen könnte?
Diese Frage fällt in den Zuständigkeitsbereich von Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

KOMMUNAL-Geschäftsführer Walter Zimper sprach mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner unter anderem darüber, dass Österreich über ein sehr weitreichendes Fördersystem auf den Gebieten der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energien verfügt. Dieses Thema wird eines der Schwerpunktthemen der August-Ausgabe von KOMMUNAL sein.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder die Bedeutung der Gemeinden als „Lehrherr“ unterstrichen worden. Die Gemeinden haben die Verantwortung auch ernst genommen und viele Lehrlinge ausgebildet. Jetzt hört man immer mehr, dass die Lehrlinge zu den Ersten gehören, die aufgrund der Krise den Job verlieren werden. Gibt es hier Initiativen, die gegensteuern?
Ich hoffe nicht, dass Gemeinden Lehrlinge vor die Tür setzen. Und damit es bei der Jugendausbildung trotz Wirtschaftskrise keinen Rückschritt gibt, werde ich in den kommenden Wochen mit österreichischen Betrieben die Aktion „Pakt für Ausbildung“ starten. Damit soll der Ausbildungsstand der Jugendlichen trotz Krise gesteigert werden. In jedem Bundesland werden wir mit den 15 größten Lehrlingsausbildern eine Vereinbarung bzw. Erklärung abschließen, die darauf abzielt, den Lehrlingsstand entsprechend zu halten. Seit Juli 2008 gibt es auch ein neues, finanziell sehr attraktives System der Lehrlingsförderung. Gebietskörperschaften sind zwar ausgenommen, ausgegliederte Betriebe von Gemeinden können die Förderungen aber natürlich in Anspruch nehmen.
Jugendliche, die keinen regulären Ausbildungsplatz in Unternehmen finden, werden in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen ausgebildet. Derzeit gibt es rund 12.000 Plätze, die bei Bedarf aufgestockt werden können. Wichtig ist, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt, weil das für die Zukunft der Jugendlichen, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen sehr wichtig ist.
Weiters möchte ich auf den „Tag der Lehre“ hinweisen, der dieses Jahr am 13. Oktober stattfinden wird und die Lehre als attraktive Ausbildungsalternative zur Schule aufzeigen soll.

Die aktuelle Entwicklung auf dem Automarkt zeigt, dass selbst so traditionsreiche und große Autohersteller wie der US-Konzern Chrysler insolvent werden können. Österreichs Autoindustrie steht trotz der Krise und nicht zuletzt durch die Verschrottungsprämie ganz gut da. Wie voll ist dieser Topf noch beziehungsweise wenn er leer ist, wird er bei uns auch wie in Deutschland neu gefüllt werden? Kommt eine „Verschrottungsprämie 2“?
Die Ökoprämie ist ein voller Erfolg. Sie wurde bereits 12.000-mal vergeben, das entspricht etwas mehr als einem ein Drittel der zur Verfügung gestellten Mittel. Die Prämie soll aber ein Impuls für die Autoindustrie sein und keine taktischen Käufe unterstützen, daher wird die Maßnahme auch nicht verlängert beziehungsweise wird es keine „Reservierungen“ geben.

Eine abschließende Frage zur Europawahl am 7. Juni: was ist aus Ihrer Sicht das Bedeutende an der Wahl und wie würden Sie jemanden überzeugen, hinzugehen?
Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte und das größte Friedensprojekt Europas. Österreich hat bisher durch die geografische Nähe zu den neuen Mitgliedstaaten viel profitiert. Gerade in einer Wirtschaftskrise braucht man jetzt eine gesamteuropäische Krisenbewältigung mit zwischenstaatlich koordinierten Maßnahmen für die Konjunkturbelebung. Als kleines Land mit einem Exportanteil an der Wirtschaftsleistung von 60 Prozent benötigt Österreich in dieser Phase die gesamte Stärke der EU. Protektionismus und Nationalismus werfen uns in diesem Prozess Jahre zurück. Welchen Weg Österreich in der Zukunft geht, wird am 7. Juni entschieden.

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte und das größte Friedensprojekt Europas. Gerade in einer Wirtschaftskrise braucht man jetzt eine gesamteuropäische Krisenbewältigung mit zwischenstaatlich koordinierten Maßnahmen für die Konjunkturbelebung.

Reinhold Mitterlehner über die Bedeutung der Europäischen Union

Mag. Nicolaus Drimmel

Im Sommer vergangenen Jahres hatten die Datenschützer jegliche Weitergabe von den durch die Gemeinden erhobenen digitalisierten Daten von „Rasern“ unterbunden. Die jüngste Meldung betrifft allerdings nur ein Teilproblem der Materie, die leider schon seit vier Jahren zur Unzufriedenheit der Gemeinden unerledigt blieb. Damals hatte der Verfassungsdienst eine durchaus funktionierende Praxis in den Gemeinden gestoppt, selbst Radarmessungen durchzuführen und die Ergebnisse schließlich der Strafbehörde in den Bezirkshauptmannschaften zum vereinfachten Verfahren zu übermitteln.
Das Ergebnis dieser Entscheidung war für alle Beteiligte unzufriedenstellend. Der bisher sehr sinnvolle und schlanke Verwaltungsablauf würde unnötiger Weise verkompliziert. Es durften private Firmen im Auftrag der Gemeinde zwar messen, dann musste aber eine Anzeige erfolgen, die ein aufwändigeres Verfahren nach sich zog. Der Österreichische Gemeindebund hat seitdem seine Forderung nach einer Vereinfachung der gesetzlichen Lage immer wieder bei dem für die Novellierung der Straßenverkehrsordnung zuständigen Verkehrsministern erhoben. Dass seit dem Jahr 2005 keine substanziellen Fortschritte erzielt wurden, liegt allerdings auch an der Zögerlichkeit einiger Bundesländer, die in der Haltung des Gemeindebundes, die übrigens auch vom Städtebund geteilt wird, vordergründig eine Geldbeschaffungsaktion sehen. Aus den jüngsten Pressemeldungen ist jedoch zu lesen, dass es offensichtlich finanzielle Begehrlichkeiten der Bundesländer sind, die eine Lösung bisher erschwert hatten.

Bei den Verkehrsüberwachungen geht es nur vordergründig ums Geld

Sicherheit der Menschen in den Gemeinden hat Vorrang

Ende April erreichte die Gemeinden eine Nachricht, dass gemeindeeigene Radarmessungen doch wieder erlaubt sein sollen. Eine Vertreterin der Datenschutzkommission wurde dahingehend zitiert, dass jene Radarüberwachungen, die von Gemeinden, ohne von einer Verkehrsbehörde beauftragt zu sein, vorgenommen werden, unter bestimmten Bedingungen wieder zulässig sind.

Die finanziellen Aspekte sind nicht der Hauptgrund der Initiative, wohl aber auch eine wichtige Einnahmequelle zur Schulwegsicherung und anderer Investitionen zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit.

Freilich ist es so, dass die Strafgelder aus Übertretung der StVO im Wesentlichen dem Straßenerhalter und damit auch den Gemeinden zukommen. Die Gemeinden erhalten das längste öffentliche Straßennetz. Sie kennen die neuralgischen Zonen nicht nur im Überland, sondern vor allem in den sensiblen Verkehrsbereichen der Ortskerne, wo sich regelmäßig Kinder vor Schulen und Spielplätzen aufhalten. Tatsache ist, dass sich mehr als die Hälfte der schweren Unfälle, die durch Raser verursacht werden, auf Gemeindestraßen ereignen. Den Verantwortlichen in den Gemeinden geht es um Lebensqualität und Sicherheit in ihrem unmittelbaren Umfeld. Daher sind die finanziellen Aspekte nicht der Hauptgrund der Initiative, wohl aber auch eine wichtige Einnahmequelle zur Schulwegsicherung und anderer Investitionen zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit.

Anfang Mai sind Gemeindebund und Städtebund mit dem Ersuchen an Verkehrsministerin Bures herangetreten, eine Anpassung der StVO umzusetzen, durch die eine automatisierte Verkehrsüberwachung im Auftrag oder durch Gemeinden in ein effizientes Verfahren eingebettet werden soll. Dafür, so die kommunalen Spitzenverbände, sollten die Bundesländer zu konstruktiven Gesprächen eingeladen werden. Fest steht schon jetzt, dass die Gemeinden wieder Radarmessungen durchführen dürfen. Wenn sich die Länder jedoch gegen eine Verwaltungsvereinfachung in ihrem Bereich wehren, steht ihre Forderung nach einer Beteiligung an den Strafgeldern der Gemeinden auf tönernen Füßen.

OReg.Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

Mödlhammer will Gipfelgespäch

Bisher erhielten die Kommunen zwischen 80 und 100 Prozent der Strafgelder. Ab jetzt wollen die Länder an diesem Kuchen mitnaschen, denn ihnen entstehe ein Verwaltungsaufwand. Die Gemeinden kontern: Durch das Ausstellen der neuen Reisepässe mit Fingerabdrücken trifft auch sie ein Mehraufwand, für den sie nicht entschädigt werden.
Bei den Radarstrafen geht es um viel Geld, daher wünschen sich die Gemeinden mehr Autonomie. Mödlhammer unternahm einen Vorstoß bei Innenministerin Maria Fekter und Infrastrukturministerin Doris Bures: „Wir wollen eine Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO). Die soll es den Gemeinden ermöglichen, selbst Geschwindigkeitsmessungen machen zu dürfen. Und zwar durch fix aufgestellte Radargeräte“, denn die Sicherheit stehe im Vordergrund. Derzeit sind nur Bezirkshauptmannschaften und Magistrat befugt, Geschwindigkeitsmessungen anzuordenen oder durchzuführen. Gemeinden, die weniger als 10.000 Einwohner haben, kassieren bei der Jagd auf Raser 100 Prozent des Strafgeldes – Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern bekommen 80 Prozent. Laut Mödlhammer soll das auch nach der geforderten Änderung der StVO so bleiben. Mehr auf **www.gemeindebund.gv.at**

Aus für sonntägliche Einsichtnahme ins Wählerverzeichnis

Was lange währt, wird endlich gut ...

Die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis an Sonntagen ist nicht mehr obligat. Diese bereits aus den Zwanziger-Jahren stammende Regelung wurde 1996 in die Europawahlordnung übernommen. Sie lässt sich dort in fast allen Wahlrechtskodifikationen finden. KOMMUNAl zeigt auf, dass mit dem Ende der Wochenend-Einsichtnahme eine regelmäßig wiederkehrende Forderung des Gemeindebundes nun berücksichtigt wurde.

Mag. Robert Stein

Die Rahmenbedingungen in dieser Zeit, aber auch noch in der Nachkriegszeit, simpel und einfach dargestellt: Die Gemeinden führen die Wählerevidenz mit Karteikarten. Vor jeder Wahl bilden sie händisch mit vorgedruckten Formularen Wählerverzeichnisse. Abschriften für die Parteien werden getätigt. Die Wahlberechtigten können in einem zehntägigen Einsichtszeitraum beim Gemeindeamt nachsehen, ob sie auch tatsächlich im Wählerverzeichnis aufscheinen und können sich selbst oder andere in das Verzeichnis hinein- oder hinaus reklamieren. Bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse gibt es eine Reihe von Fehlerquellen. Weit verbreitet ist die „Sechs-Tage-Woche“. Viele Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer können das Gemeindeamt nur am Sonntag aufsuchen. Die Regelung, so wie sie war, hatte also absolut ihre Daseinsberechtigung.

> In der Zweiten Republik hat sich die Rechtslage über Jahrzehnte nicht geändert, sieht man von einer Verkürzung des Einsichtszeitraumes für jene Gemeinden ab, die als Fleißaufgabe freiwillig Hauskundmachungen bereitstellen.

In der Zweiten Republik hat sich die Rechtslage über Jahrzehnte nicht geändert, sieht man von einer Verkürzung des Einsichtszeitraumes für jene Gemeinden ab, die als Fleißaufgabe freiwillig Hauskundmachungen bereitstellen. Auch in die Europawahlordnung ist sie 1996 unverändert eingeflossen. Die eingesetzte Technik hingegen war nach und nach mit der Technik der Zwanziger-Jahre schon lange nicht mehr vergleichbar. Erst wurde die Wählerevidenzen und in der Folge die Europa-Wählerevidenzen lokal mit EDV-Unterstützung geführt, später brachte eine De-facto-Verknüpfung der Wählerevidenzen mit dem ZMR eine praktisch hundertprozentige Sicherheit mit sich, dass das Wählerverzeichnis auch mit der Wählerevidenz übereinstimmt.

Mag. Robert Stein ist Leiter der Abteilung III/6 Wahlangelegenheiten im Innenministerium

Erhebung führte zu Umdenken

Die Folge war, dass die Menschen in Österreich gewohnt waren, bei jeder Wahl immer verlässlich im Wählerverzeichnis aufzuscheinen. Das Interesse, diesen Umstand im Vorfeld zu einer Wahl bei der Gemeinde jedes Mal nachzuprüfen, wurde immer geringer, umso mehr, als es ja in immer mehr und in immer kleineren Gemeinden als zusätzliche Absicherung die Hauskundmachung gab. Obwohl vom Österreichischen Gemeindebund regelmäßig eingefordert, konnte sich jedoch der Bundesgesetzgeber lange nicht dazu durchringen, an der Regelung der Zwanziger-Jahre etwas zu ändern. Wesentlichen Anstoß für einen Meinungsumschwung gab dann aber eine vom Bundesministerium für Inneres im Vorfeld zur Bundespräsidentenwahl 2004 durchgeführte Erhebung des Zustroms bei der Möglichkeit der Einsichtnahme an Wochenendtagen. Es stellte sich heraus, dass an diesen Tagen im ländlichen Raum so gut wie niemand von der Möglichkeit der Einsichtnahme Gebrauch gemacht hat, selbst im urbanen Raum war die Nachfrage mehr als überschaubar. Seit diesem Zeitpunkt gab es ein konstruktives Nachdenken. Hierbei wurde auch nach einem „Ersatz“ für die Möglichkeit der Einsichtnahme gesucht.

Eine im Vorfeld zur Bundespräsidentenwahl 2004 durchgeführte Erhebung des BMI über den Zustrom bei der Möglichkeit der Einsichtnahme an Wochenendtagen brachte die Wende. Es stellte sich heraus, dass an diesen Tagen im ländlichen Raum so gut wie niemand von der Möglichkeit der Einsichtnahme Gebrauch gemacht hat.

Im Vorfeld zur Europawahl 2009 war es dann endlich soweit. Die Regierungsparteien ließen in enger Abstimmung mit Innenministerin Dr. Maria Fekter in den Initiativantrag, der an sich Änderungen beim Briefwahl-Prozedere zum Gegenstand hatte, eine Neuregelung der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse einfließen. „Punktgenau“ für die Europawahl 2009 wurde im Parlament beschlossen, dass Gemeinden an Sonntagen die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse weiterhin einräumen dürfen, aber nicht mehr anbieten müssen. Der Grund, dass der Gesetzgeber nicht auch den Samstag in diese Novelle einbezogen hat, ist darin zu suchen, dass es unbeschadet des berechtigten Wunsches der Interessenvertretungen der Städte und Gemeinden der Wunsch war, dass es einem Arbeiternehmer oder einer Arbeitnehmerin weiterhin möglich sein soll, in das Wählerverzeichnis Einsicht zu nehmen, ohne sich beim Arbeitgeber „freinehmen“ zu müssen. Da das Offenhalten der Amtsstuben an Sonntagen für die Gemeinden wegen der Überstundenkosten wesentlich mehr Kosten verursacht hat, als die Öffnung an Samstagen nach sich zieht, muss die jetzige Regelung als fairer Kompromiss angesehen werden.
Bei der Suche nach einer adäquaten gesetzlichen Neuregelung wurden Ideen, in der Rechtsordnung für die Möglichkeit der Einsichtnahme ein Surrogat zu verankern, auf dringende Empfehlung zahlreicher Expertinnen und Experten aufgegeben. Die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis via Internet erscheint im Zeitalter dieser neuen Technologie zwar sehr verlockend, mit einem Missbrauch durch Adressverlage wäre aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu rechnen gewesen.

Da sich die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung des Wahlrechts, insbesondere bei der Abwicklung der Briefwahl, aber vieles vorgenommen hat, ist damit zu rechnen, dass der Gesetzgeber rechtzeitig vor der Bundespräsidentenwahl 2010 die jetzt in Kraft gesetzte Regelung auf alle Wahlereignisse ausdehnen wird.

„Punktgenau“ für die Europawahl 2009 wurde im Parlament beschlossen, dass Gemeinden an Sonntagen die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse weiterhin einräumen dürfen, aber nicht mehr anbieten müssen.

Ein Wermutstropfen bleibt

Ein Wermutstropfen bleibt weiterhin zu vermelden. Vorerst gilt die neue Regelung nur für Europawahlen. Da sich die Bundesregierung – festgeschrieben im Regierungsübereinkommen – bei der Weiterentwicklung des Wahlrechts, insbesondere bei der Abwicklung der Briefwahl, aber vieles vorgenommen hat, ist damit zu rechnen, dass der Gesetzgeber rechtzeitig vor der Bundespräsidentenwahl 2010 die jetzt in Kraft gesetzte Regelung auf alle Wahlereignisse ausdehnen wird.

56. Österreichischer Gemeindetag 2009 in Vorarlberg

Lech bietet Bürgermeistern Natur pur in den Bergen

Der 56. Österreichische Gemeindetag am 10. und 11. September 2009 steht auch im Zeichen des Sanften Tourismus. Die Anreise mit dem Bürgermeisterzug, ein autofreier Veranstaltungsort, wo alles nur ein paar Minuten zu Fuß weg ist, und eine beeindruckende Hochgebirgs-Natur.

Mit einem Sonderzug der ÖBB kommen die meisten Teilnehmer schon am Mittwoch, 9. September, in Lech am Arlberg an. Tags darauf beginnt der 56. Österreichische Gemeindetag, der unter dem Motto „Natur erleben – Kultur schaffen“ steht. Im Anschluss an die Eröffnung geht es auf die so genannte „Gemeindemeile“ Aber nicht nur auf der „Gemeindemeile“. können Erfahrungen sowie Vorstellungen ausgetauscht werden, sondern auch beim Galaabend, dem Festakt am Freitagvormittag und insbesondere im Zuge des umfangreichen Rahmenprogramms.

Nachmittags die Natur erleben

Inmitten der Alpen verspricht Lech in den schneefreien Monaten ausgiebigen Wanderspaß. Das umfassende Wanderprogramm bietet für jeden das Richtige: Anfänger entscheiden sich für eine leichte Route entlang des Flusses Lech oder eine Heilkräuterwanderung. Leicht Fortgeschrittene wandern rund um den Spullersee, und die Bergsteiger unter den Teilnehmern erklimmen die Berge um Lech.

Geschichte und Kultur

Doch Lech steht auch für Kunst, Kultur und Geschichte: Bei einem historischen Dorfrundgang erfährt man, wie sich der von den Walsern gegründete Ort zu einem Wintersportort mit internationalem Ruf entwickelt hat (*siehe auch Kasten rechts*).

Ökologisch wertvoll

„Wir sind uns unserer Verantwortung der Umwelt gegenüber bewusst und haben in den vergangenen Jahren viel hinsichtlich Ökologie und Nachhaltigkeit investiert“, so Bürgermeister Muxel. Dementsprechend zeigt sich auch das Rahmenprogramm des Gemeindetages von seiner ökologischen Seite: So gibt es eine spezielle Führung rund um das

56. ÖSTERR. GEMEINDETAG
LECH AM ARLBERG
10. | 11. SEPTEMBER 2009

Information

Da es für alle Programmpunkte begrenzte Teilnehmerzahlen gibt, sollte man sich besser früher als später entscheiden bzw. anmelden. Ausführliche Informationen zum Rahmenprogramm des Österreichischen Gemeindetages 2009 findet man unter **www.gemeindetag.at**

Die Teilnehmer können auf der Gemeindemeile viel mehr über Lech erfahren. Zudem bieten die Organisatoren und die Gemeinde dadurch eine hervorragende Plattform für den gegenseitigen Austausch.

Wilfried Berchtold, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes

Thema künstliche Beschneiung, einen Spaziergang durch das im Winter autofreie Oberlech oder einen Besuch im „Gästewald“. Selbstverständlich wird auch eine Exkursion zum Biomasse-Heizwerk Lech angeboten. Dieses vor zehn Jahren umgesetzte Energieprojekt war jedoch erst der Anfang, erklärt Ludwig Muxel: „Wir haben hier eine zukunftsweisende Richtung eingeschlagen, die durch den Bau von zwei weiteren Biomasseheizwerken in Oberlech und Zug fortgesetzt wurden.“

Lech am Arlberg und eine lange „bergige“ Geschichte

▸ **642**
Der Name Lech als Flussbezeichnung erscheint erstmals als „Licca“ in einer Urkunde.

▸ **1059**
Kaiser Heinrich IV. schenkt ein großes Jagdgebiet rund um den Widerstein dem Bischof von Augsburg.

▸ **um 1300**
Die Dauerbesiedelung der Landschaft am jungen Lech erfolgt durch die Walser, die aus dem Westschweizer Kanton Wallis stammen und das Hochtal roden. Um sie zur Siedlungsnahme in der kargen Gebirgslandschaft zu gewinnen, werden ihnen besondere Rechte und Freiheiten zugestanden. So erhalten sie u. a. ein eigenes Gericht, das sich im „weißen Haus“ gegenüber dem Hotel Krone befindet.

▸ **1574 und 1635**
Die Pest wütet in Lech, zahlreiche Menschen fallen ihr zum Opfer.

▸ **1806**
Aufhebung des Walsergerichts: Tirol und Vorarlberg müssen während der napoleonischen Kriege an das Königreich Bayern abgetreten werden.

▸ **bis 1895**
Bergbauern leben ausschließlich von Milchwirtschaft und Viehzucht. Im Winter sind sie oft von der Außenwelt abgeschnitten.

▸ **1906**
Eine neue, hoffnungsvolle Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs beginnt mit dem Aufkommen des Skisports.

▸ **1923/24**
In den Zwanziger-Jahren erlebt besonders Zürs einen wirtschaftlichen Aufschwung. Aus einer Alpsiedlung entsteht bald ein internationaler Wintersportort. Die ersten Gruppenskikurse für Gäste werden angeboten.

▸ **1937**
Der erste Schlepplift Österreichs wird in Zürs gebaut. Die Weltwirtschaftskrise der Dreißiger-Jahre und der Zweite Weltkrieg unterbrechen den wirtschaftlichen Aufschwung.

▸ **seit 1949**
Der internationale Gästeverkehr setzt wieder ein und führt zu einer raschen Aufwärtsentwicklung, die eine starke Bautätigkeit zur Folge hat.

▸ **heute**
Lech und Zürs haben rund 1500 Einwohner und verfügen über 8300 Gästebetten. Jährlich weisen die beiden Orte insgesamt fast eine Million Übernachtungen auf, davon etwa 850.000 im Winter und 150.000 im Sommer.

Das Programm

Mittwoch, 9. September 2009

Anreise mit einem Sonderzug der ÖBB – Empfang der Teilnehmer des Österreichischen Gemeindetages

Donnerstag, 10. September 2009

10.00 Uhr Eröffnung des Österreichischen Gemeindetages auf dem Rüfikopfplatz im Ortszentrum, Begrüßung durch Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und Bgm. Ludwig Muxel, Lech am Arlberg

Von 10.30 bis 18.00 Uhr Rundgang auf der „Gemeindemeile“, eingerichtet im Zentrum der Gemeinde Lech; Präsentation von regionalen Produkten und Kunsthandwerk

Nachmittagsprogramm (Auswahl):
- Geologische Wanderung „Steinernes Meer“
- Botanische Wanderung im Naturschutzgebiet Gipslöcher
- Sonnenaufgangswanderung (6.00 Uhr morgens)
- Biomasseheizwerke Lech und Zug
- Das Geheimnis unter dem Schnee
- Autofreies Lech und ÖPNV
- Renaturierung im alpinen Raum und Besuch im Gästewald
- Historischer Dorfrundgang
- Führung durch das Sporthaus Strolz
- Litera-Tour – Lesungen bekannter Vorarlberger Autoren

ab 19.30 Uhr Galaabend im Festzelt

Freitag, 11. September 2009

ab **9.00 Uhr Eintreffen der Teilnehmer** im Festzelt und musikalische Begrüßung durch die Militärmusik Vorarlberg

ab 9.30 Uhr 56. Österreichischer Gemeindetag mit Empfang von Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer

Mehr Infos und Details auf **www.gemeindetag.at**

Stand: 18. Mai 2009

Größter Klimaschutz-Bewerb für Gemeinden

Gemeinden sind unverzichtbare Partner für den Klimaschutz

Besonders klimafreundliche Gemeinden haben mit ihren Ideen, Maßnahmen und Aktionen zur Bewusstseinsbildung und für die nachhaltige Energienutzung eine Chance auf den Preis „Österreichs Klimaschutzgemeinde 2009“.

Dr. Robert Hink

Der Wettbewerb „Österreichs Klimaschutzgemeinde 2009“ bietet die Möglichkeit, kleine und große Projekte an eine breite Öffentlichkeit zu bringen. Zum zweiten Mal zeichnen heuer Verbund, Gemeindebund und Lebensministerium besonders klimafreundliche Initiativen mit dem Preis aus. In diesem Jahr sind die Kategorien nicht nach Themengebieten, sondern nach Gemeindegrößen eingeteilt (*siehe Fact-Box rechts*). Damit sollen kleinere Gemeinden noch bessere Chancen haben.

Gemeinden sind Vorbilder

Denn Kommunen kommt eine besonders wichtige Rolle in der Bewusstseinsbildung für den Klimaschutz und in der nachhaltigen Energienutzung zu. Viele Gemeinden engagieren sich intensiv in diesem Bereich und motivieren damit die Bevölkerung, ebenfalls verstärkt zum Schutz des Klimas beizutragen. Schließlich haben Gemeinden einen direkten Draht zu den Bürgern und leisten mit ihrer Arbeit Vorbildwirkung, indem sie zum Beispiel als Bauherren bei neuen Gebäuden auf die Nutzung erneuerbarer Energieformen achten. Darüber hinaus leisten sie mit Schulprojekten, Infoveranstaltungen, Förderaktionen und Beratungen viel kreative Arbeit in der Bewusstseinsbildung für den Klimaschutz.

vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Die oö. Gemeinde Windhaag bei Freistadt setzt seit Jahren Akzente mit nachhaltiger Energienutzung.

> Gemeinden leisten mit ihrer Arbeit Vorbildwirkung, indem sie zum Beispiel als Bauherren bei neuen Gebäuden auf die Nutzung erneuerbarer Energieformen achten.

Auf den großen Erfolg ihrer Ausstellung „Unser Weg nach Übermorgen in die Energieunabhängigkeit“ folgte 2008 die Einbindung der Jugend mit dem Projekt „Blicke nach Übermorgen“. Bei 22 Workshops wurde 393 Jugendlichen der Themenbereich „Energie – Klima – Kostengerechtigkeit“ näher gebracht. Höhepunkt war ein zweitägiges Jugendsymposium, bei dem Jugendliche ihre Forderungen, Ansprüche und Fragen für eine gute Zukunftsentwicklung in einer Podiumsdiskussion oö. Spitzenpolitikern präsentieren konnten.

Positive Beispiele

Weitere Positivbeispiele sind unter anderen der „Energiebaukaster® Munderfing“ aus OÖ und der „Energiewanderweg“ der nö. Landjugend Hürm. Gemeinsam mit der Energiewerkstatt GmbH hat Munderfing einen „Energiebaukasten®“ konzipiert, der es Gemeinden ermöglicht, ein lokales Energiekonzept zu erstellen. Dieser wird bereits vom Land OÖ und anderen Gemeinden verwendet. DieLandjugend Hürm zeigt auf einem eigens errichteten Rundwanderweg erneuerbare Energiequellen in Hürm auf und fördert so das Verständnis der Bevölkerung für den Klimaschutz.
In der Stadt Laakirchen etwa läuft heuer das Programm „U.L.L.I“ (Unseren Lebensraum Laakirchen Intensivieren). Dabei wurde eine Reihe von Projekten umgesetzt, wie ein Gemeinschaftseinkauf von Solaranlagen, Maßnahmen zum Energiesparen im Verkehr und im Haushalt sowie Gebäudethermographie-Aktionen. Zudem setzt die Stadtgemeinde selbst auf Energie-Contracting und achtet bei der Errichtung von neuen Gebäuden wie Rathaus oder Sicherheitszentrum auf die Nutzung erneuerbarer Energieformen. Am Wettbewerb nimmt auch die Energieregion „RUF“ (Regionalverein Untere Feldaist), bestehend aus den vier Gemeinden Hagenberg, Pregarten, Unterweitersdorf und Wartberg teil. Ein Arbeitskreis erstellt ein dichtes Veranstaltungsprogramm und unterstützt bei zahlreichen Projekten, zum Beispiel einer Online-Energiebuchhaltung oder dem Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach eines Gemeindeamts.
Auch bewusstseinsbildende Maßnahmen sind wichtig, wie etwa das Projekt der Greifenburger Hauptschüler, die die CD „Alternative Energie – unsere letzte Chance“ produzierten. Ebenso gibt es dann wiederum technisch und finanziell aufwändige Projekte wie das der Ökoregion Kaindorf, bei dem sich sechs Gemeinden auf den „Weg zur CO_2-Neutralität“ gemacht haben. Oder jenes der Gemeinde Markt Hartmannsdorf, die mit Photovoltaikanlagen und einer Ökostromtankstelle für

Foto: Verbund/Petra Spiola

Und der Einsatz der Gemeinden wird auch belohnt: Insgesamt 90.000 Euro Preisgeld werden vergeben, zusätzlich erhalten die Sieger eine Ortstafel „Klimaschutzgemeinde 2009“ in Realgröße – so wie sie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Umweltminister Niki Berlakovich und Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber präsentieren.

E-Fahrzeuge „Strom vom Himmel“ geholt hat.

Solarpark Werfenweng

Eine Vorzeigegemeinde beim Thema Energieeffizienz ist Werfenweng. Neuestes Projekt ist die Errichtung eines Solarparks im Ortszentrum. Geplant als „Edutainment-Park“ soll er für Jung und Alt offen stehen und das Thema Sonnenenergienutzung leicht verständlich und erlebnisorientiert aufbereiten. Er fügt sich in das Gesamtkonzept „Sanfte Mobilität Werfenweng“ ein. In der Gemeinde existieren bereits ein Sonnenkraftwerk, ein Solarturm, eine Solar-Tankstelle für Elektrofahrzeuge, Solar-Straßenbeleuchtung, ein Solar-Rastplatz sowie Solar-Litfaßsäulen. Als Ergänzung zu den zahlreichen bestehenden Initiativen wird nun der Solarpark realisiert. Kofinanziert wurde das Planungsprojekt aus Mitteln der Europäischen Union und des Landes Salzburg. Der Solarpark wird in einer gestalteten Parklandschaft im Ortszentrum eine sinnesorientierte Auseinandersetzung mit dem Thema Sonnenenergienutzung ermöglichen, als eine Art „Kurpark der Sonnenenergie“. Abweichend von einer klassischen Lehrpfad-Konzeption wird der Solarpark das Thema modern aufbereiten, etwa in Form von Skulpturen und Installationen.

„Mein Ziel ist es, Österreich unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen. Die Gemeinden sind dabei wichtige Partner und Vorbilder bei der Nutzung erneuerbarer Energie.“ Schon im Vorjahr war das Interesse der Gemeinden groß. Rund 80 Projekte wurden für den Wettbewerb eingereicht. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer zeigt sich von diesem Erfolg begeistert: „Es gibt so viele hervorragende Projekte in den Gemeinden, die wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten. Keines davon ist zu klein oder zu groß, um eingereicht zu werden. Das ist die Chance, ihre Bemühungen auch an eine große Öffentlichkeit zu bringen.“ Mit dem Klimaschutzwettbewerb können Gemeinden zeigen, was sie leisten.

> Schon im Vorjahr war das Interesse der Gemeinden riesengroß. Rund 80 Projekte wurden für den Wettbewerb eingereicht.

Fact-Box

Klimaschutz-Gemeinde 2009

WER? Teilnehmen können alle Gemeinden Österreichs sowie Projekte interkommunaler Zusammenarbeit. Pro Gemeinde bzw. Region darf ein Projekt eingereicht werden. Es gelten Projekte, die von der Gemeinde initiiert wurden bzw. mit ihrer Beteiligung stattfinden (auch aus Schulen, Kindergärten etc.). Auch bereits ausgezeichnete Projekte können eingereicht werden, mit Ausnahme der drei Sieger des Wettbewerbs „Klimaschutzgemeinde 2008“.

WAS? Projekte im Bereich Erneuerbare Energie und Energieeffizienz (d. h. Erzeugung, Verbrauch bzw. Einsparung von Strom und Wärme) sowie auch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung dazu. Es gelten bereits abgeschlossene Projekte (Abschluss nach 1. 1. 2007); Projekte in Umsetzung; Konzepte mit Aussicht auf Umsetzung bis 31. 12. 2010.

KRITERIEN? Innovationsgrad, dauerhafte Energie- und Kosteneffizienz, Energie- und Emissionseinsparungen, Einbettung in ein Energiekonzept, Vorbildwirkung.

KATEGORIEN:
- kleiner als 1500 Einwohner
- 1500 bis 5000 Einwohner
- mehr als 5000 Einwohner und Gemeindeverbände bzw. Energieregionen

WANN? Die Einreichfrist läuft noch bis zum 14. 6. 2009 über ein Online-Formular auf w**ww.kommunalnet.at/klimaschutzgemeinde**

PREISGELDER :
In jeder Kategorie werden drei Gewinner ausgewählt und in einer Siegerehrung prämiert. Alle neun Preisträger erhalten Preisgelder in der Gesamthöhe von 90.000 Euro. In jeder Kategorie gibt es für den 1. Platz 18.000 Euro, für den 2. Platz 8000 Euro und für den 3. Platz 4000 Euro.

Gemeindebund-Umfrage bringt klare Worte zur Abfallwirtschaft

Das Wichtigste ist die Sicherung der Sammelqualität

Klare Worte finden die österreichischen Gemeinden zu den aktuellen Problemen der Abfallwirtschaft. Mehr als 400 Gemeinden haben an einer Blitz-Befragung des Gemeindebundes teilgenommen, die Ergebnisse sind sehr eindeutig: 98 Prozent loben getrennte Sammlung der Verpackungen.

„Gerade weil in den vergangenen Wochen und Monaten Entwicklungen in der Abfallwirtschaft auch in den Medien immer wieder Thema waren, wollten wir direkt von den Gemeinden wissen, wo sie die Probleme sehen“, erklärt Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink den Grund für diese Blitz-Umfrage. „Für uns ist es wichtig, Informationen und Erfahrungen aus erster Hand zu haben“, so Hink. So könne man die eigene Verhandlungsposition für die Gemeinden noch besser konkretisieren und untermauern. „Uns ist – ebenso wie den Gemeinden – sehr bewusst, was für ein wichtiges Thema das ist“, so Hink, der sich bei mehr als 400 Gemeinden fürs Mitmachen bedankte. „Es ist von großer Bedeutung, dass die Kommunen an Umfragen des Gemeindebundes teilnehmen, das ist die Basis für unsere Arbeit. Mir ist klar, dass die Mitarbeiter/innen in den Gemeindeämtern oft zur Teilnahme an Umfragen aufgefordert werden. Wenn jedoch der Gemeindebund fragt, dann ist es wirklich wichtig“, warb der General auch für noch kommende Befragungen des Gemeindebundes.

Die „Abfall“-Umfrage

Das am wenigsten überraschende Ergebnis der Umfrage: 100 Prozent der teilnehmenden Gemeinden sind Mitglied eines Abfallverbandes. Rund 75 Prozent dieser Gemeinden finden, dass die Zusammenarbeit mit ihrem Verband sehr gut funktioniert, 21 Prozent bewerten das Verhältnis als gut. Wirklich unzufrieden ist also kaum eine Gemeinde mit der Zusammenarbeit.

Auch noch eindeutig ist die Antwort auf die Frage, ob man in den Gemeinden schon etwas vom Preisverfall am internationalen Altstoffmarkt gehört hat. Ja, lautet hier die Antwort und zwar zu 100 Prozent. Von den Problemen, die diese Preiseinbrüche hervorrufen, sehen sich noch nicht alle Gemeinden betroffen. 43 Prozent der befragten Gemeinden bekommen unmittelbare Folgen dieses Preisverfalls schon direkt zu spüren, 57 Prozent erkennen bislang keine Auswirkung auf ihre eigene Gemeinde.

> Eindeutig die Antwort auf die Frage, ob man in den Gemeinden schon etwas vom Preisverfall am internationalen Altstoffmarkt gehört hat. Ja, lautet hier die Antwort und zwar zu 100 Prozent.

Deutlich zu erkennen ist auch, wie wichtig den Gemeinden und der Bevölkerung die getrennte Sammlung von Altstoffen ist. „Dieser Weg hat sich durchgesetzt und ist durchgängig anerkannt“, so Hink. „Die getrennte Sammlung ist in den Köpfen der Menschen fix verankert.“ Demzufolge ist auch 99 Prozent der Gemeinden wichtig, dass die bisher vorhandene Servicequalität bei der Trennung in vollem Umfang erhalten bleibt.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass auch bei der vom ARA-System organisierten getrennten Sammlung von Verpackungen 40 Prozent den Ist-Zustand als „Sehr gut“ bezeichnen und weitere 58 Prozent die Note „Gut“ vergeben.

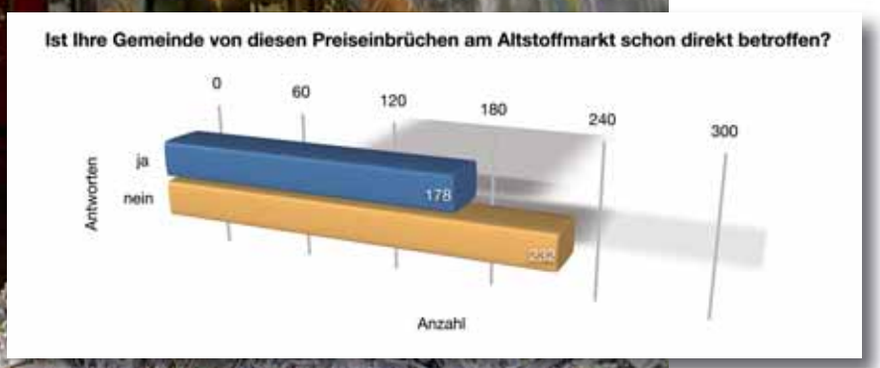
In einem offenen Feld konnten schließlich die Befragten eigene Verbesserungsvorschläge anbringen. „Es ist ungewöhnlich, dass ein solches Feld so gut und so intensiv genutzt wird“, zeigte sich Hink positiv überrascht. „Wir sind noch am detaillierten Auswerten dieser Anregungen, einen ersten Überblick haben wir aber schon gewonnen.“

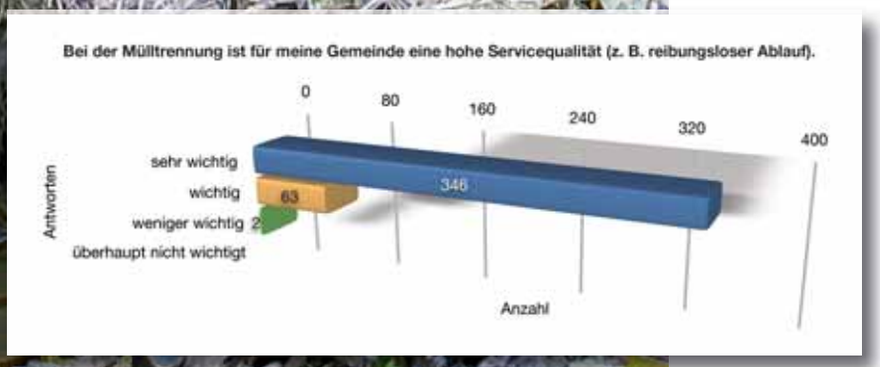
Trotz einer offensichtlich hohen Zufriedenheit mit der Abfallwirtschaft in den Gemeinden gab es zahlreiche Verbesserungsvorschläge oder Anmerkungen: Viele spiegelten die Bedenken der Gemeindevertreter wider, dass mehr Wettbewerb bei der Verpackungssammlung im Haushaltsbereich mit weniger Mit-

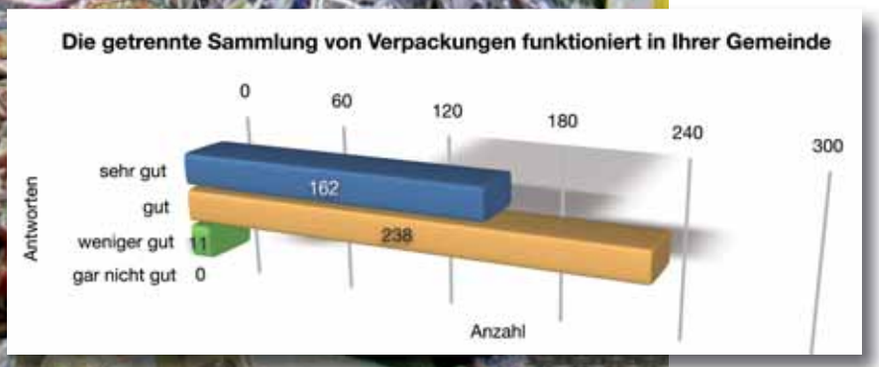
Die getrennte Sammlung ist in den Köpfen der Menschen fix verankert.

Robert Hink über die Tatsache, dass es 99 Prozent der Gemeinden wichtig ist, die bisher vorhandene Servicequalität bei der Trennung in vollem Umfang zu erhalten

Viele Antworten spiegelten die Bedenken der Gemeindevertreter wider, dass mehr Wettbewerb bei der Verpackungssammlung im Haushaltsbereich mit weniger Mitsprache der Gemeinden und zusätzlichen Belastungen für die Bürger einhergehen.







sprache der Gemeinden und zusätzlichen Belastungen für die Bürger einhergehen. Auch der Gemeindebund hat schon vor geraumer Zeit Forderungen in den Diskussionsprozess der neuen Verpackungsverordnung eingebracht, die eine solche Entwicklung verhindern sollen.
Die Vereinheitlichung der getrennten Sammlung in ganz Österreich war eine weitere Anregung, die vorwiegend von Gemeinden mit vielen Zweitwohnsitzen oder vielen Tagespendlern vorgebracht wurde. Einige Befragte beklagten die schlechte Sammel- und Trennmoral mancher Gemeindebürger und wünschten sich mehr Überwachung oder intensivere Kommunikation, um auch die letzten schwarzen Schafe zu bekehren. Aber auch sehr konkrete Forderungen im lokalen oder regionalen Bereich wurden vorgebracht. Das reichte von längeren Öffnungszeiten der Altstoffsammelzentren über die Verkürzung von Entleerungsintervallen der Behälter bis zur Ausdehnung der Papiersammlung mit Papiertonnen für jede Liegenschaft.
Besonders erfreulich: Es gab auch explizites Lob, verbunden mit der Aufforderung, an der aktuellen Situation und den gebotenen Leistungen nichts zu verändern. Gemeindebund-General Robert Hink: „Noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle, die hier mitgemacht und damit unsere Arbeit unterstützt haben. Wir haben damit ein sehr repräsentatives Bild der Abfallwirtschaft in den Gemeinden gewonnen.“
43 Prozent der Teilnehmer haben in ihrer Gemeinde übrigens die Funktion des Amtsleiters, 20 Prozent der Teilnehmer waren Bürgermeister/innen, die restlichen Teilnehmer entweder Referenten im Gemeindeamt oder Gemeinderäte.

Spendenabsetzbarkeit durch das Steuerreformgesetz 2009[1] – Teil 2

Für Gemeinden nur bedingt absetzbar

Wie KOMMUNAL in seiner April-Ausgabe berichtete, wurden durch das Steuerreformgesetz 2009 Spenden an bestimmte Vereine steuerlich absetzbar. Erfahren Sie diesmal, welche Voraussetzungen jene Vereine und Einrichtungen erfüllen müssen und welche Gemeinden von der neuen Spendenabsetzbarkeit profitieren können.

Private und Unternehmer können -– zusätzlich zur bisherigen Spendenregelung – seit 1. 1. 2009 Spenden an begünstigte Organisationen von der Steuer absetzen, wenn diese bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Dr. Ursula Riedmüller
Mag. Dr. Raimund Heiss

Welche Zwecke sind begünstigt?
Die Z 3 des neuen § 4a EStG dehnt die Spendenabzugsfähigkeit auf folgende Bereiche aus:

§ 4a Z 3 lit a EStG
Mildtätige Zwecke, die in der EU oder im EWR gefördert werden.
Mildtätig (humanitär, wohltätig) sind solche Zwecke, die darauf gerichtet sind, hilfsbedürftige Personen zu unterstützen. Voraussetzung für Mildtätigkeit ist die Hilfsbedürftigkeit der Unterstützten.
Bei der Hilfsbedürftigkeit wird zwischen materieller und persönlicher Hilfsbedürftigkeit unterschieden.

Mag. Dr. Raimund Heiss ist Finanzstadtrat in Neulengbach

Dr. Ursula Riedmüller ist Kommunalexpertin bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgmbH

Materielle Hilfsbedürftigkeit *ist gegeben, wenn die hilfsbedürftige Person die Mittel zur Finanzierung eines bescheidenen Lebens für sich und jede mit ihr in Familiengemeinschaft lebende unterhaltsberechtigte und ebenfalls hilfsbedürftige Person nicht aufbringen kann. Für die Beurteilung der materiellen Hilfsbedürftigkeit sind Einkommen und Vermögen maßgeblich.*
Persönliche Hilfsbedürftigkeit *ist gegeben, wenn Personen aufgrund ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Verfassung auf fremde Hilfe angewiesen sind.*
Bei materieller oder persönlicher Hilfsbedürftigkeit ist Unterstützung beispielsweise durch Sach- und Dienstleistungen, Beratung, persönliches Gespräch (etwa Essen auf Rädern, Telefonseelsorge) möglich.
Entwicklungshilfe *in Entwicklungsländern lt Liste der ODA-Empfängerstaaten des Entwicklungshilfeausschusses der OECD (DAC).*
Katastrophenhilfe weltweit
Katastrophen wie Erdbeben, Brand- und Explosionskatastrophen, Hochwasser-, Erdrutsch-, Vermurungs- und Lawinenschäden, kriegerische Ereignisse, Terroranschläge oder sonstige humanitäre Katastrophen (etwa Seuchen, Hungersnöte, Flüchtlings katastrophen).

§ 4a Z 3 lit b EStG
Das ***Sammeln von Spenden*** *für die oben genannten Zwecke.*
Welche Voraussetzungen muss eine mildtätige Einrichtung bzw eine Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe-Einrichtung erfüllen?
▸ Es muss sich um eine österreichische juristische Person des privaten Rechts (AG, GmbH, Verein, Stiftung nach Bundes- oder Landesrecht, kirchliche Stiftung, Privatstiftung, Fonds, Anstalt), eine österreichische Körperschaft des öffentlichen Rechts, einen Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

Damit der Spender seine Spende als Betriebsausgabe bzw. Sonderausgabe absetzen kann, muss er einen Nachweis für die Leistung der Spende erbringen können.

oder eine vergleichbare Körperschaft eines EU- bzw EWR-Staates handeln.

► Die Einrichtung muss die Voraussetzungen gemäß den §§ 34 ff BAO erfüllen: In der schriftlichen Rechtsgrundlage (etwa Satzung, Statut, Gesellschaftsvertrag, Stiftungsurkunde) muss die ausschließliche Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke bzw von Zwecken der Entwicklungshilfe oder der Katastrophenhilfe verankert sein, wobei die Einengung auf bestimmte Bereiche zulässig ist. Dabei muss statutarisch sichergestellt werden, dass die spendenbegünstigten Zwecke verfolgt werden. Die in der Rechtsgrundlage vom Zweck getrennt aufgezählten ideellen Mittel müssen zur Zweckverfolgung bestimmt und geeignet sein. Die finanziellen Mittel müssen ebenfalls angeführt sein. Außerdem muss der Ausschluss der Gewinnerzielungsabsicht verankert sein.
Es dürfen ausschließlich begünstigte Zwecke gefördert werden; die zur Verfügung stehenden Mittel dürfen nur unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ausgegeben werden; es darf kein unangemessen hohes Vermögen angehäuft werden.
Die begünstigten Zwecke müssen unmittelbar gefördert werden, das heißt, sie müssen durch den Spendenempfänger selbst gefördert werden, wobei sich dieser natürlicher und anderer juristischer Personen bedienen darf.

► Die Einrichtung oder ihre Vorgängerorganisation (Organisationsfeld mit eigenem Rechnungskreis) muss seit mindestens drei Jahren ununterbrochen im Wesentlichen mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe fördern.

► Die Einrichtung darf nur unentbehrliche (§ 45 Abs 2 BAO), entbehrliche (§ 45 Abs 1 BAO) oder begünstigungsschädliche Betriebe mit Umsätzen von jährlich höchstens 40.000 Euro (§ 45a BAO) unterhalten und Vermögensverwaltung (§ 47 BAO) betreiben.

► Die in Zusammenhang mit der Verwendung der Spenden stehenden Verwaltungskosten dürfen zehn Prozent der Spendeneinnahmen nicht übersteigen.

Die Spendenabzugsfähigkeit ist durch das neue Steuerreformgesetz auf mehrere Bereiche ausgeweitet worden.

Eine Gemeinde als Körperschaft öffentlichen Rechts kann nach dem derzeitigen Wortlaut des StRefG 2009 unseres Erachtens nur mit abgrenzbaren „Organisationsfeldern“, die die Voraussetzungen der §§ 34 ff BAO erfüllen, in die beim Finanzamt Wien 1/23 geführte Liste aufgenommen werden.
Ein Betrieb gewerblicher Art einer Gemeinde kann in die beim Finanzamt Wien 1/23 geführte Liste aufgenommen werden, wenn dieser Betrieb die Begünstigungsvoraussetzungen erfüllt, insbesondere mindestens seit drei Jahren ununterbrochen im Wesentlichen unmittelbar den genannten begünstigten Zwecken dient.

Welche Voraussetzungen muss eine Einrichtung, die Spenden sammelt, erfüllen?
► Es muss sich um eine österreichische juristische Person des privaten Rechts (AG, GmbH, Verein, Stiftung nach Bundes- oder Landesrecht, kirchliche Stiftung, Privatstiftung, Fonds, Anstalt), einen Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine vergleichbare Körperschaft eines EU- bzw EWR-Staates handeln.

► Die schriftliche Rechtsgrundlage muss folgenden Inhalt aufweisen: Das Sammeln von Geld für mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe muss als ausschließlicher Zweck ebenso verankert sein wie das mangelnde Gewinnstreben.

► Die Rechtsgrundlage muss folgende Formulierung enthalten: „Die Mittel der Körperschaft dürfen nur für die in der Rechtsgrundlage angeführten Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder, Gesellschafter oder sonstige Machthaber der Körperschaft dürfen keine Gewinnanteile und keine sonstigen Zuwendungen aus der Körperschaft erhalten. Bei Ausscheiden aus der Körperschaft und bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft dürfen die oben aufgezählten Personen nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten, der nach dem Wert der Leistung der Einlagen zu berechnen ist. Es darf keine Person durch der Körperschaft zweckfremde Verwaltungsausgaben oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.“

► Außerdem muss in der Rechtsgrundlage festgelegt werden, dass die gesammelten Spendenmittel nur für mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe verwendet werden dürfen.

> Ein Betrieb gewerblicher Art einer Gemeinde kann in die beim Finanzamt Wien 1/23 geführte Liste aufgenommen werden, wenn dieser Betrieb die Begünstigungsvoraussetzungen erfüllt.

► Die Auflösungsbestimmung muss sicherstellen, dass bei Auflösung, Aufhebung der Körperschaft oder Wegfall des begünstigten Zweckes das verbleibende Vermögen nur für mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe im Sinne des § 4a Z 3 EStG verwendet werden darf.

► Die Rechtsgrundlage muss auch die Selbstverpflichtung der

Körperschaft enthalten, jede Änderung der Rechtsgrundlage bzw die Beendigung der Tätigkeit dem Finanzamt Wien 1/23 unverzüglich bekannt zu geben.

► Die tatsächliche Geschäftsführung muss der Rechtsgrundlage entsprechen.

► Die Körperschaft darf eine betriebliche Tätigkeit nur in untergeordnetem Ausmaß entfalten.

Eine Gemeinde als Körperschaft öffentlichen Rechts kann nach dem derzeitigen Wortlaut des StRefG 2009 nur mit abgrenzbaren „Organisationsfeldern" in die beim Finanzamt Wien 1/23 geführte Liste aufgenommen werden.

► Die Einrichtung oder ihre Vorgängerorganisation (Organisationsfeld mit eigenem Rechnungskreis) muss seit mindestens drei Jahren ununterbrochen der Sammlung von Geld für mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe dienen.

► Die Mittel der Körperschaft müssen entweder an Körperschaften, die mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe fördern und zum Zeitpunkt der Zuwendung in der entsprechenden Liste des Finanzamtes Wien 1/23 eingetragen sind, weitergegeben oder durch die Körperschaft selbst für mildtätige Zwecke bzw Zwecke der Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe verwendet werden, wobei sich die Körperschaft fremder Dritter als „Erfüllungsgehilfen" bedienen darf.

► Die Körperschaft muss die Organisationen und Zwecke, denen die gesammelten Spenden zukommen, veröffentlichen.

► Die in Zusammenhang mit der Verwendung der Spenden stehenden Verwaltungskosten dürfen 10 Prozent der Spendeneinnahmen nicht übersteigen.

► Ein Betrieb gewerblicher Art einer Gemeinde kann in die beim Finanzamt Wien 1/23 geführte Liste aufgenommen werden, wenn dieser Betrieb die Begünstigungsvoraussetzungen erfüllt, insbesondere die Sammlung von Geld für die begünstigten Zwecke als ausschließlicher Zweck in der Rechtsgrundlage verankert ist.

Wo und in welcher Form ist der Antrag auf Aufnahme in die entsprechende Liste zu stellen?
Für die Erteilung von Spendenbegünstigungsbescheiden nach § 4a Z 3 und 4 EStG und Aufnahme in die entsprechende Liste ist österreichweit das Finanzamt Wien 1/23 zuständig.
Anträge können formlos und gebührenfrei eingebracht werden und sind zu adressieren an

Finanzamt Wien 1/23
Spendenbegünstigungen
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Welche Angaben sind notwendig, welche Unterlagen sind von der Organisation dem Antrag an das Finanzamt anzuschließen?

► Notwendige Angaben
- Adresse der antragstellenden juristischen Person (Zustelladresse)
- Zentrale Vereinsregister-Zahl, wenn der Antragsteller ein Verein ist, Firmenbuchnummer, wenn der Antragsteller eine Privatstiftung, GesmbH oder AG ist
- Steuernummer und zuständiges Finanzamt, wenn vorhanden.

► Notwendige Unterlagen
- schriftliche Rechtsgrundlage (etwa Satzung, Statut, Gesellschaftsvertrag, Stiftungsurkunde) in der geltenden Fassung und
- die Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers, dass die oben dargestellten Voraussetzungen in den drei vorangegangenen Wirtschaftsjahren gegeben waren.

Wie lange gilt ein Spendenbegünstigungsbescheid?
Der Spendenbegünstigungsbescheid, ein Feststellungsbescheid, wird auf Antrag ausgestellt. Der Inhaber eines Spendenbegünstigungsbescheides hat dem Finanzamt Wien 1/23 (Abteilung Spendenbegünstigungen) jährlich innerhalb von neun Monaten nach dem Abschlussstichtag die aktuelle Rechtsgrundlage und die Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers vorzulegen, wonach die Voraussetzungen, die für die Erteilung des Spendenbegünstigungsbescheides erforderlich sind, im vergangenen Jahr gegeben waren.
ACHTUNG: Wird diese Bestätigung nicht fristgerecht vorgelegt, ist der Spendenbegünstigungsbescheid jedenfalls zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass ab Veröffentlichung des Widerrufs in der Spendenliste geleistete Spenden an diese Organisation nicht mehr absetzbar sind.

Die erste Liste mit den Inhabern von Spendenbegünstigungsbescheiden nach § 4a Z 3 EStG wird am 31. Juli 2009 auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen (**www.bmf.gv.at**) veröffentlicht.

Conclusio

Die Spendenabsetzbarkeit durch das StRefG 2009 in Zusammenhang mit Gemeinden scheint in der derzeitigen Ausgestaltung nur für abgrenzbare „Organisationsfelder", die die Voraussetzungen der §§ 34 ff BAO erfüllen, und für Betriebe gewerblicher Art von Gemeinden von Bedeutung zu sein.

Information

Der gesamte Beitrag zum Steuerreformgesetz 2009 ist in Kürze in voller Länge auf **www.kommunal.at** nachzulesen.

Voller Erfolg für Prag-Reise des Österreichischen Gemeindebundes

Gemeindebund-Bürgermeister-reise: „Starmania“ in Prag

Zum fünften Mal organisierte der Gemeindebund eine Bürgermeisterreise in eine EU-Ratshauptstadt. Dabei absolvierten die rund 50 Teilnehmer ein überaus dichtes Programm an Terminen mit nationalen und internationalen Spitzenvertretern in Südböhmen und Prag.

Treffen der Gemeindebund-Spitzen beim tschechischen Minister für Regionalentwicklung, Rotislav Vondruska (2.v.l.): Alfred Riedl, Helmut Mödlhammer, Ernst Schmid und „General“ Robert Hink.

Daniel Kosak

Wenn Bürgermeister auf Reisen gehen, dann hat das zwei Seiten. Die eine Seite ist die komfortable Busreise im Starmania-Bus, die fröhlich-ausgelassene Stimmung zwischen den Amtsträgern aus Gemeinden in ganz Österreich, die Tatsache, dass Budweiser Hauptsponsor einer Tagung ist oder die Fitness der Kommunalpolitiker, die auch nach intensiven Tagen mit fast 16stündigem Programm noch groß genug ist, um den Abend gemütlich ausklingen zu lassen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass die Termin- und Tagungsdichte bei diesen Reise ungeheuer ist und den Teilnehmern viel abverlangt. Gleichzeitig könnten die Programmpunkte kaum hochkarätiger sein. Wer kann schon behaupten, Teilnehmer einer Reise gewesen zu sein, bei der man von Ministern empfangen wird, Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten führen kann oder einen eigenen Empfang in der Residenz der österreichischen Botschafterin in Prag genießen darf. „Es ist einfach unglaublich, welchen Stellenwert diese Besuche in den jeweiligen Ländern haben“, staunte ein Bürgermeister aus Oberösterreich nach dem 90minütigen Termin beim tschechischen Bundesminister für regionale Entwicklung, Rotislav Vondruska. Die Zeit, die sich der Minister für die rund 50 österreichischen Gemeindevertreter nahm, ist umso höher einzuschätzen, wenn man weiß, dass der Mann zu diesem Zeitpunkt erst fünf Tage im Amt war.

> Wir pflegen seit Jahren sehr intensive Kontakte zu den Gemeindevertretern aus Südböhmen.
>
> Franz Steininger, Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes

Am Tag zuvor waren die heimischen Kommunalvertreter nach Südböhmen gereist, um an einer gemeinsamen Europatagung des OÖ Gemeindebundes und des südböhmischen Gemeindeverbandes teilzunehmen. „Wir pflegen seit Jahren sehr intensive Kontakte zu den Gemeindevertretern aus Südböhmen“, so der Präsident des OÖ Gemeindebundes, Franz Steininger. „Allein die große Anzahl der Gemeindepartnerschaften mit Kommunen in dieser Region beweist dies eindrucksvoll.“ Ehrengast der Tagung: Einer der mächtigsten Männer und erfolgreichsten Wirtschaftskapitäne Österreichs, der Chef der Raiffeisen Landesbank OÖ, Ludwig Scharinger. Themen dabei waren unter anderem die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Kooperationen, zum Beispiel bei der Siedlungswasserwirtschaft.

Nach der Ankunft in Prag dann ein beispielloser Marathon an Terminen auf höchster Ebene. Nach dem Treffen mit dem Minister für Regionalentwicklung war die österreichische Delegation Gast im Gebäude des tschechischen Parlaments. Bei einem Treffen mit Senatspräsident

Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

Großer Empfang der Gemeindebund-Delegation im Garten der Botschaft ind Prag.

Links: Gesellschaftlicher Höhepunkt war der Empfang durch Österreichs Botschafterin Margot Klestil-Löffler, hier mit Ernst Schmid (Burgenland) und Günther Fankhauser (Tirol).

Gute Laune bei Helmut Mödlhammer und Senatspräsident Premyszl Sobotka.

Přemysl Sobotka ging es vor allem auch um ein Bekenntnis zur europäischen Integration. „Wir nehmen mit Sorge wahr, dass es in Tschechien auf höchster politischer Ebene dieses Bekenntnis zu Europa nicht immer gibt“, so Gemeindebund-Chef Mödlhammer, der bei diesem Thema in Sobotka einen Verbündeten fand. Erst jüngst hatte der Senatspräsident von seiner eigenen Regierung Besonnenheit und mehr europäisches Engagement eingefordert. Darüber hinaus outete sich Sobotka als Österreich-Fan. „Ich bin oft auf Urlaub in Ihrem Land. Die Alpen, die Freundlichkeit der Menschen und der gute Wein ziehen mich oft nach Österreich.“ Unmittelbar nach diesen beiden politischen Terminen kam es zu einem Treffen mit Vertretern des tschechischen Städte- und Gemeindebundes (SMOCR). Mit überwältigender Herzlichkeit wurden die Österreicher von Vizepräsident Jozef Bezdicek empfangen. Der Verband vertritt rund

> Der tschechische Städte- und Gemeindebundes (SMOCR) vertritt rund 42 Prozent der insgesamt 6249 tschechischen Gemeinden.

42 Prozent der insgesamt 6249 tschechischen Gemeinden. „Wir haben sehr, sehr viele kleine Gemeinden“, so Bezdicek. „Und wir haben im Vergleich zu Österreich keine so starke Position wie der Gemeindebund, von seinen Rechten und Mitsprachemöglichkeiten sind wir weit entfernt.“ Gesellschaftlicher Höhepunkt der Reise war ein Empfang für die Gemeindebund-Delegation in der Residenz der österreichischen Botschafterin in Prag, Dr. Margot Klestil-Löffler. Seit Jahren schon ist Klestil-Löffler die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein wichtiges Anliegen; sie organisiert auch federführend ein jährliches Treffen der Ortschefs, das 2009 in Raabs stattfinden wird. „Dass wir hier empfangen werden ist einfach gewaltig“, merkte ein Bürgermeister sichtlich beeindruckt an. „Allein das Gebäude der Residenz ist unglaublich schön; es ist eine Ehre, hier dabei sein zu dürfen.“ Entsprechend groß war auch der Andrang bei Fotowünschen der heimischen Bürgermeister mit der Botschafterin. Auch Präsident Mödlhammer zeigte sich voll des Lobes: „Sie, Frau Botschafterin, sind eine würdige und kompetente Vertreterin unseres Landes in Tschechien. Wir danken Ihnen aufrichtig für Ihre Arbeit und Ihre Freundschaft zu den Gemeinden.“
Ihren Ausklang fand die fünfte Bürgermeisterreise mit einem halbtägigen Besichtigungsprogramm der kulturellen und baulichen Schätze der tschechischen Hauptstadt. Die nächste Destination steht auch schon fest: Vom 15. bis 17. Oktober 2009 geht es in die schwedische Hauptstadt Stockholm. Anmelden können Sie sich schon jetzt unter **oesterreichischer@gemeindebund. gv.at**. Alle Details zur Reise finden Sie auf der Homepage des Gemeindebundes **www.gemeindebund.at** (Menüleiste auf dem rechten Rand der Seite).

Tschechiens Gemeinden

80 Prozent weniger als 1000 Einwohner

Insgesamt gibt es in der tschechischen Republik 6249 Gemeinden bei einer Einwohnerzahl von rund zehn Millionen Menschen. Die nächst höhere Organisationseinheit sind die so genannten „Kreise“, die kleiner als die österreichischen Bundesländer sind und auch keine gesetzgebende Kraft haben. Das Staatssystem funktioniert weitgehend zentralistisch, die Vertreter der tschechischen Gemeinden haben zwar eine Art Anhörungsrecht bei der Bundesverwaltung, eine in der Verfassung verankerte Mitsprachemöglichkeit oder Interessensvertretung für die Gemeinden gibt es nicht. Der tschechische Städte- und Gemeindeverband vertritt die Interessen von rund 43 Prozent der Gemeinden, darüber hinaus gibt es teils in den Kreisen noch eigene Verbände (zum Beispiel in Südböhmen). Die Gemeinden unseres Nachbarlandes sind sehr klein strukturiert, 80 Prozent haben weniger als 1000 Einwohner.

Die Krise als Chance für Europas Regionen

Kreativität und Talent helfen aus der Krise

Bei der „Summer University“ der EVP-Fraktion des Ausschusses der Regionen diskutierten Politiker und Experten mit Journalisten lokaler und regionaler Medien Mitte April über innovative Auswege aus der Wirtschaftskrise. KOMMUNAL war mit in Brüssel.

Mag. Helmut Reindl

Foto: Committee of the Regions

Studenten aus dem polnischen Lodz präsentierten die größte EU-Fahne. Sie ist 20 x 30 Meter groß und 120 Kilo schwer – und die AdR-Repräsentanten ließen sich das Posieren vor dieser Fahne nicht nehmen. Der Autor dieser Zeilen befindet sich übrigens vorne im linken Viertel der Gruppe.

Foto: Reindl

„Wenn es der Union gelingt, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, aber auch die Umweltprobleme zu lösen, kann sie mehr Akzeptanz in der Bevölkerung finden als bisher“, meinte AdR-Präsident Luc Van den Brande in seinen Begrüßungsworten an die rund 50 Medienvertreter aus ganz Europa.

Für die EU kann die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Chance sein. „Wenn es der Union gelingt, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, aber auch die Umweltprobleme zu lösen, kann sie mehr Akzeptanz in der Bevölkerung finden als bisher“, meinte AdR-Präsident Luc Van den Brande in seinen Begrüßungsworten an die rund 50 Medienvertreter aus ganz Europa. Wichtig sei es, auch das Potenzial zu nutzen, das in den Regionen schlummert. „Zentralismus ist gerade in der Krise kein Erfolgsrezept!“, zeigte sich Van den Brande überzeugt.
Die Projektmanagerin Olga Gritsai untersuchte 13 europäische Städte, um herauszufinden, ob das Vorhandensein von kreativem Wissen sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. Ihr Resümee: „Kreativität und Talent helfen aus der Krise!“ Es sei daher für Kommunen enorm wichtig, Designer, Architekten, Künstler, Medienmacher und andere kreative Menschen anzuziehen und zu halten.

Die Spanierin Cristina Gutierrez-Cortines, Mitglied des Europäischen Parlaments, wies auf die Bedeutung des kulturellen Erbes hin. „Man muss den Bürgermeistern und Verantwortlichen auf Gemeindeebene klarmachen, dass sich Investitionen in die Erhaltung kultureller Objekte lohnen. Schließlich leben viele Städte fast ausschließlich vom Tourismus.“ Kulturelles Erbe müsse ihrer Ansicht nach auch finanziell bewertet werden können. Dazu bedürfe es allerdings neuer Methoden.
Investitionen in das kulturelle Erbe sind, so Gutierrez-Cortines, auch im Interesse der lokalen Wirtschaft, denn Restaurierungen erfolgen meist durch Unternehmen aus der Region.
Die Erhaltung des Alten sei aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen wichtig, sondern auch für das Heimatgefühl der Bevöl-

Foto: AdR

Zentralismus ist gerade in der Krise kein Erfolgsrezept.

Luc Van den Brande
Präsident des Ausschusses der Regionen

kerung. „Die Menschen orientieren sich an Dingen, die ihnen vertraut sind“, ist die Spanierin überzeugt. „Der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ ist in aller Munde. Nachhaltige Entwicklung bezieht sich aber nicht nur auf Umwelt und Klima, sondern auch auf die Kultur. Es sollten nicht nur Bäume stehen bleiben, sondern auch Gebäude mit Geschichte!“

KMU sind krisenresistenter

Maive Rute von der Europäischen Kommission wies auf die Bedeutung von kleinen und mittleren Unternehmen für die Entwicklung einer Region hin: 99 Prozent aller europäischen Unternehmen sind KMU. Vier von fünf Arbeitsplätzen werden von KMU geschaffen.
Die Erfahrung zeige, dass kleinere Unternehmen widerstandsfähiger sind als große. Daher: „KMU müssen gefördert werden, weil sie krisenresistenter sind“, so Rute, Die EU sei hier mit dem „Small Business Act“ auf einem guten Weg. Dessen Ziele sind unter anderem die Förderung des unternehmerischen Denkens von Jugendlichen und die Schaffung eines Austauschprogramms für Jungunternehmer. Wichtig sei auch, dass gescheiterte Unternehmer eine zweite Chance bekommen. Dazu bedürfe es eines Umdenkens, aber auch Maßnahmen wie z. B. der Beschleunigung von Konkursverfahren.

> Die Erfahrung zeigt, dass kleinere Unternehmen widerstandsfähiger sind als große. Daher müssen KMU gefördert werden.
>
> Maive Rute von der Europäischen Kommission

AdR-Mitglied Constance Hanniffy betonte die Wichtigkeit der Schaffung von „ökologischen KMU“. „Firmen, die im Bereich der Öko-Technik arbeiten, sind die Antwort auf zwei Herausforderungen, denn einerseits schaffen sie neue Arbeitsplätze und andererseits tragen sie zum Umweltschutz und zum Kampf gegen den Klimawandel bei.“ Die USA könnten hier bald ein Vorbild sein: Präsident Obama will fünf Millionen Arbeitsplätze im „grünen Bereich“ schaffen.

1994 – 2009: Happy Birthday AdR!

Grundsatzerklärung zum Geburtstag

Der Ausschuss der Regionen (AdR) feiert auf seiner 79. Plenartagung Mitte April sein 15-jähriges Bestehen und stellte aus diesem Anlass seine Grundsatzerklärung über die Rolle des AdR, seine Werte und seine Ziele, sowie die Prioritäten für die nächsten 15 Jahre und darüber hinaus vor.

AdR-Präsident Luc Van den Brande erklärt zur Grundsatzerklärung:
„Nach 15 Jahren auf der europäischen Bühne ist es an der Zeit, dass der Ausschuss der Regionen auf seine Erfolge zurückblickt und die Marschrichtung für die kommenden 15 Jahre und darüber hinaus festlegt. Genau das geschieht in der Grundsatzerklärung, in der mit einfachen Worten erläutert wird, wozu der AdR da ist und wie er arbeitet. Es ist die Visitenkarte des AdR, unsere Absichtserklärung und Ausdruck unserer Hoffnungen und Erwartungen. Wie jeder Teenager pochen wir auf unsere Selbstständigkeit, betonen gleichzeitig aber auch unsere Reife. Wir sind nunmehr bereit, zusätzliche Aufgaben als die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der Europäischen Union zu übernehmen.“
Mit seiner Grundsatzerklärung richtet der AdR seinen Blick auch in die Zukunft. Wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, wird die Europäische Union nahezu alle institutionellen Forderungen des AdR aus den vergangenen 15 Jahren erfüllt haben. Dieser Vertrag führt zu einer Aufwertung des Ausschusses der Regionen, vor allem durch die Schärfung seines politischen und institutionellen Profils, den Ausbau seiner Beziehungen zum Europäischen Parlament und zur Europäischen Kommission sowie durch seine neuen Befugnisse zum Schutz des Subsidiaritätsprinzips, die das Recht einschließen, vor dem Europäischen Gerichtshof Klage zu erheben, wenn der Ausschuss der Ansicht ist, dass dieser Grundsatz nicht richtig beachtet wurde.

Ein langer Weg

Präsident Van den Brande weiter: „Der AdR hat einen langen Weg zurückgelegt, seit er 1992 durch den Vertrag von Maastricht ins Leben gerufen wurde. In dieser Zeit hat er drei verschiedene Verträge – den Vertrag von Maastricht, den Vertrag von Amsterdam und den Vertrag von Nizza – sowie drei Erweiterungsrunden miterlebt, durch die die Europäische Union von 12 auf 27 Mitglieder angewachsen ist. Jede Erweiterung hat dem AdR nicht nur einen Mitgliederzuwachs gebracht,

> Wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, wird die Europäische Union nahezu alle institutionellen Forderungen des AdR aus den vergangenen 15 Jahren erfüllt haben.

Foto: Committee of the Regions

Auf der 79. Vollversammlung des AdR seit 1994 wurde Mitte April einigen Mitgliedern eine Gedenkmedaille anlässlicht des 15-jährigen Bestehens des Ausschusses der Regionen verliehen. Ganz rechts der AdR-Vizepräsident Michel Delabarre, in der Mitte AdR-Präsident Luc van den Brande.

Fact-Box: Der Ausschuss der Regionen

Rund zwei Drittel der Rechtsakte der Europäischen Union werden von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Mitgliedstaaten umgesetzt. Der Ausschuss der Regionen wurde 1994 mit dem Ziel eingerichtet, Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein Mitspracherecht zum Inhalt dieser Rechtsvorschriften zu geben. Der AdR veranstaltet jährlich fünf Plenartagungen, auf denen seine 344 Mitglieder Stellungnahmen verabschieden, die als Antwort auf Legislativvorschläge erstellt werden. Die Europäische Kommission, die das Initiativrecht innehat, und der Rat der Europäischen Union, der den endgültigen Inhalt der Rechtsakte beschließt (in der Regel gemeinsam mit dem Europäischen Parlament), sind verpflichtet, den AdR in zahlreichen Politikbereichen einschließlich Umwelt, Beschäftigung und Verkehr anzuhören.
Der Vertrag von Lissabon wird den Ausschuss der Regionen weiter stärken. Künftig muss er vom Europäischen Parlament zu allen für Regionen und Kommunen wichtigen Themen gehört werden. Er kann auch den Europäischen Gerichtshof anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden oder er der Auffassung ist, dass ein EU-Gesetz gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. regionale oder lokale Kompetenzen missachtet.
Schon durch den Vertrag von Amsterdam wurde der AdR neben dem Europäischen Parlament zur einzigen EU-Institution, die aus demokratisch gewählten Vertretern besteht (Artikel 263), und trägt auf diese Weise zur Behebung des Demokratiedefizits der EU bei. In den vergangenen fünfzehn Jahren ist es dem AdR gelungen, die regionale und lokale Dimension Europas und die Subsidiarität immer höher auf die politische Agenda der EU zu setzen. Im Vertrag von Lissabon gelang es dem AdR schließlich, die regionale und lokale Ebene in die neue Definition der Subsidiarität (Artikel 5), den Grundsatz des territorialen Zusammenhalts und die unterschiedlichen Arten von Regionen (Artikel 174) in den Vertrag aufzunehmen. Der größte Coup war jedoch, im Alter von nur 15 Jahren ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof zu erhalten, wenn der AdR der Ansicht ist, dass seine Rechte (Artikel 263) oder das Subsidiaritätsprinzip nicht geachtet werden.

sondern auch einen Zuwachs an Erfahrungen, Denkansätzen und Ideen. Durch diese Verträge wurde die Rolle des AdR kontinuierlich ausgebaut, indem seine Stellung als politische Versammlung demokratisch gewählter Vertreter gefestigt und sein Mitspracherecht auf immer mehr Politikbereiche ausgedehnt wurde, was eine stets größere Autonomie zur Folge hatte. Heute ist der AdR viel mehr als das beratende Organ, das die Staats- und Regierungschefs der EU seinerzeit in Maastricht aus der Taufe hoben. In unserer Grundsatzerklärung wird eine Versammlung beschrieben, die fit ist für ein Europa des 21. Jahrhunderts, ein Europa, das durch Zusammenarbeit zwischen allen Regierungsebenen geprägt ist, das den Bürgern in ihrem Alltag nahe ist und das auf den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie auf dem gemeinsamen Engagement für den wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt beruht.“
Zu den weiteren Veranstaltungen, mit denen das 15-jährige Bestehen des AdR im Rahmen der Plenartagung gefeiert werden soll, gehört auch eine Videovorführung über die bisherigen Erfolge des AdR, in der viele der ehemaligen AdR-Präsidenten über ihre Erfahrungen berichten und in der gezeigt wird, wie sich die junge Institution im Laufe der Jahre entwickelt hat.
Die Grundsatzerklärung kann unter **www.cor.europa.eu** [2]abgerufen werden.

Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:

EUROPÄISCHE UNION
Ausschuss der Regionen

Rue Belliard 101,
B-1040 Brüssel
Tel.: 0032/2/282 2211
Fax: 0032/2/282 2325
Web: **www.cor.europa.eu**

Außenminister Michael Spindelegger steht KOMMUNAL Rede und Antwort

Ein „Europa-Gemeinderat“ wäre eine gute Idee

Die Europawahl steht an, die EU-Müdigkeit ist immer noch verbreitet, und mittendrin versuchte Außenminister Michael Spindelegger im Rahmen seiner „Zuhörtour“ zu vermitteln. Im Interview mit KOMMUNAL spricht er über das „Hoffnungsgebiet“ der Bürgermeister und wie wichtig der „Blick über die Grenze“ ist.

Natalie Pillwatsch

Sie waren gerade auf „Zuhörtour“ in Österreich unterwegs, um mit BürgerInnen über die Europa-Idee zu diskutieren. Mit welchen Fragen oder Anliegen wurden Sie konfrontiert?
Dr. Michael Spindelegger:
Das ist regional sehr unterschiedlich. Was ich immer wieder gehört habe, war die Frage, „Welchen Sinn macht die EU heute noch?“ Man hat mich aber auch gefragt, ob wir Österreicher überhaupt eine Möglichkeit hätten, aktiv mitzugestalten. Ich erlebe also häufig ein Kleinreden unserer Rolle. Aber genau darin sehe ich einen Punkt, gegen den man etwas tun kann. Österreich als aktiver Mitgestalter am Spielfeld in Brüssel. Man denke nur an das Genanbauverbot oder an die Donaustrategie. Die Anliegen der Bürger sind auch regional sehr unterschiedlich: In Tirol ist es der Transitverkehr, im Burgenland die Kriminalität an den Grenzübergängen. In den hochindustrialisierten Gegenden hingegen herrscht Furcht vor Arbeitslosigkeit.

„Wir haben viele Beispiele, wo wir uns als mittelgroßer Staat trotzdem auf europäischer Ebene durchgesetzt haben“, ist Spindelegger überzeugt.

Gibt es neben den regionalen Unterschieden auch Unterschiede bei den Bevölkerungsgruppen, was den persönlichen Zugang zur EU betrifft?
Ja. Es gibt die, die sich stark damit beschäftigen, und andere, die mit Europa überhaupt nichts anfangen können. Deshalb ist die Kommunikation oft nicht einfach, da man aneinander vorbeiredet. Denn dem einen kann es nicht speziell genug sein, und dem anderen muss man erst einmal „Basisinformationen“ vermitteln.

Viele GemeindebürgerInnen sehen sich durch die EU-Politik in ihrer Autonomie eingeschränkt. Was würden Sie hier entgegnen?
Dass wir viele Beispiele haben, wo wir uns als mittelgroßer Staat trotzdem auf europäischer Ebene durchgesetzt haben. Wie zum Beispiel bei der Entscheidung des Europäischen Rates, bei der es um das Fünf-Milliarden-Paket ging (*dessen Mittel in den Ausbau der Energieversorgung und in schnelle Datenleitungen für den ländlichen Raum fließen, Anm. d. Red.*). Da haben wir konkrete österreichische Projekte untergebracht. Oder die schrittweise Schließung von alten AKW in den neuen Mitgliedstaaten. Man sieht daran einmal mehr, dass Österreich sehr wohl etwas bewegen und durchsetzen kann.

Die Wahlbeteiligung in Österreich ist bei den letzten drei EU-Wahlen stetig gesunken. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?
Zum Teil wissen manche nicht, dass diese Wahl die politische

Richtung mitentscheidet, die später in Brüssel eingeschlagen wird. Man bezweifelt fälschlicherweise, dass 17 Österreicher in einem Parlament mit mehr als 700 Abgeordneten etwas bewegen können. Für viele ist das Thema EU auch zu weit entfernt. Da fehlt dann die Motivation, zur Wahl zu gehen. Das ist schade, denn die Zukunft von uns allen wird heute von der EU sehr stark mitbestimmt.

Lässt sich nach Ihrer „Zuhörtour" ein höheres Interesse für die kommende EU-Wahl am 7. Juni orten?
Vielen ist stärker bewusst, dass wir gerade in Krisenzeiten die Europäische Union dringend brauchen. Die Menschen wollen einen starken Euro, in der Wirtschaftskrise nicht alleine sein und auch nach außen – etwa im Bereich Energieversorgung – ein starkes Europa.

Denken Sie, dass die ÖsterreicherInnen ausreichend über das Wahlsystem, die Wahlprogramme der Parteien sowie deren Spitzenkandidaten für die kommende Wahl informiert sind?
Ich glaube, dass eine Chance darin besteht, einen knackigen kurzen Wahlkampf von drei Wochen zu machen. In dieser kurzen Zeit hat man eher die Möglichkeit, klare Inhalte zu transportieren, als bei einem lang andauernden Wahlkampf.

Als Minister ist für mich klar, dass man einen Dialog, wie er eigentlich sein sollte, nur führen kann, wenn die regionale Ebene dabei ist.

Dr. Michael Spindelegger über die Rolle der Gemeinden in der Europäischen Union

Welche Rolle können die BürgermeisterInnen in der politischen Gestaltung der EU einnehmen?
Gerade die Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern birgt enormes Potenzial. Als Minister ist für mich klar, dass man einen nachhaltigen Dialog nur führen kann, wenn die regionale Ebene mit einbezogen ist. Denn an wen wende ich mich mit Problemen? An den, dem ich bei Veranstaltungen oder auf der Straße begegne. Und das ist zu allererst der Bürgermeister. Hier sollte es einen direkten Draht geben. Ich will die Bürgermeister als Mitträger des Europadialogs gewinnen.

Viele kommunale und regionale Projekte wären ohne EU-Förderungen nicht zu realisieren, aber dieses Engagement der EU ist bei den Projekten oft nicht erkennbar und sichtbar. Was halten Sie von einer verpflichtenden Auszeichnung von EU-geförderten Projekten?
Ich halte viel davon. Wenn irgendwo EU-Geld drinnen steckt, sollte das sichtbar gemacht werden. Hier braucht es die Zusammenarbeit aller Bundesländer. Es geht darum, bewusst zu machen, dass die EU konkreten Nutzen bringt und mit Mitteln der EU auch bei uns in der Gemeinde, in der Nachbarschaft etwas gefördert wird.

Ein Großteil der getroffenen EU-Beschlüsse muss auf Gemeindeebene umgesetzt werden. Wie wichtig schätzen Sie die Rolle der Gemeinden und Regionen Europas ein?
Die Gemeinden sind das Herz der Europäischen Union. Regionale Mentalitäten sind für die Bürger häufig prägender als nationale. Dem versucht die Union über verschiedene institutionelle Ansätze gerecht zu werden. Der Ausschuss der Regionen spielt in der EU eine immer wichtigere Rolle. Er ermöglicht es, im Rahmen der Gesetzgebung auch im Vorfeld Meinungen zu äußern. Aber ich würde mir wünschen, dass der Dialog zwischen denen, die die Gesetzgebung machen – ob jetzt im Rat oder im Europäischen Parlament –, und den Gemeinden auf eine andere Ebene gestellt wird. Der Informationsfluss über EU-Projekte zu den Gemeinden muss direkter werden. Aber auch die Bundes- und EU-Ebene braucht eine stärkere Rückkoppelung mit den Anliegen und Sorgen auf Gemeindeebene.

Mittlerweile haben viele Gemeinden in Österreich grenzübergreifende Partnerschaften mit anderen Kommunen Europas geschlos-

„Ich weiß aus eigener Erfahrung, welche Arbeit man als Bürgermeister hat. Mein Vater war jahrelang Bürgermeister von Hinterbrühl", bekräftigt Spindelegger im Gespräch mit Verlagschef Walter Zimper und der Autorin.

sen. Wie bewerten Sie diese Zusammenarbeit und wie können unsere Gemeinden davon profitieren?
Ich halte diese Partnerschaften für sehr wichtig, denn der Blick über den Tellerrand bietet viele Möglichkeiten, nicht nur der Kommunikation, sondern auch als Lernprozess. Man kann erfahren, was andere in der gleichen Situation machen, und man kann von Ideen, vom Austausch profitieren. Wir haben in Österreich eine Außenpolitik, eine Landesaußenpolitik und eine

Der Blick über die Grenze hinweg schafft viele Möglichkeiten, nicht nur der Kommunikation, sondern auch des Lernens.

… über grenzübergreifende Zusammenarbeit der Gemeinden

Außenpolitik für die Gemeinden. Und alle fügen sich in ein Gesamtkonzept ein: Vertrauensbasis schaffen, gute Netzwerke aufbauen und durch enge Zusammenarbeit gewinnen.

Es gibt in den Gemeinden unter anderem Umwelt-, Finanz-, Jugend-, Bau- und Wirtschaftsgemeinderäte. Sollte man nicht auch über einen eigenen Gemeinderat für europäische Angelegenheiten nachdenken?
Absolut. Das ist Teil der konkreten Schlussfolgerungen, die ich aus meiner Zuhörtour gezogen habe. Gerade in einer Zeit massiver Umbrüche erwarten die Menschen Vertrautheit und Orientierung. Das kann am ehesten auf lokaler Ebene geleistet werden.

Europäischer Gemeindetag 2009 in Malmö

Die Probleme sind bekannt bei den Gemeinden

Unter dem Motto „Fit für die Zukunft?“ fand der 24. Europatag des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) Ende April im schwedischen Malmö statt. Dieser Europatag versammelt alle drei Jahre hunderte Vertreter der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften aus ganz Europa. KOMMUNAL war dabei.

Mag. Erwin Wetzel

Die österreichische Delegation, bestand aus 50 Mitgliedern des Österreichischen Gemeinde- beziehungsweise Städtebundes, tauschte sich am Gemeindetag mit den anderen rund 50 Verbänden aus 37 Mitgliedstaaten über die europäischen Fragen aus, die die Gemeinden und Regionen direkt betreffen: die Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen, Klimawandel und Energie, Wirtschaftskrise und Umwelt, lokale Demokratie, internationale Zusammenarbeit und Städtepartnerschaften.
Bei der Eröffnungszeremonie übergab Hilde Zach, Bürgermeisterin von Innsbruck, symbolisch die Fahne des RGRE dem Bürgermeister von Malmö, Ilmar Reepalu. Es sollte damit das Zeichen gesetzt werden, dass die Gemeinden und Regionen Europas weiterhin Schulter an Schulter zusammenarbeiten müssen, um die kommenden Aufgaben erfolgreich meistern zu können.

Klimawandel und Finanzkrise waren bestimmend

In der Tat waren der Klimawandel und die Wirtschafts- bzw. die Finanzkrise die wichtigsten Themen dieser Tagung. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind davon direkt betroffen und müssen daher noch intensiver kooperieren, um rasche Lösungen zu finden. Ilmar Reepalu hat das Beispiel seiner Stadt herangezogen, um seinen Gästen zu erklären, dass es aus der Krise einen Ausweg geben kann, wenn man dafür auch die richtigen Instrumente anwendet. Malmö musste in den 1990er-Jahren eine schwere wirtschaftliche und industrielle Krise durchmachen, aber die Stadt hat strukturelle Veränderungen durchgeführt und es infolgedessen gemeistert, sich von einer Industriestadt zu einer nachhaltigen Stadt zu entwickeln. Diesbezüglich ist vor allem die Sanierung des Westhafens hervorzuheben, an dem umweltfreundliche Passivhäuser erbaut wurden, die selbstverständlich energieautark sind.
Während der Konferenz wurden Seminare abgehalten sowie Fachexkursionen organisiert, damit die Beteiligten von einander lernen, Best Practices austauschen können und vor allem anhand der Region rund um Malmö, das als sehr gutes Beispiel für Nachhaltigkeit und Innovati-

Foto: Stadt Malmö

Die Öresundbrücke (offizieller Name Øresundsbron) zwischen Kopenhagen und Malmö ist mit einer Gesamtlänge von 7845 m die weltweit längste Schrägseilbrücke für kombinierten Straßen- und Eisenbahnverkehr. Sie ist neben dem Drogdentunnel und der künstlichen Insel Peberholm (Bild Vordergrund) ein Teil der Öresundverbindung, welche die dänische Hauptstadt Kopenhagen mit Malmö in Schweden verbindet und damit maßgeblich die Öresundregion geschaffen hat. Über die Brücke fahren pro Tag rund 17.000 Autos, die Baukosten betrugen eine Milliarde Euro. Die Öresundbrücke wurde am 1. Juli 2000 dem Verkehr übergeben. (Quelle: Wikipedia)

on gilt, Ideen zu schöpfen. Ziel dieser Konferenz war es, zu beurteilen, ob die Gemeinden und Regionen Europas anpassungsfähig genug sind und sich auf die kommenden Veränderungen vorbereiten können. Malmö bot vor allem Exkursionen im Bereich Energie – 100 Prozent erneuerbarer Energie für das Wohnviertel am Westhafen – und demographischer Wandel, nämlich wie Immigranten besser integriert werden können und wie die Kinderbetreuung besser gestaltet werden kann. Den Themen Energie und Kinderbetreuung haben sich auch Österreichs Bundesräte Bgm. Johannes Peinsteiner und Ferdinand Tiefnig gewidmet, indem sie Projekte in Kopenhagen besucht und Gespräche mit dänischen Experten geführt haben. Aus ihrer Sicht hat sich herausgestellt, dass Österreich im Bereich der Energieversorgung gegenüber den skandinavischen Ländern sehr gut steht und um einiges energieautarker ist.

> Das Fazit dieser Konferenz war, dass alle Mitglieder der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften quer durch Europa sich den kommenden Aufgaben bewusst sind.

Solidarität der Gemeinden ist entscheidend

Die Seminare befassten sich einerseits mit dem demographischen Wandel – d. h. Integration, Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene sowie die Auswirkung auf die Dienstleistungen und Erwerbstätigen im ländlichen Raum – aber andererseits auch mit den Veränderungen in der Kommunal- und Regionalpolitik aufgrund der Finanzkrise, sowie mit der Kohäsionspolitik, dem Klimawandel und die neue Aufgaben der Partnerschaften für die internationale Entwicklung. Neben dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, und seinem General Robert Hink, welche die österreichischen Gemeinden bei diesem Europatag vertraten, gab es noch unzählige andere prominente Gäste, die die Diskussion bereichert haben. Unter anderem hielt die schwedische Ministerin für Europäische Angelegenheiten, Cecilia Malmström, einen Vortrag, in dem sie die Zusammenarbeit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Zeiten der Wirtschaftskrise umso mehr forderte. Vassilios Koromantzos, Vizebürgermeister von Athen, bekräftigte auch den Gedanken, dass Europa vereint, aber in seiner Vielfalt die anspruchsvollen Aufgaben angehen sollte. Auch Hanna Birna Krisjánsdottir, Bürgermeisterin von Reykjavik, unterstrich, dass die Solidarität entscheidend sei, um aus der Krise herauszukommen. In ihrem Gemeinderat einigte man sich nämlich, eine Expertengruppe aus allen Parteien zu bilden, um einen Plan zu entwickeln, der den Bürgern zugute kommen sollte. Bgm. Peinsteiner (St. Wolfgang am Wolfgangsee) hielt in der Sitzung „Europa und die territoriale Dimension: Prioritäten für eine neue Kohäsionspolitik – Überwindung der Gegensätze von Stadt und Land“ ein Referat und wies auf die quasi autonome Energieversorgung des Salzkammerguts hin. Er präsentierte den Teilnehmern der Konferenz die Wolfgangseeregion als eine innovative Region, die neue Technologien im Energiebereich mit Tourismus und Umweltschutz bestens vereinbaren kann.

Das Fazit dieser Konferenz war, dass alle Mitglieder der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften quer durch Europa sich den kommenden Aufgaben bewusst sind. Die Probleme sind bekannt, dennoch gilt es jetzt vereint aufzutreten, um gemeinsame Lösungen zu finden. Eine rasche Umsetzung von Projekten im Bereich der Energie, des Klimawandels oder der Erwerbstätigkeit auf lokaler Ebene kann sicherlich ein Domino-Effekt haben und sich dann schnell auf die weiteren Ebenen

Mag. Erwin Wetzel leitet (temporär) das Brüsseler Büro des Österreichischen Gemeindebundes

Europawahl am 7. Juni: Warum wählen gehen?

Die EU ist nicht ohne Fehler, aber sicher ohne Alternative

Von 4. bis 7. Juni wählen 375 Millionen Europäerinnen und Europäer ein neues Europäisches Parlament. 17 Mandate werden in Österreich vergeben, sobald der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, wird diese Zahl auf 19 erhöht.

Mag. Othmar Karas

Dreißig Jahre nach seiner ersten Direktwahl ist das Europäische Parlament zu einem Vollparlament geworden, das fast 80 Prozent aller EU-Gesetze gleichberechtigt mit dem Ministerrat entscheidet. Umgekehrt setzen drei Viertel der im österreichischen Nationalrat verabschiedeten Gesetze nur EU-Rechtsakte um, die zuvor von den Europaabgeordneten beschlossen wurden. Und noch eine Zahl: Im Europaparlament werden 90 Prozent aller von der EU-Kommission vorgelegten Gesetzesentwürfe abgeändert – im Nationalrat 90 Prozent aller Regierungsvorlagen unverändert beschlossen.
Die Europaabgeordneten haben damit ebensoviel Einfluss auf die europäische Gesetzgebung wie die Regierungen der Mitgliedstaaten – und sie nehmen diesen Einfluss auch voll wahr. Mit dem Vertrag von Lissabon wachsen die Einflussmöglichkeiten der Volksvertreter noch einmal deutlich an: 95 Prozent aller EU-Beschlüsse, einschließlich der Agrarpolitik und des gesamten EU-Budgets, fallen dann in die Entscheidungskompetenz des Europaparlaments.
Für Österreich hat sich unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union – und die aktive Arbeit der österreichischen Abgeordneten im Europaparlament – absolut positiv ausgewirkt. Hier nur einige wenige Beispiele:

> Um das Beste für Österreich aus Europa herauszuholen, braucht es eine starke Vertretung in Brüssel und Strassburg.

Mit der Teilnahme an den Europawahlen kann jeder wahlberechtigte Bürger in Österreich selbst mitentscheiden, in welche Richtung sich Europa in den nächsten fünf Jahren entwickeln soll.

- Die EU-Erweiterung hat Österreichs Landwirtschaft ein beachtliches Exportplus gebracht.
- Bei den Überschwemmungskatastrophen 2002 und 2005 gab es aus dem EU-Solidaritätsfonds 149 Millionen Euro Unterstützung für die betroffenen österreichischen Bundesländer.
- Der Brenner-Basistunnel wird von der EU mitfinanziert. Insgesamt bekommt Österreich 2007–2013 über 670 Mio. Euro für den Infrastruktur-Ausbau.
- Der Aufbau eines EU-weiten Asylsystems hat die Asylanträge in Österreich um zwei Drittel zurückgehen lassen.
- Das Schengener Fahndungsystem gewährt Zugriff auf ca. 21 Millionen europäische Fahndungsdaten und erhöht so unsere Sicherheit.
- Seit 1995 sind 2,1 Mrd. Euro EU-Geld in die Entwicklung der österreichischen Regionen geflossen – kein Cent blieb in Brüssel liegen.
- Bis 2013 stehen Österreich weitere 1,4 Milliarden Euro für Strukturmaßnahmen zur Verfügung.
- Mehr als 22.000 Projekte von österreichischen KMU wurden seit 1995 von der EU gefördert, über 40.000 Arbeitsplätze konnten durch EU-Regionalfonds geschaffen werden.

Mag. Othmar Karas, MBL-HSG, Vizepräsident der EVP-ED-Fraktion und Obmann des ÖVP-Europaklubs im Europäischen Parlament

Die Europäische Union ist sicherlich nicht fehlerlos – aber sie ist ohne Zweifel alternativenlos! Gerade heute, angesichts der Wirtschaftskrise oder der Herausforderungen durch Klimawandel und Globalisierung, ist ein starkes und gemeinsam agierendes Europa wichtiger denn je. Und die Menschen spüren das auch. Um das Beste für Österreich aus Europa herauszuholen, braucht es eine starke Vertretung in Brüssel und Strassburg. Und ohne das Europaparlament geht heute gar nichts mehr in der EU. Mit der Teilnahme an den Europawahlen kann jeder wahlberechtigte Bürger in Österreich selbst mitentscheiden, in welche Richtung sich Europa in den nächsten fünf Jahren entwickeln soll. Wer sich nicht an dieser Wahl beteiligt, lässt andere darüber entscheiden, wer Österreich im einzigen direkt gewählten EU-Organ vertreten soll!
Sein Wahlrecht wahrzunehmen ist nicht nur bei Landtags- oder Nationalratswahlen wichtig. Gerade die Europaparlamentswahl braucht unsere Stimme: Wer am 7. Juni zur Wahl geht, hilft mit, ein starkes Österreich in einem erfolgreichen Europa zu sichern!

Fotos: Nick Lott

Das Vasa-Museum in Stockholm (oben die Bug-, links die Heckansicht. Das glücklose schwedische Kriegsschiff war eine Kombination aus Galeone und Karacke (Holzbau komplett Eiche, Zweidecker).

Bürgermeister-Studienreise nach Schweden

Stockholm, Heimat des glücklosen Schiffes

Von 15. bis 17. Oktober 2009 findet eine Fach- und Bildungsreise des Österreichischen Gemeindebundes statt, die diesmal in die schwedische Hauptstadt Stockholm führt. Melden Sie sich schon jetzt an, es erwartet Sie ein hochkarätiges kommunales Programm.

„Stockholm wird die insgesamt sechste Bürgermeisterreise des Gemeindebundes in eine europäische Hauptstadt“, erklärt Gemeindebund-General Robert Hink. Die bisherigen Reisen führten nach Berlin, Lissabon, Laibach, Paris und nach Prag, im Herbst ist eben Stockholm an der Reihe, weil Schweden im zweiten Halbjahr 2009 die EU-Ratspräsidentschaft innehat.
„Wir waren vom Erfolg dieser Reisen sehr überrascht. Das Programm bietet bei jeder Reise Treffen mit hochkarätigen bundes- und kommunalpolitischen Vertretern des jeweiligen Landes, das scheint den Bürgermeistern zu gefallen“, so Hink.
Auch die Kosten für die Reise sind mit 780 Euro moderat. Bei den Quartieren handelt es sind um 4-Stern-Hotels, das kommunale und politische Programm ist – ebenso wie das touristische Programm – hochwertig.
Anmeldungen für die Stockholm-Reise bei Petra Stossier **petra.stossier@gemeindebund.gv.at**

Fact Box: Spesen

Als Fach- und Informationsreise des Österreichischen Gemeindebundes können laut Auskunft der Aufsichtsbehörden die Reisekosten für kommunale Bedienstete und Funktionäre teilweise oder zur Gänze von der Gemeinde übernommen werden. In jedem Fall können diese Kosten als Bildungsaufwand steuerlich abgesetzt werden.

Fact Box: Die „Vasa“

König Gustav II. Adolf von Schweden ließ ab 1625 das Kriegsschiff Vasa bauen, und zwar für den Schutz schwedischer Interessen gegen Polen während des Dreißigjährigen Krieges. Über 700 Statuen, deren fratzenhafte Gesichter Schwedens Stärke demonstrieren und den Gegner demütigen und ängstigen sollten, zierten die Vasa. Sie war bestückt mit 64 Kanonen, die der Feuerkraft der gesamten polnischen Flotte gleichkommen sollten.
Nachdem Gustav II. Adolf erfahren hatte, dass der Feind ein ähnlich großes Schiff bauen ließ, befahl er 1627, auf dem oberen Batteriedeck Kanonen in gleicher Zahl und vom gleichen Kaliber wie auf dem unteren Batteriedeck zu installieren, um so die Feuerkraft weiter zu erhöhen. Ein schwerer Fehler: Die gesamte Statik des Schiffes, die durch Ballaststeine im Rumpf kontrolliert wurde, geriet außer Kontrolle.
Der erste stärkere Windstoß ließ das Schiff etwa 1300 Meter nach dem Start kentern. Insgesamt dauerte die erste und einzige Fahrt der Vasa nur etwa 20 Minuten.

„Roadmap Solarenergie“– bis 2020 ein Drittel des Potenzials erschließen

Solarkraft ist ein wichtiger Eckpfeiler für die „Energiestrategie Österreich“

> Die Sonne ist einer unserer wichtigsten Energiespender der Zukunft – und bringt gleichzeitig neue Arbeitsplätze.
>
> Niki Berlakovich, Umweltminister

„Die Sonne ist einer unserer wichtigsten Energiespender der Zukunft, um Klimaschutz und Versorgungssicherheit mit den Chancen bei der Nutzung erneuerbarer Energiequellen positiv zu verbinden. Unsere neue Studie zeigt, dass wir bis 2020 ein Drittel des langfristigen Potenzials bei Solarwärme erschließen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung unseres Erneuerbaren-Ziels leisten könnten. Gleichzeitig bringt das neue Arbeitsplätze – ‘Green jobs’, Konjunkturbelebung und eine hö-here Unabhängigkeit von Energieimporten“, so Umweltminister Niki Berlakovich bei der Pressekonferenz „Solarenergie als Zukunftschance“.
Die im Auftrag des Lebensministeriums erstellte Studie „Roadmap Solarenergie“ leistet dabei einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung der „Energiestrategie“ für Österreich. Diese erarbeitet das Lebensministerium gemeinsam mit dem Wirtschaftministerium, Experten und relevanten Stakeholdern. Ziel ist es, die Energieversorgung Österreichs sicherzustellen, den Anteil erneuerbarer Energieformen anzuheben und die Klimaschutzziele zu erreichen. Solarenergie ist dabei ein wesentlicher Eckpfeiler. Bis zu 20 Prozent können damit von der EU-Vorgabe – 34 Prozent Anteil an erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 – abgedeckt werden.
Rund 30 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Österreich gehen in die Raumwärme. Sie ist außerdem – gemeinsam mit dem Verkehrssektor – Hauptemittent bei Treibhausgasen. Sonnenkraft kann hier Abhilfe schaffen, und die heimische Branche ist sehr aktiv. „Im Jahr 2008 waren in Österreich rund vier Millionen Quadratmeter thermische Sonnenkollektoren in Betrieb, das entspricht einer gesamten Leistung von 2,8 MWh. Der Nutzwärmeertrag beträgt 1330 Gigawattstunden. Die damit erzielte CO_2-Reduktion betrug 545.150 Tonnen“, führt Studienautor und klima:aktiv Programm-Manager Ing. Christian Fink aus. Österreich gehört bereits heute weltweit zu den Solarenergie-Vorreitern.

Solarwärme als wichtiger Wirtschaftsfaktor

Nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch als Wirtschaftsfaktor ist die Solarwärme eine bedeutende Branche: Der Umsatz lag im Jahr 2008 bei rund 590 Millionen Euro bei einer Exportquote von knapp 80 Prozent und bot 7400 Menschen einen Vollzeitarbeitsplatz. Mit den jetzt schon vorhandenen Technologien könnte bis 2020 bereits ein Drittel des langfristigen Potenzials erschlossen werden. Mehr Infos bei **doris.ostermann@lebensministerium.at**

„Energiestrategie Österreich“ präsentiert

Die Strategie hat drei Säulen

BMLFUW/Kern

Die Bundesregierung wird bis Jahresende die „Energiestrategie Österreich“ für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen und Projekte für die Erreichung der EU-Energieziele bis 2020 vorlegen. Details erläuterten Umweltminister Niki Berlakovich, Monika Langthaler (brainbows) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner in einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Umweltminister Niki Berlakovich haben Ende April den Weg zur „Energiestrategie Österreich“ präsentiert. Bis 2020 muss Österreich 34 Prozent seines End-Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken – so die EU-Vorgabe. Die „Energiestrategie Österreich“ und deren Energieziele basieren daher auf den drei Säulen Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energie. Es wird ein konkreter Maßnahmen- und Zeitplan zur Erreichung der Energieziele und zur Umsetzung der Richtlinie zur Nutzung von erneuerbarer Energie erarbeitet. Besonderer Fokus wird auf die Einbindung relevanter Stakeholder und Unternehmen gelegt, die an der Umsetzung mitwirken sollen. Die Energiestrategie soll durch eine Vielzahl von Organisationen aus dem öffentlichen und privaten Sektor getragen werden. Bund, Länder und Unternehmen spielen auf allen Ebenen zusammen und bilden ein professionelles Energie-Netzwerk. Sie alle sind eingeladen, sich an Workshops und Arbeitsgruppen zu beteiligen.

Infos auf www.lebensministerium.at

Radfahren sichert viele „Green Jobs“

Trend Elektrofahrrad hält an

„Radfahren liegt im Trend. Es ist gesund, steigert die Lebensqualität und sichert bis zu 18.000 Jobs“, betonte Umweltminister Niki Berlakovich beim Start der Radsaison am 2. April im Wiener Museumsquartier.
Minister Berlakovich will daher bis 2015 den Radverkehrsanteil auf zehn Prozent verdoppeln. Insgesamt ist die Radbranche in einer stark steigenden Entwicklung, wobei derzeit rund 882 Millionen Euro im Jahr mit dem Rad in Österreich umgesetzt werden, wie die aktuelle Kurzstudie „Wirtschaftsfaktor Radfahren“ des Lebensministeriums und der WKÖ gezeigt hat. Radtourismus und Handel profitieren von diesem Radboom am meisten. So sichert der Radtourismus rund 70 Prozent der Arbeitsplätze und erwirtschaftet 53 Prozent der österreichischen Radverkehrswertschöpfung. Besonders betrachtet wurde auch der neue Trend Elektrofahrräder. Für 2009 wird erwartet, dass zirka ein Prozent der jährlich rund 400.000 verkauften Fahrräder mit elektrischer Unterstützung fahren – Tendenz stark steigend. Besonders für hügelige Gegenden sind Elektrofahrräder eine gute Unterstützung zur Muskelkraft. Umweltminister Berlakovich hat daher beschlossen, Gemeinden, Betriebe und Tourismuseinrichtungen beim Ankauf von Elektro-Bikes mit 400 Euro bei Ökostrombezug und sonst mit 200 Euro pro Elektrofahrrad über das klima:aktiv mobil Förderprogramm zu unterstützen.
Förderdetails auf **www.radfahren.klimaaktiv.at** .
Insgesamt wurden im Vorjahr durch Radverkehrsmaßnahmen der über 110 klima:aktiv mobil Projektpartner des Ressorts 31.000 Tonnen CO_2 eingespart.
Die Radfahr-Kampagne 2009 des Lebensministeriums steht unter dem Motto „Österreichs Wadeln radeln!“ Umweltminister Berlakovich lädt in den nächsten Monaten alle ÖsterreicherInnen ein, sowohl im Alltag als auch in der Freizeit das Fahrrad zu nützen, und wird in einer Tour vom „Neusiedlersee bis zum Bodensee“ mit den Bundesländern, Städten und Gemeinden die Umsetzung des Masterplan Radfahren diskutieren.

Gemeinden, Betriebe und Tourismuseinrichtungen werden beim Ankauf von Elektro-Bikes mit bis zu 400 Euro pro Elektrofahrrad über das klima:aktiv mobil Förderprogramm unterstützt.

Umweltminister Niki Berlakovich auf dem Prototypen des KTM- Elektrofahrrads – ein sogenannter „Erlkönig“, der 2010 auf den Markt kommen soll.

Genuss Region Österreich

Neu: Kulinarischer Tourismus

Die Herkunft von Lebensmitteln ist neben Qualität, Frische und dem Gesundheitsaspekt für Konsumenten besonders wichtig.
Mit der Initiative „Genuss Region Österreich“ kommt das Lebensministerium diesem Wunsch entgegen. Lag im vergangenen Jahr der Schwerpunkt der Aktivitäten bei der Gastronomie, so gibt es heuer einen Tourismus-Schwerpunkt. Hier kann sich Österreich verstärkt positionieren und neues touristisches Profil gewinnen. Ein Schwerpunkt kommender Aktivitäten wird sein, Urlaubsangebote zu entwickeln und bekanntzumachen. Dazu gibt es einen Wettbewerb: Gesucht werden Angebote in den Kategorien Tagesausflug, Kurzurlaub und Langzeiturlaub.
www.genuss-region.at

Auch Kommunen betroffen

„Schreckgespenst“ Umwelthaftung

Am 11. März 2009 wurde im Nationalrat nach zähen Verhandlungen auf Basis eines Initiativantrages der Koalitionsparteien das Bundesgesetz über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Bundes-Umwelthaftungsgesetz – B-UHG) beschlossen. Mit diesem Gesetz wird die Umwelthaftungsrichtlinie 2004/35/EG partiell, nämlich für den Kompetenzbereich des Bundes, in innerstaatliches Recht umgesetzt.
Die sich aus dem B-UHG ergebenden Pflichten können auch Kommunen als Betreiber von z. B. Abfallwirtschaftsmaßnahmen, Wasserkraftanlagen, Biomasse- bzw. Biogasanlagen oder Betriebstankstellen auf Bauhöfen betreffen.
www.lebensministerium.at
www.umweltbundesamt.at

Infos auf www.lebensministerium.at

Das Netzwerk zukunft.familie tagte am 13. Mai in Baden

Zusammenarbeit bringt Vorteile

In der LEADER Region Triestingtal wird vorgelebt, dass durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit noch mehr für die einzelnen Gemeinden erreicht werden kann. Deswegen stand das Triestingtal auch im Mittelpunkt einer Veranstaltung des NÖ Familienreferates Anfang Mai.

Das Triestingtal hat sich als erste Region dazu entschieden, das Audit „familienfreundlichegemeinde“ gemeindeübergreifend durchzuführen. Mittlerweile befinden sich fast alle Gemeinden im Auditprozess, und Kaumberg und Weissenbach wurden sogar bereits zertifiziert. Der Startschuss fiel bei einem gemeinsamen Auditseminar im Oktober 2007. Im Rahmen dieses Workshops lernten die Gemeindevertreter/innen den Ablauf des Audit „familienfreundlichegemeinde“ näher kennen. In allen Gemeinden wird zuerst der IST-Zustand an familienfreundlichen Maßnahmen erhoben, um darauf aufbauend konkrete Ziele zu definieren und Projekte zu entwickeln, wie die Familienfreundlichkeit nachhaltig verbessert werden kann.

Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner (3.v.l.) und NÖ-Gemeindebundpräsident Mag. Alfred Riedl (2.v.l.) diskutierten mit den Vertreter/innen familienfreundlicher Gemeinden: Bgm. Erika Adensamer aus Baden, Bgm. Ing. Gerhard Baumgartner aus Markt Piesting und DI Elisabeth Hainfellner (GF Leader Region Triestingtal). (v.l.n.r.)

Das Besondere im Triestingtal ist die interkommunale Zusammenarbeit. Über die Gemeindegrenzen hinweg wird so erstmalig unter den Gemeinden abgestimmt, wer welche Leistungen für die Familien erbringt und welche Synergien genützt werden können. „Die Familien sind unsere Zukunft“, hört man von Christine Eisner, der Vizebürgermeisterin aus der Stadtgemeinde Berndorf, über die Motivation, an diesem Projekt teilzunehmen. Am 13. Mai fand in Baden eine große Tagung statt, bei der sich alles um Familienfreundlichkeit in der Gemeinde drehte. Es wurden die Vorteile für die Gemeinden dargestellt und auch konkrete Umsetzungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Gerade in der Gemeindearbeit lohnt es sich, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Durch Zusammenarbeit in der Region kann noch mehr für die Familien und deren Lebensqualität erreicht werden.

Christine Marek,
Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist das beste Arbeitsprogramm für die Gemeinde. Durch mehr Familienfreundlichkeit wird auch der Wirtschaftsstandort gestärkt und die Attraktivität als Tourismusdestination erhöht.

Dr. Reinhold Mitterlehner,
Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

UNSER TRIESTINGTAL

www.unsertriestingtal.at

Information

Informationen unter
www.familieundberuf.at
Rückfragen an
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at
01/218 50 70

Modellgemeinden in den Bezirken Leibnitz und Liezen haben eines gemeinsam:

MIA – Mütter in Aktion

Frauen in ländlichen Regionen, die sich trotz schwieriger Lebensumstände für eine Mutterschaft entscheiden, benötigen verstärkt Hilfe. Das Projekt „MIA – Mütter in Aktion“ in der Steiermark unterstützt Frauen auf dem Land im psychosozialen Bereich.

Die Lebensphase der Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft bringt große Veränderungen, bereichernde Erfahrungen und ungeahnte Probleme. Frauen müssen in dieser Zeit spezielle Bewältigungsleistungen erbringen. Veränderte Lebensentwürfe, eine technisierte Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe, schwierige ökonomische Rahmenbedingungen sowie mangelnde Infrastruktur und Kooperationen in ländlichen Regionen können dazu führen, dass die Lebensphase der Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft zu einer Belastung für die betroffenen Frauen, insbesondere am Land, wird.
„Es fehlen vor allem Kinderbetreuungsplätze“, resümiert Dr. Brigitte Steingruber, Leiterin des Projekts „MIA – Mütter in Aktion“. In Liezen und Leibnitz gibt es derzeit keine außerhäusliche Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Für 80 Prozent der älteren Kinder stehen zwar Kindergartenplätze zur Verfügung – die Kindergärten werden allerdings nur halbtags geführt. „Für die Mütter in diesen steirischen Bezirken ist das ein Riesenproblem, wenn sie wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen“, so Steingruber.
Diese und andere Probleme wurden im Rahmen des Projekts

Fotos: privat

Treffen bei einem „Müttercafé“ in Rottenmann in der Steiermark.

„MIA – Mütter in Aktion“ erhoben. Das Projekt, das vom Frauengesundheitszentrum Graz durchgeführt wird, startete im September 2007 in den beiden steirischen Bezirken Liezen und Leibnitz. Es hat sich die „psychosoziale Unterstützung von Frauen zur Stärkung und Förderung ihrer Selbstbestimmung und Selbstbehauptung“ zum Ziel gesetzt, wie in der Projektbeschreibung zu lesen ist. „Das Projekt ist aus einem interdisziplinären Arbeitskreis zum Thema Pränataldiagnostik entstanden“, berichtet Steingruber: „Das medizinische Angebot hat heute während und nach einer Schwangerschaft einen deutlich höheren Stellenwert als die psychosoziale Unterstützung. Mit unserem Projekt wollen wir Netzwerke unter den Frauen aufbauen und diese Unterstützung anbieten.“
Die „Modellgemeinden“ von MIA sind in Leibnitz – dem größten Bezirk Österreichs – Schlossberg, Glanz an der Weinstraße, Eichberg-Trautenburg und Leutschach. Im Bezirk Liezen konnten bis dato nur zwei Gemeinden für das Projekt begeistert werden, nämlich Rottenmann und Selzthal. Die Bezirke Leibnitz und Liezen wurden deshalb ausgewählt, weil erkennbar werden soll, wie sich das Projekt in geografisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlichen Regionen auswirkt. Liezen in der Obersteiermark gilt als eher wohlhabend, Leibnitz im Süden dagegen als „ärmer“.

Aktive Mütter

MIA wird durch den Fonds Gesundes Österreich und die Gesundheitsplattform Steiermark gefördert. Auf Gemeindeebene wird ein wöchentlicher Treffpunkt, das „Müttercafé“ mit Kinderbetreuung angeboten, das Müttern die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bietet. Außerdem werden jenen Müttern, die seit 2006 ein Kind auf die Welt gebracht haben, Hausbesuche durch Projektmitarbeiter/innen angeboten, um über ihre Wünsche und Probleme zu sprechen. „Fast alle Frauen haben die Idee der Hausbesuche begeistert aufgegriffen“, so Dr. Steingruber. Im Herbst 2008 fand auf Gemeindeebene auch zum ersten Mal ein runder Tisch statt, zu dem Eltern, Anbieter/innen von Leistungen für Mütter und Gemeindeverantwortliche eingeladen wurden, um über Möglichkeiten zur Verbesserung der Kinderbetreuung zu diskutieren. „Das war sehr konstruktiv, schon weil sich die Betroffenen ohne Zwang zur sofortigen Umsetzung austauschen konnten“, erzählt Brigitte Steingruber.

Mit unserem Projekt wollen wir Netzwerke unter den Frauen aufbauen und Unterstützung anbieten.

Dr. Brigitte Steingruber, Leiterin des Projekts „Mütter in Aktion“

Kontakt

Frauengesundheitszentrum Graz – Dr. Brigitte Steingruber, Projektleiterin
Tel.: 0316/83 79 98
E-Mail: **brigitte.steingruber@fgz.co.at**
Web: **www.fgz.co.at/MIA-Muetter-in-Aktion.266.0.html**

PRAXIS

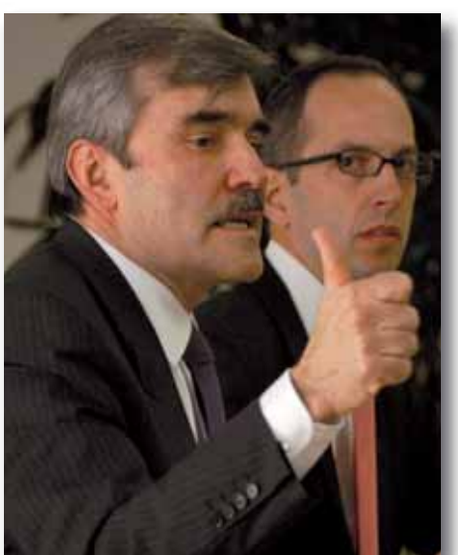
Lebensministerium: Gewässerbewirtschaftungsplan

Neue Homepage ist „Aktiv für unser Wasser“

Foto: BMLFUW/Kern

Umweltminister Niki Berlakovich (2. v. r.) stellte gemeinsam mit Umweltdachverbandpräsident Gerhard Heilingbrunner, NÖ-Umweltlandesrat Stephan Pernkopf und VEÖ-Generalsekretärin Barbara Schmidt den neuen österreichischen Gewässerbewirtschaftungsplan zum Schutz für unser Wasser vor.

„Wir starten mit einem sehr ehrgeizigen Projekt zum Schutz unseres Wassers. Unser Ziel ist, das Wasserschloss Österreich für die nächsten Generationen in bestem Zustand zu erhalten. Darum legen wir heute den Entwurf für den Ersten Österreichischen Gewässerbewirtschaftungsplan vor. Er enthält zahlreiche konkrete Maßnahmen an einzelnen Flussabschnitten. Und da diese Projekte wichtig für die nachhaltige Absicherung unserer Lebensgrundlage Wasser sind, muss auch die Bevölkerung eingebunden werden. Darum lade ich heute alle Österreicherinnen und Österreicher ein, aktiv zu werden und mitzuhelfen, unser Ziel zu erreichen“, so Umweltminister Niki Berlakovich Ende April im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem niederösterreichischen Umweltlandesrat Stephan Pernkopf, der Generalsekretärin des VEÖ, Barbara Schmidt, und dem Präsidenten des Umweltdachverbandes, Gerhard Heilingbrunner, anlässlich der Vorstellung des Ersten Österreichischen Gewässerbewirtschaftungsplans. Einer der Eckpfeiler des Projektes „Aktiv für unser Wasser“ für nachhaltigen Schutz der heimischen Gewässer ist die Beteiligung der Öffentlichkeit. Dazu ist die Homepage **www.wasseraktiv.at** online.
www.lebensministerium.at



Alois Steinbichler und Andreas Fleischhacker präsentierten den Geschäftsbericht 2008.

Kommunalkredit I: Die Bilanz 2008 zeigt intakte Basis

Kerngeschäft ist gesund, aber Zypern-Binkerl wiegt schwer

Bei der Präsentation der Kommunalkredit-Bilanz 2008 zeichnete Vorstandschef Alois Steinbichler ein gemischtes Bild. Einerseits ist das Kerngeschäft der Kommunalkredit, die Finanzierung der österreichischen Kommunen, gesund und gesichert. Andererseits schleppt die Gemeindebank ein „Zypern-Binkerl“ mit sich, das es in sich hat. Aber laut Feststellung Steinbichler ist die Kommunalkredit trotzdem „gut auf das gegenwärtig schwierige Marktumfeld eingenstellt“. Derzeit verhandelt Steinbichler noch mit dem Finanzministerium einen Sanierungsplan aus. Die Bürgschaft der Republik läuft noch bis Ende September, bis dahin soll dieser Restrukturierungsplan stehen. Der muss zudem noch von der EU-Kommission genehmigt werden.
www.kommunalkredit.at

KMU-Effizienzberatung

Energieeinsatz in Betrieben

Der Klima- und Energiefonds fördert seit kurzem Energieeffizienzberatungen in österreichischen Klein- und Mittelunternehmen (KMU). Die Beratungen werden von qualifizierten Energieberatern und -beraterinnen durchgeführt und mit max. 675 Euro je Beratung gefördert, ein Selbstbehalt von max. 75 Euro ist vom jeweiligen Betrieb (KMU) zu bezahlen. Diese Förderaktion ist mit insgesamt 1,75 Millionen Euro dotiert und vorerst auf ein Jahr begrenzt. Um die österreichischen KMU bestmöglich zu unterstützen, führt der Klima- und Energiefonds die KMU-Initiative mit Mitwirkung der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und des Energieinstituts der Wirtschaft durch. Der KMU-Energieeffizienzscheck kann ab sofort online unter: **www.kmu-scheck.at** beantragt werden.
Info-Hotline:
0664/480 71 93,
support@kmu-scheck.at

Kommunalkredit II

Platzer wehrt sich

Reinhard Platzer, Ex-Chef der Kommunalkredit, fühlt sich ungerecht behandelt und klagt laut einem Interview in der „Wiener Zeitung“ von Anfang Mai gegen seine Entlassung. Dies sei der einzige Weg, um den – ungerechtfertigten – Vorwurf der Pflichtverletzung aus der Welt zu schaffen.

Fertighausverband: „Bald Photovoltaik-Fertighäuser“

Fertigbaubranche hielt sich wacker

Die Mitgliedsbetriebe des Österreichischen Fertighausverbandes (ÖFV) präsentierten kürzlich ihre erfreuliche Bilanz 2008. Ein sattes Plus von 41,5 Prozent wurde im Export verzeichnet: Insgesamt 746 Einfamilienhäuser lieferten die im ÖFV organisierten Herstellerfirmen über die Landesgrenzen. Erfreulich entwickeln sich auch die Umsätze, die im abgelaufenen Jahr um 2 Prozent auf 449 Millionen Euro stiegen. Zudem verlautbarte der ÖFV, dass in Fertighäuser künftig Photovoltaik-Zellen bereits in die Dach- und Wandelemente eingebaut werden.

Ausschreibung: „Energy Globe Award“ wird verliehen

Umweltfreundliche Innovationen gesucht

Die Wirtschaftskrise ist nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Riesenchance für Österreich. Vor allem bei innovativer Umwelttechnologie – wo unser Land schon weltweit eine Spitzenposition einnimmt. Es gibt heute schon viele neue Technologien, die helfen, einerseits Energie einzusparen, gleichzeitig aber auch den Lebenskomfort der Menschen zu verbessern. Diese gilt es, der breiten Öffentlichkeit vorzustellen, auszuzeichnen und dafür Bewusstsein zu schaffen. Für den Energy Globe Award 2009 werden daher wieder herausragende Umweltlösungen gesucht: Projekte, die unsere Ressourcen wie Energie, Wasser etc. effizient und sparsam nutzen oder erneuerbare Energien wie Wind, Sonne, Umweltwärme, Biomasse einsetzen. Gefragt sind aber auch findige Heimwerker, die es geschafft haben, ihre vier Wände oder ihr Haus zum Energiesparmeister zu machen!
Einreichfrist ist der 15. Juni 2009. Alle weiteren Details zur Teilnahme und das Anmeldeformular zum Download im Internet auf **www.energyglobe.info**

Foto: GEG Agency

Die Initiatoren des „Energy Globe“ sind sich sicher: Nur durch ein globales Miteinander können wir die anstehenden Energie- und Klimaprobleme meistern.

Handwerkskultur: Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner stimmt Förderung zu

Meisterstraße „Innviertel“ präsentiert

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentierte kürzlich das Projekt „Meisterstraße Innviertel“. „Das Ministerium fördert Projekte wie dieses, um die regionale Wertschöpfung und die qualitative Wissensvermittlung zu stärken“, so Mitterlehner. Mit den Förderungen – von der EU rund 164.000 Euro, vom Wirtschaftsministerium rund 173.000 – und den Eigenleistungen der Betriebe werde es gelingen, die Dachmarke Meisterstraße über die Grenzen der Region hinaus zu positionieren.

Mit der Verwendung des Emblems der MEISTERSTRASSE verpflichten sich Handwerksmeister zu strengen Qualitätskriterien.

Abfallverwertung: ÖAKR hat 2008 fleißig recycelt

Sammelrekord bei Kunststoffrohren

Der Österreichische Arbeitskreis Kunststoffrohr Recycling ÖAKR verzeichnet einen neuen Sammelrekord: Im Jahr 2008 wurden 1280 Tonnen gebrauchte Rohre, Formstücke und bei der Verlegung anfallende Reste gesammelt und einer umweltgerechten Verwertung zugeführt. Dies entspricht einer Steigerung der Sammelmenge um 55 Prozent gegenüber 2007 und fast einer Verdreifachung gegenüber 2004. Auch ist es gelungen, die Restmüllmenge (zum Beispiel Verpackungen) von durchwegs 20 Prozent auf zuletzt sieben Prozent zu reduzieren. Mehr auf **www.oeakr.at**

OÖ Gemeindebund

Seminar für Bauvorhaben

Der OÖ Gemeindebund veranstaltet im Juni das Seminar „Abwicklung von Bauvorhaben und begleitende Kontrolle“. Informiert wird über Modelle, Vertragsstrukturen und rechtliche Voraussetzungen. Anmeldung per E-Mail: **babler@ooegemeindebund.at**

Aktion für Schulen

Ein Trinkbrunnen für gute Ideen

Gerade für Jugendliche ist es enorm wichtig, genügend Wasser zu trinken. Dies fördert sowohl die Leistungs- als auch die Konzentrationsfähigkeit im Unterricht. Darum unterstützen die Jugend-Wasserplattform des Lebensministeriums, „Generation Blue“, und die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) die Installation von Trinkwasserbrunnen an Österreichs Schulen. Alle Schulen sind ab sofort aufgerufen, sich um einen Trinkbrunnen zu bewerben. Ausgewählt werden Schulen, deren SchülerInnen ein Bild (Foto, Zeichnung oder kurze Filmsequenz), das sie beim Trinken von Wasser zeigt, einsenden. „Die jungen Menschen sollen uns zeigen, wie genussvoll, spannend oder auch witzig das Trinken von Wasser sein kann“, erklärt der Vizepräsident der ÖVGW. Schulen, LehrerInnen und SchülerInnen können sich ab sofort unter **office@aqa.at** bewerben. Mehr Infos auf **www.generationblue.at**

Oberösterreich

Gemeinde auf dem E-Scooter

Die Gemeindemitarbeiter der oö. Gemeinde Eberschwang können künftig umweltfreundlich ihre Dienstwege zurücklegen: Anlässlich der GEMDAT-Fachmesse wurden im Rahmen des LINZ AG-Naturwärme Gewinnspiels ein trendiger E-Scooter verlost. Bürgermeister der Gewinner-Gemeinde, Josef Bleckenwegner, freut sich über das umwelt- und budgetschondende Gerät.

KOMMUNAL optimal

Jetzt noch näher am Leser – noch stärker in den Gemeinden!

Die Welt befindet sich derzeit im Umbruch und zwingt in vielen Bereichen zu einem Umdenken – wir sehen die Chance und nehmen sie wahr. Das Fachmagazin KOMMUNAL, offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, feiert im Juni das Erscheinen seiner 150. Ausgabe, und die Brüder Walter und Michael Zimper gehen mit einer thematischen Erweiterung und umfassenden Cross-Media-Aktivitäten in die Offensive.

Michael und Walter Zimper, Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlages.

Die heutige Situation stellt für fast alle eine Herausforderung dar. Wir haben beschlossen, uns dieser Herausforderung zu stellen und die aktuellen Entwicklungen zum Anlass genommen, um uns zu orientieren: Wo kommen wir her – und wo wollen wir hin?

Wir haben uns weiter auf unsere Stärken besonnen. Die liegen in unserer Themenführerschaft und unserer anerkannten Kompetenz in kommunalen Fragen. Als DAS Medium für Österreichs Gemeinden und die heimische Wirtschaft können wir auf langjährige Erfahrungen zurückblicken. Wir feiern schließlich unsere 150. Ausgabe! Unser Vater, selbst 28 Jahre lang Bürgermeister, Kommunal- und Europapolitiker sowie langjähriger Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, hat das Magazin KOMMUNAL gegründet – wir als seine Söhne möchten es in die nächste Generation tragen.

Mehr Themen und mehr Jugend
Wir werden unsere Stärken weiter ausbauen, indem wir einerseits unser Magazin thematisch erweitern. Wir möchten dafür unsere Leser noch gezielter ansprechen und den Bedürfnissen der modernen Gemeinde von heute noch mehr entgegenkommen. Das wird deshalb gelingen, weil bei KOMMUNAL all jene aktiv und engagiert mitarbeiten und schreiben, die hautnah wissen, was in Österreichs Gemeinden läuft: die Experten des Österreichischen Gemeindebundes und kompetente Vertreter der meisten Bundesministerien. In vielen Gemeindevorständen findet gerade ein Generationswechsel statt. Dieser Tatsache wollen wir Rechnung tragen und verstärkt Themen ansprechen, die auch die jüngeren Gemeindevertreter bewegen.

Wir sind weit mehr als nur ein Magazin
Zum anderen planen wir umfassende Aktivitäten rund um kommunalpolitische Belange. Unser Magazin besteht seit über sechzehn Jahren und ist als medialer Begleiter kommunaler Politik eine feste Institution.

Unser Ziel ist es, dass die Marke KOMMUNAL künftig nicht nur für das Medium steht, sondern für eine Vielzahl an Aktivitäten und Veranstaltungen. Wir machen KOMMUNAL zu einer Drehscheibe zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Weil wir wissen, wie die Entscheidungsprozesse in den Gemeinden funktionieren und wie sehr die 2357 österreichischen Gemeinden leistungsstarke Partner aus der Wirtschaft brauchen.

Kommunal optimal

- Näher am Leser
- Am Puls des kommunalen Geschehens
- Eine Plattform für Politik, Wirtschaft und Verwaltung
- Noch stärker in den Gemeinden

Mehr Infos unter:
www.kommunal.at

Pipelife-Kunststoffrohrsysteme für den österreichischen Kanalbau

Eiskristall-klares Bekenntnis zu höchster Qualität

Funktionierende Abwasserentsorgung leistet einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz. Für den größten österreichischen Kunststoffrohrhersteller Pipelife Austria stellt die Produktion von Rohrsystemen für diesen verantwortungsvollen Bereich einen wichtigen Geschäftsbereich dar.

Das renommierte Unternehmen verfügt hier über 40-jähriges Produkt-Know-how. „Pipelife setzt Maßstäbe, wenn es um Rohrqualität geht. Unsere Produkte zeichnen sich durch Langlebigkeit, hohe Belastbarkeit und Sicherheit aus. Sie liegen bei weitem über den Anforderungen der EU-Normen und werden regelmäßig von unabhängigen österreichischen Prüfinstituten kontrolliert. Das Resultat ist höchster Qualitätsstandard, offiziell bestätigt und zertifiziert“, erklärt Pipelife-Geschäftsführer Mag. Karl Aigner.

Bei der Produktauswahl genau hinzusehen und auf höchste Qualität zu achten, lohnt sich schon beim kleinsten Auftrag. Und erst recht bei großen Projekten im geförderten Siedlungswasserbau.

Mag. Karl Aigner, Pipelife-Geschäftsführer

Höchste Qualität auf den ersten Blick

Bevor ein Rohr, wie etwa das bewährte und millionenfach zur Anwendung kommende PVC-Vollwandrohr (siehe Abbildung), die Produktionshalle verlässt, wird es mit einer Signierung versehen. Und diese gibt viel mehr preis als Herkunft, Anwendungsbereich und Werkstoff. Was manche nicht wissen: Die Signierung dient auch dazu, dem Anwender gleich auf den ersten Blick wertvolle Informationen über Qualität und Performance des Produktes zu geben.

PVC-Kanalrohrsysteme von Pipelife überzeugen seit Jahrzehnten durch nachhaltige Vorteile bei der Anwendung und Verlegung sowie durch ihr exzellentes Preis-Leistungs-Verhältnis.

Für Österreichs Klima geeignet

Auf der Signatur des abgebildeten Rohres befindet sich mittig ein Eiskristallzeichen. Es bestätigt, dass das Rohr auch bei niedrigen Temperaturen verlegt und eingesetzt werden kann. Ein Erfordernis, das in südlichen EU-Ländern nicht besonders wichtig erscheint, bei den in Österreich vorherrschenden klimatischen Bedingungen jedoch von größter Bedeutung ist.

ÖNORM-EN 1401-1-geprüft

Dass diese Anforderung gewährleistet ist, sichert hier konkret das österreichische Vorwort in der Kanalrohrnorm ÖNORM-EN 1401-1. Für diesen hohen Anspruch sind die Vorgaben der EN-NORM alleine eindeutig zu wenig. Letztere erlaubt beispielsweise einen Kreideanteil im Rohr von bis zu 25 Prozent. Wie Prüfungen, etwa der sogenannte Schlagtest, für den das Rohr auf minus 10 Grad Celsius abgekühlt wird, zeigen, zersplittert ein Rohr mit einem derart hohen Kreideanteil bei Minustemperaturen.

GRIS-Gütezeichen

Kanalrohre von Pipelife erfüllen – wie die Signierung ebenfalls zeigt – zudem die hohen GRIS-Anforderungen (Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau). Das freiwillige Gütezeichen bestätigt für den Anwendungsbereich Abwasser die Konformität mit den ÖGA (Österreichische Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau). Neben den zahlreichen technischen profitieren die Anwender auch von den kundenspezifischen Anforderungen des GRIS-Gütezeichens: Vertretung in Österreich, Kundenberatung und Baustellenbetreuung, Lagerhaltung – Verfügbarkeit der Produkte, Versicherungsnachweis sowie Qualitätsmanagementsystem mindestens nach EN ISO 9001:2000, Recycling.

Information

Pipelife Austria GmbH
& Co KG
2351 Wr. Neudorf
Tel: +43.2236.6702-0
Fax: +43.2236.6702-264
info@pipelife.at
www.pipelife.at

E. E.

Rigo-fill inspect

Ein Block – viele Einsatzbereiche

Der Rigo-fill inspect ist ein Kunststoff-Füllkörper für die Rigolen-Versickerung. Neben den unterschiedlichen Einsatzbereichen zeichnet er sich vor allem dadurch aus, dass er kamerabefahrbar und spülbar ist. Eine Palette an durchdachtem Zubehör rundet das Programm ab. Der Vorteil dieser Methode ist, dass der Speicherraum der Versickerungsanlage wesentlich größer ist als im Vergleich zu herkömmlichen Kiesrigolen. Ein Block mit den Abmessungen 0,8/0,8/0,66 (L/B/H) besitzt ein Nettovolumen von 400 Litern. Dies entspricht einem

Rigo-fill inspect ist ein Baukastensystem, das sich durch hohe Flexibilität, schnelle Verlegung und Anwenderfreundlichkeit auszeichnet.

Hohlraumgehalt von 95 Prozent, also dem dreifachen von Kies! Das Neuartige daran sind jedoch die besonderen Wartungseigenschaften. Bei einer Lebensdauer von 50 Jahren und mehr ist die dauerhafte Funktion solcher Anlagen von ausschlaggebender Bedeutung. Dank eines integrierten Inspektionstunnels ist eine Begutachtung des gesamten Speichervolumens und der Versickerungsoberfläche (Vlies) möglich. „Mit unserem Rigo-fill inspect lässt sich eine Versickerungsanlage jederzeit kontrollieren und gegebenenfalls spülen, denn der Füllkörper besitzt einen Inspektionstunnel“, so der Produktmanager.

Information

ACO Passavant GmbH
Gewerbestrasse 14–20
2500 Baden
Tel. 02252/22420-0
Fax 02252/22420-30
info@aco-passavant.at
www.aco-passavant.at

E. E.

Financing Modelling – Finanzplanungsmodelle für Gemeinden

Projekte sicher im Griff

Bei größeren Bauvorhaben der öffentlichen Hand kann man leicht den Überblick verlieren. Abhilfe schaffen Finanzplanungsmodelle, die wichtige Entscheidungshilfen bieten und dazu dienen, die Kosten unter Kontrolle zu halten.

Finanzplanungsmodelle gewinnen als Instrument für die richtige Strukturierung von Bauprojekten der öffentlichen Hand zunehmend an Bedeutung. Bei größeren Bauvorhaben ab zirka zehn Millionen Euro gehört eine echte Finanzplanung mittlerweile bereits zum Standardrepertoire einer sauberen Projektvorbereitung und -umsetzung.
Während der Projektvorbereitung dienen Finanzplanungsmodelle dazu, mögliche Umsetzungsvarianten (wie z. B. Leasing, KG-Modell, PPP etc.) zu vergleichen und die beste und günstigste Lösung für die öffentliche Hand zu finden. Wichtige Entscheidungen können so dokumentiert und transparent dargestellt werden.
Im Vergabeprozess können Finanzplanungsmodelle nützlich sein, um Angebote und deren Auswirkungen auf den Haushalt zu vergleichen.

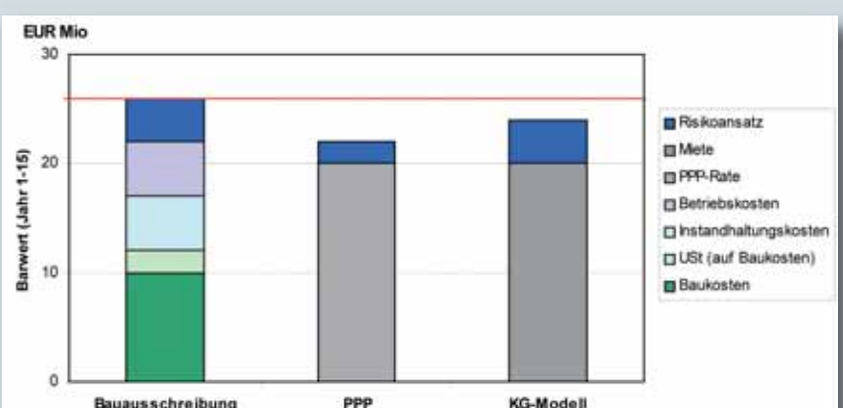
Der Bedarf unserer Kunden nach verbesserter Planungstransparenz und -sicherheit bei größeren Bauvorhaben ist seit Beginn der Finanzkrise massiv gestiegen.

Mag. Lukas Stühlinger ist in der Kommunalkredit für Infrastruktur-Beratungsprojekte verantwortlich.

Bei der Finanzierung von Projekten dienen Finanzplanungsmodelle dazu, die Struktur des Projektes zu optimieren und Chancen und Risken verschiedener Finanzierungsszenarien zu evaluieren bzw. darzustellen. Zudem ist festzustellen, dass – insbesondere bei größeren bzw. komplexeren Projekten – durch eine transparente Projektdokumentation mit Hilfe von Finanzplanungsmodellen günstigere Finanzierungskonditionen erzielbar sind.

Die Kommunalkredit verfügt über ein spezialisiertes Beratungsteam, das Kommunen und öffentlichen Unternehmen bei größeren Bauvorhaben bei der Projektvorbereitung, der Projektentwicklung und der Erarbeitung der effizientesten Finanzierungsstruktur unterstützt.

Beispiel einer Auswertung



Beispiel einer Auswertung aus dem Finanzplanungsmodell der Kommunalkredit: konventionelle Bauausschreibung, PPP, KG-Modell im Kostenvergleich.

Mag. Lukas Stühlinger, verantwortlich in der Kommunalkredit für Beratungsprojekte im Infrastrukturbereich, über den Nutzen des Einsatzes von Finanzplanungsmodellen im aktuellen Finanzierungsumfeld:

Warum sind Finanzplanungsmodelle im aktuellen Finanzierungsumfeld so wichtig?
Stühlinger: Der Bedarf unserer Kunden nach verbesserter Planungstransparenz und -sicherheit bei größeren Bauvorhaben ist seit Beginn der Finanzkrise massiv gestiegen. Die Entscheidungsträger im öffentlichen Bereich wollen Risken besser verstehen, Entscheidungen besser dokumentieren und das jeweils geeignetste Modell für die Umsetzung von Projekten auswählen. Der Einsatz von Finanzplanungsmodellen ist dabei nicht mehr wegzudenken.

Wie sieht ein typisches Beratungsprojekt aus?
Wir stellen häufig fest, dass die Entscheidungsträger im öffentlichen Sektor mit einer großen Zahl verschiedener Umsetzungsstrukturen wie z. B. Leasingmodelle, KG-Modelle oder PPP-Strukturen konfrontiert sind. Wir bringen daher erst einmal Klarheit in das Projekt, in dem wir diese Strukturen mit Hilfe eines Finanzplanungsmodells kostenseitig vergleichen. So können wir sicherstellen, dass für das individuelle Projekt die passende Struktur gewählt werden kann.

Information

Kommunalkredit Austria AG
Österreichs Bank für Infrastruktur
Mag. Lukas Stühlinger
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0)1/31 6 31-425,
Fax-DW 99425
Mail: **l.stuehlinger@kommunalkredit.at**
Web: **www.kommunalkredit.at**

E. E.

Marktgemeinde Fehring setzt auf Profibeleuchter der Kommunaltechnik E-Werk Wels

Ganzheitliche Lichtlösungen für Gemeinden

Das Team der Kommunaltechnik des E-Werkes Wels AG versteht es mit Kompetenz, jahrelanger Erfahrung und viel Kreativität, hochwertige Gesamtlösungen im Bereich einer individuellen und harmonischen Ortsbildgestaltung zu kreieren.
Die Entscheidungsträger (Dir. Herbert Weinrauch und Mag. Hans Winkelmaier) der steirischen Marktgemeinde Fehring

Jede Gemeinde kann von der Fachkenntnis des E-Werkes Wels profitieren und eine kostenlose Analyse veranlassen.

mit ihren 3300 Einwohnern sahen im Handlungsbedarf der Sanierung der öffentlichen Beleuchtung die Chance, durch ein ganzheitliches Lösungskonzept ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit zu vereinen. So wurden im Zuge einer Ist-Bestandserhebung der rund 25 Schaltstellen und über 500 Lichtpunkten diverse Mängel (z. B. fehlende Mastsicherungskästen, defekte Lichtpunkte, fehlende Schutzmaßnahmen, nicht ausreichendes Lichtniveau udgl.) festgestellt und in den Lösungskatalog eingearbeitet.
In der Ausführungsphase wurde allein durch den Einsatz neuer Leuchten inkl. innovativer Leuchtmitteltechnologie (Natriumdampf-Hochdrucklampen, gelbe Lichtfarbe) eine Vielzahl an Verbesserungen erzielt. Ein besseres und höheres Lichtniveau durch moderne Spiegeloptik bei geringer Anschlussleistung sei hier nur als ein Beispiel angeführt. Die bei der Verteilersanierung eingebauten Lichtmanagementgeräte bringen durch eine Spannungsreduzierung in den verkehrsarmen Nachtstunden zusätzliches Einsparpotenzial bei den aufzuwendenden Energiekosten. Und an dieser Stelle schließt sich der Kreis. Die eingesparten Energiekosten werden im Zuge der ebenfalls von der E-Werk Wels angebotenen Contractingvereinbarung zur Investitionsrückführung, ohne weitere Budgetbelastung, herangezogen.

Information

Elektrizitätswerk Wels AG
Peter Hartl
Tel. 0664/454 01 20 und
Bruno Roithmeier
Tel. 0664/410 14 33
kommunaltechnik @ eww.at
www.eww.at

E.E.

CITY LITERATUR

Online Shop
für deutsch- und englischsprachige Literatur zum Themenbereich
Stadt- und Standortmarketing

Infrashop City-Literatur

In unserem Literatur-Shop finden Sie **Bücher, Diplomarbeiten, Vorträge, Texte, Präsentationen und Kaufkraft- sowie Frequenzerhebungen.**

Als Extraservice für unsere HomepageBesucherInnen bietet Infrapool auch **Folien und Vorträge** an, die Sie **kostenlos** anfordern können.

shop.infrapool.at

Marketing für STADT Infrapool und STANDORT

Mehr Informationen:
marketing@infrapool.com
oder 0699/19449404

www.infrapool.com

DAS GRÖSSTE FACHMAGAZIN FÜR ÖSTERREICHS GEMEINDEN
KOMMUNAL
Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung

Hauskanäle: Von der Planung bis zur Sanierung

Österreich zählt zu den glücklichen Ländern, wo der Großteil der Kanalisation bereits gegraben und gebaut ist. Diese „Lebensadern“ der Gemeinden wollen nun aber gewartet, saniert und im Fall des Falls auch neu gebaut werden. Österreich hat nicht nur ein hohes theoretisches Wissen gesammelt, wie Tagungen wie das ÖWAV-Seminar „Kanalmanagement“ belegen. Auch die Praktiker haben einen Grad der Ausbildung erreicht, der seinesgleichen sucht.

Mag. Hans Braun

Vom Wissen und der Erfahrung sowohl der Theoretiker als auch der Praktiker in Österreich konnte ich mich auf der Tagung „Kanalmanagement 2009“ selbst überzeugen, die der Österreichische Wasser- und Abwasserverband (ÖWAV) gemeinsam mit dem Departement für Wasser-Atmospäre-Umwelt und dem Institut für Siedlungswasserwirtschaft, Industriewasserwirtschaft und Gewässerschutz der BOKU Wien veranstaltete.
Eigentlich dachte ich mir noch vor Beginn, für einen Nicht-Fachmann ist eine derart spezialisierte Tagunge hart an der Grenze zur Zeitverschwendung, aber weit gefehlt. Doch der Reihe nach.
Im April 2009 erschien die zweite, völlig überarbeiteteAuflage des ÖWAV-Regelblattes 11 „Richtlinien für die abwassertechnische Berechnung und Dimensionierung von Abwasserkanälen“. Dieses Regelblatt bildet die Grundlage für das (kommunale) Abwassermanagement. Dementsprechend beschäftigt es sich schwerpunktmäßig mit dem längsten Teil dieser Entwässerungssysteme, dem Hauskanal (auch als Anschlusskanal, Grundleitung und so weiter bezeichnet). Dieses Teil der Kanalisation liegt teilweise auf öffentlichem und großteils auf privatem Grund. Und gerade diese Teilung macht die Angelegenheit in technischer und organisatorischer Hinsicht besonders interessant.
Nach der Begrüßung und Eröffnung durch DI Manfred Assmann, Geschäftsführer des ÖWAV, und Univ.-Prof. DI Dr. Raimund Haberl von der BOKU gingen die Professoren Harald Kainz und Günter Gruber von der TU Graz in die Details. Sie betrachteten die wesentlichsten Änderungen und Neuerungen der „Dimensionierung von Abwasserkanälen“

Die Methodik dieser Arbeit kann genutzt werden, für verschiedenste spezifische lokale Rahmenbedingungen mit frei definierbaren Kostenansätzen die jeweils optimale Ausführungsvariante der Schachtsetzung zu ermitteln.

Univ.-Ass. Dr. Thomas Ertl, BOKU Wien, über die funktionelle Bewertung von Varianten bei Hauskanälen

Foto: ÖWAV

Das neue ÖWAV-Regelblatt soll einen Weg vorgeben, wie Kanalsanierungsmaßnahmen von öffentlichen Netzbetreibern in Angriff genommen werden können.

DI Roland Hohenauer, Präsident des ÖWAV

im neuen ÖWAV-Regelblatt 11. Direkt im Anschluss erläuterte Norbert Flamisch in seinem Vortrag über Modellrechnung nach dem Regelblatt 11, dass „die hydrodynamische Kanalnetzsimulation für das Kanalnetz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Für KOMMUNAL-Leser besonders interessant war dann die rechtliche Übersicht in Bezug auf die Hauskanäle, die DI Richard Pollinger von der BOKU hielt. Er beleuchtete die Tatsache, dass neben den technischen Grenzen des Hauskanals auch die Gesetzgebung der neun Bundesländer berücksichtigt werden muss. Sein Beitrag erfasste alle Gesetze und wertete diese bezüglich spezifischer Fragestellungen aus. Johann Bräumann vom Reinhalteverband Großraum Salzburg betrachtete in seinem Vortrag die „Projektierung, Bewilligung und Abnahme von Hauskanälen“. Ein Thema, dem sich KOMMUNAL ausführlicher widmet – siehe auch nebenstehenden Bericht. Richard Pollinger und Univ.-Ass. DI Dr. Thomas Ertl unterzogen die Hauskanäle anschließend einer funktionellen Bewertung. Einen Erfahrungsbericht über „15 Jahre Berliner Bauweise (der Anschluss der Hauskanäle an den öffentlichen Kanal mittels Schacht) in Oberösterreich“ lieferte Alfred Trauner vom Amt der oö. Landesregierung.
Nach der Mittagspause eröffnete dann DI Roland Hohenauer, amtierender Präsident des ÖWAV, mit einem Bericht über den Stand der Bearbeitung des ÖWAV-Regelblattes 28. Thema: „Unterirdische Sanierung – Hauskanal“. Dieses Regelblatt, das sich hauptsächlich mit den unterirdischen Kanlsanierungsverfahren im kleinernen Durchmesserbereich beschäftigt, soll neben den derzeit gängigen Methoden der Sanierung auch die Problematik der Handhabung einer von der Kommune geführten ganzheitlichen Betrachtung dieser Sanierungsmaßnahmen aufzeigen. Beziehungsweise einen Weg vorgeben, wie solche Maßnahmen von öffentlichen Netzbetreibern in Angriff genommenwerden können.
Die grundsätzliche Bedeutung der TV-Inspektionen und der Dichtheitsprüfung von Hausanschlüssen – also die Zustandserfassung von Hauskanälen – zeigt anschließend Klaus-Peter Bölke von der Q.E.Consulting Güssing auf.
Über die Wechselwirkung von Infiltration und Grundstücksentwässerung hinsichtlich der Effizienz des gesamten Kanalsystems referierte ein Viererteam von Experten. Dieses Team bestand aus DI Stefan Fach, Dipl.-Biol. Dr. Carolina Engelhard und Univ.-Prof. DI Dr. Wolfgang Rauch sowie DI Dr. Sara De Toffol aus Hamburg.
Das abschließende Block der Veranstaltung widmete sich den Sanierungsmöglichkeiten von Hauskanälen. Über die vorhandenen Technologien berichtete Baumeister Michael Griebaum von Rabmer-Bau Linz.
Einen Beitrag über den Erfahrungsbericht einer Kanalsanierung im innerstädtischen Bereich, vorgetragen von DI Norbert Schwarz, Geschäftsführer des Wasserverbandes Ossiachersee, findet der Leser auf Seite 57 dieser Ausgabe.
Betreiberstrategien zum Umgang mit der Grundstücksentwässerung betrachtete DI Marco Schlüter von IKT Institut für unterirdische Infrastruktur in Gelsenkirchen.
Details zur Tagung in der Ausgabe „Wiener Mitteilungen“, Band 128, „Kanalmanagement 2009“, zu beziehen unter
www.oewav.at

Bei fachlich nicht versiertem Personal ist die ausgeführte Qualität meist als nicht ausreichend zu beurteilen, so dass eine Abnahme nicht vorgenommen werden kann.

Johann Bräumann

Betrachtet man jedoch die Ergebnisse so mancher TV-Kanalüberprüfung, bin ich geneigt zur Feststellung, dass die alte Volksweisheit „aus den Augen – aus dem Sinn“ auch leider noch für einzelne Kanalisationsanlagen anwendbar ist. Der Großteil der kommunalen Abwassernetzbetreiber hat die Vorteile einer auf die Kanalisation angepassten Betriebsführung erkannt und trägt damit der hohen Erwartungshaltung der Bevölkerung nach leistbaren Betriebskosten bei gleichzeitig hohem Qualitätsstandard Rechnung. Jedoch bei der Erhaltung der Hausanschlusskanäle, vor allem im privaten Bereich, ist es teilweise sehr still geworden. Während bei der Planung und Errichtung eines Gebäudes vielfache Planungsüberlegungen angestellt werden und mehrheitlich

Eine Problemstellung ist, dass die Länge der Hausanschlusskanäle im privaten Grundstücksbereich nicht genau bekannt ist.

auch eine hohe Ausführungsqualität errichtet wird, genießt die Hauskanalisation ein Schattendasein. Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass der privaten Grundstückskanalisation jenes Maß an Bedeutung zugemessen wird, welches ihr zusteht.
Eine Problemstellung ist, dass die Länge der Hausanschlusskanäle im privaten Grundstücksbereich nicht genau bekannt ist. Sie ist sehr stark abhängig von der Be-

Undichtheit durch Verwendung von nicht geeignetem Rohrmaterial.

Nicht fachgerecht hergestellter Anschluss an den Hauptkanal. Rohrbögen machen Wartung und Kontrolle nur eingeschränkt möglich.

Projektierung, Bewilligung und Abnahme von Hauskanälen

Hat sich das System etabliert, überwiegen die Vorteile

Ein erheblicher Anteil der jährlichen kommunalen Investitionen, welche zur Errichtung von Abwasseranlagen getätigt werden, entfallen auf Kanalisationsanlagen. Die Betreuuer der „kommunalen Lebensadern“ stoßen aber immer wieder auf Schwachstellen im System – der Einmündung der privaten Kanäle in die öffentlichen. Ein Erfahrungsbericht.

siedelungs- bzw. Bebauungsdichte und wird im Verbandsgebiet auf gut 30 Prozent der Länge der öffentlichen Kanalisation geschätzt.
Mehrfach vorgenommene stichprobenartige Überprüfungen der Hausanschlüsse im privaten Grundstücksbereich zeigen vor allem bei Altanlagen unter anderem folgende Mängel:

- Nicht fachgerecht hergestellte Anschlüsse an den Hauptkanal.
- Vielfache Verlegung mit eingebauten Rohrbögen, so dass die Wartungs- und Kontrollmöglichkeit nur eingeschränkt ist,
- Fehlanschlüsse,
- teilweise Undichtheit durch Verwendung von nicht geeignetem Rohrmaterial.

Für Hausanschlüsse ist das Wasserrechtsgesetz, und hier vor allem die mögliche Anpassungspflicht an den Stand der Technik, nicht bzw. nur eingeschränkt anwendbar. Das im Bundesland Salzburg mögliche vereinfachte Verfahren der Bewilligung mit dem Entfall der Abnahmeüberprüfung durch Vorlage einer Bestätigung der ausführenden Firmen wird im Verbandsgebiet nicht akzeptiert. Vielmehr wurde in Mustersatzungen festgelegt, dass die Hausanschlüsse nach wie vor im Baurecht entweder gemeinsam mit dem Objekt oder in einem gesonderten Verfahren bewilligt werden.

Johann Bräumann ist Anlagenleiter Kanalbau des Reinhalteverbandes Großraum Salzburg

Mängel an privaten Hausanschlusskanälen

Im Verbandsgebiet wird im Einvernehmen mit der jeweiligen Behörde folgende Regelung getroffen: Niederschlagswässer aus befestigten Dach- und Vorplatzflächen ohne Retentierung, deren Einleitung irrtümlich baurechtlich bewilligt wurde, sowie Kanalanlagen mit tolerierbaren Mängeln werden, wenn es die Gesamtsituation zulässt, bis zu einem späteren Um-/Anbau des auf dem Grundstück situierten Objektes toleriert. In der Regel wird in einem Zeitraum von ca. zehn bis 15 Jahren an einem Objekt eine Baumaßnahme vorgenommen, welche einer Bewilligung bedarf. Im Zuge derselben muss auch die Abwasseranlage an den Stand der Technik herangeführt werden.

> Im Zuge einer bewilligungspflichtigen Baumaßnahme muss auch die Abwasseranlage an den Stand der Technik herangeführt werden.

Systemrückbauten von Misch- auf Trennsysteme betreffen auch sehr stark den privaten Hausanschlussbereich. Hier bedarf es erheblicher Anstrengungen, damit die jeweiligen Liegenschaftseigentümer zur Kostentragung bzw. Mitfinanzierung der Umbaumaßnahmen im privaten Grundstücksbereich gewonnen werden können. Abhilfe kann vielfach durch die Überprüfung der jeweiligen Hausanschlüsse

und die Aufforderung zur Sanierung allfällig gegebener Mängel erfolgen.
Als Mindestinhalt für die Planunterlagen ist die Lage der Hauskanalisation sowie der öffentlichen Kanalanlage samt Schächten erforderlich. Werden keine Längenschnitte eingereicht, ist das Rohrmaterial, die Rohrdimension und das Gefälle samt der projektierten Rohr-und Schachttiefen im Lageplan darzustellen.

Ausführungsvorgaben und Materialwahl privater Kanäle haben sich an der Qualität der öffentlichen Kanalisation zu orientieren.

Auch wenn der damit zusammenhängende Aufwand hoch erscheint, steht er in keinem Verhältnis zu den Kosten einer späteren Umprojektierung

Errichtung und Abnahme der Hausanschlüsse

Nachdem ein Hauskanalanschluss eine langlebige Baumaßnahme darstellt, welche möglichst über einen langen Zeitraum störungsfrei funktionieren soll, wird vor allem bei der Ausführung der Grundstein für die spätere Funktion gelegt. Dafür sind schwerpunktmäßig folgende Maßnahmen zu beachten:
- Auf die Baumaßnahme abgestimmte Wahl der Rohrmaterialien sowie deren Qualität.
- Fachgerecht und vor allem setzungsfrei hergestellter Anschluss an das öffentliche Kanalnetz.
- Gefällerichtige und dichte Verlegung und Bettung der Rohrstränge.
- Fachgerechte und setzungsfreie Wiederherstellung der berührten Grundstücke.
- Ausführung von Wartungsschächten, bei welchen eine Kontrolle und spätere Wartung auch möglich ist.

Abnahmeprotokolle belegen, dass hinsichtlich der Ausführungsqualität oftmals Beanstandungen vorgenommen werden müssen. Die Ausführungsvorgaben und die Materialwahl haben sich an der Qualität der öffentlichen Kanalisation zu orientieren.

RHV

Ortsgemeinde Musterstadt
5000 Musterstadt, Gemeindeweg 1
Tel. 0662/123456, Fax: 0662/123456-22
E-mail: gemeinde@musterstadt.at

5101 Bergheim, Aupont 15
Tel.: 0662/46949, Fax: 0662/46949-15
E-mail: rhv@rhv-eab.at

Ortskanalisation Musterstadt Objektadresse:
Eigentümer:
GP.: KG.:
Baubewilligungsbescheid der Gemeinde Musterstadt vom ..... Zl. .....

Vorabnahme- / Abnahmeprotokoll

des Anschlusskanals vom Haus bis zum Anschluss an das öffentliche Kanalnetz

Trennsystem ☐ **Mischsystem** ☐

Dachwässer / Vorplatzwässer werden eingeleitet: ja ☐ (.....m³) nein ☐

1. BESICHTIGUNG:
2. VORABNAHME:
Datum Kontrollorgan

Mängel die bis spätestens ..... zu beheben sind:

3. NACHKONTROLLE:
Datum Kontrollorgan

Ergebnis in Ordnung ja ☐ nein ☐

4. ABNAHME:
Datum Kontrollorgan

a) Die Fertigstellungsmeldung der ausführenden Firma liegt vor ja ☐ nein ☐
b) Die Dichtheitsbescheinigung liegt vor ja ☐ nein ☐
c) Ausführungspläne liegen vor ja ☐ nein ☐
d) Die fehlenden Unterlagen sind bis spätestens ..... vorzulegen
e) Der Wasserzählerstand beträgt ..... m³ Wasserzählernummer: .....
f) Laut Auskunft des Einschreiters wird / wurde die Kläranlage / Senkgrube gereinigt und verfüllt /zu anderen Zwecken verwendet (.....).

Anmerkung:

Abnahmeprotokolle belegen, dass hinsichtlich der Ausführungsqualität oftmals Beanstandungen vorgenommen werden müssen.

Vor allem bei teilweise fachlich nicht versiertem Personal ist die ausgeführte Qualität als nicht ausreichend zu beurteilen, so dass eine Abnahme nicht vorgenommen werden kann.
Für die Überprüfung und Abnahme eines Hauskanalanschlusses muss dem Abnahmeorgan das bewilligte Projekt samt den Bescheidauflagen vorliegen.
Zu beurteilen bei der Abnahme ist neben der Rohrlage und der grundsätzlichen Übereinstimmung mit der Bewilligung vor allem die Qualität und Funktion der hergestellten Anlage. Wird die Abnahme im Zuge eines Niederschlagsereignisses vorgenommen, müsste eine Trennkanalisation eigentlich ohne Wasserführung sein. Neben möglichen Senken und allfälliger Rohrverformungen wäre auf eine hydraulisch günstige Ausformung der Gerinne zu achten. Auch eine Überprüfung der Einleitung mittels einer möglichen Toiletten- (Reinwasser) Spülung wird empfohlen.

Die Hausanschlusskanalisation ist ein wesentlicher Teil der Entwässerungssysteme. Sie wird vielfach nicht als Teil des gesamten Entwässerungssystems erkannt und behandelt.

Beeinträchtigen diese die Funktion nicht und sind sie geringfügig, können sie toleriert werden. Jedenfalls ist die geänderte Ausführung planlich darzustellen und im Abnahmeprotokoll zu vermerken.
Sind bzw. waren Altanlagen im Bestand, ist der fachgerechte Rückbau bzw. die Außerbetriebnahme derselben zu überprüfen und im Abnahmeprotokoll zu vermerken. Für die spätere Rekonstruktion der Leitungsführung sind Einmaßskizzen hilfreich. Vor allem die Lage des Hausanschlusses samt dem Anschluss-Schacht sollte so eingemessen werden, dass dieser im Kanalkataster lagerichtig dargestellt werden kann.

Zusammenfassung

Die Hausanschlusskanalisation ist ein wesentlicher Teil der Entwässerungssysteme. Deren Projektierung, Ausführung und Wartung entspricht jedoch vielfach nicht jener Qualität, welche an die öffentliche Kanalisation zu stellen ist. Sie wird vielfach nicht als Teil des gesamten Entwässerungssystems erkannt und behandelt. Vor allem bei Altanlagen ist ein erhebliches Sanierungserfordernis nicht auszuschließen. Geht man davon aus, dass nur ein Teil des Fremdwasseraufkommens über in Rede stehende Anlagen eingeleitet wird, könnte dieser Anteil durch die Ertüchtigung der Hauskanalanlagen erheblich reduziert werden. Die Umsetzung der vorher beschriebenen Maßnahmen bereitete in der Anfangsphase teilweise erhebliche Widerstände. Vor allem lokale Unternehmer mussten von den notwendigen Maßnahmen erst überzeugt werden, auch einige Bauamtsleiter waren ursprünglich nicht voller Begeisterung.
Hat sich das System aber etabliert, überwiegen für alle Beteiligten eindeutig die Vorteile.

Dieser Bericht sowie der folgende Erfahrungsbericht aus Kärnten findet sich in voller Länge in der Ausgabe „Wiener Mitteilungen“, Band 128, „Kanalmanagement 2009“, zu beziehen unter **www.oewav.at**

Erfahrungsbericht einer Kanalsanierung im innerstädtischen Bereich

Auch Gefahrenmoment zum Vorteil der Gemeinde genutzt

Die Prüfung vor einer neuen Einleitung ins Kanalsystem, wie sie in den Gemeinden Österreichs normal ist, deckte in der Innenstadt Feldkirchens in Kärnten eine echte Gefahrenstelle auf: Der Kanal knapp vor dem Einsturz und darüber eine Gasleitung. KOMMUNAL berichtet.

Die Entscheidungsfindung für die Kanalsanierung „Ossiacherstraße“: Massive Schäden in Bereich der Schachtböden und nachträglich errichteter Einmündungen (links). In der Heftgasse (rechtes Bild), errichtet in den Zwanziger-Jahren des vorigen Jahrhunderts, fanden sich Schäden, die auf eine akute Einsturzgefahr hindeuteten. Hier war eine sofortige Sanierung unumgänglich.

Dipl.-Ing. Norbert Schwarz, MBA

Anlässlich eines Um- und Ausbaus eines Friseursalons in der Heftgasse in der Stadtgemeinde Feldkirchen kam es im Frühjahr 2008 zu einer Kamera-TV-Befahrung durch den WVO im Innenstadtbereich der Stadtgemeinde Feldkirchen. Im Zuge dieser Zustandserhebung des Hausanschlusses samt Einleitungsstelle des Friseursalons, wurde festgestellt, dass die in diesem Bereich befindlichen Mischwasserkanäle stellenweise akute Einsturzgefahr in sich bargen. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass sich unzulässigerweise unmittelbar darüber Gasleitungen befanden, so dass sofortiger Handlungsbedarf gegeben war.

Sanierung unter Gefahren

Durch den Sanierungsbedarf der Heftgasse war eine Projektierung unumgänglich und wurde aus wirtschaftstechnischen Überlegungen darüber hinausgehend auch eine Überprüfung der Villacher- sowie der Ossiacherstraße durchgeführt. Diese ergab, dass die Villacherstraße zeitlich so rasch wie möglich ebenfalls zu sanieren sein würde und die Ossiacherstraße zwar zeitlich nicht derart dringend sanierungsbedürftig war, im Hinblick auf deren Lage jedoch sinnvollerweise gleich mitsaniert werden sollte. Unter Einbindung der Straßenbauabteilung der Stadtgemeinde Feldkirchen sowie anderer Leitungsträger wurde schlussendlich ein Großprojekt ins Leben gerufen, das vorsah, alle drei Straßenzüge im Zuge der Bauausführungen durch den Wasserverband Ossiacher See nicht nur im Rahmen der Kanalisation zu sanieren. Darüber hinaus sollten sämtliche vorhandenen Leitungsträger, wie die Telekom (Fernmeldeleitung), Kelag-Gas (Gasleitungen), Kelag-Strom (Energiekabel) sowie auch die Straßenbeleuchtung (Energiekabel) und die vorhandene Wasserleitung erneuert beziehungsweise adaptiert werden und im Anschluss daran eine Straßenneugestaltung durch die Stadtgemeinde Feldkirchen im Sinne einer neuen Fahrbahnbreite, einer neuen Gehweggestaltung und einer geänderten Oberflächenentwässerung durchgeführt werden.

> Unter Einbindung der Straßenbauabteilung wurde ein Großprojekt ins Leben gerufen, das gleich alle drei Straßenzüge sanieren sollte – und darüber hinaus wurden auch Gas-, Strom- und Fernmeldeleitungen adaptiert und erneuert.

Dipl.-Ing. Norbert Schwarz, MBA ist Geschäftsführer des Wasserverbandes Ossiacher See (WVO)

Kriterien für die Entscheidung der Ausführung des Projektes in diese Form waren insbesondere jene, dass die Ortbetonkanäle statisch zum Teil nicht mehr tragfähig waren, die Ortbetonkanäle keinem Regelprofil entsprachen, eine Verringerung des Abschlussquerschnittes nicht möglich war, da dieser teilweise zu gering dimensioniert war (zum Zeitpunkt der Errichtung wurde mit Niederschlagsbeiwerten von 110 l/s/ha gerechnet) und eine

Verlegung der Gasleitung ohnehin zwingend notwendig war (offene Künette).
Unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Überlegungen wurde daher entschieden, dass es zu einem Neubau der Ortbetonhauptsammler, einem teilweisen Neubau der Hausanschlüsse, einer grabenlosen Sanierung der AZ (Asbestzementrohre) bzw. Betonrohre und einer teilweise grabenlosen Sanierung der Schächte kommen sollte.
Die Baumaßnahmen in der Heftgasse wurden auf Grund der akuten Situation im Anhängeverfahren nach dem Bundesvergabegesetz 2006 idgF vergeben.
Die Baumaßnahmen in der Villacher- und in der Ossiacherstraße wurden im offenen Verfahren (Unterschwellenbereich) nach dem Billigstbieter-Prinzip entsprechend des Bundesvergabegesetzes 2006 idgF ausgeschrieben und in weiterer Folge vergeben.
In der Heftgasse und der Villacherstraße kam es zur Umlegung der Gasleitungen, zur Neuerrichtung des Mischwasserkanals und der Wasserleitung, zur Neuverlegung des Energiekabels (Kelag-Strom), der Fernmeldeleitung (Telekom) und Neuverlegung eines Kabels für die Straßenbeleuchtung sowie zur Pflasterung und zu Asphaltierungsarbeiten.
Bei den Innenhöfen in der Ossiacherstraße wurde eine grabenlose Kanalsanierung ebenso wie eine Neuverlegung von Kelag-Strom, Telekom und Straßenbeleuchtung mit anschließender Pflasterung und Asphaltierungsarbeiten durchgeführt. Die Maßnahmen in der Heftgasse, der Villacherstraße und der Ossiacherstraße stellten sich schlussendlich in einem Neubau von rund 250 lfm Hauptkanal, einem Neubau von rund 250 m Hausanschlüssen, 10 Kurzliner, 50 lfm Langrohr Relining sowie 15 Schachtsanierungen dar. Die Bauzeit in der Heftgasse und Villacherstraße war von Mai bis November 2008, in der Ossiacherstraße samt Innenhöfe von April bis Juni 2009.
An Kosten entstanden für den Kanalbau rund 500.000 Euro, für den Straßenbau rund 200.000 Euro sowie für den Wasserleitungsbau rund 60.000 Euro. Damit ergaben sich Gesamtkosten in Höhe von rund 760.000 Euro. Zusätzlich entstanden noch die Kosten von Telekom, Kelag-Gas, Kelag-Strom sowie der Straßenbeleuchtung.
Die Sanierung der Kanäle inklusive Hausanschlüsse, welche im Eigentum des WVO liegen, wurden wasserrechtlich bewilligt. Abhängig von den Förderrichtlinien wurden Hausanschlüsse einen bis drei Meiter hinter die

Die Baumaßnahmen in der Villacherstraße wurden im offenen Verfahren (Unterschwellenbereich) nach dem Billigstbieter-Prinzip entsprechend des Bundesvergabegesetzes 2006 idgF ausgeschrieben und in weiterer Folge vergeben.

Wir bedanken uns bei 6,5 Millionen MitarbeiterInnen* und unseren Partnern für ein sauberes Österreich!

Seit Bestehen des ARA Systems hat sich die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Entsorgungswirtschaft bewährt: Gemeinsam wurde in den vergangenen Jahren die Sammlung der gebrauchten Verpackungen aufgebaut und die Bevölkerung zum richtigen Sammeln motiviert. Und das mit großem Erfolg, denn die ÖsterreicherInnen sind die ungeschlagenen Sammelweltmeister. Mit der ständigen Optimierung der Sammelinfrastruktur stellt das ARA System sicher, dass das auch in Zukunft so bleibt.

* 95 % aller ÖsterreicherInnen zwischen 10 und 80 Jahren trennen regelmäßig ihren Müll und schonen damit unsere Umwelt.

www.ara.at

ARA
Altstoff Recycling Austria AG

Grundstücksgrenze, Hausanschlüsse bis zum ersten Schacht hinter der Grundstücksgrenze sowie Hausanschlüsse bis zum Objekt gebaut.
Die größten Schwierigkeiten ergaben sich durch die beengten Verhältnisse im innerstädtischen Bereich von Feldkirchen. Die Beeinträchtigung von Fußgängern muss im Vergleich zur Koordination der vielen verschiedenen Leitungsträger als vernachlässigbar bewertet werden. Die Aufrechterhaltung des Mischwasserkanals in der Bauphase auch während der Niederschlagsereignisse war jedenfalls eine große Herausforderung.
Durch diverse Aufklärungsgespräche mit betroffenen Anrainern konnten Befürchtungen selbiger schlussendlich aus dem Weg geräumt werden, zur Absicherung – auch aus rechtlicher Sicht – wurde schlussendlich eine Beweissicherung auf Grund alter Gebäude vorgenommen.

> Eine derartige Vorgehensweise kann nur generell empfohlen werden, zumal sie nicht nur aus ökonomischen und technischen Gründen, sondern auch im Hinblick auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung als bestmögliche Variante anzusehen ist.

Die wirtschaftliche Dimension

Das gegenständliche Projekt, das in dieser Form einzigartig in der Geschichte des WVO ist, barg zahlreiche Vorteile in sich. Nicht nur, dass es zu einer gemeinsamen Erneuerung der Leitungen in einem Straßenzug kam, stellte die Vorgehensweise für alle Beteiligten die wirtschaftlichste Lösung dar. Abgesehen von einer Vorsteuerabzugsberechtigung für den Straßenbau waren es insbesondere die Anrainer, die von einer derartigen Vorgehensweise insofern profitierten, als es lediglich einmalig zu einer Staub- und Lärmbelästigung durch Baumaßnahmen vor Ort kam.
Dass im Zuge dieser Baumaßnahmen auch die bereits längst geplante Gehsteiggestaltung und der Einbau zusätzlicher Regeneinlaufgitter möglich war, ist dabei als angenehme Nebenerscheinung zu bewerten.
Abschließend ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass eine derartige Vorgehensweise selbstverständlich nur dann möglich ist, wenn die Kooperation aller Beteiligten vorliegt. In diesem Zusammenhang ist das vorbildliche Zusammenarbeiten der beteiligten Leitungsträger besonders zu erwähnen, ohne welches derartige Projekte keinesfalls zu bewerkstelligen sind.
Schließlich kann eine derartige Vorgehensweise nur generell empfohlen werden, zumal sie nicht nur aus ökonomischen und technischen Gründen, sondern auch im Hinblick auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung als bestmögliche Variante anzusehen ist.

Der Wasserverband Ossiacher See

Der Wasserverband Ossiacher See (WVO) wurde 1964 gegründet. Mit seinen Mitglieds- und Einleitergemeinden, der Stadtgemeinde Feldkirchen, der Stadt Villach, der Gemeinde Steindorf, der Gemeinde Ossiach, der Marktgemeinde Treffen, der Gemeinde Himmelberg, dem Reinhalteverband Nockberge mit Gnesau, Ebene Reichenau und Predlitz/Turrach, der Gemeinde St. Urban, der Gemeinde Steuerberg-Wachsenberg, der Gemeinde Arriach und der Gemeinde Afritz (Wasserverband Millstätter See), sowie seinem Kanalnetz im Ausmaß von ca. 777,4 km ist der Wasserverband Ossiacher See einer der größeren Verbände Österreichs.
Mit seinen 16 Mitarbeitern betreut der WVO 29 km Abwasser-Druckseeleitungen durch den Ossiacher See, zirka 230 Stück Abwasserhebeanlagen, 14 Hauptpumpwerke, die Verbandskläranlage mit 50.000 Einwohnern (EW), 4,5 km Wasser-Transportleitungen, zwei WVA-Drucksteigerungsanlagen und hält zudem eine Beteiligung an der Kläranlage Villach mit 34.000 EW.

Versickerung, Speicherung und Nutzung von Regenwasser

Regenwasser-Bewirtschaftung mit Nidaplast

In neuester Zeit wird es immer mehr zur Notwendigkeit, dass das Regenwasser kontrolliert gespeichert wird. Die wachsende Undurchlässigkeit der Böden ist eine direkte Folge der zunehmenden Bebauung und des Klimawandels.

Mit Nidaplast haben Sie eine ökologische und technisch einwandfreie Lösung für die Versickerung, Speicherung und Nutzung von Regenwasser.

Nicht überall kann das Wasser direkt in die Kanalisation geleitet werden, auch diese Möglichkeiten sind begrenzt. Mit Nidaplast haben Sie eine ökologische und technisch einwandfreie Lösung für die Versickerung, Speicherung und Nutzung von Regenwasser. Die patentierte Bienenwabenstruktur der Kammern gewährleisten ein Maximum an Stabilität.

Ein unsichtbares Rückhaltebecken, befahrbar bis 40 Tonnen sowie hervorragende Widerstandsfähigkeit sind nur zwei der Pluspunkte des Systems Nidaplast.

Pluspunkte dieses Systems sind:

- Ein unsichtbares Rückhaltebecken, befahrbar bis 40 Tonnen, maximale Speicherkapazität.
- Hervorragende Widerstandsfähigkeit (maximaler Leerraum und geringes Gewicht, 95 Prozent des Volumens werden genutzt).
- Einfache Verarbeitung der Nidaplast-Blöcke bei jedem Objekt möglich.
- Selbstreinigendes Speichersystem – nahezu keine Wartung erforderlich.
- Die wirtschaftliche Alternative zur konventionellen Bauweise.

Information

DDS Rohrtechnik GmbH
Griesmühlstraße 6,
4600 Wels
Tel.: 07272/21 10 05-0,
Fax: 07242/21 10 05-340
E-Mail:
office@dds-rohrtechnik.at
Web:
www.dds-rohrtechnik.at

E.E.

Mit Innovation und Qualität auch in schwierigen Zeiten ganz vorn dabei

Intelligente Produktlösung von MARTIN

Die in Vorarlberg ansässige Josef Martin GmbH (kurz: MARTIN) ist mit ihren selbst entwickelten Produkten bereits seit vielen Jahren eine fixe Größe im Bereich der Sicherheitssysteme. Das Unternehmen bietet ein breites Sortiment an qualitativ höchstwertigen Erzeugnissen wie das Dreibein Athlet-P & PL, das Höhensicherungs- und Rettungsgerät (HSRG) sowie den Kragarm-Hubgalgen an. Und auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten bewegt sich MARTIN stetig vorwärts, um seinem Anspruch an Innovations- und Qualitätsführerschaft gerecht zu werden.
Das Unternehmen nützt die derzeitige Phase und fokussiert sich noch stärker auf Entwicklung und Konstruktion. Das Motto lautet: Nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern sich mit neuen Produktlösungen für den Aufschwung wappnen.

Benutzerfreundlichkeit wird bei MARTIN groß geschrieben.

Im Sinne dieser Strategie entwickelt MARTIN derzeit einen neuen Edelstahl-Hubgalgen, der ab Herbst dieses Jahres erhältlich sein wird.
Benutzerfreundlichkeit wird beim neuen Gerät ganz groß geschrieben: Aus rostfreiem Stahl gefertigt, ist dieses Produkt wesentlich leichter als das derzeitige Modell. Diese Gewichtsreduktion sowie ein Schnellwechselsystem für das Höhensicherungsgerät und die Lastwinde verbessern das Handling ungemein. Außerdem sind beim neuen Edelstahl-Hubgalgen, der eine Ausladung von 900 mm aufweist, mehrere Anschlagpunkte möglich. Der Hubgalgen wird nach EN 795 baumustergeprüft und ist zum Lastenheben bzw. für die Personensicherung geeignet. Freuen Sie sich auf diese Innovation von MARTIN!

Information

Josef Martin GmbH
Mag. Stefanie Kopf
(Marketingleitung)
Klostertalerstraße 25
6751 Braz
Tel.:+43 (0)5552
288 88-33
Fax: +43 (0)5552
288 88-24
sales@martin.at
www.martin.at

E.E.

Ultraschall – Die neue Dimension der Messtechnik

Ein Wasserzähler der neuen Generation

Mit dem HYDRUS beginnt ein neues Zeitalter der Wassermesstechnik, basierend auf höchster Präzision und größtmöglicher Effizienz. Die zukunftsweisende Ultraschall-Technologie ermöglicht die Erfassung exakter Messdaten. Hinzu kommt ein integriertes Funkmodul, das eine verbrauchsnahe und störungsfreie Datenübertragung in unser Izar-Radio-System garantiert.

Widerstandsfähig

Mit seiner robusten Bauweise ist der HYDRUS den Wasserzählern früherer Generationen, was seine Widerstands- und Kommunikationsfähigkeit angeht, weit überlegen. Ein UV-beständiges Gehäuse und die komplett vergossene Elektronik sorgen für Zuverlässigkeit und eine lange Lebensdauer. Bei hoher Luftfeuchtigkeit, überfluteten Schächten oder Druckstößen im Leitungssystem ist der HYDRUS die ideale Lösung. Mit einer Batterielebensdauer von mindestens zwölf Jahren ist der HYDRUS auch hier seiner Zeit weit voraus.

Mit dem HYDRUS beginnt ein neues Zeitalter der Wassermesstechnik.

Konkurrenzlos

Die Vorteile des neuen HYDRUS liegen also auf der Hand. Eine robuste und kompakte Bauweise, kombiniert mit präziser Messtechnik, die auf höchstem Entwicklungs-Standard basiert, erlaubt eine exakte und langzeitstabile Ultraschall-Wasserdurchflussmessung, auch unter erschwerten Bedingungen. Effizient, genau und wartungsfrei. Verbraucherorientiert und umweltfreundlich überzeugt das Gerät auch beim Endkunden und macht es somit konkurrenzlos.

Information

EWT – Elin Wasserwerkstechnik GmbH
ein Mitglied von DIEHL Metering
Tel.: 0043-1-716 70-0
Fax: 0043-1-716 70-12
Ansprechpartner:
DI Johann Rybak
info@ewt.at
www.ewt.at

E.E.

Österreichische Abfallwirtschaftstagung 2009 in Salzburg

Müll ist viel zu wichtig, um einfach nur Müll zu sein

Anfang April fand in Salzburg die 17. Österreichische Abfallwirtschaftstagung statt. Über 300 Teilnehmer diskutierten an zwei Tagen im Kongress Salzburg über die Auswirkungen der EU-Abfallrahmenrichtlinie, den Einfluss der Rohstoffmärkte auf die Abfallwirtschaft, die Entwicklung der Behandlungskapazitäten und Exporte in/aus Österreich, die Neuorganisation der getrennten Sammlung und vieles mehr.

Prof. Mag. Dr. Manfred Prisching (Karl-Franzens-Universität Graz) bot mit seinem kritischen Festvortrag „Trash Economy – warum unsere Gesellschaft Abfall braucht“ einen gelungenen Einstieg in die Veranstaltung, welche mit der Diskussion der EU-Abfallrahmenrichtlinie und einem interessanten Beitrag von Ministerialrat Dr. Frank Petersen (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Berlin) weitergeführt wurde.
Im Rahmen des ersten Tagungsblocks wurde im Anschluss die 2. Vorausscheidung der „ÖWAV-Future-Lounge“ abgehalten, in der das Publikum zwei Finalisten für Abschlussveranstaltung der Future Lounge am 18. Juni 2009 wählte.

Foto: Scheinast

Umweltminister Niki Berlakovich nahm via Videobotschaft an der Veranstaltung teil.

Der zweite Tag der Abfallwirtschaftstagung stand ganz im Zeichen der Einflüsse der Sekundärrohstoffpreise auf die Abfallwirtschaft und beleuchtete die Abfallmengen, Kapazitätsentwicklungen, Abfallimporte und -exporte und die Möglichkeiten einer besseren Kontrolle der Abfallverbringung.

Verpackungsverordnung heiß diskutiert

Interessanten Vorträgen folgte abschließend eine angeregte Diskussion zur geplanten Novelle der Verpackungsverordnung. Dr. Christian Keri (Lebensministerium) stellte dabei die Möglichkeiten der neuen Organisation der getrennten Sammlung im Detail vor.
Als vorläufigen Höhepunkt beleuchtete Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer die „Auswirkungen der neuen Verpackungsverordnung auf Kommunen und Verbände“. Mödlhammer unterstrich dabei die wichtigsten Ziele einer Neuordnung aus Sicht der Kommunen. So legt der Gemeindebund großen Wert darauf, dass es zu keiner Quersubventionierung der Verpackungssammlung über die Müllgebühren kommt. „Hier ist vor allem auf eine Kostendeckung durch das Verursacherprinzip zu achten“, so der Gemeindebundchef. „Wir müssen auch für eine nachhaltige Beseitigung des Trittbrettfahrerproblems sorgen. Wir fordern hier die Wahrnehmung der Finanzierungsverantwortung durch ‘In-Verkehr-Setzer’ – und zwar für

Foto: ÖWAV

Dr. Christian Keri vom Lebensministerium, Moderator Dr. Wolfgang Stark, DI Reinhard Siebenhandl vom Städtebund, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Dr. Rainer Bunge vom Institut für angewandte Umwelttechnik gestalteten einen höchst spannenden Nachmittag in Salzburg.

sämtliche abfallseitig anfallenden Verpackungsabfälle“, präzisierte Mödlhammer.

Es gibt nur ein Szenario im Interesse der Menschen

Helmut Mödlhammer stellte zur Illustration zwei Szenarien vor. Zum ersten ein „Modell mit kommunaler Mitsprache“. Dabei würden Lizenzierung, Verwertung und Sammlung von Gewerbeverpackungen im Verantwortungs- und Geltungsbereich der Wirtschaft bleiben. Die haushaltsnahe Sammlung würde von den Kommunen gestaltet. „Dieses Modell würde auch Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Kalkulierbarkeit der Sammelkosten gewährleisten.“
In anderen derzeit in Umlauf befindlichen Szenarien würde es zu keinen Änderungen des Ist-Zustandes für Gemeinden und Sammler kommen. Mödlhammer unterstrich dann die aus Sicht des Gemeindebundes eher nicht so günstigen Auswirkungen: „Die Bürger würden zweimal zahlen, nämlich Lizenz- und Müllgebühr. Transparenter und fairer Wettbewerb wären nicht gesichert und eine strikte Trennung von Gewerbesammel- und Haushaltssammelsystem wäre nicht gegeben.“

> Die Gemeinden sollten, wie beim bewährten Modell der Elektroaltgeräte, Sammlung vor Ort organisieren. Und die Wirtschaft sollte verpflichtet werden, die nachvollziehbaren Kosten für 100 Prozent der abfallseitig festgestellten Verpackungen zu tragen.

Die Alternative wäre ...

„Als Alternative zum bestehenden System schlägt der Gemeindebund daher vor, dass dem bewährten Modell der Elektroaltgeräte entsprechend die Kommunen verpflichtet werden, die Sammlung vor Ort zu organisieren, und die Wirtschaft verpflichtet wird, die nachvollziehbaren Kosten für 100 Prozent der abfallseitig festgestellten Verpackungen zu tragen.“ Gemeindebundchef Mödlhammer führte weiter aus, dass dadurch flächendeckende Sammlung ohne „Rosinenpicken“ und Wettbewerb im Bereich der Lizenzierung und Verwertung gewährleistet wären.
Eine perfekte Abrundung bei herrlichem Wetter bot eine interessante Exkursion zu den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen. Die Besichtigung der mechanischen Aufbereitungs- und Sortieranlage, der größten MBA Österreichs, der Ballierung und Zugverladung heizwertreicher Fraktionen und der anaeroben/aeroben Behandlung der biogenen Abfälle durch die SAB folgte eine Besichtigung der drittgrößten Kläranlage Österreichs.

Beim „Modell mit kommunaler Mitsprache“ würden Lizenzierung, Verwertung und Sammlung von Gewerbeverpackungen im Verantwortungs- und Geltungsbereich der Wirtschaft bleiben. Die haushaltsnahe Sammlung würde von den Kommunen gestaltet.

Tauchmotorpumpen 10“ und 12“ aus Edelstahl Feinguss

Ideal für kommunale Anwender im Trinkwasserbereich

Die Tauchmotorpumpen-Baureihe TVS aus Edelstahl-Feinguss, die bisher in Baugröße 8“ verfügbar war, wurde um die Baugrößen 10“ und 12“ erweitert. Durch bestmögliche Wirkungsgrade und Werkstoffe und das für eine Vielzahl von Anwendungen gute Preis/Leistungs-Verhältnis konnten Lebenszykluskosten und Kundennutzwert wesentlich verbessert werden. Geeignet für Anwendungsbereiche wie Trinkwasserversorgung und Druckerhöhung in Städten und Gemeinden, Brunnen in Wasserwerken und der Landwirtschaft, Wasserversorgung für Brauereien, Lebensmittelindustrie, Mineralwasserabfüllung, Brauch-, Nutz- und Kühlwasserförderung und Druckerhöhung in der Industrie, Beregnung in der Land- und Forstwirtschaft sowie Sportanlagen (Golfplätze), Wasserumwälzung in der Fischzucht, Druckerhöhungsanlagen in der Wasserversorgung und Industrie und Springbrunnen.

Information

ITT Austria GmbH
Ernst-Vogel-Straße 2
A-2000 Stockerau
www.ittaustria.at

E.E.

Von Wassergewinnung bis Abwasserpumpstation

Schächte erfüllen wichtige Aufgaben

Diese Bauwerke sind ein entscheidender Bestandteil einer zuverlässigen Versorgung. In regelmäßigen Abständen sind Begehungen zu Kontroll- oder Wartungsarbeiten notwendig. Nicht nur Unfallgefahren lauern, auch die eigentliche Funktion oder sogar die Substanz des Bauwerks ist oft gefährdet. Regen und Schnee dürfen nicht in das Schachtinnere gelangen. Manche Schachtabdeckungen gewährleisten jedoch nicht einmal Schutz vor Insekten oder Blattwerk. Die daraus resultierende Verschmutzung ist nicht nur ärgerlich, bei Anlagen mit freier Trinkwasseroberfläche sogar gefährlich. Aus technischen Gründen und aus wirtschaftlichen Aspekten

hat sich der Werkstoff Edelstahl bewährt. Huber liefert standardisierte Produkte, aber auch Sonderlösungen, um die Sicherheit von Schachtbauwerken zu gewährleisten.

Information

HUBER Edelstahl Vertriebs-GmbH
Praterweg 9
A-4820 Bad Ischl
Fax: +43 61 32 21 980
E-Mail: **at-sg@huber.de**

E.E.

demopark + demogolf 2009

Ausstellungsprogramm der Superlative

Auf über 250.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche öffnet die demopark + demogolf vom 21. bis 23. Juni 2009 zum sechsten Mal ihre Tore, bereits zum dritten Mal im thüringischen Eisenach. Innovative und effiziente Technologien werden im Zentrum der Ausstellung stehen, was im Rahmen einer großen Neuheiten-Schau unter Beweis gestellt wird. „Denn hohe Produktivität, Wartungsfreundlichkeit sowie einfache Bedienbarkeit nach dem ‚Plug and play'-Prinzip liegen derzeit voll im Trend", so Frieder Stange, Projektleiter der demopark + demogolf. Auch in diesem Jahr ist das Ausstellungsprogramm von Europas größter Freilandausstellung ihrer Art wieder äußerst vielfältig. Einzigartig ist, dass viele Maschinen wie Kommunaltraktoren, Großflächenmäher, Rasen- und Laubkehrmaschinen, Buschholzhacker sowie Spezialmaschinen für die Rasenpflege im praktischen Einsatz vorgeführt werden.

Information

Jennifer Höhn
E-Mail
service@demopark.de

E. E.

GEOinfo Servicetour startete am 27. Mai in Zwettl

GEOinfo Niederösterreich im Dialog mit Gemeinden

Die GEOinfo Servicetour der Abteilung Vermessung und Geoinformation des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung startete am 27. Mai in Zwettl mit großem Erfolg. Gemeindemitarbeiter kommen im Arbeitsalltag häufig mit Geoinformationen in Berührung – sei es im Rahmen der Katasterverwaltung, etwaiger Bauvorhaben oder um den Außendienst zu koordinieren. Nun informiert GEOinfo Niederösterreich im Rahmen einer landesweiten Servicetour für Gemeinden über neue Geodaten-Angebote, das aktuelle Portfolio und die Möglichkeiten der Datenbeschaffung und -verwendung. Zum Auftakt in Zwettl fanden sich zahlreiche interessierte Gemeindemitarbeiter ein, um sich über das Portfolio zu informieren und Fragen direkt an die Fachexperten zu richten. Fortsetzung folgt am 18. Juni in Krems sowie ab Herbst in weiteren Gemeinden Niederösterreichs. Nähere Informationen im Internet unter **www.geoinfo-niederoesterreich.at**.

E. E.

VÖEB-Chef Robert Gruber fordert Sicherheit für 25.000 Arbeitsplätze

Kampf gegen Sonderbelastungen und fehlende Müllmengen

Die schlechte Konjunktur hat auch die heimische Abfallwirtschaft getroffen. Die sinkende Produktion führt zu weniger Müllaufkommen und zu geringeren Auslastungen bei den Entsorgungsbetrieben. Zudem fürchtet der Verband der Österreichischen Entsorgungsbetriebe (VÖEB) mit der aktuellen Novelle zur Verpackungsverordnung neue Belastungen. KOMMUNAL sprach darüber mit Dr. Robert Gruber, Chef des VÖEB seit September 2008.

Mag. Hans Braun

In einigen Medien war in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu lesen, dass die Müllmenge zurückgeht. Dass der Müll nichts mehr wert sei. Kann das überhaupt sein, dass aufgrund einer Krise weniger „Müll“ produziert wird?
Dr. Robert Gruber: Vor allem im gewerblichen Bereich muss man schon eine Reduktion des Müllaufkommens feststellen. Das ist so, wenn in einem Unternehmen Kurzarbeit oder Teilzeitarbeit angesagt ist. Zum anderen haben wir schon des öfteren beklagt, dass Müll exportiert wird. Da muss man unterscheiden zwischen legalen Exporten, die es ja auch gibt, und eben den nicht legalen, die nicht in Ordnung sind.

Da kann es sich aus meinem Dafürhalten in Mitteleuropa aber nur um marginale Mengen handeln.
Wie das halt so ist bei illegalen Dingen. Das Ministerium ist dahinter, der Zoll, die Polizei, nur: man kann's nicht wirklich quantifizieren. Jedenfalls ist die Anlieferung von gewerblichen Abfällen und Restmüll um 500.000 Tonnen im Jahr zurückgegangen, die Verwertungsbetriebe verlieren deutlich an Absatzmengen.
Und das ist auch ein großes wirtschaftliches Problem. Wir haben in den vergangenen Jahren hohe Summen in unsere Anlagen investiert, die sich jetzt auf dem modernsten Stand der Technik befinden. Wenn diese nun nicht genutzt werden, sind die Investitionen und damit auch viele Arbeitsplätze gefährdet.
Ich bin zwar überzeugt, dass sich der Markt mittelfristig wieder erholt und sich eine moderne Ressourcenwirtschaft zu einem entscheidenden Zukunftsmarkt entwickeln wird, es besteht aber trotzdem Handlungsbedarf – vor allem von politischer Seite.
Dabei geht es uns nicht um eine Aufweichung des gesetzlichen Rahmens oder ein eigenes Konjunkturpaket für die Abfallwirtschaft, sondern lediglich darum, eine faire und wirtschaftlich effiziente Marktsituation zu schaffen. Unser Appell ist einfach: Lasst die Abfallwirtschaft leben – ohne Erschwernisse in einer ohnehin angespannten Situation.

Im einem Interview im VÖEB-Magazin 32 sprechen Sie von einem „bedenklichen Trend zur Rekommunalisierung“. Tatsächlich stellen die Gemeinden die Grundstruktur einer Altstoffsammlung zur Verfügung, und Sie haben sich vehement gegen eine Duplizierung der Sammelsysteme verwahrt. Wettbewerb hat doch im Bereich der Lizenzierung und Verwertung zu geschehen?

> Unser Appell ist einfach: Lasst die Abfallwirtschaft leben – ohne Erschwernisse in einer ohnehin angespannten Situation.
>
> Dr. Robert Gruber, Präsident des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe, über die Ziele des VÖEB

Man muss schon sehen, dass der VÖEB ja eine Interessensvertretung der Entsorgungsbetriebe ist. Aber wir haben auch eine gute Gesprächsbasis zu den Gemeinden, nämlich die der Vernunft. Uns als VÖEB erscheint ein sinnvolles Miteinander zwischen kommerziell geführter und kommunaler Abfallwirtschaft wichtig, nämlich arbeitsteilig.

Es geht also eigentlich darum, die Synergien zu nutzen?
Unbedingt. Und das auf allen Ebenen. Die Kommunen haben ja klar und eindeutig den Auftrag zur Daseinsvorsorge, da wollen wir uns ja auch gar nicht einmischen, aber wenn's reingeht in die Behandlung, wenn's reingeht ins Ressourcenmanagement, wenn's reingeht in die Energieerzeugung – da sehen wir unser Tätigkeitsfeld.

Dann ist aber die Formulierung „bedenklicher Trend zur Rekommunalisierung" nicht wirklich glücklich gewählt.
Da haben Sie nicht ganz unrecht. Aber abseits einer Formulierung ist uns am wichtigsten, das bisherige gut funktionierende arbeitsteilige System zwischen den Gemeinden und den Entsorgern beizubehalten.

Welche Erwartungen haben Sie dann an eine neue Verpackungsverordnung?

> Die Verpackungsverordnung Neu muss gewährleisten, dass unsere hohen Sammel- und Verwertungsquoten auch weiterhin aufrecht bleiben, ein hoher Servicegrad für Bürger und Betriebe sichergestellt ist und vor allem, dass die getrennte Sammlung auch weiterhin hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung vorfindet.
>
> … über die Erwartungen an die Verpackungsverordnung Neu

Uns geht es darum, dass eine international anerkannte und funktionierende getrennte Abfallsammlung nicht mutwillig zerschlagen wird.
Die Verpackungsverordnung Neu muss gewährleisten, dass unsere hohen Sammel- und Verwertungsquoten auch weiterhin aufrecht bleiben, ein hoher Servicegrad für Bürger und Betriebe sichergestellt ist und vor allem, dass die getrennte Sammlung auch weiterhin hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung vorfindet. Die getrennte Sammlung hat 15 Jahre bestens funktioniert und sich eingespielt und darf als System der Wirtschaft nicht zerschlagen werden. Zentrales Thema der Neuorganisation der Verpackungssammlung ist die Evaluierung der Rechts- und Organisationsform. Eine Bewertung mehrerer Modelle befindet sich zurzeit in Ausarbeitung. Nicht vorstellbar wäre eine Duplizierung der Sammelinfrastruktur.

Fotos: Reindl

Der Autor im Gespräch mit Mag. Daisy Kroker, Geschäftsführerin der VÖEB - Bundesgeschäftsstelle, und VÖEB-Präsident Dr. Robert Gruber.

Was genau sind die Forderungen betreffend eines einheitlichen Bundes-AWG?
Die Forderung nach einem einheitlichen Abfallwirtschaftsgesetz ist eine langjährige VÖEB-Forderung. Es geht da oft nur um Begriffsbestimmungen, die unterschiedlich ausgelegt werden. Es sind oft auch Melde- und Aufzeichnungspflichten, die in dem einen Bundesland so, in einem anderen aber anders verlangt werden. Und da gibt es Entsorgungsbetriebe, die österreichweit unterwegs oder in mehreren Bundesländern aktiv sind … Jedenfalls sollten wir in einem kleinen Land wie Österreich eine ein wenig homogenere Landschaft haben. Wieso ist es nötig, ein und dieselbe Anlage in der Steiermark anders genehmigen zu lassen als in Oberösterreich? Dieses einheitliche Bundes-AWG soll dann sowohl für die Behörden als auch für die Betriebe gleich sein, leichter in der Abarbeitung. Es ist ja nicht nur so, dass sich die Betriebe schwer tun, es tun sich mitunter auch die Behörden schwer.

Wettbewerb hat unter klaren Rahmenbedingungen stattzufinden. Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage, ob und inwieweit tatsächlich „Überregulierungen und Erschwernisse", zum Beispiel in den Dokumentationspflichten, gesehen werden?
Bestes Beispiel ist das Elektronische Datenmanagement EDM, das eigentlich zum Zwecke einer Verwaltungsvereinfachung eingeführt wurde. Davon ist man aber weit entfernt: 170 Millionen Datensätze jährlich fallen dadurch bei der Abfallanalyse an. Input-Output-Analysen hätten denselben Effekt, verursachen aber deutlich weniger Aufwand. Tatsächlich bietet das System keine Einsparungen, sondern hat nur die Kosten auf die Unternehmen umgeschichtet. Auch wenn es unsere Aufgabe ist, Müll zu sammeln, so gehört Datenmüll sicherlich nicht dazu. Wir haben freiwillig die Zertifizierung zum Entsorgungsfach-

betrieb eingeführt. Darin enthalten sind Analysen, die genau die Informationen enthalten, die die EU fordert. EDM benötigt allerdings andere – wenn auch ähnliche – Daten.

In Interview im VÖEB-Magazin 32 ist im Zusammenhang mit Europa von „Alleingängen und wettbewerbsverzerrenden Belastungen" die Rede. Welche sind denn das?
Der Gesetzgeber schießt zurzeit deutlich über das Ziel hinaus. Gerade im Bereich des Abfallrechts wird den beteiligten Unternehmen ein großes Misstrauen entgegengebracht. Verordnungen der Europäischen Union werden künstlich verschärft durch Sonderregelungen, die es nur in Österreich gibt. Die Betriebe belastet das mit enormen Kosten, die in keiner Relation zum ökologischen Nutzen stehen. Wir dürfen nicht zum EU-Streber werden, der sich das Leben durch vorauseilenden Gehorsam selbst schwer macht.

Wie geht es weiter im Hinblick auf den Verfall der Altstoffpreise, welche Auswirkungen hat das auf die Branche der Entsorgungsbetriebe?
Wie schon eingangs bemerkt, stellen die illegalen Müllexporte eine ökologische Gefahr dar. Schlecht entsorgter Müll von heute ist ein Problem von morgen. Wenn wir schon die aktuell besten Voraussetzungen zu Müllverwertung haben, dann sollten wir diese auch nutzen. Unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt endet schließlich nicht an der Staatsgrenze. Die Abfallwirtschaft hat ihren Beitrag zum Klimaschutz schon geleistet und den eigenen Treibhausgasemissionen seit 1990 um 40 Prozent reduziert – eine in Österreich beispiellose Senkung. So hat das Gewerbe seine Emissionen um 21 Prozent erhöht, der Verkehr sogar um 73 Prozent. Auch in der Energieerbringung werden mehr Treibhausgase erzeugt als noch 1990 (plus ein Prozent).

> Die Betriebe werden mit verschärften EU-Regelungen, die in keiner Relation zum ökologischen Nutzen stehen, enorm belastet. Wir dürfen nicht zum EU-Streber werden, der sich das Leben durch vorauseilenden Gehorsam selbst schwer macht.
>
> Dr. Robert Gruber über Österreichs Alleingänge bei EU-Regelungen

Darf ich Sie um einen Schlusssatz bitten?
Der Branche geht es nicht um finanzielle Zuschüsse oder ein eigenes Konjunkturpaket für die Abfallwirtschaft, sondern lediglich um einen praktikablen und wirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der die Branche international konkurrenzfähig werden lässt. Schließlich sind die Entsorgungsbetriebe nicht nur ein starker Wertschöpfungsfaktor, sondern auch ein Garant für funktionierende Infrastruktur und hohe Umweltstandards.

> Der Branche geht es nicht um finanzielle Zuschüsse oder ein eigenes Konjunkturpaket für die Abfallwirtschaft, sondern lediglich um einen praktikablen und wirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der die Branche international konkurrenzfähig werden lässt.
>
> … über die Zukunft der Entsorgungsbranche in Österreich

Fact-Box

Ein Verband namens VÖEB

Schlüsselbranche mit Zukunft

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Entsorgungsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit mehr als 200 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert zwei Drittel – gemessen am Umsatz beziehungsweise an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Entsorgungsbetriebe. Die Branche beschäftigt direkt mehr als 25.000 Mitarbeiter (insgesamt – also auch indirekt – sind es rund 44.000 MitarbeiterInnen), entsorgt rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls, tätigt jährlich Investitionen in Millionenhöhe und erwirtschaftet Umsätze in der Größenordnung von knapp vier Milliarden Euro pro Jahr. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten könnte man sagen, dass der VÖEB die größte Umweltschutzorganisation des Landes ist.
Seit 1990 wurden die Treibhausgasemissionen um beispiellose 40 Prozent gesenkt, allein von 2004 bis 2007 um 0,2 Tonnen CO_2-Äquivalent. Investitionen in die Entsorgungswirtschaft erzeugen um zehn Prozent mehr Arbeitsplätze als sonstige Investitionen in Österreich. Ausgaben für Dienstleistungen im Entsorgungsbereich kommen zurück – sie erzeugen den eineinhalb- bis zweifachen Wert an heimischer Produktion. Und der „Lohnmultiplikator" liegt in der Abfallwirtschaft um 25 Prozent höher als im Österreich-Durchschnitt:
100 Millionen Euro mehr Nachfrage/Aufträge führen zu rund 15 Millionen Euro mehr Konsum.
www.voeb.at

Die Zuständigkeiten bei Altlasten und deren Gefahren

Wer verantwortet Altlasten?

Wenn Altlasten entstehen, muss regelmäßig der Verursacher Gefahren eindämmen und Schäden beseitigen. In einigen Fällen kann aber auch die Gemeinde zur Kasse gebeten werden. KOMMUNAL erörtert die Voraussetzungen für kommunale Sicherungs- und Sanierungspflichten.

Im Fall der Fälle muss die Gemeinde Siedlungsabfälle (Abfälle aus privaten Haushalten), die in ihrem Gebiet widerrechtlich gelagert oder abgelagert werden, auf ihre Kosten entfernen und umweltgerecht behandeln oder behandeln lassen. Das gilt allerdings nicht für stillgelegte oder geschlossene Deponien.

Foto: Jupiterimages

Elisabeth Würthinger

Abgelagerte Abfälle, Betriebsstandorte und kontaminierte Böden können Gefahren für Mensch und Umwelt bilden. Diesfalls müssen sie gesichert und saniert werden. Dafür gelten Vorschriften im Abfallrecht, im Wasserrecht, in der Gewerbeordnung und im Forstrecht. Manche Ablagerungen, Standorte und Kontaminationen des Bodens fallen unter den spezifischen Rechtsbegriff der Altlasten iSd Altlastensanierungsgesetzes (ALSAG). Für diese Altlasten gelten zusätzlich einige Sonderregeln; so ist der Landeshauptmann zuständig, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung oder Sanierung solcher Altlasten aufzutragen. Sicherungs- und Sanierungsaufträge ergehen primär an eine private Person (den Verursacher, Grundeigentümer oder Rechtsnachfolger). In einigen Fällen muss die Gemeinde oder der Bund tätig werden.

Was ist eine Altlast?

Wer an Altlasten denkt, hat typischerweise Mülldeponien vor Augen. Aber beispielsweise auch ein Schießplatz kann als Altlast zu werten sein. Wo bleihaltiges Schrot verwendet wird, gelangt Blei bald auch in den Boden, wodurch eine Altlast entstehen kann. Das ALSAG geht von einem engen Rechtsbegriff der Altlasten aus und unterscheidet vier Arten:

- Altablagerungen,
- Altstandorte sowie durch diese
- kontaminierte Böden und
- Grundwasserkörper.

Gemeinsam ist diesen Fallgruppen, dass erhebliche Gefahren für die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt von ihnen ausgehen müssen.
Bei Müllplätzen handelt es sich um die Variante der Altablagerungen. Das sind Ablagerungen von Abfällen, die befugt oder unbefugt durchgeführt wurden. Zu denken ist etwa an aufgelassene Abfallablagerungsplätze jeglicher Form mit kommunalen, gewerblichen und industriellen Abfällen, Bauschutt, Abraummaterial, ehemals geordnete Deponien, wilde Müllabladeplätze.

Sachen gelten auch dann als Abfall, wenn sie eine die Umwelt beeinträchtigende Verbindung mit dem Boden eingegangen sind, wie zum Beispiel in den Boden gesickertes Öl.
Altstandorte sind Standorte von Anlagen, in denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde (z. B. Putzereien, Tankstellen). Ob die Anlagen bereits stillgelegt wurden oder sich noch in Betrieb befinden, ist nicht erheblich. Irrelevant ist auch, ob mit umweltgefährdenden Stoffen befugt oder unbefugt umgegangen wurde. Gleiches gilt für die Frage, ob die Anlagen behördlich bewilligt wurden oder nicht. In beiden Fällen kann ein Altstandort vorliegen.
Von den Altlasten sind bloße Verdachtsflächen zu unterscheiden, die das Umweltbundesamt in einem Verdachtsflächenkataster führt. Eine Verdachtsfläche wird erst zur Altlast, wenn von ihr erhebliche Gefahren für die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt ausgehen. Dazu führt das Umweltbundesamt eine Gefährdungsabschätzung durch.

Von den Altlasten sind bloße Verdachtsflächen zu unterscheiden, die das Umweltbundesamt in einem Verdachtsflächenkataster führt. Eine Verdachtsfläche wird erst zur Altlast, wenn von ihr erhebliche Gefahren für die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt ausgehen.

Die festgestellten sicherungs- oder sanierungsbedürftigen Flächen sind als Altlasten im Altlastenatlas auszuweisen (derzeit 233 eingetragene Altlasten). Von einer Altlast im Rechtssinne kann erst gesprochen werden, wenn eine Verdachtsfläche in den Altlastenatlas eingetragen ist.

Behandlungsauftrag nach Abfallwirtschaftsgesetz

Die Abfallwirtschaftsbehörde ist berechtigt, die Entfernung von unsachgemäßen Ablagerungen von Abfällen und kontaminiertem Erdreich nach § 73 AWG aufzutragen (sog. Behandlungsauftrag). Sie hat einen solchen bescheidmäßigen Auftrag nach der ersten Alternative zu erteilen,

Dr. Elisabeth Würthinger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Abteilung Umweltverwaltungs- und Anlagenrecht der Johannes-Kepler-Universität Linz

Fotos: Jupiterimages

wenn (gefährliche oder nicht gefährliche) Abfälle nicht gemäß den Bestimmungen des AWG oder hiezu erlassenen Verordnungen gelagert oder behandelt werden. Das wäre etwa bei ungesichertem Lagern von Autowracks mit Betriebsmittelresten der Fall. Gefordert ist ein rechtswidriges, nicht notwendigerweise ein schuldhaftes Verhalten. Ein Auftrag nach der zweiten Alternative setzt voraus, dass er zur Vermeidung von Beeinträchtigungen öffentlicher Interessen geboten ist. Das wäre zum Beispiel erfüllt, wenn der jahrelange Schießbetrieb auf einer Schießstätte zu Bleikontaminationen geführt hat, die eine Gefahr für das Grundwasser darstellen. Für den Auftrag genügt bereits die Möglichkeit der Verunreinigung des Grundwassers. Die Gefahr muss sich noch nicht verwirklicht haben.

Wer kann verpflichtet werden?

Der Behandlungsauftrag hat sich nach dem Gesetzeswortlaut an den „Verpflichteten“ zu richten. In der Regel liegt dem Auftrag ein Verstoß gegen abfallrechtliche Vorschriften zugrunde. Dann ist jene Person zu beauftragen, die die Norm übertreten hat. So hat etwa der Abfallbesitzer (das ist der Abfallerzeuger oder jede Person, welche die Abfälle innehat) bestimmte Pflichten. Er darf

Die Abfallwirtschaftsbehörde ist berechtigt, die Entfernung von unsachgemäßen Ablagerungen von Abfällen und kontaminiertem Erdreich nach § 73 AWG aufzutragen (sog. Behandlungsauftrag) … etwa bei ungesichertem Lagern von Autowracks mit Betriebsmittelresten.

Abfälle nur in hiefür genehmigten Anlagen oder vorgesehenen geeigneten Orten lagern. Verstößt er dagegen, ist ihm der Auftrag zu erteilen. Stützt sich der Auftrag auf keinen Normverstoß, ist derjenige verpflichtet, der die vom Abfall drohende Gefahr der Beeinträchtigung öffentlicher Interessen verursacht hat oder dem sie aus anderen Gründen zuzurechnen ist. Ob der Verpflichtete auch Eigentümer der Abfälle ist, spielt für den Auftrag keine Rolle. Ist eine Deponie stillgelegt oder geschlossen worden, ist der ehemalige Deponiebetreiber zu beauftragen.

Haftung des Grundeigentümers

Der Eigentümer der Liegenschaft, auf der sich die Abfälle befinden, kann erst dann herangezogen werden, wenn der primär Verpflichtete nicht beauftragt werden kann. Dabei denkt das Gesetz an drei Alternativen:

- Der primär Verpflichtete ist nicht feststellbar.
- Die verpflichtete Person ist zur Erfüllung des Auftrags rechtlich nicht imstande, etwa eine insolvente und liquidierte GmbH.

Kann auch der Grundeigentümer nicht belangt werden, ist es Aufgabe der Gemeinde, im eigenen Wirkungsbereich privatwirtschaftlich tätig zu werden.

- Der Verpflichtete kann aus sonstigen Gründen nicht beauftragt werden.

In all diesen Fällen haftet der Grundeigentümer, wenn er der Ablagerung entweder zugestimmt oder diese geduldet und ihm zumutbare Abwehrmaßnahmen unterlassen hat.
Der Rechtsnachfolger des Grundeigentümers haftet, wenn er von der Existenz der Altlast wusste oder bei gehöriger Aufmerksamkeit wissen musste, etwa aufgrund Begehung des Grundstücks oder bei Einsichtnahme in den Altlastenatlas.
Für Abfälle, die vor dem 1. Juli 1990 abgelagert wurden, ist die Verantwortung weiter eingeschränkt: Der Grundeigentümer darf nur herangezogen werden, wenn er diese Ablagerungen auf eigenem Boden ausdrücklich gestattet und daraus in Form einer Vergütung einen Vorteil gezogen hat. Seine Leistungspflicht ist mit jenem finanziellen Betrag begrenzt, der das übliche Entgelt für die Inanspruchnahme seines Eigentums übersteigt. Der Rechtsnachfolger, der vor dem 1. 7. 1990 Eigentum an einer belasteten Liegenschaft erworben hat, haftet für die Altlast, wenn er Kenntnis hatte oder Kenntnis haben musste und nur im Umfang eines ihm zugeflossenen übermäßigen Vorteils. Hat er dagegen nach dem 1. 7. 1990 Eigentum erworben, ist er ohne wertmäßige Beschränkung verantwortlich, wenn er von der Altlast wusste oder wissen musste. Diese restriktiven Voraussetzungen werden eine Haftung des Grundeigentümers oder des Rechtsnachfolgers vielfach ausschließen. In der Folge greift die subsidiäre Verantwortung der Gemeinde oder des Bundes.

Die Behörde kann nach der GewO nachträglich Auflagen für bereits rechtskräftig genehmigte Anlagen vorschreiben. Eine solche Auflage kann die Beseitigung bereits eingetretener Folgen von Auswirkungen der Anlage, wie etwa die Sanierung kontaminierter Böden, anordnen.

Wann ist die Gemeinde verantwortlich?

Kann auch der Grundeigentümer nicht belangt werden, ist es Aufgabe der Gemeinde, im eigenen Wirkungsbereich privatwirtschaftlich tätig zu werden: Sie muss Siedlungsabfälle (Abfälle aus privaten Haushalten), die in ihrem Gebiet widerrechtlich gelagert oder abgelagert werden, auf ihre Kosten entfernen und umweltgerecht behandeln oder behandeln lassen. Das gilt allerdings nicht für stillgelegte oder geschlossene Deponien. Die Gemeinde hat die Kosten der Maßnahmen selbst zu tragen. Ersatzansprüche der Gemeinde gegen den Verpflichteten bleiben – ungeachtet der Einbringlichkeitsfrage – unberührt.

Altlasten im Zusammenhang mit Betriebsanlagen

Die GewO ermöglicht ein behördliches Vorgehen, wenn Altlasten im Zusammenhang mit einer gewerblichen Betriebsanlage entstehen. Die Behörde kann nachträglich Auflagen für bereits rechtskräftig genehmigte Anlagen vorschreiben. Eine solche Auflage kann die Beseitigung bereits eingetretener Folgen von Auswirkungen der Anlage, wie etwa die Sanierung kontaminierter Böden, anordnen. Gerade anlässlich der Auflassung einer Betriebsanlage besteht die Gefahr, dass Altlasten übrig bleiben. Um dem vorzubeugen, hat der auflassende Anlageninhaber die notwendigen Maßnahmen zu treffen und der Behörde anzuzeigen. Wenn diese nicht ausreichen, hat die Behörde die notwendigen

Wird Abfall auf Waldflächen abgelagert, kommt ein Entfernungsauftrag nach dem Forstgesetz in Betracht. Lässt sich diese Person nicht feststellen, muss die Behörde die örtlich zuständige Gemeinde beauftragen. Sie hat dann den Abfall auf ihre Kosten im eigenen Wirkungsbereich zu entfernen. Wird die verantwortliche Person nachträglich festgestellt, so schreibt ihr die Behörde den Ersatz der dieser Gemeinde angefallenen Kosten vor.

Vorkehrungen mit Bescheid aufzutragen. Wechselt die Person des auflassenden Anlageninhabers, so berührt das einen wirksamen bescheidmäßigen Auftrag nicht. Allerdings ist § 83 GewO keine taugliche Grundlage, um durch den laufenden Betrieb bereits vor der Auflassung eingetretene Bodenverunreinigungen entfernen zu lassen.

Ablagerungen auf Waldflächen

Wird Abfall auf Waldflächen abgelagert, kommt ein Entfernungsauftrag nach dem Forstgesetz in Betracht: Jede Waldverwüstung ist verboten. Sie läge auch vor, wenn Abfall wie Müll, Gerümpel oder Klärschlamm im Wald abgelagert wird. In diesem Fall hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Person, die den Abfall abgelagert hat oder die hiefür verantwortlich ist, festzustellen und ihr die Entfernung des Abfalls aufzutragen. Lässt sich diese Person nicht feststellen, muss die Behörde die örtlich zuständige Gemeinde beauftragen. Sie hat dann den Abfall auf ihre Kosten im eigenen Wirkungsbereich zu entfernen. Wird die verantwortliche Person nachträglich festgestellt, so schreibt ihr die Behörde den Ersatz der dieser Gemeinde angefallenen Kosten vor. Eine subsidiäre Verantwortung des Liegenschaftseigentümers (vergleichbar jener nach AWG) kennt das Forstgesetz nicht.

Fact-Box RFG

Mehr zu den Haftungsfragen bei einer Gewässerverunreinigung finden Sie im Heft 1/2009 der RFG!
Recht & Finanzen für Gemeinden (RFG) ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, der Kommunalkredit, kommunalconsult, Leitner + Leitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.

Abopreis:
Kennenlern-Abo unter: **www.juristischer-biss.at**
2 Hefte zum Preis von nur 20 Euro
MANZ Bestellservice:
Tel: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: **bestellen@manz.at**

Der starke Handelspartner für Kläranlagen und Kommunen ...

... in den Bereichen:
- Klärwerkstechnik
- Wasserver- und Entsorgung
- Regenerative Energien
- Industrie- und Gebäudetechnik
- Regenwasserbewirtschaftung
- Entwässerungssysteme
- effiziente Systemlösungen wie BHKW und Brennstoffzellen

Ihr Mehrwert:
- Wir übernehmen Ihre Lagerhaltung
- zeitgenaue und projektbezogene Lieferung
- österreichweit flächendeckendes Logistiknetz

HTI SCHMIDT'S WEYLAND Handelsges.m.b.H.
Wr. Neudorf, Graz, Schärding
Tel.: +43(0) 22 36 / 677 529 - 201
Fax: +43(0) 22 36 / 677 529 - 220
E-Mail: harald.heck@hti-handel.at

HTI
Ihr Fachgroßhandel für Bau- und Industriebedarf
www.hti-handel.at

* BERMAD-Regelventile, ÖVGW-zertifiziert
* A.R.I. Be- u. Entlüftungsventile, ÖVGW-zertifiziert für Trink-, Abwasser u. Industrie
* ODIS Komplett-Filtersysteme für Trink-, Abwasser u. Industrie
* C.Q.M. Umwelttechnologie OHNE CHEMIE für Industrie- u. Gebäudetechnik

A-2483 Ebreichsdorf, Dr.Karl Rennerstraße 30
Tel./Fax: 0043 (0) 2254-72511, email: dmdiklic@aon.at

[D & M]
Diklic & Mairbäurl OG
Filter- und Ventil-Regeltechnik
www.austrian-watersolutions.com

ISEKI SFH 240 Frontmäher mit Heckauswurf

Mähen wie ein Vollprofi

Der neue ISEKI SFH 240 Frontmäher mit Heckauswurf ist konsequent auf die Bedürfnisse von professionellen Anwendern zugeschnitten. Das Mähwerk stammt vom Erfolgsmodell SXG 19, welches tausendfach seine Leistungsfähigkeit bewiesen hat.
Durch den zentralen Direktauswurf gibt es keinen Seitenauswurf mehr, welcher beim Manövrieren stört.
Die Beförderung des Grases erfolgt zwischen den Vorderrädern nach hinten in den Behälter.
Mit automatischem Allradantrieb kann dieses Spitzenprodukt auch in unebenem Gelände saubere Arbeit verrichten.
Frontmähwerke mit 122 cm und 137 cm Arbeitsbreite und ein Grasfangbehälter mit 550 Liter Inhalt stehen für Sie zur Verfügung.
Die hydraulische Hochentleerung bietet mit 190 cm Aushubhöhe und 75 cm Überladeweite entscheidende Vorteile im Profieinsatz.
Betrieben wird der neue Frontmäher mit einem 3-Zylinder-Iseki-Dieselmotor, wassergekühlt, mit 24 PS.
Fast schon traditionell präsentiert die AZ-Tech ihr komplettes Kommunalmaschinensortiment am 17. Juni 2009 auf der Gartentech 2009 im Ernst-Happel-Stadion!

Mit automatischem Allradantrieb kann dieses Spitzenprodukt auch in unebenem Gelände saubere Arbeit verrichten.

Information

AZ-Tech Austrowaren
Zimmer HandelsgmbH
Helmut Fischmeister
Tel.: +43/1/86 303-218
Fax: +43/1/86 303-240
office@az-tech.at
www.az-tech.at

E.E.

AZ-TECH www.az-tech.at Kommunaltechnik

ISEKI - SXG 15 H

- Profitechnik für die perfekte Rasenpflege!
- Durchzugsstarker & sparsamer ISEKI-Diesel Motor
- Erstklassiges Schnittbild - 2-Messermähwerk
- Mähwerksantrieb ohne Keilriemen
- Großer 380 Liter Grasaufnahmebehälter
- Dieselpartikelfilter (optional)

AZ-Tech Austrowaren Zimmer HandelsgmbH, Carlbergergasse 66, A-1230 Wien, verkauf@az-tech.at

BELOS - Geräteträger Trans Pro

- Kraft in Hülle und Fülle - 36 oder 45 PS
- Sauber und wirtschaftlich - Dieselpartikelfilter
- Perfekt für alle Jahreszeiten - umfangreiches Zubehör
- Der Fahrer steht im Zentrum - exzellente Übersicht
- Alles unter Kontrolle - Allradantrieb & Antischlupfsystem
- Leicht zu manövrieren - Knicklenkung

Harte Arbeit war nie einfacher!

Für Detailinformationen rufen Sie bitte Herrn Helmut Fischmeister unter 01/86303-218 an.

Arbeitsgemeinschaft Leitungskataster NÖ überzeugte mit innovativem Konzept

Leitungsmanagement ist eine Investition in die Zukunft!

Im Oktober 2008 endete das zukunftsweisende Ausschreibungsverfahren „Digitale Leitungsdokumentation Niederösterreich“. Die Verantwortlichen bei EVN Wasser haben dabei neben ihrem primären Interesse, den überregionalen Wasserversorgungsleitungen, auch die Interessen der Gemeinden integriert.

So wurde die Ausschreibung, in Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreterverbänden und dem Land Niederösterreich, um die Dokumentation der Ortsversorgungs- und Entsorgungsleitungen erweitert.
Dadurch erspart sich die einzelne Gemeinde ein komplexes und zeitaufwendiges Ausschreibungsverfahren. Aufgrund der Größe der Ausschreibung profitieren Sie jedoch von niedrigen Preisen, und erstmalig gibt es einen einheitlichen, niederösterreichweiten Standard für die Datenstruktur.
Die Arbeitsgemeinschaft Leitungskataster NÖ ist aus der Ausschreibung über Leitungskataster für Wasser- und Abwasserleitungen in Niederösterreich als Bestbieter und Billigstbieter hervorgegangen. Sie konnte mit einem umfassenden und innovativen Konzept die Expertenkommission der Auftraggeber überzeugen.
Die Mitglieder der ARGE vereinen jahrelange Erfahrung auf den Gebieten Leitungskataster und Kulturtechnik, Vermessung, Datenbanken und Geografische Informationssysteme. Die niederösterreichischen Unternehmen IM-Tech, GIStech, EVN Geoinfo und DI Forsthuber bieten den Gemeinden komplette Lösungen nach dem Prinzip „Alles aus einer Hand“.
Warum investieren Gemeinden in die Dokumentation ihrer Leitungsnetze? Ein Leitungskataster ist eine Investition in die Zukunft. Die größtenteils unsichtbaren Einbauten der Gemeindeinfrastruktur (Kanal, Wasser) stellen ein Vermögen dar, dessen Wert ein Vielfaches der Aufwendungen für ihre Verwaltung beträgt. Die Zustandsbewertung der Schächte und Haltungen ermöglicht eine optimierte Instandhaltung und verhindert unnötige und meist mit hohen Kosten verbundene Fehlplanungen bei Neuprojektierungen. Umfassendes Wissen über Schäden ist die Basis für ein langfristiges Sanierungskonzept. Statt auf Gebrechen zu reagieren, kann vorbeugend nach Maßgabe der Dringlichkeit gehandelt werden. Damit spart man nicht nur beim Budget, sondern schützt auch die Umwelt.
Die Ökologie ist auch ein wesentlicher Grund für die Einrichtung der betreffenden Bundes- und Landesförderungen. Die Gesamtförderung beträgt bis zu 2,50 Euro pro digital erfasstem Laufmeter Kanal- bzw. Wasserleitung, maximal jedoch 62,5 Prozent der Firmenrechnungen.
Zusammengefasst garantiert der Leitungskataster eine rasche und zuverlässige Auskunft für Bürger und Gemeindeverwaltung. Er minimiert die Umweltbelastung, verbessert den Gewässerschutz und optimiert die Instandhaltung.

Der Leitungskataster garantiert eine rasche und zuverlässige Auskunft für Bürger und Gemeindeverwaltung.

Information

ARGE Leitungskataster NÖ
EVN-Platz
A-2344 Maria Enzersdorf
Tel.: 02236/47 079
www.noe-leitungskataster.at

E.E.

„Postalia“ ist Marktführer in Österreich

Postdienstleistungen nach Maß

Im Zuge der Post-Liberalisierung in Österreich etablierte das Unternehmen Francotyp-Postalia GmbH ab 2006 neben dem traditionellen Geschäftsbereich „Mailroom“, der die Entwicklung, Fertigung und den Vertrieb von Frankier- und Kuvertiermaschinen samt dazugehöriger Dienstleistungen umfasst, als zweites Standbein den Geschäftsbereich „Mailstream“. Dieser übernimmt für Kunden mit hohem Postaufkommen Dienstleistungen wie das Sortieren, Konsolidieren und Hybridmail, aber auch das komplette Outsourcing.

Unseren fast 50-prozentigen Marktanteil möchten wir damit in Zukunft weiter stabilisieren bzw. zu einer absoluten Spitzenposition ausbauen.

Anton Kosar, Geschäftsführer der Francotyp-Postalia GmbH Wien

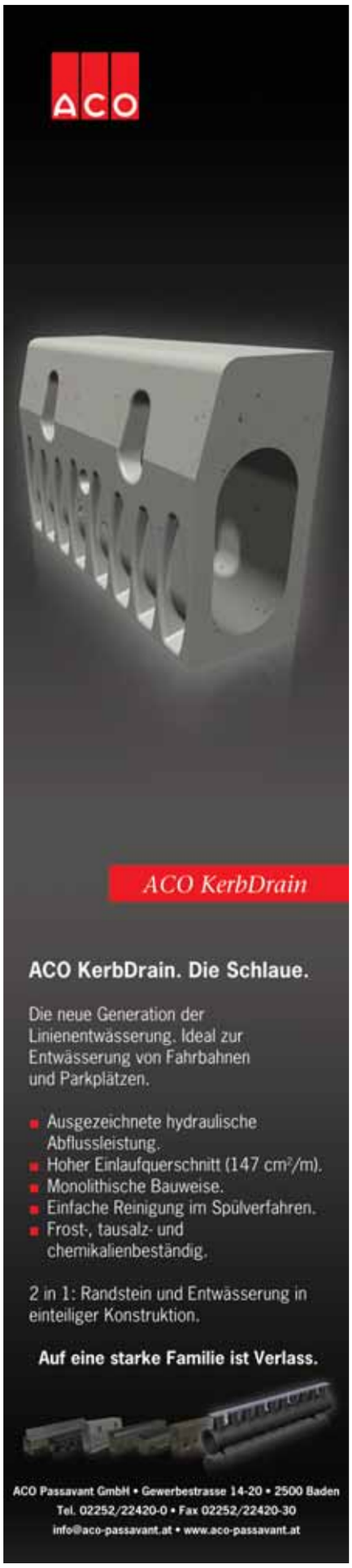
Als Marktführer positioniert

Im Bereich Frankiermaschinen ist die Francotyp-Postalia GmbH heute mit einem Anteil von fast 48 Prozent Marktführer in Österreich. Das Hauptgeschäftsfeld der in Wien ansässigen Gesellschaft ist der Vertrieb von Frankier- und Kuvertiermaschinen. Die Produktpalette reicht dabei von kleineren, kompakten Geräten für Büros über Utensilien zur Postbearbeitung bis hin zu Hochleistungsfrankier- und Kuvertiermaschinen für professionelle Poststellen. Einstiegslösungen zum Frankieren von Postsendungen sind beispielsweise die Geräte „mymail“ und „optimail“. Die „mymail“ ist eine kleine, platzsparende Maschine mit nur 2,5 kg Gewicht, die neben dem richtigen Porto auch Werbemotive und individuell programmierbare Textnachrichten drucken kann. Das Porto wird über ein Modem nachgeladen. Das nur unwesentlich größere Gerät „optimail“ ist ideal für den Einsatz mehrerer Absender, da in dem Gerät bis zu neun Werbemotive gespeichert und mittels Thermotransferdruck auf den Briefumschlag gedruckt werden können.

Kundenorientierung ein Muss

Alle Serviceleistungen sowie Einkauf und Vertrieb werden vom Firmensitz aus gesteuert. Viele Kunden wissen die Qualität und Zuverlässigkeit von Francotyp-Postalia zu schätzen. „Wir zeigen eine gelebte Kundenorientierung“, so „Postalia“-Wien-Geschäftsführer Anton Kosar. „Unseren fast 50-prozentigen Marktanteil möchten wir damit in Zukunft weiter stabilisieren bzw. zu einer absoluten Spitzenposition ausbauen.“
Nähere Informationen auf **www.francotyp-postalia.at**

E.E.



IMMORENT finanziert Biowärme-Anlage in Scheifling

Alternative Energie als Mehrwert für Gemeinden

Nachhaltige Energiegewinnung zu stabilen Preisen und Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus dem Ausland – diese Ziele hat sich die Marktgemeinde Scheifling gesetzt. Und das erfolgreich: Mit der Errichtung der Bio-Wärme Scheifling GmbH kann fortan heimische Energie erschlossen und über ein Fernwärmenetz in der Gemeinde verteilt werden. Finanziert wurden Anlage und Verteilernetz durch die IMMORENT, den Immobilien- und Leasingspezialisten der Erste Group.

Eine Initiative der Gemeinde hat im obersteirischen Ort Scheifling mit der Biowärme-Heizanlage eine nachhaltige Energieversorgung im Ort eingeführt. Derzeit werden Teile der Orte Scheifling und St. Lorenzen mit Biowärme versorgt. Ein Ausbau des Netzes ist jederzeit möglich. „Mit der neuen Anlage gewinnen alle Beteiligten“, freut sich Christian Göttfried, Bürgermeister der Marktgemeinde Scheifling: „Die heimische Wirtschaft wird gestärkt, Arbeitsplätze werden geschaffen und die Konsumenten profitieren von langfristig stabilen Preisen.“ Rund 60 Objekte, darunter zahlreiche Gewerbebetriebe und alle Gebäude der Marktgemeinde Scheifling (Schulen, Amtsgebäude und Mietwohnhäuser), nutzen bereits das Angebot der preisgünstigen heimischen Energie. Mit dem modernen und effizienten Heizwerk wird die Umweltbelastung in der Region reduziert und ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Die Nutzung heimischer Rohstoffe sorgt für Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und nicht kalkulierbaren Preisentwicklungen am Weltmarkt. Finanziert wurde die Anlage unter Einbeziehung von Förderungen durch das attraktive Restwert-Leasingmodell der IMMORENT. Diese ist dabei mehr als der Financier: Durch eine Beteiligung an der Betreibergesellschaft der Bio-Wärme Scheifling GmbH trägt das Unternehmen auch aktiv zur Förderung alternativer Energien in Österreich bei.

Mit dem modernen und effizienten Heizwerk in Scheifling wird die Umweltbelastung in der Region reduziert und ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Die heimische Wirtschaft wird gestärkt, Arbeitsplätze werden geschaffen und die Konsumenten profitieren von langfristig stabilen Preisen.

Christian Göttfried, Bürgermeister von Scheifling, über die Vorzüge eines Biomasse-Heizwerks

Innovative Technologien unterstützen

Die Finanzierung von hochmodernen Anlagen ist komplex und erfordert entsprechendes Knowhow. Dieses konnten die Experten der IMMORENT bereits bei zahlreichen Biomasse-Projekten unter Beweis stellen:
Im burgenländischen Güssing konnten seit 2004 bereits drei Anlagen finanziert werden: das Biomassekraftwerk Güssing, das Biomasse-Fernheizwerk und das Biogaskraftwerk Strehm.
2005 wählte auch die Firma Fuchsluger in Niederösterreich die IMMORENT als Finanzierungspartner für das Biomassekraftwerk Aschbach. „Die Zusammenarbeit war sehr unkompliziert. Das sind keine klassischen Banker, sondern eher Techniker wie wir, die wissen, was Sache ist“, berichtet Florian Fuchsluger, Geschäftsführer des Biomassekraftwerks in Aschbach.
Und auch in Kärnten engagiert sich die IMMORENT im Bereich alternativer Energiegewinnung: 2007 begannen die Bauarbeiten für eine innovative Doppelanlage, die eine Dampfkessel- mit einer Holzvergaseranlage kombiniert. Hans Griesser, Geschäftsführer des Biomassekraftwerks Villach: „Wir errichten Europas innovativste Anlage, ein CO_2-Minus-Kraftwerk verbunden mit einer Biomasseraffinerie. In Zusammenarbeit mit der IMMORENT meistern wir die Herausforderungen der ökologischen Energiewirtschaft – und das ökonomisch.“

Information

IMMORENT
Aktiengesellschaft
Windmühlgasse 22–24
A-1060 Wien
Tel.: +43 (0)501 00-27000
Fax: +43 (0)501 009-27204
www.immorent.at

E.E.

Firma Beer feierte in Sollenau ihr 40. Firmenjubiläum

Ein „beeriges“ Fest

Ein Geburtstagsfest der Superlative feierte Kommunalgeräte-Spezialist Fa. Bruno Beer in Sollenau zum 40. Firmenjubiläum. Drei Tage lang standen Rasenmäher, Traktore und Co. im Mittelpunkt des Geschehens, an einem Tag kamen allein über 1000 Gäste, um zu gratulieren und mitzufeiern. Doch das Jubiläumsjahr geht noch weiter: Laufend warten besondere Jubiläumsangebote auf die Kunden. Rund 20 Mitarbeiter stehen in Beratung und Verkauf sowie der hauseigenen topmodernen Fachwerkstätte zur Verfügung, um allen Wünschen bestmöglich nachzukommen. Ein Schauraum mit über 500 m² Ausstellungsfläche und ein großzügiges Freigelände sorgen dafür, dass alle Geräte direkt vor Ort begutachtet werden können. Überzeugen auch Sie sich von der Qualität und dem Service der Fa. Bruno Beer – die Familie Beer steht gerne für alle Auskünfte zur Verfügung. Infos unter **www.beer.co.at**

E.E.

Berolina Druckmanagement

Entlastung für Umwelt und Gemeindebudget

Berolina Tonerkartuschen, Tintenpatronen oder Farbbandkassetten entlasten durch ihre Mehrleistung nicht nur das Gemeindebudget, sondern auch die Umwelt. Jede Berolina SuperCart verhindert beispielsweise während ihres Produktlebenszyklus die Entstehung von durchschnittlich 8 kg CO_2. Weiters schonen umweltbewusste Herstellungsverfahren, klimafreundlicher Warenversand und die lange Lebensdauer der Produkte Umwelt und Ressourcen. Weniger Druckkosten und Umweltbelastung sind doch gute Argumente, das bisherige Druckmanagement zu überdenken. Rufen Sie jetzt an, wenn Sie für Ihre Gemeinde wissen wollen, wie viel an Druckkosten Sie sich mit Berolina sparen können und dabei gleichzeitig der Umwelt etwas Gutes tun.

Information

berolina Schriftbild
Österreich GmbH
Hauptstraße 2
3021 Pressbaum
Tel.: 02233/575 50
office@berolina.at
www.berolina.at

E.E.

Gesell GmbH & Co. KG
Sieveringer Str. 153
1190 Wien
Tel.: +43 1 320 50 37
Fax: +43 1 320 63 44
office@gesell.com

koelnmesse
we energize your business

2K-Kunststoff POLYUREA bietet Korrisionsschutz, Dehnfähigkeit und hohe Beständigkeit

Für saubere und nachhaltige Schacht-Sanierungen

Speziell in Abwasserschächten herrscht ein extrem aggressives Klima. Die Entstehung von u. a. Schwefelwasserstoff führt zu Betonkorrosion und zur Zerstörung der Bausubstanz.
Der von uns eingesetzte 2K-Kunststoff POLYUREA zeichnet sich durch hohe Chemikalienbeständigkeit aus und eine weitere Korrosion wird nachhaltig gestoppt. Wanddurchführungen und Rohre sowie Schachtböden können fugenlos und flexibel mit eingebunden werden. Sanierungsmaßnahmen werden nicht nur erheblich verkürzt, es wird zudem auf der Baustelle ein jederzeit reproduzierbares Produkt hergestellt. Mehrere hundert Schächte wurden auf diese Weise in den letzten Jahren bereits erfolgreich saniert.

Rasche Sanierung mit dem wasserunempfindlichen Produkt von WET Wassertechnik.

Information

WET Wassertechnik GmbH
Tel.: +43 463 318 400
Fax: +43 463 318 400-40
office@wet-wassertechnik.at
www.wet-wassertechnik.at

E. E.

Stangl Kommunaltechnik mit vollem Maschinenpark auf der ASTRAD 2009

Stangl zuversichtlich über großes Interesse

Auf der 7. ASTRAD – Messe für Kommunaltechnik – präsentierte Stangl einen großen Teil seines vielfältigen Maschinen- und Geräteprogramms für den kommunalen Einsatz den zahlreichen interessierten Besuchern von Städten, Gemeinden und Bauhöfen. Vor allem die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der bewährten Serie Hako Citymaster und die Multicar-Geräteträgerfahrzeuge standen im Vordergrund. Als Neuheiten wurden u. a. die geländegängigen Elektrofahrzeuge der Marke Alkè vorgestellt, die auf großes Interesse der Messebesucher stießen.

„Die ASTRAD hat in ihrer diesjährigen Qualität einen sehr aussagekräftigen Überblick für die Messebesucher geboten“, zeigt sich Roland Huber, Prokurist der Stangl Kommunaltechnik, zufrieden.

Und wer sich einen Messeüberblick von oben verschaffen wollte, konnte sich mit dem ebenfalls ausgestellten Hubsteiger auf 20 Meter hochheben lassen und dabei gleich noch das kulinarische Angebot des bereitstehenden Grills von oben begutachten.

Information

Stangl Reinigungstechnik GmbH
A-5204 Straßwalchen
Tel.: 06215/8900-44
Fax: 06215/8900-49
Web: **www.kommunalmaschinen.at**

E. E.

Projekt der WDL erhält den NEPTUN ’09

Ein Euro – ein Leben

Der renommierte Wasserpreis „Neptun“ geht an das weltweit einmalige Charity-Programm „Wassertropfen“, das die Energie AG Oberösterreich-Wassertochter WDL gemeinsam mit der Caritas vor einem Jahr ins Leben gerufen hat. Österreich ist ein wasserreiches Land – ein glücklicher Umstand, der leider nicht überall auf der Welt gegeben ist. Die WDL unterstützt mit ihren Partnern jene Menschen, denen das (Über-)Lebensmittel Wasser nicht zur Verfügung steht. Pro 1000 Kubikmeter geliefertem Wasser spendet die WDL einen Euro an den Hilfsfond, zusätzlich beteiligen sich 14 Gemeinden und fünf Firmenpartner. Im ersten Jahr konnten durch den Wasserverkauf mehr als 20.000 Euro aufgebracht werden.

Das Projekt hilft jenen, denen das (Über-)Lebensmittel Wasser nicht zur Verfügung steht, und wurde dafür mit dem „Neptun“ prämiert.

Überleben der Kinder gesichert

Umsetzungspartner des Projektes ist die Caritas, die sich seit mehr als 20 Jahren im Kongo engagiert und die Lebenssituation der Bevölkerung durch den Bau von Brunnen verbessert. Damit wird auch die Cholerage-fahr drastisch reduziert. Vor allem Frauen und Kinder, sie sind traditionell im Kongo für die Wasserbeschaffung zuständig, profitieren von den Brunnen. Sie sparen sich die langen Wege zu Wasserstellen. „Bis Mitte 2009 werden insgesamt 30 Pumpen repariert sein“, sagt Caritas-Direktor Mathias Mühlberger, „an die 90.000 Menschen können dann wieder mit sauberem Wasser vorsorgt werden.“

Information

Weitere Informationen:
www.wassertropfen.at
www.vodnikapky.cz
www.wasserpreis.info

Spendenkonto:
RLB OÖ, BLZ 34000
Konto Nr. 1.245.000
Kennwort „WASSER-TROPFEN“

E.E.

Chancen für Städte und Gemeinden im Umwelt- und Energietechnologiesektor

Bis 2020 werden rund 75.000 neue Arbeitsplätze geschaffen

Österreichs Städte und Gemeinden erfüllen nicht nur eine wichtige Vorbildfunktion in Fragen der Umwelt- und Energietechnologiepolitik, sondern sind auch maßgeblicher Motor bei Innovationen und nachhaltiger Infrastrukturentwicklung. KOMMUNAL zeigt die Details auf.

Ing. Gerhard Fallent

Ob bei der Etablierung energieeffizienter Gebäudestandards und ressourcenoptimierter Bebauungspläne für die Siedlungsraumentwicklung, ob bei der Stadtplanung oder der Einbettung von ganzheitlichen Energie-, Wasser-, Abwasser- und Abfallkonzepten und -programmen – die Städte und Gemeinden sind integraler Bestandteil einer erfolgreichen Etablierung österreichischer Cleantech-Produkte und -Dienstleistungen am Heim- und Exportmarkt.

Städte und Gemeinden sind integraler Bestandteil einer erfolgreichen Etablierung österreichischer Cleantech-Produkte und -Dienstleistungen am Heim- und Exportmarkt.

Ing. Gerhard Fallent ist Geschäftsführer der Austrian Clean Technologies ACT

Die Ökoindustriebranche in Österreich wird täglich durch 2347 Gemeinden gemeinsam mit ihren InnovatorInnen in puncto Standort- und nachhaltiger regionaler Wirtschaftspolitik belebt. Gerade dieser aufstrebende Wirtschaftszweig besticht durch lokale Initiativen und der Kreativität der kommunalen Ebene.

Eine Hauptaufgabe des im Juni 2008 von Lebensministerium und der Wirtschaftskammer Österreich gegründeten Kompetenzzentrums Umwelt- und Energietechnologie sowie Umweltdienstleistungen ist es, den Masterplan Umwelttechnologie (MUT) weiterzuentwickeln und die Umsetzung der dort festgeschriebenen Maßnahmen zu koordinieren und zu dynamisieren. Dabei sind die Kommunen ein zentraler Anknüpfungspunkt, um die Umsetzung zu forcieren.

Kommunen sind wesentliche Partner

Städte und Gemeinden sind wesentliche Partner bei der erfolgreichen Umsetzung des Masterplans Umwelttechnologie. Diese Aussage in den Rahmenbedingungen für EntscheidungsträgerInnen in Städten und Gemeinden spricht eine sozial und wirtschaftlich erfolgreiche Sprache. Im Jahr 2007 beschäftigte die Ökoindustriebranche 22.234 Personen im Bereich der Umwelttechnikindustrie und unter Berücksichtigung der Beschäftigten in umweltbezogenen Dienstleistungssektoren und erneuerbaren Energiesegmenten,

Besonders beschäftigungsintensiv sind thermische Sanierungen von Gebäuden und Heizungsumstellungen, die durch die Konjunkturpakete sowie Förderprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden vorangetrieben werden.

geschätzte 179.000 Menschen. Berechnungen zufolge werden in Österreich durch die Erreichung des 34-Prozent-EU-Zieles bis 2020 zwischen 50.000 und 75.000 weitere neue Stellen geschaffen. Besonders beschäftigungsintensiv sind dabei thermische Sanierungen von Gebäuden und Heizungsumstellungen, die durch die Konjunkturpakete sowie Förderprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden vorangetrieben werden. Pro investierte Million Euro werden für diesen Bereich rund 14 Beschäftigungsverhältnisse ausgelöst.
Für Austrian Clean Technologies hat sich Österreich im Besonderen in den Bereichen Boden- und Wassermanagement, Abfall- und Abwasserwirtschaft, Luftreinhaltung, Gewässer- und Landschaftsschutz, der Nutzung der Wasserkraft, der Biomasse und der Sonnenenergie sowie im Bereich der Energieeffizienz einen Namen gemacht. Österreich ist durch diese Entwicklung und das besonders hohe Umweltbewusstsein seiner Bevölkerung Vorbild für Europa und die Welt. Österreich wird von vielen als Umwelt- und Energietechnologiemusterland gesehen.
Um auch in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen den Erfolg von Cleantech made in Austria zu gewährleisten, ist es wichtig, diese Erfolgsgeschichte in die Welt hinauszutragen. Die Exportinitiative des Lebensministeriums und der Wirtschaftskammer Österreich öffnet dabei die Türen zu neuen Zielmärkten. Dadurch gelingt es, heimische Betriebe in die Position von privilegierten Partnern für die Zielmarktentwicklung zu bringen. ACT wird gemeinsam mit dem Lebensministerium und der Wirtschaftskammer Österreich sowie weiteren ExpertInnen diese Entwicklung in den Bereichen „Qualifizierung“ durch zielgruppenspezifische Aus- und Weiterbildungsprogramme, „Pooling“ durch Unterstützung bei der Konsortiumsbildung und „Finanzierung“ durch die Entwicklung von angepassten Betreibermodellen unterstützen.
Heimische Städte und Gemeinden tun dies bereits heute durch Partnerschaften mit ausländischen Kommunen. Die envietech 2010, ein im Februar 2010 stattfindender internationaler Kongress mit Ausstellung, bietet für Kommunen ebenfalls die Chance, sich über Clean Technology zu informieren und ein Beziehungsnetzwerk aufzubauen. Dazu sind alle Kommunen herzlich eingeladen, den Weg der Nachhaltigkeit durch Umwelt- und Energietechnologieförderung gemeinsam zu gehen. Denn neben Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum trägt die heimische Cleantech-Branche zu verstärktem Umweltschutz und damit zu erhöhter Lebensqualität in den österreichischen Städten und Gemeinden bei.

Die Ökoindustriebranche in Österreich wird täglich durch 2347 Gemeinden gemeinsam mit ihren InnovatorInnen in puncto Standort- und nachhaltiger regionaler Wirtschaftspolitik belebt.

Die Exportinitiative des Lebensministeriums und der Wirtschaftskammer Österreich öffnet dabei die Türen zu neuen Zielmärkten – wie es heimische Städte und Gemeinden bereits heute durch Partnerschaften mit ausländischen Kommunen tun.

Pro investierte Million Euro werden für diesen Bereich rund 14 Beschäftigungsverhältnisse ausgelöst.

Professionelle Röhrenreinigung und Kalkentfernung mit Diklic & Mairbäurl OG

Vollautomatische und ökologische Systeme

ATCS – Vollautomatisches Röhrenreinigungssystem für Industrie- und Gebäudetechnik
- Air Conditioning
- Kraftwerke
- Kühlsysteme
- Schiffe
- Raffinierien
- Chemie-Industrie

SRS – Kalkentferner
- Ermöglicht die Wiederverwendung des Wassers
- KEINE Verwendung von Chemikalien und Säuren
- Vollautomatisch
  Große Ersparnisse im Bereich Spülwasser (abschlemmen!)
- Umweltfreundlich

Die Systeme SRS und ATCS sind vollautomatisch funktionierende und ökologisch umweltschonendste Systeme!

Hier sehen Sie den SRS-Kalkentferner der Komplettanlage im Donauzentrum Wien.

Links: ATCS – Vollautomatisches Röhrenreinigungssystem für Industrie- und Gebäudetechnik.

Information

DIKLIC & MAIRBÄURL OG
2483 Ebreichsdorf
Dr.-Karl-Renner-Str. 30
Tel./Fax.: 02254-725 11
E-Mail: **dmdiklic@aon.at**
Web: **www.austrian-watersolutions.com**

E.E.

Der alljährliche Treffpunkt der Abfallverantwortlichen aus Unternehmen und Kommunen

Verwertungs- und Entsorgungstag am 16. Juni 2009

Der Verwertungs- und Entsorgungstag zählt zu den etabliertesten Fachveranstaltungen Österreichs zum Thema Entsorgungs- und Abfallwirtschaft und steht diesmal ganz unter dem Motto „Abfallwirtschaft in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“. Am 16. Juni 09 findet die Veranstaltung bereits zum 19. Mal statt und gilt als der jährliche Branchentreffpunkt für Umwelt- und Abfallbeauftragte von Unternehmen und Gemeinden. Reger Erfahrungs- und Informationsaustausch mit führenden Experten und Anbietern in der Entsorgungswirtschaft wird auch heuer groß geschrieben.

Die Tagung findet im Hotel Pyramide in Vösendorf statt.

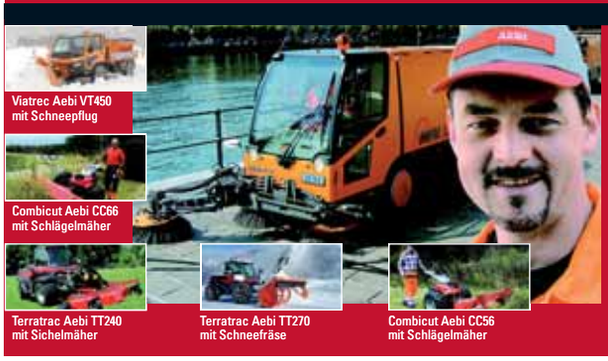
Information

Gutwinski Management Ges.m.b.H.
Lohnsteinstraße 36
2380 Perchtoldsdorf
Tel.: +43.1.866 32-0
Fax: +43.1.866 32-33
office@gutwinski.at
www.gutwinski.at

E.E.

Aebi Kommunaltechnik: die beste Wahl für jede Jahreszeit!

AEBI Swiss Quality

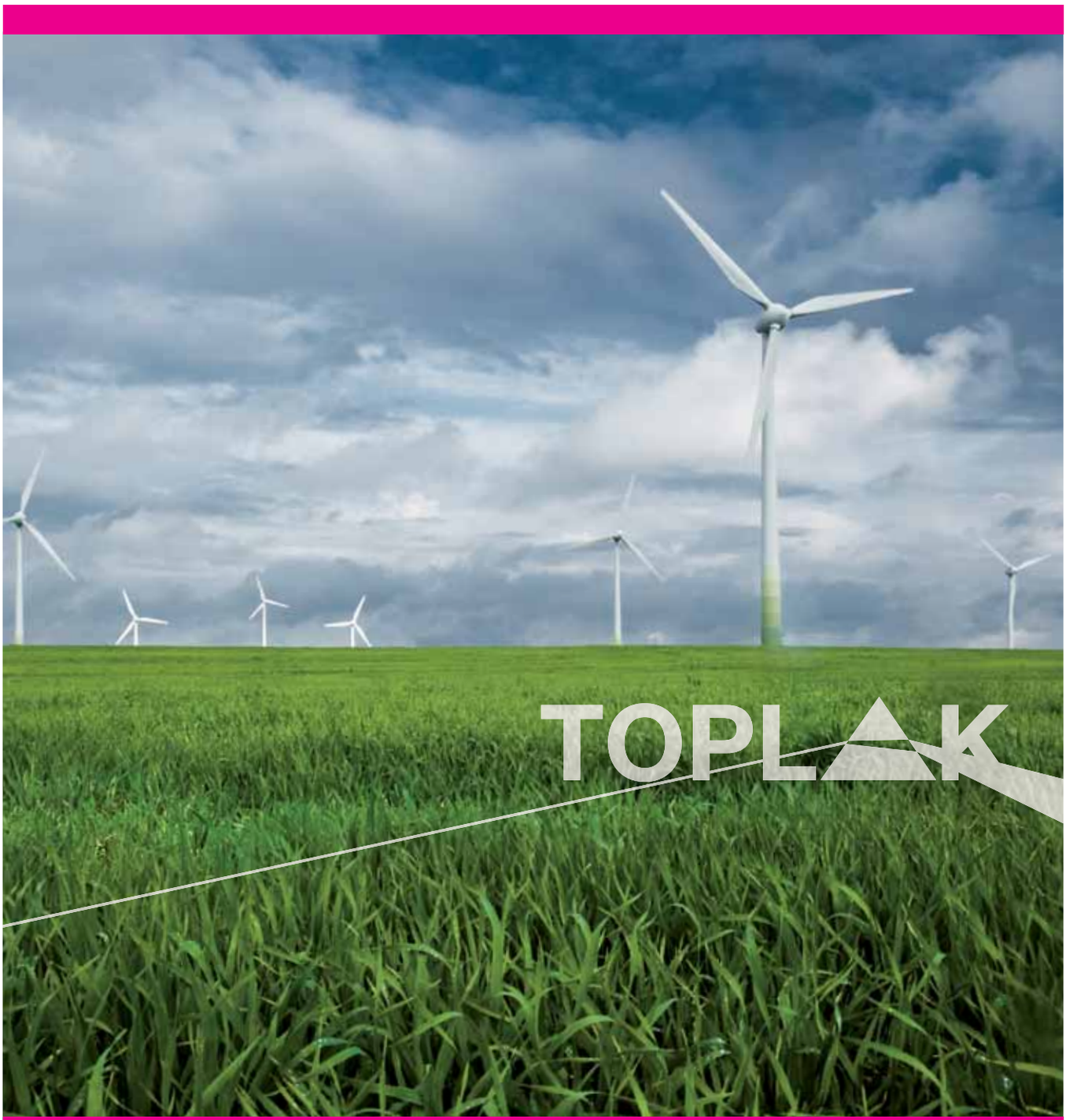

Viatrec Aebi VT450 mit Schneepflug
Combicut Aebi CC66 mit Schlägelmäher
Terratrac Aebi TT240 mit Sichelmäher
Terratrac Aebi TT270 mit Schneefräse
Combicut Aebi CC56 mit Schlägelmäher

Zum Beispiel die Strassenkehrmaschine Aebi MFH2500
- Wirtschaftlich und effizient
- Koanda-Blas-Saug-System gegen Feinstaub
- 2m² Fassungsvermögen
- Kompakte Breite von 1,29 m
- Komfortable und grosszügige Kabine
- Allradlenkung

ASH AEBI SCHMIDT AUSTRIA

Aebi Rasant GmbH
Land- und Kommunaltechnik
Aichegg 20, AT – 8541 Schwanberg
Tel. +43 (0) 3467 7511- 0
Fax +43 (0) 3467 7511- 11
office@aebi-schmidt.at

www.aebi-schmidt.at



STROM. KÜHLEN.

Mobiler Strom & mobile Kühlung
für Ihre technischen Einrichtungen.

Wo zusätzlicher Strom oder Klimatisierung benötigt wird, beginnt unser Einsatz:
Egal ob Sie bei Notsituationen einen raschen Ersatz benötigen, geplante Service-Arbeiten durchführen, zeitlich begrenzte Mehrkapazitäten bei Ihren Prozessen abdecken, TOPLAK liefert die passende Lösung für Ihren Bedarf an mobilen Lösungen – Einrichtungen der öffentlichen Hand und Industriebetriebe aus allen Branchen zählen auf unsere Kompetenz.

TOPLAK
WWW.TOPLAK.COM

Schluss mit Fehlmengen bringt Entlastung für das Gemeindebudget

Fernüberwachung macht dem Wasserklau ein Ende

Fehlmengen und Wasserentnahmen im Graubereich der Legalität machten der Gemeinde Groß Dietmanns an der niederösterreichisch-tschechischen Grenze Kopfzerbrechen. Ungenügende, aufwändige Kontrollen verursachten nicht nur unnötige Kosten in Sachen Personaleinsatz. Auch jeder verlorene Tropfen des fremdbezogenen Wassers musste bezahlt werden. Ing. Josef Pruckner, Amtsleiter von Groß Dietmanns, erklärt, wie Schuberts EasyCONTROL Fernüberwachung dem ein Ende setzte und warum sich die Investition jedenfalls rentiert.

Ing. Josef Pruckner (rechts) erklärt am Bildschirm, wie die EasyCOTROL-Fernüberwachung im Detail funktioniert – und wie sich eine Gemeinde dadurch einen Kinderspielplatz jährlich erspart.

Was war Ihre Motivation, auf die automatische Überwachung umzusteigen?
Nun, da gab es sicher einige Kriterien. Zwei Punkte erschienen uns aber ganz besonders wesentlich. Händische Zählerkontrollen vor Ort kann man einfach nicht im 15-Minuten-Takt durchführen. Zum anderen verursachten diese Kontrollfahrten hohe Personalkosten.

Warum waren Daten – sagen wir im Wochenintervall – nicht ausreichend?
Wir beziehen unser Wasser von der evn-wasser, an die wir selbstverständlich die exakten Übernahmemengen zu bezahlen haben. Kommt es zu einem Leck irgendwo im Gemeindenetz, bleibt dieses tagelang, im Extremfall sogar über Wochen unbemerkt. Und die Rechnung zahlt dann letztlich die Gemeinde. Erstens für den erhöhten Verbrauch, zweitens für die aufwändige Lecksuche und drittens für die Reparatur der Leckage.

Wann wird sich die Investition für Sie amortisieren?
In Tagen lässt sich das nicht ausdrücken, aber es entstehen Einsparungen im Gegenwert von z. B. einem Kinderspielplatz pro Jahr. Und wir sind auch schon schwarzen Schafen auf die Schliche gekommen! Unkontrollierte Wasser-Entnahmen gehören bei uns der Vergangenheit an.

Information

Schubert Elektroanlagen Gesellschaft m.b.H.
Ing. Johann Buresch
(Leiter Bereich Wasser)
Tel.: 02747/25 35-330
Fax: 02747/25 35-440
Mail: **j.buresch@elektroanlagen.at**
www.elektroanlagen.at

E.E.

ARAG
MACHT STARK.

Ihr Partner für Recht und Schutz.

ARAG Rechtsschutz für Familien, Jugend, Single, Alleinerzieher, 60Plus, Fahrzeug & Verkehr, Betrieb, Kleinunternehmer, Ärzte, Gemeinden, Landwirtschaft und mehr.

Näheres unter 050 531 02-1450 und www.ARAG.at.

ZAUGG-Schneeräumgeräte von erstklassiger Qualität und Zuverlässigkeit

Aus dem Winterschlaf geweckt

Der lange und heftige Winter hat es vielen für die Schneeräumung Zuständigen drastisch vor Augen geführt, wie wichtig es ist, die nötigen Winterdienstgeräte in gutem Zustand einsatzbereit zu halten. Trotz des Klimawandels kann nun niemand mehr mit Sicherheit behaupten, es gäbe in Europa keine richtigen Winter. Das heftige Schneewetter hat sogar dort zugeschlagen, wo man es am wenigsten erwartete. Jetzt waren jene die Glücklichen, die jahrein und jahraus ihre Schneeräumgeräte immer sauber gewartet hatten und sie nicht in einer Ecke – quasi wegen längerem Nicht-Gebrauch – verstauben ließen. Die konnten nun – wie auf Knopfdruck – damit ausrücken und das Straßen- und Wegnetz schnell und effizient räumen.

Diesen Winter war es wieder richtiges „Zaugg-Wetter“. Dank intensiver Zusammenarbeit von Zaugg mit Unimog ist das hier gezeigte Winterdienstfahrzeug eine optimal zusammengestellte und hochwirksame Schneeräumeinheit.

In aller Deutlichkeit hat sich auch gezeigt, wie wichtig es ist, über Schneeräumgeräte von erstklassiger Qualität und Zuverlässigkeit zu verfügen, und zwar von einem Hersteller wie die Zaugg AG Eggiwil, der bei Bedarf weltweit einen kompetenten und schnellen Kundendienst und Ersatzteile-Service anbieten kann. Ein gut etablierter Lieferant ist da Gold bzw. Geld wert. Jahrzehntelange konstante Qualität, Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft sind hier garantiert. Innovative Konzepte (wie z. B. das patentierte Zaugg-Abfedersystem der Schneepflugelemente) gewährleisten Geräte, die bei der täglichen Arbeit optimal geschont werden und dadurch auch das benützte Trägerfahrzeug entsprechend vor Schäden schützen.

Information

ZAUGG AG EGGIWIL
Holzmatt
CH-3537 Eggiwil
T 0041 (0)34 491 81 11
F 0041 (0)34 491 81 71
info@zaugg-ag.ch
www.zaugg-ag.ch

E. E.

Mit Gründächern kann der Verlust von Bodenflächen gutgemacht werden

Gründach bindet Kohlendioxid

15 Hektar verlieren Landwirtschaft und Natur in Österreich laut einer Studie der Universität für Bodenkultur täglich an Bodenflächen für Siedlungs-, Industrie oder Verkehrszwecke. Und auf die Kohlendioxidbilanz wirkt sich der tägliche Naturbodenverlust in Österreich äußerst negativ aus. Gründächer können als Ausgleichsmaßnahme den vielen schädlichen Auswirkungen der Bebauung – insbesondere der steigenden CO_2-Belastung – entgegenwirken. Selbst bei der einfachsten Begrünungsform, einem extensiven Gründach, bindet ein m² Grünfläche jährlich bis zu 10 kg Kohlendioxid. Bei Dachbegrünungen mit Sträuchern und Bäumen ist der Wert noch um etliches höher und steigt überdies stetig an. Abgesehen von der wertvollen Sauerstoff-Produktion sind bis zu 15 kg CO_2-Bindung pro m² und Jahr möglich. Extensivbegrünungen und Dachgärten sind damit klimawirksame Ausgleichsmaßnahmen!

Gründächer auf Industrie-, Wohn- und Bürobauten sind leistungsfähige CO_2-Binder, deren hoch klimawirksame Eigenschaften noch viel zu wenig anerkannt werden.

Diese Chance bei Neubau, Umbau bzw. Sanierung von Gebäuden gilt es zu nutzen. Nicht nur Objekt-Neubauten sind interessante Gründach-Kandidaten, sondern auch viele bestehenden Alt-Objekte. Würde man die Flachdächer in Wien mit einem einfachen Pflanzenpolster versehen, könnten dadurch rund 85.000 Tonnen CO_2 gebunden werden. Dies entspricht dem Jahresausstoß von bis zu 42.500 Pkw.

Information

Bundesinnung der Gärtner und Floristen
Tel.: 05 90 900 – 3191
Fax: 01 504 36 13
lebensmittel.natur@wko.co.at
www.gartentraeume.at

E. E.

FMS verlost drei Fuhrpark-Management-Systeme

Drei Testgemeinden gesucht

Wo ist der Streuwagen unterwegs und was macht der Unimog vom Bauhof? Für die Verantwortlichen ist es immer gut zu wissen, wer wann und wo mit den verschiedenen Fahrzeugen der Kommune unterwegs ist. Das Fleet Management System (kurz: FMS) liefert die Antworten darauf.

Drei Gemeinden – fünf Fahrzeuge

Als Einstieg in das Verwaltungssystem FMS bietet die Firma Consilio Information Mangement GmbH drei Gemeinden in Österreich die Möglichkeit, fünf Fahrzeuge aus dem kommunalen Fuhrpark mit dem Verwaltungssystem auszustatten. Die Ausstattung der Fahrzeuge, laufende Betriebs- und Projektkosten für ein Jahr werden von der Consilio Information Management GmbH übernommen.

Das IT-System Fleet Management System ermöglicht Gemeinden die bestmögliche Verwaltung und aktive Steuerung ihres Fuhrparks.

Volle Übersicht

Das IT-System Fleet Management System ermöglicht Gemeinden die bestmöglicheVerwaltung und aktive Steuerung ihres Fuhrparks. Die auftragsbezogene Dokumentation erleichtert die Kontrolle der tatsächlich angefallenen Kosten und ermöglicht einen lückenlosen Leistungsnachweis. Die Analyse von Leistungsdaten der Fahrzeuge und Fahrer sind jederzeit über den benutzerfreundlichen FMS Web Client (siehe Bild) möglich. Bei Interesse werden wir Sie gerne ausführlich über das FMS informieren.

FMS

Information

Consilio Information Management GmbH
Ronald Langmaier
Tel.: +43 1 908 1660 810
Fax: +43 1 908 1660 980
ronald.langmaier@consilio.at
www.bordcomputer.net

Forum Qualitätspflaster präsentiert www.betonwissen.at

Online-Seminare zur Planung von Flächen mit Betonpflastersystemen

www.betonwissen.at – die webbasierte Schulungsplattform zur Wissensvermittlung über Betonbauteile präsentiert sich mit neuen Seminaren zu Betonpflastersystemen.
„Wir bieten Bauherren und Planern nun auch interaktive Schulungen zur Planung nachhaltiger Flächen mit Betonpflastersystemen, bei denen sie Teilnahme und Lernrhythmus eigenständig bestimmen können“, informiert Gabriela Prett-Preza, verantwortlich für die Kommunikation des Forums Qualitätspflaster, über die neue Wissensplattform des Verbandes Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke. Viele Freiflächen seien steigenden Anforderungen und Beanspruchungen ausgesetzt, die dauerhafte Gebrauchstauglichkeit maßgeblich von der Planung und Ausführung abhängig. „Planungsgrundsätze, die Bemessung des Oberbaus und die Qualitätssicherung stehen im Mittelpunkt“, erläutert Prett-Preza die Seminarinhalte, „Zwischentests nach den Kapiteln und ein Abschlusstest sichern den individuellen Lernerfolg.“
„Mit diesem neuen Konzept der Wissensvermittlung, das bis jetzt in unserer Branche einzigartig ist, wollen wir Gemeinden die Grundlagen vermitteln, die Basis für eine dauerhafte Qualität gepflasterter Flächen sind“, so Prett-Preza zusammenfassend, „denn die Qualitätssicherung beginnt bereits bei der Planung.“

Auf www.betonwissen.at bieten wir Bauherren und Planern interaktive Schulungen rund um Betonpflastersysteme.

Mag. Gabriela Prett-Preza, Forum Qualitätspflaster, über die neue Schulungsplattform

Information

FORUM QUALITÄTSPFLASTER
c/o Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke
Tel.: 01/403 48 00 20
E-Mail: **info@fqp.at**
Web: **www.fqp.at**

E.E.

BEULCO®

Systemtrenner BA
für Oberflurhydranten und Standrohre

Die professionelle Absicherung an mobilen Wasserentnahmestellen gegen Verunreinigung des Trinkwassers bis Flüssigkeitskategorie 4

www.beulco.at

HÄLT

DIE GARTEN TULLN lockt auch dieses Jahr mit zahlreichen Attraktionen

Für Hobbygärtner und Abenteuerlustige

Es ist eine bunte Melange aus blühenden Blumen, zwitschernden Vögeln und dem Geruch von frisch geschnittenem Gras, die einen auf der GARTEN TULLN empfängt. Eine Mischung, die den größten Naturgarten des Landes zum Erlebnis für alle Sinne macht. DIE GARTEN TULLN war schon im Vorjahr mit 350.000 Besucher das Top-Ausflugsziel und bietet auch heuer wieder ein Gartenerlebnis für alle Sinne.

DIE GARTEN TULLN hat sich seit der Eröffnung 2008 als praxisnahe ökologische Gartenschau positioniert, die allen Hobbygärtnern eine große Menge an Ideen und Anregungen in über 40 Mustergärten bietet. Dabei werden alle denkbaren Themen zum Anfassen und Nachmachen präsentiert und mit kompetenter Beratung bleibt keine Frage zum naturnahen Gärtnern offen. Das Besondere bei dieser Gartenschau ist die einfache Umsetzung der angebotenen Ideen: ob im heimischen Garten oder auf dem privaten Balkon. Die Qualitäten der Schau sind aber vielfältig – ausgezeichnet funktioniert die Anlage auch als Ausflugsziel für jede Altersgruppe. Der Baumwipfelweg mit atemberaubendem Blick über die Region Tulln, Niederösterreichs größter Spielplatz und der neue Waldirrgarten sind nur einige der vielen Attraktionen, welche DIE GARTEN TULLN zu einem Erlebnis machen, das einen perfekten Tagesausflug garantiert. Das gesamte Gelände der GARTEN TULLN ist barrierefrei gestaltet und somit sehr gut für Rollstuhl-

Für Gruppen-, Familien- oder Ihren Gemeindeausflug: DIE GARTEN TULLN bietet für jedermann ein ansprechendes Programm und ist auch barrierefrei zugänglich.

fahrer und ältere Personen geeignet. Führungen zu verschiedensten Themen wie eine Kräuterwanderung, Kombinationsangebote mit der Gastronomie am Gelände, Heurigen im Garten oder anderen Top-Ausflugszielen in der Region machen DIE GARTEN TULLN zum optimalen Ziel eines Gemeinde-, Betriebs- oder Vereinsausfluges. Entdecken Sie bei dem Garten-Triathlon das Gelände auf eine ganz außergewöhnliche Weise: Paddeln Sie in den Donauauen um die Wette, finden Sie den Weg als Schnellster aus dem Waldirrgarten und bezwingen Sie zum Schluss die 250 Stufen des Baumwipfelweges! Entspannen Sie sich anschließend bei einem Grillabend auf unserer Teichterrasse. Ein weiteres Programm für Firmen ist „Kochen & Genießen“, machen Sie sich mit tollen Aromen und erstaunlichen Geschmackserlebnissen vertraut und zaubern Sie ausgefallene und gesunde Speisen. Das abwechslungsreiche Veranstaltungs- und Seminarprogramm der GARTEN TULLN kann zusätzlich genutzt werden. Das Team der GARTEN TULLN stellt Ihnen ein spezielles, nach Ihren Wünschen maßgeschneidertes Programm zusammen.

Highlights

30. Mai 2009:
Eröffnung Waldirrgarten

5.–14. Juni 2009:
Kakteen-Ausstellung

10.–12. Juli 2009:
Floristik-Ausstellung

11.–12. Juli 2009:
NÖ Familienpass-Wochenende

18. Juli 2009:
Garten.SOMMER von „Natur im Garten“ und lange Nacht des Lichts (ab 18 Uhr)

27.–31. August 2009: Internationale Gartenbaumesse und DIE GARTEN TULLN = ein Gelände

27. September 2009: Garten. HERBST von „Natur im Garten“

26. Oktober 2009: Abschlussfest

Information

DIE GARTEN TULLN
Am Wasserpark 1
3430 Tulln
Tel.: 02272/681 88
office@diegartentulln.at
www.diegartentulln.at

E. E.

Komplett-ausrüstung aus Edelstahl

Zuverlässig in der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Biogasanlagen

Die Firma Huber bietet Produkte und Verfahren aus dem Werkstoff Edelstahl an, die sich durch Qualität und Hochwertigkeit auszeichnen und in den verschiedensten Bereichen eingesetzt werden können.

Unsere Produkte bieten:

- Unübertroffene Lebensdauer
- Korrosionsschutz
- Planungssicherheit und Preisvorteile
- Sicherheit für Mensch und Umwelt

www.huber.de
info@huber.de

HUBER TECHNOLOGY

CHRONIK

38 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung fahren nach Angaben des VCÖ täglich oder mehrmals die Woche mit dem Fahrrad. Damit ist Vorarlberg im Bundesländervergleich Spitzenreiter in Österreich.

Fahrrad I: Vorarlberg auf der Überholspur

Bekommt das Ländle Fahrradautobahnen?

BREGENZ
Vorarlberg ist laut dem Verkehrsclub Österreich (VCÖ) das fahrradfreundlichste Bundesland. Das Land will jetzt laut einem Bericht in ORF Online das Radfahren weiter fördern und das Wegenetz mit neuer Strategie ausbauen. Dazu sollen auch „Fahrradautobahnen“ gehören.
Die Zeiten, in denen jede Gemeinde ihr Radwegenetz für sich plant, sollen bald vorbei sein. Das besagt die Radverkehrsstrategie, die Land und Gemeindeverband Anfang Mai vorgestellt haben. Für Projektkoordinator Martin Reis ist es wichtig, dass das ganze Land durch gezielt geschaffene „Fahrradautobahnen“ vernetzt wird.
„Es geht uns um attraktive direkte Verbindungen und es geht um regionale Durchgängigkeit“, so Reis. Es sei ganz wichtig, dass das Netz nicht irgendwo abreiße. Deshalb sollen die Routen auch durch die Gemeinden hindurchgehen. Ergänzt werden sie durch örtliche Radrouten.
Mit den neuen „Fahrradautobahnen“ soll die Nutzung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel gefördert werden – so dass auch der Weg zur Arbeit mit dem Fahrrad zurückgelegt wird. Dadurch sollen Strecken wie Dornbirn–Höchst und Hard–Bregenz mit dem Fahrrad schneller und sicherer zurückgelegt werden können. Ein Hoffnungsträger des Landes sind dabei elektrisch unterstützte Fahrräder – also solche, die nicht nur rein elektrisch laufen, sondern bei denen das Treten von einem elektrischen Antrieb unterstützt wird. Das Land fördert einen Flottenversuch mit 500 dieser Räder. Zudem sollen die Radwege landeseinheitlich beschriftet werden, neue Schilder sollen ab 2010 aufgestellt werden.

Kärnten: Land will Vorreiter bei eMobilität werden

Elektromobile Zukunft

KLAGENFURT
Unter der Schirmherrschaft des Kärtner Landeshauptmanns, Gerhard Dörfler, wird das Projekt „Lebensland Kärnten“ umgesetzt. Das Projekt soll die Infrastruktur für die aufkommende Elektromobilität schaffen und Kärnten zum Vorbild in Sachen eMobilität machen. Derzeit sind in ganz Österreich 146 Elektroautos gemeldet, allein in Kärnten gibt es 45 dieser Fahrzeuge und 140 Ladestationen. Prognosen zufolge soll es bis 2020 für Elektroautos einen Marktanteil bis zu 20 Prozent geben. Der Markt für Elektrofahrzeuge ist erst im Entstehen. „Lebensland Kärnten“ schlägt somit zwei Fliegen mit einer Klappe: Es fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern stärkt durch innovative Technologien und einem neuen Markt für Hersteller gleichzeitig die heimische Wirtschaft.
Die erste eZapfanlage „made in Kärnten“ ist bereits in Klagenfurt im Einsatz.
Nähere Infos auf **www.kommunalnet.at**

Bis 2011 soll es in Kärnten 1000 eZapfsäulen geben.

Stärkung des Alpenraumes

Bad Aussee ist „Alpenstadt 2010“

BAD AUSSEE
Mit dem Titel „Alpenstadt des Jahres“ wird seit 1997 jährlich eine Stadt ausgezeichnet, die sich aktiv um die Wahrnehmung der Alpenkonvention einsetzt. Bad Aussee darf sich 2010 als „Alpenstadt des Jahres“ bezeichnen. Die Stadtgemeinde setzt auf sanften Tourismus und alternative Energieversorgung. „Die Wahl ist nicht nur Ehre und Auszeichnung, sondern auch Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“, erklärt Otto Marl, Bürgermeister von Bad Aussee. Jede „Alpenstadt des Jahres“ verpflichtet sich dazu, im Laufe ihres „Alpenstadt-Jahres“ mindestens zwei nachhaltige Projekte, die den fünf Zielen der Alpenstädte entsprechen, umzusetzen. Mehr Infos auf **www.alpenstadt-2010.at**

Fahrrad II: Sturzhelme

Wer Köpfchen hat, beschützt’s

WIEN
Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) fordert eine Radhelmpflicht für Kinder bis 14 Jahre. Rund 1900 Radfahrer verletzen sich allein in Vorarlberg jährlich beim Fahrradfahren so schwer, dass sie im Spital behandelt werden müssen.

Land Salzburg investiert

Mehr Geld für Arbeitsstiftung

SALZBURG-STADT
Das Land Salzburg wird heuer rund 1125.000 Euro für die Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Regionalen Arbeitsstifung ausgeben, teilte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller mit.

Lehrgang: Kommunale BodenschutzexpertInnen sind dringend notwendig

Wie können Gemeinden ihren Boden schützen?

Absolventen des Lehrgangs „Kommunale/r Bodenschutzexperte/in“ skizzieren zum Abschluss des Lehrgangs ein Schutzprojekt für ihre Gemeinde.

WIEN
Die Gemeinden haben dank ihrer Entscheidungskompetenzen einen wesentlichen Einfluss auf den Bodenverbrauch durch Versiegelung und indirekt auf den Erhalt, die Verbesserung oder Zerstörung der Bodengüte. Um den AkteurenInnen der Gemeinden angemessene Handlungskompetenzen zu vermitteln, veranstaltet das Klimabündnis Österreich in Kooperation mit dem Lebensministerium den Lehrgang „Kommunale/r Bodenschutzexperte/in“.
Am 4. und 5. Juli 2009 werden in Vorträgen die Grundlagen des Bodens, des Boden- und Klimaschutzes sowie die Handlungsfelder und Möglichkeiten dessen in den einzelnen Gemeinden vermittelt. Das anschließende Modul am 15. und 16. Oktober beleuchtet die praktischen Aspekte des Bodenschutzes. Nähere Informationen und Anmeldung zum Lehrgang im Internet auf **www.klimabuendnis.at** **www.gemeindebund.gv.at**

850-Jahr-Jubiläum

St. Pölten feiert mittelalterlich

ST. PÖLTEN
Die Stadt mit dem ältesten Stadtrecht Österreichs feierte kürzlich ihr 850-jähriges Bestehen mit vielen Höhepunkten, darunter ein Mittelaltermarkt mit Schaukämpfen, Akrobaten und Tänzern sowie ein kulinarisches Angebot an typischen Speisen des Mittelalters. Minnesang und alte Instrumente als musikalischer Höhepunkt durften bei den Festivitäten in der Innenstadt auch nicht fehlen. Zum offiziellen Festakt empfing Bürgermeister Mag. Matthias Stadler auch Bundespräsident Heinz Fischer.

Steiermark: Ergebnisse der Budgetklausur präsentiert

Neuverschuldung genehmigt

GRAZ
Wichtige Ergebnisse der Budgetklausur vom 27. April 2009 legte der steiermärkische Landesrat Dr. Christian Buchmann vor. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise wird zu Mindereinnahmen des Landes seitens des Bundes führen und heuer 116 Millionen Euro betragen. Um die Krise zu bekämpfen, genehmigte das Land eine Neuverschuldung in der Höhe von 2,35 Prozent im Budget 2009. Diese 2,35 Prozent betragen 110 Millionen Euro, womit konkrete Projekte wie der Ausbau der Infrastruktur (Bahnhöfe, Straßen), eine Qualitätsbettenoffensive, eine Breitbandinitiative oder der Ausbau der Kindergärten, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme realisiert werden können.

Steirer Projekt: Chronische Wunden online behandelt

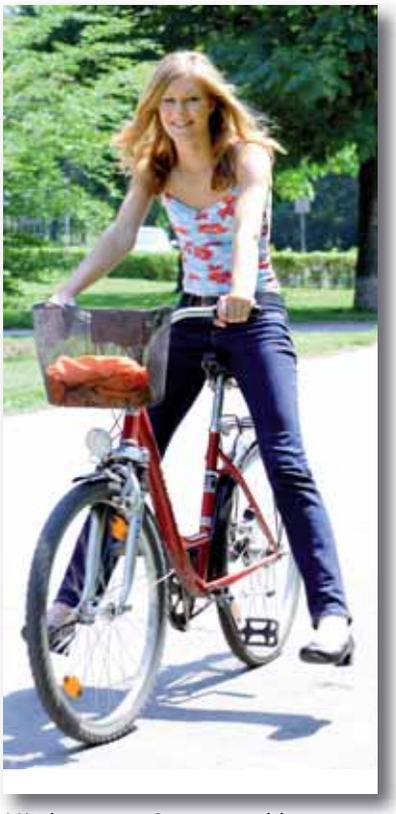
Krankenpflege per Internet

GRAZ
Wie die „Kleine Zeitung“ berichtet, hat man in der Steiermark ein ungewöhnliches Projekt gestartet: Das Internet soll dabei künftig die Betreuung von Patienten mit chronischen Wunden verbessern. So soll den Patienten der Alltag erleichtert und Kosten gespart werden. Das Projekt „Teleulcus“ läuft in den Bezirken Leoben, Mürzzuschlag und Bruck/Mur. Rund ein Prozent der steirischen Bevölkerung leidet an chronischen Wunden wie z. B. einem „offenen Fuß“ oder einem Druckgeschwür.

Fahrrad III: Radfahren beliebt, aber auch gefährlich

Österreicher lieben ihr „Radl“

WIEN
Rund 4,5 Millionen Österreicher ab 15 Jahren schwingen sich mehr oder weniger regelmäßig auf ihr Rad. Damit zählt das Radfahren zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen und ist auch gut für die Gesundheit.
Doch nicht immer endet das Radeln auch unfallfrei. Im Jahr 2007 verletzten sich rund 27.500 Radfahrer, davon wurden etwa 5800 von der Exekutive für die Verkehrsunfallstatistik erfasst. Beim Radfahren sind die Vorarlberger am fleißigsten: Eine aktuelle VCÖ-Untersuchung zeigt, dass im Schnitt jede Person in Vorarlberg im Vorjahr 498 Kilometer im Alltag Rad gefahren ist. Das ist mehr als doppelt so viel wie der Österreich-Schnitt von 221 Kilometern.
Mehr auf **www.vcoe.at**



Mit den ersten Sonnenstrahlen holen viele auch ihr Fahrrad aus dem Keller.

Aus- und Fortbildung für Gemeindepolitik in Salzburg erfolgreich gestartet

Und sie wissen doch, was sie tun!

Der Salzburger Gemeindeverband startete am 24. April und am 8. Mai mit seinen Partnern die ersten überparteilichen Basislehrgänge „kommunale Politik- und Verwaltungsführung“. Das Echo auf die Ausschreibung des Lehrganges war überwältigend. Noch bevor die Anmeldungsfrist für den ersten Lehrgang abgelaufen war, wurde ein zweiter Termin ins Leben gerufen, um das Interesse in den Gemeinden annähernd abzudecken. Ein Lokalaugenschein in KOMMUNAL.

Dr. Martin Huber

Die Motive, einen solchen Lehrgang ins Leben zu rufen – unmittelbar nach den Bürgermeister- und Gemeindevertretungswahlen am 1. März 2009 – lagen auf der Hand. Salzburgs Gemeinden stehen vor immer neuen und größeren An- und Herausforderungen. Die Bewältigung dieser Aufgaben bedarf nicht nur einer effizienten Verwaltung, sondern vor allem auch engagierter Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, als politische Mandatarinnen und Mandatare kommunale Verantwortung zu tragen. Auf Initiative des Salzburger Gemeindeverbandes wurde mit der Salzburger Verwaltungsakademie, der Abteilung für Gemeindeangelegenheiten beim Amt der Salzburger Landesregierung und der Fachhochschule Kärnten, Studiengang Public Management der Basislehrgang kommunale Politik- und Verwaltungsführung entwickelt. In vier Modulen wird ein praxisorientierter Überblick über die wichtigsten Grundfragen der kommunalen Selbstverwaltung, der Finanzwirtschaft sowie der Rechtsstellung der Mandatarinnen und Mandatare vermittelt. Das – überparteiliche – Angebot richtet sich sowohl an Einsteiger/innen als auch erfahrene Praktiker/innen in der Kommunalpolitik. Dementsprechend setzen sich die Teilnehmer der ersten beiden Lehrgänge zusammen: von erfahrenen Bürgermeistern großer Stadtgemeinden, bis hin zum echten „Newcomer“ im Gemeinderat ist das gesamte Spektrum der kommunalpolitischen Mandatare vertreten.

> In den vier Modulen des Lehrgangs wird ein praxisorientierter Überblick über die wichtigsten Grundfragen der kommunalen Selbstverwaltung, der Finanzwirtschaft sowie der Rechtsstellung der Mandatarinnen und Mandatare vermittelt.

Die Ziele des Lehrgangs

Ziel des Lehrgangs ist die Vermittlung eines fundierten und praxisgerechten Basiswissens über Ziele, Instrumente und Rahmenbedingungen der kommunalen Politik und Verwaltung

Fotos: Clemens Fabry

Modul I

- Inhalt und Schutz der kommunalen Selbstverwaltung
- Kernaufgaben und -kompetenzen der Gemeinden
- Gemeinden als Erfüllungsgehilfen in der staatlichen Verwaltung
- Organisationsstrukturen in der kommunalen Politik und der Verwaltung
- Willensbildung und Aufgabenvollziehung
- Rechts- und Finanzkontrolle (kommunale Aufsicht)

Modul II Finanzwirtschaft

- Finanzielle Verflechtungen von Bund, Ländern und Gemeinden
- Risken, Chancen und best practice bei Ausgliederungen
- Gemeinden als Wirtschaftsunternehmen
- Voranschlag und Rechnungsabschluss lesen und verstehen können
- Kommunales Finanzcontrolling
- Sicher durch den Dschungel des öffentlichen Vergabewesens

Modul III-A Schwerpunkt:

Kommunalpolitik und -verwaltung (für Bürgermeister/innen)
- Aufgaben der Bürgermeister/innen
- Sitzungspolizei
- Amtshaftung und Amtsmissbrauch
- Aufgabenverteilung zwischen Amtsleitung und politischer Führung
- Personalführung und Dienstrecht einschl. Bedienstetenschutz
- Sozialrechtliche Stellung der Bürgermeister/innen

Modul III-B Schwerpunkt:

Kommunalpolitik und -verwaltung (für Gemeindemandatarinnen und -mandatare)
- Erwerb und Verlust des Mandats
- Geschäftsordnungsgrundsätze
- Aufgabenverteilung Gemeindevertretung – Gemeindevorstehung – Bürgermeister/in – Ausschüsse
- Rechte, Pflichten und Haftung der Gemeindemandatarinnen und -mandatare
- Verhältnis Gemeindepolitik – Gemeindeverwaltung
- Instrumente, Möglichkeiten und Grenzen der direkten Demokratie auf Gemeindeebene

Modul IV Zukunftsfragen

- Neue Herausforderungen an die kommunale Selbstverwaltung: von der Demographie bis zum Klimaschutz
- Gewusst wie – erfolgreiche Praxisbeispiele von Verwaltungsinnovationen
- Strategisches Management in den Gemeinden – Mehr als nur eine „Spielwiese“ für Unternehmensberater/innen?
- Perspektiven für die öffentliche Verwaltung

Am Abschluss steht die Zertifikatsverleihung an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ein „Kamingespräch“ mit den Referenten/innen.

Im Modul I werden die Grundfragen der kommunalen Selbstverwaltung behandelt. Worin besteht diese vielzitierte Selbstverwaltung der Gemeinden wirklich?

ebenso wie die Orientierung über die eigenen Rechte und Pflichten als Mandatsträger/in. Auch die Herausforderungen, die unsere Gemeinden in Zukunft bewegen werden, und der Strategien, wie diese erfolgreich bewältigt werden können, sollen hervorgehoben werden.
Der Lehrgang gliedert sich in vier Module, die auch auf die unterschiedlichen Aufgaben zwischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der anderen Gemeindevertreter Rücksicht nehmen.

Vier Module – ein praxisnaher Überblick

Im Modul I werden die **Grundfragen der kommunalen Selbstverwaltung** behandelt. Worin besteht die vielzitierte Selbstverwaltung der Gemeinden wirklich? Welche Grenzen hat diese und wodurch ist die Selbstverwaltung geschützt? Welche Aufgaben kommen der Gemeinde

Im Modul II wird ein Überblick über alle mit der Gemeindefinanzierung zusammenhängenden Fragen gegeben: Welche „Einnahmenquellen“ hat die Gemeinde?

als Behörde zu? Wie sieht die innere Organisationsstruktur und der Aufbau einer „typischen“ Salzburger Gemeinde aus? Wie fallen Entscheidungen und wie bzw. von wem werden sie umgesetzt? Welchen Kontrollinstanzen unterliegt die Gemeindeverwaltung?

Im Modul II wird ein **Überblick über alle mit der Gemeindefinanzierung zusammenhängenden Fragen** gegeben: Welche „Einnahmenquellen“ hat die Gemeinde? Wie sehen die finanziellen Verflechtungen (Umla-

Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

gen etc.) zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aus? Was kann oder soll aus der „klassischen“ Verwaltung ausgegliedert werden, welche Folgewirkungen sind dabei zu berücksichtigen? Welche Aufgaben nimmt die Gemeinde als „Unternehmer“ wahr – bspw. im Bereich der Daseinsvorsorge? Was lässt sich aus dem Voranschlag und Rechnungsabschluss ablesen, welches sind die wichtigsten „Kennziffern“ der Gemeindefinanzen? Wie funktioniert die Finanzkontrolle in der Gemeinde? Welche Rahmenbedingungen muss ich bei der Auftragsvergabe beachten?

Im Modul III geht es vor allem um die persönlichen Aufgaben, Rechte und Pflichten – sowohl der Gemeindevertreters als auch speziell der Bürgermeister/innen.

Im Modul III geht es vor allem um die **persönlichen Aufgaben, Rechte und Pflichten** – sowohl der Gemeindevertreters als auch speziell der Bürgermeister/-innen – letzteren kommt insofern eine besondere Aufgabenstellung zu, da sie unmittelbar Behörde und Dienstgebervertreter sind. Aus diesem Grund wurde dieses Modul geteilt, um treffsicher auf beide „Zielgruppen“ gut eingehen zu können. Auch sensible Bereiche werden nicht ausgespart, wie etwa die der Amtshaftung oder persönlichen Haftung der Mandatarinnen und Mandatare.

Im vierten und abschließenden Modul werden sich hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Politik den **wichtigsten Zukunftsfragen der Gemeinden** stellen. Es geht um die zentralen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen, die auf die Gemeinden unseres Bundeslandes in den nächsten Jahren verstärkt zukommen werden – und um die Antworten, die wir gemeinsam darauf suchen müssen: damit unsere Gemeinden auch in Zukunft erfolgreich ihre zentrale Position behaupten und ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können.

Im vierten und abschließenden Modul werden sich hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Politik den wichtigsten Zukunftsfragen der Gemeinden stellen.

Um und Auf des Lehrgangs: Die Referenten

Bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten ist vor allem die Praxisnähe und die Erfahrung im Umgang mit den konkreten Anliegen der Gemeinden im Vordergrund gestanden. Die meisten Experten kommen aus der Gemeindeabteilung und dem Salzburger Gemeindeverband und sind laufend mit kommunalen Praxisfragen konfrontiert. Auch das persönliche „Kennenlernen“ ihrer Ansprechpartner in diesen Institutionen ist ein wichtiges Lehrgangsziel. Die Einbindung der beiden Bildungsinstitutionen Salzburger Verwaltungsakademie und Fachhochschule Kärnten hilft bei dieser Ausbildung einen hohen Standard zu garantieren. Beide Einrichtungen haben in der kommunalen Ausbildung langjährige Erfahrung und ein breites Hintergrundwissen.
Die ersten beiden Termine waren nicht nur vom gegenseitigen Kennenlernen, sondern auch von der lebhaften und interessierten Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geprägt. Die Darstellung der Gemeindeaufgaben, der Verwaltungsabläufe in der Gemeinde sowie der vielfältigen Rollen der Gemeindeaufsicht füllte ohne Mühe die ersten vier Stunden – auf die Fortsetzung freuen sich die Zuhörer und Referenten gleichermaßen. Die herausragende Gastfreundschaft der beiden ersten „Lehrgangsgemeinden“ – Anif und Seekirchen – trug das übrige dazu bei.

Die Einbindung der beiden Bildungsinstitutionen Salzburger Verwaltungsakademie und Fachhochschule Kärnten hilft bei dieser Ausbildung einen hohen Standard zu garantieren.

Die Referenten

Folgende Referenten sorgen für die praxisnahe Vermittlung des Lehrgangsinhaltes:

- Univ.-Prof. Dr. Markus **Achatz**, Uni Linz
- Prof. (FH) MMag. Dr. Franziska **Cecon**, Fachbereichsleiterin der Studiengänge Sozial- und Verwaltungsmanagement und Services of General Interest an der FH Oberösterreich
- Dr. Karin **Draxl**, Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten
- Mag. Erwin **Fuchsberger**, Amtsleiter der Gemeinde Elsbethen, Landesobmann des Fachverbandes der Leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) in Salzburg
- Eva **Gappmaier**, Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten
- Dr. Manfred **Huber**, Geschäftsstellenleiter des Vergabekontrollsenates Salzburg
- Dr. Martin **Huber**, Salzburger Gemeindeverband, Lektor an der FH Kärnten
- Mag. Heinz **Hundsberger**, Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten
- Herbert **Maislinger**, ehem. Stadtamtsdirektor Seekirchen, FLGÖ-Bundesobmann
- Bgm. Helmut **Mödlhammer**, Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes und des Österreichischen Gemeindebundes
- Mag. Helmut **Mooslechner**, Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten
- Prof. Dr. Philipp **Müller**, Salzburg Management and Business School (SMBS)
- Dr. Peter **Schernthaner**, Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten
- Dr. Bettina **Sommer**, Salzburger Gemeindeverband
- Peter **Wanek**, Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten

Gemeindefinanzierungs- & Beratungsgesellschaft gegründet

Problem erkannt, Lösung genannt

Für Niederösterreichs Gemeinden gibt es ab sofort eine professionelle Finanzberatung: Nachdem einige Gemeinden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren Finanzgeschäften bereits Ende 2008 in Schwierigkeiten geraten waren, haben die Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ zusammen mit dem Land Niederösterreich den Handlungsbedarf erkannt und eine Lösung erarbeitet.

Nun wurde der Vertrag für die Gemeindefinanzierungs-Beratungsgesellschaft unterzeichnet. Demnach bieten die Gemeindevertreterverbände ab sofort kostenlose und unabhängige Risikoanalysen für Kommunen an.

Foto: NLK/Boltz

Die Beratungsgesellschaft ist eine GmbH, die zu 60 Prozent dem ÖVP-GVV und zu 40 Prozent dem SP-GVV gehört und wird vom Land gefördert. Im Bild GVV-VP-Chef Bgm. Alfred Riedl, NÖ LH-Stv. Wolfgang Sobotka und GVV-SP-Chef Rupert Dworak hoben die Gesellschaft Anfang Mai aus der Taufe.

► **Künftige Beratung:**
Gemeinden müssen künftig darauf achten, Finanzgeschäfte nur mit Anbietern abzuschließen, für die die strengen Beratungsbestimmungen des Bankwesengesetzes und des Wertpapieraufsichtsgesetzes gelten. Vor Abschluss bestimmter Finanzgeschäfte muss zudem nach § 69 der NÖ Gemeindeordnung eine zweite Risikoanalyse eingeholt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.
Dies gilt zum Beispiel beim Erwerb von Aktien, Anleihen, gemischten Wertpapierfonds, bei der Aufnahme von Fremdwährungskrediten und beim Abschluss von Derivativgeschäften (Optionen, Swaps). Ausgenommen von der zweiten Risikoanalyse sind „alltägliche“ Geschäfte.

► **Risikoanalyse:**
Die Risikoanalyse muss von einem Unabhängigen erstellt werden, der selbst keine Finanzgeschäfte anbietet oder vermittelt. Die Analyse dient der objektiven Beurteilung des Risikos für das betreffende Geschäft.

► **Gemeinderat:**
Auf Basis der Beratung durch den Anbieter und der Risikoanalyse des Unabhängigen entscheidet der Gemeinderat schließlich, ob ein bestimmtes Geschäft abgeschlossen wird oder nicht. Damit trägt dieser auch alleine die politische und finanzielle Verantwortung.

► **Gemeindefinanzierungs-Beratungsgesellschaft**
Die neu gegründete Gemeindefinanzierungs-Beratungsgesellschaft bietet die Riskioanalysen kostenlos an. Nicht zu ihren Aufgaben zählt hingegen das Vermögens- und Schuldenmanagement und die laufende Beratung. Diese muss weiterhin am freien Markt zugekauft werden. Die Beratungsgesellschaft ist eine GmbH, die zu 60 Prozent dem ÖVP-GVV und zu 40 Prozent dem SP-GVV gehört und wird vom Land gefördert.

„Wir haben sofort nach Bekanntwerden der ersten Spekulationsverluste die Notwendigkeit objektiver Beratungen erkannt. Denn das ist das einzige Mittel zur Lösung, das die Gemeinden in dieser Situation brauchen können“, sagt GVV-Präsident Alfred Riedl. „Unser Ziel ist es, den Weg der Information und laufenden Beratung durch unabhängige Experten zur Risikoabschätzung zu gehen, weil alles andere Unsinn und verfassungsmäßig nicht möglich ist“, so Riedl weiter. „Die Gründung der Beratungsgesellschaft für Finanzen ist in Niederösterreich speziell für die Gemeindevertreterverbände ein Meilenstein“, schlägt Bgm. Rupert Dworak, Präsident des Verbandes sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich, in die selbe Kerbe. „Es gibt damit eine kompetente Anlaufstelle, die die Gemeinden künftig in Finanzfragen unterstützen wird.“
Sitz der Gesellschaft wird in St. Pölten, Landhausviertel, Neue Herrengasse, Haus 8 sein. Die Umbauarbeiten laufen gerade. Bis zur operativen in Betriebnahme an dieser Adresse werden die Risikoanalysen direkt über die Gemeindevertreterverbände vermittelt.

Im Rahmen des Verkehrsrechtstages sollen neben fachlichem Austausch und konstruktiver Diskussion vor allem auch neue Kontakte für eine weitere Zusammenarbeit geknüpft werden.

Österreichs 3. ZVR-Verkehrsrechtstag

Das „Verkehrsrecht“ dominiert die Mobilität von heute

Mit dem ZVR-Verkehrsrechtstag wurde eine Plattform für Experten aus allen Teildisziplinen des Verkehrsrechts geschaffen. Die Veranstaltung findet auch heuer wie gewohnt am Juridicum der Universität Wien statt. Termin: 17. September 2009.

Der ZVR-Verkehrsrechtstag wird vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) in Kooperation mit der Universität Wien veranstaltet. Ziel ist es, die Blickwinkel und aktuellen Entwicklungen unterschiedlicher juristischer Disziplinen im Bereich des Verkehrsrechts zusammenzubringen – vom Versicherungsrecht über das Verwaltungsrecht bis hin zum Strafrecht. Neben dem Straßenverkehr werden heuer auch Schiene und Wasser einbezogen: Je ein Panel wird sich dem Eisenbahnrecht und dem Schifffahrtsrecht widmen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse des Verkehrsrechtstages werden in einem Sonderheft der Zeitschrift für Verkehrsrecht (ZVR) publiziert.

Verkehrsrecht ist interdisziplinär und jederzeit aktuell

Das Verkehrsrecht berührt so gut wie alle rechtlichen Bereiche und ist nicht nur in der heutigen Zeit ein aktuelles Thema. Gerade in einer Gesellschaft, die immer mobiler wird und in der auch Gütertransporte eine immer größere Rolle spielen, wird das Thema Verkehr auch in Zukunft von großer Relevanz sein. Das Verkehrsrecht hat nicht nur für den Individualverkehr große Bedeutung, sondern ist auch ein ausschlaggebender Faktor für die Wirtschaft. Es liegt also auf der Hand, dass dieses Thema die unterschiedlichsten juristischen Disziplinen betrifft, angefangen vom Schadenersatzrecht und dem Versicherungsrecht bis hin zum Europarecht und dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Nicht nur der Straßenverkehr, sondern auch Schiene, Schifffahrt, Seilbahnen und Luftverkehr spielen eine bedeutsame Rolle.

> Das Verkehrsrecht hat nicht nur für den Individualverkehr große Bedeutung, sondern ist auch ein ausschlaggebender Faktor für die Wirtschaft.

Wachsende Mobilität als Herausforderung

Die Herausforderungen für das Verkehrsrecht in der Zukunft sind vielfältig. Die steigende Mobilität von Personen und Gütern und die rasanten Entwicklungen in der Verkehrstelematik führen dazu, dass sich das Thema Verkehrsrecht neuen Anforderungen gegenübersieht und sich dementsprechend anpassen muss. Hinzu kommt die fortschreitende Europäisierung des Rechts an sich, wodurch ebenfalls neue Rahmenbedingungen entstehen.

Die thematischen Schwerpunkte

- Versicherungsrecht; Vorsitz: o. Univ.-Prof. Dr. Attila Fenyves, Universität Wien
- Sanktionen im Straßenverkehr; Vorsitz: Dr. Hugo Haupfleisch, ÖAMTC
- Transport & Logistik; Vorsitz: Dr. Lukas Bauer, NEWOLE. Rechtsanwaltskanzlei
- Schifffahrtsrecht; Vorsitz: MR DI Reinhard Vorderwinkler, BMVIT
- Eisenbahnrecht; Vorsitz: Dr. Armin Kaltenegger, AutoBank

Nähere Informationen und Anmeldung unter **www.verkehrsrechtstag.at**
Die Teilnahme ist kostenlos.

Ausschreibung: Der Preis der Kommunen wird 2009 wieder vergeben

Spitzenforschung für die Kommunalpolitik

Im Jahr 2009 gibt es eine Neuauflage des Wissenschaftspreises „Preis der Kommunen“, der von Gemeinde- und Städtebund gemeinsam ausgeschrieben wird. Besonders gute Uni- und FH-Arbeiten mit kommunalem Bezug können bis zum 30. Juni 2009 eingereicht werden, den Siegern winkt ansehnliches Preisgeld.

„Für den Gemeindebund ist es unheimlich wichtig, intensive Kontakte zu Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen zu unterhalten“, so Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. „Der ‚Preis der Kommunen‘ ist eine Möglichkeit für uns, junge Menschen zu ermutigen, ihre universitären Arbeiten im Bereich der Kommunalpolitik zu schreiben.“ Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass immer mehr junge Menschen im Rahmen ihres Studiums oder der Abschlussarbeiten Themen mit kommunalem Bezug wählen. „Darauf sind wir sehr stolz, weil dies das Ergebnis unserer jahrelangen Bemühungen ist“, so Hink.
Auch im Jahr 2009 vergeben der Gemeinde- und der Städtebund gemeinsam den „Preis der Kommunen“, der mit insgesamt 7000 Euro dotiert ist. Arbeiten können aus den Studienbereichen Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft oder Public Management eingereicht werden. „Wir laden ausdrücklich auch Absolventen von Fachhochschulen ein, ihre Arbeiten einzureichen“, so Hink. „Die Fachhochschulen sind inzwischen aus der Forschungs- und Ausbildungslandschaft nicht mehr wegzudenken, dort entsteht eine Menge Arbeiten mit starkem kommunalem Bezug.“
Die Jury könnte kaum hochkarätiger sein und setzt sich aus Mitgliedern der neu gegründeten „Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft“ zusammen, einer Einrichtung, die der Gemeinde- und der Städtebund zusammen mit dem führenden Wissenschaftsverlag Manz gegründet hat. Der Vorsitzende der

Preis der Kommunen

Gesellschaft ist der Linzer Arbeits- und Sozialrechtler Prof. Reinhard Resch, der damit auch der Jury des Wissenschaftspreises vorstehen wird.
Über den Sommer werden die eingereichten Arbeiten begutachtet die Preisverleihung erfolgt im Rahmen eines Symposiums des Gemeindebundes, das am 5. November 2009 in Wien stattfindet.
„Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig kommunale Themen inzwischen in Wirtschaft, Recht und Gesellschaft geworden sind“, so Hink. „Ich freue mich auf viele ausgezeichnete Arbeiten, die für diesen Preis eingereicht werden.“
Alle Detailinformationen zum „Preis der Kommunen 2009“ finden Sie im Internet auf **www.gemeindebund.at**

Kärntner Gemeindereferent Josef Martinz im Interview

„Keine Bittgänge zum Land“

Gemeindereferent Dr. Josef Martinz spricht im Interview mit dem Kärntner Gemeindebund über sinkende Ertragsanteile, die Herausforderung der Überalterung und die finanzielle Zukunft der Kommunen.

Welche Schwerpunkte möchten Sie in den nächsten fünf Jahren im Gemeinderessort setzen?
Dr. Josef Martinz: Als ehemaliger Bürgermeister kenne ich die Sorgen und Nöte der Gemeinden genau. In den Gemeinden wird auch hervorragende Arbeit geleistet. Mir geht es darum, die Autonomie der Gemeinden in Zukunft zu stärken, vor allem, was die Bedarfszuweisungen betrifft. Die Gemeinden sollen Sicherheit für mehrere Jahre bekommen. Es gibt keine Bittgänge zum Land mehr. Weiters arbeiten wir bereits an einer Besoldungsreform in den Gemeinden gemeinsam mit dem Gemeindebund und den Gewerkschaften. Ungerechtigkeiten beseitigen, Kosten reduzieren, lautet die Devise. Dazu gehört auch eine Verwaltungsreform, weil die Dienstleistungerwartungen der Bürger ständig steigen.

Foto: ÖVP/Glaser

„Mir geht es darum, die Autonomie der Gemeinden in Zukunft zu stärken, vor allem, was die Bedarfszuweisungen betrifft“, betont Josef Martinz.

Laut jüngster Prognose sollen sich die Ertragsanteile der Kärntner Gemeinden heuer um 5,4 Prozent reduzieren. 2010 ist mit einem Rückgang von 4,4 Prozent zu rechnen. Welche Unterstützung wird es für die finanzschwachen Gemeinden geben?
Ich schlage ein Drei-Punkte-Programm vor: Projekte in den Gemeinden vorziehen und Kostgänger abstoßen, ein neues Schuldenmanagement sowie eine Besoldungs- und Pensionsreform für die Gemeinden. Die Gemeinden sind größter Auftraggeber für die Wirtschaft vor Ort. Als erstes habe ich auf Grund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise die Zweckbindung der Bedarfszuweisungen aufgehoben. Nachhaltige Projekte, die sich auf Arbeitsplätze, Lehrstellen und Wertschöpfung positiv auswirken, müssen jetzt Vorrang haben. Für die vorgezogenen Projekte übernimmt das Gemeindereferat die Finanzierungskosten.

Sie haben in der Vergangenheit auch eine Reduzierung der Tourismusabgaben gefordert. Angesichts der Entwicklung der Ertragsanteile können die Gemeinden auf keine Einnahmen verzichten. Sollte der Landtag Änderungen in diesem Bereich beschließen, stellt sich die Frage, wer den Gemeinden den Einnahmeausfall ersetzen wird?
Ich bleibe auch dabei: Die beste Förderung für unsere Betriebe ist die Entlastung. Das Abgabenpaket belastet die heimische Wirtschaft mit rund 20 Millionen Euro im Jahr zusätzlich! Was die Zurücknahme der Tourismusabgaben betrifft, kann ich beruhigen, denn trotz höherer Abgaben erhalten die Gemeinden nicht mehr. Im Zuge der Abgabenerhöhung wurde auch der Verteilungsschlüssel der Fremdenverkehrsabgabe verändert und zwar zu Lasten der Gemeinden. Früher haben die Gemeinden 80 Prozent erhalten, heute nur 65 Prozent.

Wie sollen die Gemeinden auf die geänderten Rahmenbedingungen – Bevölkerungsrückgang, Überalterung, Abbau von Infrastruktur – aus Ihrer Sicht reagieren?
Die wichtigste Maßnahme gegen Abwanderung sind günstige Wohnungen und Arbeitsplätze. Ich denke an einen interkommunalen Finanzausgleich. Das bedeutet, dass die Landesumlage nicht mehr länger im Budget versickert, sondern den Gemeinden zu Gute kommt, wie schon in anderen Bundesländern. Es geht um rund 30 Mio. Euro für die Gemeinden. Damit ist es auch möglich, die Infrastruktur für die Menschen vor Ort aufrecht zu erhalten. Ich kämpfe auch weiterhin dafür, dass die Mitfinanzierung der Anrainer bei Straßen und Wege endlich wegfällt. Wir haben zwar schon eine Reduktion auf fünf Prozent erreicht, aber die Anrainerbeteiligung muss ganz fallen.

Zur Person

LR Dr. Josef Martinz wurde am 14.2.1959 in Villach geboren. Er ist verheiratet und Vater zweier Söhne. Der Unternehmer wuchs in Ossiach auf und studierte an der Wirtschaftsuniversität in Wien. Seit 1980 ist Dr. Josef Martinz politisch aktiv. Von 1997 bis 2004 war er Bürgermeister der Gemeinde Ossiach. Seit 2004 ist er Mitglied der Kärntner Landesregierung und Landesparteivorsitzender der ÖVP-Kärnten.

Innovative pädagogische Konzepte fordern den passend Raum, hier die IT-University Kopenhagen.

Die neue Geschäftsführerin des ÖISS: DI Karin Schwarz-Viechtbauer.

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau

Das ÖISS informiert

Die Themen der Juni-Ausgabe umfassen: Die neue Geschäftsführung des ÖISS, innovative pädagogische Konzepte und Rückschau zur Sportstättenenquete 2009 – Enquete-Resolution „Sport- und Bewegungsräume“.

Sportstättenenquete 2009 – Resolution „Sport- und Bewegungsräume“

Mehr als 200 TeilnehmerInnen bestätigen das Interesse und den Erfolg der Sportstättenenquete 2009 in Kapfenberg. Am 12. und 13. März wurde das Thema „Sport- und Bewegungsräume“ in mehr als 20 Referaten aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet (nachzulesen in der Ausgabe 1/09 von Schule & Sportstätte). Zum Abschluss der Veranstaltung wurde die Enquete-Resolution „Sport- und Bewegungsräume“, die das Ziel verfolgt, aufbauend auf die bereits bestehende Sportinfrastruktur mit neuen Planungsmethoden auf die geänderten gesellschaftlichen Anforderungen zu reagieren, vorgestellt. Eine kurze Rückschau sowie die Enquete-Resolution können Sie in der Ausgabe 2/09 von Schule & Sportstätte nachlesen.

Innovative pädagogische Konzepte

Im Rahmen der ÖISS-Schulbauinformationsreise wurden in Kopenhagen sieben Schulen besichtigt, die vor allem durch das Zusammenführen der dort praktizierten pädagogischen Konzepte und des dafür notwendigen Raumes bestechen. Offenes und teamorientiertes Lernen, die Förderung des Einzelnen, sich in der Schule zu Hause fühlen, um so eine optimale Lernumgebung zu schaffen, ... all diese Aspekte können Sie in der nächsten Ausgabe von Schule & Sportstätte nachlesen. Und auch aus dem fernen Tokio gibt es Spannendes über einen architektonisch und pädagogisch außergewöhnlichen Kindergarten zu berichten.

Neue Geschäftsführung des ÖISS

Das ÖISS freut sich mitteilen zu können, dass Frau DI Karin Schwarz-Viechtbauer, die seit zehn Jahren im Institut tätig ist und bis dato das Schulbaureferat geleitet hat, von den Mitgliedern des Kuratoriums zur neuen Direktorin des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau bestellt wurde. „Meine Geschäftsführung steht ebenso wie meine Bewerbung für diese Position für Kontinuität innerhalb des Instituts und in unserem Auftritt nach außen“, betont sie immer wieder. Dass Kontinuität und die Fortsetzung eines bewährten Weges im ÖISS auch gleichbedeutend ist mit Offenheit gegenüber neuen Entwicklungen und Aufgaben bei Planung, Bau und Betrieb von Sportstätten und Schulen, wird sie im Editorial der nächsten Ausgabe von Schule & Sportstätte sowie in einem Interview mit Prof. Norbert Adam in Ausgabe 2 unserer Zeitschrift ausführlicher erläutern.

Die Schwerpunkte der SSP 2/2009

Mehr zu den angekündigten Berichten erfahren Sie in der Juni-Ausgabe von Schule & Sportstätte! Weiters berichten wir noch über

- die Sportparks Pichling und Auwiesen und
- das Badeschiff in Wien

Burgenland

Gemeinden nutzen eifrig das EU-Förderprogramm

Acht Millionen Euro für LEADER-Programme

EISENSTADT
Das Interesse am EU-LEADER-Programm ist im Südburgenland groß. Insgesamt stehen der Region bis 2013 acht Millionen Euro zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der Mittel wurde bereits an 142 Projekte vergeben, so der Obmann von „Südburgenland plus“, Walter Temmel, zu orf.at. Unterstützt werden zum Beispiel Natur- und Genussprojekte. Speziell rund um die Dorferneuerung wurden viele Projekte eingereicht. 55 Gemeinden seien dabei, ein Leitbild für die nächsten Jahre zu erstellen. Was die Dorferneuerung im Besonderen betrifft, gibt es noch einen zusätzlichen Fördertopf. Durch LEADER und andere EU-Förderprogramme wurde und werde der ländliche Raum massiv gestärkt, so der zuständige Landesrat Werner Falb-Meixner. Und er soll auch noch weiter gestärkt werden. Von 1995 bis 2013 werde insgesamt eine Milliarde Euro in den ländlichen Raum investiert. Doch nicht genug: Für gute Ideen und Projekte sei nach wie vor Geld vorhanden, hieß es bei der LEADER-Informationsveranstaltung in Güssing.

Die Bürgermeister der Sieger-Dorfgemeinden zusammen mit Landesrätin Verena Dunst, Hans Pichler und OSG-Obmann Johann Schmidt.

Dorferneuerungspreis im Burgenland verliehen

Preisträger ausgezeichnet

EISENSTADT
Um den Gemeinden im Burgenland einen Anreiz für die Dorferneuerung zu geben, wird regelmäßig der Dorferneuerungspreis verliehen. In diesem Jahr verlieh Landesrätin Verena Dunst am 3. April vier Gemeinden, Weiden am See, Mühlgraben, Sieggraben und Oberwart, sowie einer Privatperson aus Purbach die Auszeichnung. Seit mehr als 20 Jahren gibt es die Dorferneuerung im Burgenland. Unter ihrem Namen wurden Häuser renoviert, Fassaden verschönert und Ziegel erneuert.

Kärnten

Gefahr am Gailtalzubringer

Bgm. kritisieren „Todesstrecke“

FEISTRITZ/NÖTSCH
Nach einer tödlichen Unfallserie sorgt die Sicherheit auf dem Gailtalzubringer für Diskussionen: Die Bürgermeister von Feistritz und Nötsch fordern eine „Entschärfung“ der Straße. Das Land hat nun eine Sicherheitsüberprüfung veranlasst. Die 7,2 Kilometer lange Strecke habe in ihrem zehnjährigen Bestehen satte elf Todesfälle verlangt.
Die Gemeinde Feistritz hat deshalb ein Sicherheitskonzept erstellen lassen. Dieses soll jetzt mit Vertretern der Straßenbauabteilung und Verkehrsexperten erörtert werden.

Einnahmen in Kärnten werden 2009 um über 28 Millionen Euro zurückgehen

Ertragsanteile der Gemeinden sinken

KLAGENFURT
Schlimmer als erwartet ist die jüngste Schätzung des WIFO bezüglich der Ertragsanteile der Städte und Gemeinden in Kärnten. 2009 werden die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben um über 28 Mio. Euro zurückgehen, 2010 werden weitere 18,4 Mio. Euro in den Gemeindekassen fehlen. Konnten 2008 noch Ertragsanteile im Ausmaß von 518,99 Mio. Euro verbucht werden, rechnet das WIFO 2010 nur noch mit Ertragsanteilen in der Höhe von 472,36 Mio. Euro. Bgm. Hans Ferlitsch, Präsident des Kärntner Gemeindebundes: „Bei dieser Entwicklung sind größere Investitionen der Gemeinden kaum möglich. Land und Gemeinden sind gemeinsam gefordert, die Situation zu meistern.“ „Nur durch eine enge Kooperation zwischen dem Land und den Gemeinden kann dieser negativen Entwicklung entgegengetreten werden. Ziel muss es sein, Arbeitsplätze und Infrastruktur zu erhalten“, so der Präsident weiter. Besonders schwer wird es für Gemeinden mit sinkenden Bevölkerungszahlen. Bei diesen werden die Rückgänge noch deutlich höher ausfallen. Heuer sollen die Ertragsanteile der Kärntner Gemeinden rund 490,83 Mio. Euro betragen. Dies bedeutet gegenüber 2008 ein Minus von 5,5 Prozent.

Die kommenden Jahre werden für die Kärntner Gemeinden extrem schwierig.

Niederösterreich

Leihrad-Projekt in Mödling

„Eines steht immer ums Eck“

MÖDLING
In sieben Gemeinden des Bezirks Mödling kann man ab sofort auf einen von 220 Drahteseln umsteigen. An 30 Verleihstationen stehen die Räder zur Verfügung. Dabei besteht die Möglichkeit, ein Rad an jedem beliebigen Terminal auszuleihen/zurückzugeben, ohne an den Ausgangspunkt zurückkommen zu müssen. Die Gemeinden Maria Enzersdorf, Biedermannsdorf, Brunn am Gebirge, Laxenburg, Mödling, Vösendorf und Wiener Neudorf wollen mit der Aktion „nextbike“ Umweltbewusstsein und gesunde Alternativen zum Autoverkehr schaffen.
www.leihradl.at

LR Pernkopf: „Wichtige Rolle im Krisenmanagement“

Gemeinden wichtige Partner beim Katastrophenschutz

ST. PÖLTEN
„Das Land Niederösterreich sorgt vor und kann auf ein dynamisches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement verweisen. Dabei kommt neben den Einsatzorganisationen auch den Gemeinden sowie dem Einzelnen eine wichtige Rolle zu“, betonte LR Dr. Stephan Pernkopf im Rahmen der Tagung „Katastrophenschutzplanung in den Gemeinden“ in St. Pölten. Im Kompetenzzentrum in Tulln sei das nö. Krisen- und Katastrophenschutzwesen beheimatet. „Unter einem Dach erarbeiten hier die Fachleute gemeinsam mit allen Blaulichtorganisationen die Ausbildungskonzepte und Übungen. Ab sofort wird auch ein neuer Ausbildungsschritt, nämlich Katastrophenschutzplanung speziell für Gemeinden, angeboten“, erklärte Pernkopf weiter.

Für Gemeinden gibt es eine neue Ausbildung in der Katastrophenschutzplanung.

Regionale Kooperation

31 Gemeinden als LEADER-Region

KAMPTAL-WAGRAM
In NÖ gibt es derzeit insgesamt 18 Leader-Regionen. Eine dieser ist die Leader-Region Kamptal-Wagram, die aus 31 Gemeinden aus den Gegenden Kamptal-Manhartsberg, Kampseen, Kremstal und Wagram besteht. Die Region setzt u. a. auf Land-, Wein-, und Forstwirtschaft, erneuerbare Energien sowie Tourismus- und Freizeitwirtschaft. In der Zeit von 2000 bis 2006 wurden bereits 20 Projekte dort genehmigt und gefördert. Ziel ist, das vorhandene touristische Angebot in den Bereichen Wein, Kutur und Kulinarik qualitativ zu verbessern.

Oberösterreich

Fußgänger, Radfahrer, Autos und Lastwagen sollen alle in der Fußgängerzone Platz finden. Das soll den Ortskern beleben.

Vier Gemeinden starten einzigartiges Verkehrsprojekt

Autos in Fußgängerzone

LINZ
Fußgänger, Radfahrer, Autos und Lastwagen sollen sich in vier Gemeinden (Unterach am Attersee, Ottensheim, Freistadt und Linz) die Fußgängerzonen teilen. Diese sogenannten Zentrumszonen sind eine Mischung aus Tempo-30-Zonen und Fußgängerzonen. Dort sollen künftig alle Verkehrsteilnehmer ein Miteinander statt ein Gegeneinander praktizieren. Autos und Lkw sollen auf 20 km/h eingebremst werden, dafür dürfen Fußgeher auch die Fahrbahn benützen.

Rund 346 Millionen Euro werden heuer investiert

Straßennetz in OÖ wird ausgebaut

LINZ
Damit die Straßen in OÖ sicherer werden, werden knapp 346 Millionen Euro in den Ausbau des oö. Straßennetzes investiert. „Es werden unter anderem Unfallhäufungspunkte entschärft, Kreisverkehre und Schutzwege beleuchtet und gefährliche Leitschienen aus Aluminium ausgetauscht“, so der zuständige LR Franz Hiesl. Überholverbots-Schilder bei ohnehin zu geringen Sichtweiten werden zudem entfernt.

Kulturhauptstadt schafft kleine Schwimm-Insel

„Linzer Auge“ auf der Donau

LINZ
Die Stadt Linz bekommt im Kulturhauptstadtjahr 2009 eine kleine schwimmende Insel auf die Donau platziert. Benannt wird die geplante kleine Insel nach einer berühmten Süßigkeit: dem Linzer Auge. Sie ist aus Stahl, die Energie für den Dreh liefert die Flusskraft der Donau. Tolle Ausblicke auf Linz sind beim Betreten der Insel garantiert: denn die Plattform dreht sich und ermöglicht so einen Stadtrundblick.

Salzburg

Ausbau des Spitals in Tamsweg in den Startlöchern

Vier Mio. Euro für Krankenhaus

TAMSWEG
„Die anstehende Modernisierung des Krankenhauses Tamsweg ist eine zentrale Maßnahme zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Salzburgs südlichstem Bezirk“, so LH Gabi Burgstaller. Konkret wird bei dem Großprojekt die Küche saniert, eine Vier-Betten-Überwachungsstation errichtet und der Röntgen- sowie der Laborbereich erweitert. Insgesamt werdem für den Um- und Erweiterungsbau vier Millionen Euro investiert.

Spatenstich für Soletherme: 100 Arbeitsplätze schaffen

Neue Familien-Therme im Pongau

ALTENMARKT
In Altenmarkt wurde nunmehr offiziell mit dem Bau der neuen Familien-Soletherme Amadé begonnen. Insgesamt sollen 21 Millionen Euro in die neue Therme investiert werden. Das Land Salzburg und der Gemeindeausgleichsfonds steuern jeweils 2,5 Millionen Euro zum Bau der Therme bei. Bis zu 100 Arbeitsplätze sollen durch die neue Soletherme in Altenmarkt geschaffen werden.

Land gibt im Jahr 2009 rund 400.000 Euro aus

Salzburg investiert in Entwicklungsarbeit

Das Land Salzburg setzt sich für hilfsbedürftige Regionen ein.

SALZBURG-STADT
Bei der Eröffnung der Ausstellung „Gemeinsam mehr zusammenbringen“ auf dem Mozartplatz weist Landeshauptfrau Gabi Burgstaller darauf hin, dass das Land Salzburg in diesem Jahr rund 400.00 Euro für die Entwicklungszusammenarbeit budgetiert habe. Die Salzburger Entwicklungszusammenarbeit konzentriere sich auf zwei regionale Projekte, auf die jeweils 20 Prozent der Salzburger Entwicklungshilfe entfallen. So verbindet Salzburg etwa seit 1984 eine Partnerschaft mit Singida in Ostafrika, in der u. a. Schulbauten sowie Gesundheitsprojekte und der Aufbau eines Wassernetzes gefördert werden.

Steiermark

Judenburgs Partnerschaft mit der toskanischen Stadt Massa e Cozzile feiert heuer ihr 10-Jahres-Jubiläum.

Erste Stadt Österreichs erhielt Europa-Plakette

Europarat würdigt Judenburg

JUDENBURG
Die Stadtgemeinde Judenburg pflegt schon seit Jahren intensiv mehrere Städtepartnerschaften und wird nun für ihre Verdienste um den europäischen Gedanken als einzige österreichische Stadt mit der Europaplakette des Europarates ausgezeichnet. Seit 1999 ist Judenburg Mitglied des europäischen Städtebundes Douzelage und so mit 21 weiteren Städten verbunden. Die Ehrenplakette wird am 11. Juli beim „Toskanafest“ übergeben.

Steiermark rüstet sich für Schi-WM in Schladming

Straßenausbau für Schi-Weltmeisterschaft 2013

SCHLADMING
Ein detailliertes Programm über die bis zur Eröffnung der alpinen Schiweltmeisterschaften 2013 in Schladming erforderlichen Straßenbaumaßnahmen legte Verkehrslandesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder in einer Sitzung der steiermärkischen Landesregierung vor.
In den Jahren 2009 bis 2013 sind Straßenneu- und Ausbauten mit Investitionskosten von insgesamt 53,4 Millionen Euro für den reibungslosen Ablauf der Sportveranstaltungen erforderlich. Heuer sind Investitionen von 7,8 Millionen Euro vorgesehen. Nach ersten Investitionen in diesem Monat von rund 90.000 Euro wurden in der Sitzung 7,7 Millionen Euro freigegeben. Diese Mittel sind unter anderem für den Kreuzungsausbau in Pürgg-Trautenfels, einen Straßenausbau in Schladming Ost und die Ortsumfahrung Irdning vorgesehen.
Das Gesamtkonzept umfasst vor allem Straßenbaumaßnahmen in Schladming, Pürgg-Trautenfels, Rohrmoss, Irdning, Ramsau am Dachstein, St. Martin am Grimming, Haus im Ennstal und Liezen.

Tirol

Eindrucksvolles Jahr 2008

Wasserrettung stellt Bilanz vor

INNSBRUCK
Die Wasserrettung Tirol blickt auf eine eindrucksvolle Bilanz 2008 zurück. Vier Menschenleben wurden gerettet, unzählige aus dem Wasser gezogen und insgesamt rund 25.000 Arbeitsstunden geleistet. Im Einsatz waren rund 500 ehrenamtliche Mitarbeiter. Aber diese Ehrenamtlichkeit stellt die Wasserrettung vor Probleme. Denn die Doppelbelastung belastet die Familien sehr und es wird somit immer schwerer. Die Wasserrettung kämpft auch mit finanziellen Engpässen: Für die Anschaffung nötiger Boote oder Suchgeräte sollen ca. 40.000 Euro fehlen.

Jungholz

Das reichste Dorf Österreichs

JUNGHOLZ
Jungholz, das so genannte reichste Dorf Österreichs, ist eine Tiroler Exklave in Deutschland. Auf die 300 Einwohner kommen drei große Banken, und umgerechnet ist jeder Bewohner 100 Millionen „schwer“. Das Dorf hat die größte Bankendichte weltweit. Die Tiroler Exklave liegt im bayrischen Allgäu und gehört seit 1868 dem deutschen Wirtschaftsraum an. Und genau mit diesem Startvorteil ist Jungholz zum reichsten Dorf Österreichs geworden. Lesen Sie mehr im Internet auf **www.kommunalnet.at**

Das interregionale Projekt „ACCESS“ soll mit Maßnahmen von Kinderbetreuung, über kluge Raumordnung bis öffentlicher Nahverkehr das Leben im ländlichen Raum erleichtern.

Überregionales EU-Projekt im Bezirk Landeck

Ländlichen Raum attraktiver machen

LANDECK
Acht Alpenregionen nehmen an „ACCESS – Projekt zur Verbesserung der Daseinsvorsorge“ teil, von Deutschland über Frankreich und Italien bis zur Schweiz und Österreich. Auf Tiroler Seite wurde der Bezirk Landeck als Pilotregion ausgesucht. Dort sind 30 Gemeinden, rund die Hälfte davon mit weniger als 1000 Einwohnern, sieben ohne Nahversorger. Ziel des Projektes ist, die Versorgung etwa durch eine Verkaufsbörse im Internet zu verbessern und den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten.

Vorarlberg

Einwohnerzahl steigt

Seit zehn Jahren mehr Geburten

BREGENZ
Seit zehn Jahren hat erstmals die Einwohnerzahl in Vorarlberg wieder zugenommen. Der Geburtenüberschuss beträgt 1220 Personen. Ende März zählte die Statistik 368.201 Vorarlberger und Vorarlbergerinnen. Erstmals kamen wieder mehr Kinder zur Welt, als es Sterbefälle gab. Im Vorjahr wurden 3772 Kinder geboren. Der Geburtenüberschuss betrug Ende März 1220 Personen, darunter 942 Österreicher, 104 Türken, 54 Deutsche und 35 Bürger aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie 85 mit anderen Staatsbürgerschaften.

In diesem Jahr werden die Kassen im Ländle nicht klingeln.

Wirtschaftskrise: Einnahmen sinken um 32 Mio. Euro

Landeseinnahmen sinken

Durch die Wirtschaftskrise sinken die Einnahmen des Landes heuer um 32 Millionen Euro. Im kommenden Jahr werde das Minus voraussichtlich 57 Millionen betragen, so LH Dr. Herbert Sausgruber im Gespräch mit den „VN“. Vorrang habe aber derzeit die Bekämpfung der Wirtschaftskrise, so Sausgruber. Dazu gehörten ein Jugendbeschäftigungsprogramm und die bedarfsorientierte Mindestsicherung im kommenden Jahr. Was die Sanierung des öffentlichen Haushalts betreffe, werde vieles davon abhängen, wann die Talsohle erreicht sei und die Erholung komme.

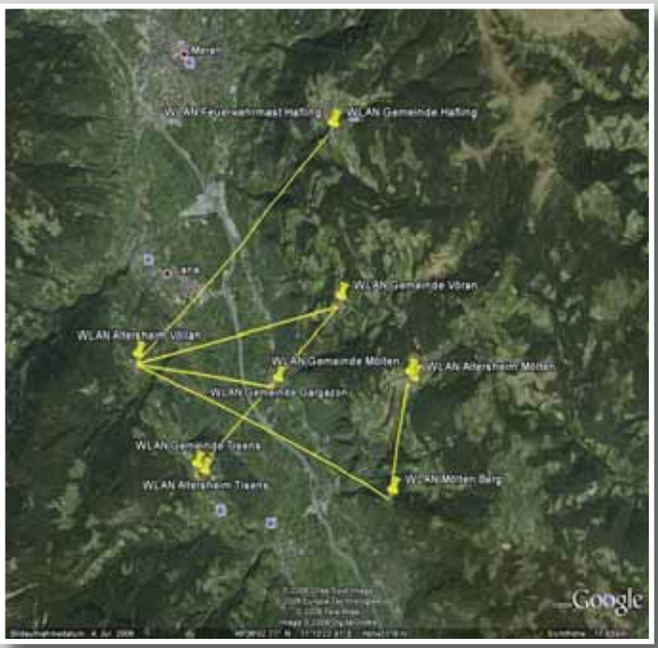
Ersatzschule für 3,6 Mio.

Dornbirn plant Ausweichschule

DORNBIRN
Die Stadtgemeinde Dornbirn will eine „Ausweichschule“ um 3,6 Mio. Euro errichten. Diese soll Schulen zur Verfügung stehen, deren eigenes Gebäude gerade renoviert wird. Denn Dornbirn will in den nächsten 22 Jahren 100 Mio. in Pflichtschul-Renovierungen investieren. Zudem soll bis 2013 der Großteil der 23 Dornbirner Pflichtschulen saniert werden. So sollen die betroffenen Schulen jeweils in die neue Ausweichschule Fischbach ausweichen, damit die Sanierungen möglichst reibungslos erledigt werden können.

91 funk-tionierende Verbindungen sind schon aktiv

Breitbandverbindung über Funk eingerichtet



Quelle: Google

ISDN-Verbindungen gehören der Vergangenheit an. Datenaustausch erfolgt heute mit hoher Bandbreite – auch im Funkbetrieb in so genannten „kabellosen Netzwerken“ (WLAN).

BOZEN
„Wenn wir keinen ADSL-Anschluss bekommen, dann helfen wir uns eben selbst.“ So lässt sich eine Aussage der Gemeindesekretäre des oberen Vinschgaus aus dem Jahre 2006 wiedergeben. Nicht nur wegen der Zentralisierung des Meldeamtes und der Sozialdienste, sondern auch wegen der vielseitigen Nutzung des Internets musste ISDN dringend durch schnellere Datenverbindungen ersetzt werden. Aber Breitbandanschlüsse wie ADSL, HDSL, SHDSL waren damals nicht überall verfügbar. Und es gab diesbezüglich auch keine Umsetzpläne. Was also tun? Nachdem die Gemeinde Mals bereits über eine HDSL-Linie (2 Mb/s) mit dem Gemeindenverband verbunden war, musste man nur die umliegenden Gemeinden „breitbandig“ mit Mals verbinden. So genannte Funkbrücken zwischen den einzelnen Gemeinden schienen hierfür die beste Lösung zu sein: Möglichst schnell sollte passende Hardware ausgewählt werden. Verfügbare Frequenzbereiche, abhörsichere Datenverschlüsselungen mussten festgelegt und beim Post- und Kommunikationsministerium eine Betriebserlaubnis beantragt werden. Nach drei Monaten war es soweit: Die Geräte sind konfiguriert und tagelang im Gemeindenverband getestet worden. Eine Installationsfirma hatte anschließend alles montiert, und mit Hilfe der Mitarbeiter des Gemeindenverbandes wurden die Antennen optimal ausgerichtet. Die Verbindungen sollten auf Anhieb funktionieren; ein nachträgliches Herumbasteln vor Ort hätte doch ein schlechtes Bild gemacht ...
Von Gemeinde zu Gemeinde, also von Stilfs nach Prad, von Prad nach Glurns, von Glurns nach Mals von Schuderns nach Mals, von Taufers im Münstertal nach Glurns sind so Funkbrücken nach IEEE 802.11a mit neun Grad 30 x 30 cm Flachantennen installiert worden. Kurz darauf wurden mittels Funkbrücken auch 19 Gemeindeämter in Südtirol (Aldein, Andrian, Barbian, Deutschofen, Hafling, Jensien, Kastelbell-Tschars, Kurtatsch, Lüsen, Mölten, Plaus, Riffian-Kuens, Tiers, Tisens, Tramin, Villanders, Völs, Vöran und Welschnofen) ebenfalls mit Breitband versorgt.
Zudem wurden örtliche Funkverbindungen zwischen Gemeinden und Altersheimen, Bibliotheken, Kindergärten usw. aktiviert. Insgesamt sind es zurzeit 91 funktionierende Verbindungen. Die elektromagnetischen Strahlungen der Anlagen sind sehr niedrig. Innerhalb von Gebäuden können mit den benützten Antennen keine Signale mehr wahrgenommen werden (nicht so wie bei Radiosignalen oder bei Signalen von Handymasten). Zudem beträgt der Strahlungswinkel nicht etwa 360 Grad, sondern eben nur neun Grad. Die Landesverwaltung hat die Belastung von WLAN-Funkstrecken dieser Art als völlig unbedenklich eingestuft.
Telecom Italia und Brennercom bieten mittlerweile Funk und DSL-Verbindungen dort an, wo es früher keine gab. Es liegt also nahe, WLAN-Verbindungen als Backup-Lösungen statt der bestehenden langsamen ISDN-Lösungen einzusetzen. So können erhebliche Betriebskosten eingespart werden. Ziel ist es (wie im Trentino bereits geschehen), auch das Glasfasernetz südtirolweit auszubauen. Auf diese Weise könnten sämtliche Daten und Dokumente der Gemeinden bzw. Bezirksgemeinschaften in ausfallsichere Rechenzentren verlegt werden.
Wenn sich weiterhin alle zwei Jahre die Anzahl der Schaltungen auf einem Computerchip verdoppelt – und das soll laut Experten noch 20 Jahre lang anhalten –, dann wird die Entwicklung der Informationstechnik der nächsten zehn Jahre wesentlich rasanter sein als die vergangenen zehn Jahre: Eine stetige Herausforderung für Entwickler, Dienstleister und den Gemeindenverband.

Foto: Südtiroler Gemeindenverband

Die Montage einer WLAN-Antenne.

Kontakt

Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304 655,
Fax: 0039-0471-304 625
E-Mail: **info@gvcc.net**

Kommunalverlag

Gemeindebund-General Robert Hink, Gemeindeminster a.D. und VP-Spitzenkandidat für die Europawahl Ernst Strasser, Kommunalverlag-Geschäftsführer Walter Zimper und Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl vor der Produktpalette des Verlags.

Ernst Strasser stattet Kommunalverlag Besuch ab

Wenn Europa an die Tür klopft

Europa klopft an die Tür – zumindest wenn Ernst Strasser vor der Türe steht. Der ÖVP-Spitzenkandidat für die Europawahl am 7. Juni tourt seit mehreren Wochen quer durch Österreich, um die BürgerInnen für seine Idee eines christlich-sozialen Europas zu gewinnen. Im Rahmen eines Wien-Besuchs schaute er Ende April auch beim Kommunalverlag vorbei. Und ließ sich – zur Freude aller MitarbeiterInnen – gut gelaunt und neugierig alle Räumlichkeiten zeigen.

Kärnten

Neuer Gemeinderat in Spittal an der Drau: Oben mit Vizebürgermeister Claudio Lot aus der Partnerstadt Porcia. Rechts wird Bürgermeister Gerhard Köfer von Bezirkshauptmann Dr. Klaus Brandner als Gemeindechef der Kärntner Gemeinde angelobt.

Neu im Amt

Rochaden in den Gemeinden

► OBERTRUM
Mit überzeugender Mehrheit wurde der 38-jährige **Simon Wallner** zum neuen Bürgermeister der Marktgemeinde Obertrum am See gewählt. Der bisherige Büroleiter von LR Sepp Eisl tritt damit die Nachfolge von **Matthias Leobacher** an.

► ST. ANNA
Mit **Johannes Weidinger** hat die Gemeinde St. Anna am Aigen einen neuen Bürgermeister. Nach zehnjähriger Tätigkeit als Bürgermeister legte **Josef Weinhandl** diese Funktion aus gesundheitlichen Gründen zurück. Weidinger war neun Jahre als Vizebürgermeister tätig.

► GUSSWERK
Nachdem **Harald Schimmer** unerwartet verstorben ist, wurde nunmehr **Michael Wallmann** als neuer Bürgermeister der Gemeinde Gußwerk angelobt.
Wallmann ist seit 1995 im Gemeinderat und war zuletzt Vizebürgermeister.

► TRISTACH
Die steirische Gemeinde Tristach hat mit **Markus Einhauer** einen neuen Bürgermeister. Der 40-Jährige folgt **Alois Walder** nach, der im März unerwartet verstorben ist.

► KREUTTAL
In der nö Gemeinde Kreuttal wurde **Markus Koller** zum neuen Bürgermeister gewählt. Er folgt **Alfred Czech** im Amt nach, der 12 Jahre Gemeindechef war.

Oberösterreich

Jakob Auer übergibt nach 32 Jahren Amt an Nachfolger

Fischlham hat neuen Chef

3Landwirt Franz Steininger ist neuer Gemeindechef.

Als Jakob Auer vor 32 Jahren das Amt des Bürgermeisters in Fischlham übernahm, war sein Nachfolger gerade einmal zwei Jahre alt. Nun war es so weit: Der Gemeinderat hat den 34-jährigen Franz Steininger zum Nachfolger von Jakob Auer gewählt. „Für mich war es immer ganz wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich für Politik nicht nur zu interessieren, sondern auch aktiv daran teilzunehmen“, verweist Auer darauf, dass Franz Steininger bereits seit 1997 im Gemeinderat tätig ist und daher mit allen Belangen, die das Amt mit sich bringt, bestens vertraut ist. Fischlhams neuer Bürgermeister Franz Steininger ist gebürtiger Welser und maturierte 1994 an der HBLA für Landwirtschaft in St. Florian. Steininger begann nach dem Präsenzdienst am elterlichen Hof zu arbeiten, den er mit seiner Gattin, der 16-monatigen Tochter Maria und seinem Vater bewohnt, und führt heute den Schweinemastbetrieb mit Unterstützung der Familie allein.

Aufruf an Österreichs Gemeinden

Autofreier Tag 2009

Im September 2009 ist es wieder soweit – das Klimabündnis ruft alle österreichischen Städte und Gemeinden zur Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche von 16. bis 22. September auf! Höhepunkt dieser Woche ist der autofreie Tag am 22. September, heuer ein Dienstag. Die Initiative will klimafreundliche Mobilität im Alltag etablieren und ist als Denkanstoß zur langfristigen Verhaltensänderung auf dem Weg zur Arbeit, beim Einkaufen oder in der Freizeit zu verstehen. Es gilt also, Ihre BürgerInnen zu motivieren, freiwillig das Auto stehen zu lassen und andere Verkehrsformen zu nützen. Gerade kurze Strecken – sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum – eignen sich für Alternativen wie zu Fuß gehen oder mit dem Rad zu fahren. Auch öffentliche Verkehrsmittel bringen Sie sicher und umweltfreundlich ans Ziel.
Heuer bieten wir Ihnen neben einem kostenlosen Gemeinde-Paket mit Informationsmaterialien (Informationsfolder, Haushaltssendung, Dankeskarte mit inkludiertem Gewinnspiel, Plakate im Format A3+A2) auch weitere zusätzliche Materialien (Luftballons, Give Aways, Stofftaschen, Transparente).
Überdies informieren wir die Lokalmedien über die Aktivitäten der Gemeinden, und auch auf europäischer Ebene finden die guten Beispiele der österreichischen Gemeinden Eingang. Beim „European Mobility Week Award“ werden jährlich die engagiertesten Kommunen Europas prämiert. Im Rahmen von klima:aktiv mobil erhalten Sie kostenfreie Beratung zu klimagerechter Mobilität in Ihrer Gemeinde. Bei Konzeption und Umsetzung eines nachhaltigen Maßnahmenpakets für CO_2-sparende Verkehrsmaßnahmen können auch Aktivitäten der Bewusstseinsbildung, wie Maßnahmen im Rahmen des autofreien Tages, bis zu 50 Prozent gefördert werden. Dazu kontaktieren Sie Peter Czemak vom Klimabündnis Österreich:
peter.czermak@klimabuendnis.at
Nutzen Sie die Möglichkeit eines Spritspartrainings für Ihre GemeindemitarbeiterInnen und sparen Sie bis zu 10 Prozent an Spritkosten. Das Lebensministerium unterstützt diese Aktion mit 50 Euro pro TeilnehmerIn.

Nähere Informationen zum Gesamtablauf sowie Anmeldung im Internet auf
www.mobilitaetswoche.at

Mit dem autofreien Tag 2009 wird auch heuer wieder ein Zeichen für den Klimaschutz gesetzt.

Termine

E-Government in der Umwelt: 22. Juni 2009

EDM Infoday 2009

Das EDM-Programm ist das zentrale e-Governmentprojekt des Lebensministeriums. Mit diesem Programm können Betriebe ihre Informations- und Meldeverpflichtungen effizient abwickeln. Für EDM steht der praktische Nutzen für alle Anwender im Vordergrund. Der EDM INFODAY zeigt in der Praxis die rechtsverbindliche Kommunikation mit den zuständigen Behörden und hilft somit allfällige Berührungsängste der EDM-Benutzer in Wirtschaft und Verwaltung abzubauen. Themenbezogene Informationsinseln bieten die Gelegenheit zu intensiven Beratungsgesprächen mit EDM-Experten. Der Infoday findet am **22. Juni 2009** von 10 bis 16 Uhr bei der Industriellenvereinigung am Schwarzenbergplatz 4, 1036 Wien, statt. Die Teilnahme ist kostenlos, um **Anmeldung** wird bis **12. Juni 2009** gebeten. Nähere Informationen finden Sie auf **www.edm.gv.at**

Demenzerkrankung: Symposium am 25. Juni in Wien

Von allen guten Geistern verlassen?

Das in Österreich einmalige Symposium mit Top-Referenten behandelt die Herausforderungen der Zukunft: Überalterung, Zunahme der Single-Haushalte, Rückläufigkeit der traditionellen Familienstrukturen sowie enorme Steigerung der Demenzerkrankungen. Derzeit leiden in Österreich zwischen 100.000 bis 160.000 Menschen an Demenz. Im Rahmen der Veranstaltung stehen Fragen zur Diskussion wie: Welche Konsequenz hat unsere schrumpfende und überalternde Gesellschaft für das Seniorenwesen? Ist „Betreutes Wohnen“ eine geeignete Wohnform für demente Menschen?
Infos und Anmeldung unter
office@hhc-partner.com

5000 Euro für kreative Studenten

List-Preis 2010 ausgeschrieben

Der List-Preis 2010 ist ein Förderungspreis für Beiträge zur Lösung innerstädtischer Verkehrs- und Parkprobleme. Einreichbar sind Seminar-, Fach-, Bakkalaureats- und Magisterarbeiten. Der innerstädtische Verkehr ist ein Diskussionsthema in allen europäischen Städten: Parkplätze sind Mangelware, Autofahrer benötigen einen wesentlichen Teil ihrer Zeit für die Suche nach einem Parkplatz. Was ist die Lösung? Mit der Auslobung des List-Preises 2010 will die List Unternehmens-Gruppe, ein Betreiber von Parkgaragen in Österreich, einen Beitrag zur sachlichen und ideologiefreien Auseinandersetzung im Verkehrsbereich leisten. Informationen im Internet auf
www.viktorbauer.com

Auch 2008 wurden wissenschaftliche Arbeiten zum City-Verkehr prämiert.

Leserbrief: „Alarmglocken in Gemeinden“

Qualitätsvolle Arbeit hat ihren Wert

An die Redaktion des KOMMUNAL sowie an den Gemeindebund in Person Hofrat Dr. Hink gerichtet war ein weiterer E-Mail-Leserbrief zum Thema „Ausbildung der KindergärtnerInnen“. Auch diesen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Herzlichen Dank für Ihren Bericht und den Kommentar in „KOMMUNAL“, 4/2009. In Zeiten wie diesen ist es erfreulich, positive Nachrichten – Schule und Ausbildung betreffend – zu vernehmen. Wenn dieses Lob noch dazu von einem Vertreter eines wichtigen Arbeitgebers der BAKIP- Absolventen/innen kommt, dann freut´s umso mehr.

Aus Sicht der Ausbildung können wir die Sichtweise nur unterstreichen. Selbstverständlich bedarf es stetiger Weiterentwicklung in der Aus- und Weiterbildung, aber auch in der Frage der Besoldung der qualifizierten PädagogInnen. Qualitätsvolle Arbeit hat ihren Wert und erhöht damit Wertschätzung. Diese hängt aber nicht unbedingt mit der formalen Ausbildungshöhe zusammen.

Mit herzlichem Gruß
Mag. Alois Altmann
Direktor der BAKIP RIED in Ried im Innkreis.

Ausschreibung

Margaretha-Lupac-Preis mit 15.000 Euro dotiert

Österreich immer Zeiger der Weltuhr

Die Margaretha Lupac – Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie schreibt auch 2009 den Wissenschaftspreis zum Thema „Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der parlamentarischen Demokratie in Österreich“ aus. Der mit 15.000 Euro dotierte Preis kann auf bis zu drei Bewerberinnen/Bewerber aufgeteilt werden. Die näheren Details sowie die Teilnahmebedingungen entnehmen Sie bitte den Erläuterungen zur Ausschreibung und der Richtlinie. Einreichtermin ist der 15. Juli 2009 (Poststempel). Infos und Bewerbungsunterlagen unter: Margaretha-Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien,
Tel.: 01/40110 2216,
E-Mail: **lupacstiftung@parlament.gv.at** oder unter Web **www.parlament.gv.at**

Foto: Hasl./Lupac Stiftung

Margaretha Lupac wurde als Tochter von Wenzel Lupač am 28. April 1910 in Wien geboren. Die Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg, aber auch das soziale Elend, die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Not in der Ersten Republik haben aus Margaretha Lupac eine außergewöhnliche Patriotin gemacht, die Leopold Figls Appell vom „Glauben an dieses Österreich“ zum Lebensmotto erhob. Über ihre Heimat meinte sie in späteren Jahren: „Österreich ist immer der Zeigefinger der Welt gewesen, der Zeiger der Weltuhr.“

Margaretha Lupac starb am 17. Februar 1999 und vermachte ihr gesamtes Vermögen in der Höhe von rund 1,5 Millionen Euro, das sie durch Ersparnisse und Erbschaften aufgebaut hatte, der Republik Österreich für Zwecke des Parlaments.

Telefoninterview im Ö1-Mittagsjournal vom 02.03.2009

Hier das Telefoninterview als mp3-Datei zum Download

Inland
12:00
Mo, 02.03.2009

Gratiskindergärten
"Mehr Kindergärtnerinnen, vorerst mehr Qualität"

Länge: 2:47 min
Ö1 Mittagsjournal - Beate Kotschek
http://oe1.orf.at/artikel/191114.html

Migrantenkinder, sowie eine verbesserte und akademische Ausbildung für Kindergärtnerinnen.

Kindergärtnerinnenausbildung an Pädagogischer Hochschule
Die Bundesregierung plant in einem ersten Schritt, dass die Kindergartenausbildung an die pädagogischen Hochschulen kommt und damit praktisch der Pflichtschullehrerausbildung gleichgestellt wird. Bessere Ausbildung, so Raphaela Keller vom Dachverband der Kindergartenpädagoginnen, müsse dann auch bessere Bezahlung bedeuten: "Wenn ich von 1250 Euro brutto Anfangsgehalt ausgehe, dann müssten da mindestens 500 dazu."

Kindergärtnerinnen haben sehr wenig Vorbereitungszeit
Und die Kindergärtnerinnen, so Keller, bräuchten deutlich mehr Vorbereitungsstunden. Die Aufregung unter den Lehrern

Schwarz auf Grau in der Rubrik „Aktuelles“ der Homepage des Kimdergärtnerinnen-Dachverbands: So werden Textstellen schnell zu Eigentoren.

Leserbrief: „Alarmglocken in Gemeinden“

Zitiert, nicht interviewt

„Ihr Artikel „In Österreichs Gemeinden schrillen die Alarmglocken“ ... hinterließ bei LeserInnen den Eindruck, dass ich Ihnen ein Interview gegeben habe – was nie der Fall war!“ So beginnt ein Leserbrief (per E-Mail) von Raphaela Keller vom Österreichischen Dachverband der Kindergartenpädagoginnen (ÖDKH), als Reaktion auf den Bericht in KOMMUNAL 4/2009 über die Ausbildung der Kindergärtnerinnen. In dem Brief beschwert sie sich, dass wir sie zitieren, ohne mit ihr gesprochen zu haben.

Im Prinzip hat sie ja Recht: Uns hat sie ein Interview nicht gegeben. Und wir haben uns auch gar nicht darum bemüht, da ja auf der Homepage ihres eigenen Dachverbandes ÖDKH ihre Aussagen klar und eindeutig stehen (siehe auch Faksimile oben). Und diese Zitate haben wir weitergegeben.

Frau Keller merkt in ihrem Leserbrief weiter an: „*... einiges transportiert in keinster Weise meine Statements zur Thematik!! Schon der erste Satz ist falsch - Planungen der Bundesregierung kundzutun sind nicht meine Aufgabe. Noch dazu, wenn diese Planungen gar nicht der Realität entsprechen ...*“

Dazu ist eigentlich nur zu bemerken, dass mit dem Zitat auch als Quelle die ÖDKH-Homepage angegeben sowie auf das dort befindliche Ö1-Interview verwiesen wurde.

Zwei andere kritische Aussagen des Leserbriefes sind: „*Weiters ist im Sinne der KindergartenpädagogInnen anzumerken, dass dieser Artikel eine Haltung zum elementaren Bildungsbereich wiedergibt, denn (sic!) wir so negativ kaum mehr erleben!*“

Und „*Wer will für (und gegen) wen „Stimmung“ machen?*“

Auch dazu ist nur zweierlei zu sagen: Das Interview gibt die Meinung eines hochrangigen Beamten des Bildungsministeriums wieder und zweitens: Wir machen keine Stimmung: Wir berichten IM SINNE DER GEMEINDEN.

Die Redaktion

Ratgeber

Rechte und Pflichten

Mein Nachbar nervt

Wer kennt das nicht: ohrenbetäubender Partylärm, Grillgerüche, bellende Hunde oder überhängende Äste? Der Streit mit dem Nachbarn gehört in Österreich zum Alltag – jahrzehntelange erbitterte Auseinandersetzungen sind keine Seltenheit. In vielen Fällen wissen Betroffene nicht, welche Rechte und auch Pflichten sie eigentlich haben. Muss man es dulden, wenn der Nachbar ständig Lärm macht? Wenn er täglich stundenlang Klavier spielt, einem den laufenden Rasenmäher vor die Tür stellt und noch mitten in der Nacht duscht? Wie sieht es mit Baulärm aus und anderen unerwünschten nachbarlichen Emissionen wie Kompostgestank, Staub oder Fußbällen, die ständig in den Garten fliegen? „Mein Nachbar nervt“ geht allen diesen Fragen nach, zeigt auf, welche Maßnahmen man gegen Störer ergreifen kann, und gibt Tipps und Hinweise zu allen Bereichen des Nachbarrechts.

Das Buch

Resetarits, Weiser, Hopf, Herbst „Mein Nachbar nervt“, 232 Seiten,
ISBN 978-3-7093-0219-4
Linde Verlag Wien
Tel.: +43/1/24 630-0
office@lindeverlag.at
www.lindeverlag.at

Index

Bundesgesetzblätter

„Wegweiser“ durch Österreichs Gesetzgebung

Im August 1948 erschien die 1. Auflage dieses „Wegweisers durch Österreichs Bundesgesetzgebung“. Was mit bescheidenen 40 Seiten begonnen hat, ist mittlerweil zu einem Werk von 662 Seiten und zu einem unverzichtbaren Werkzeug für Juristen geworden
Wie es die Oberösterreichische Gemeindezeitung ausdrückt: „Um sich im Dickicht neuer Bestimmungen gerade im elektronischen Zeitalter zuverlässig zurechtzufinden, bietet der ‘Wegweiser‘ eine verlässliche und exzellente Orientierungshilfe.“

Das Buch

Univ.-Prof., Hofrat Dr. Hans Neuhofer (Hrsg.), „BGBl-Index 2009 – „Wegweiser“ durch Österreichs Bundesgesetzgebung, (Stand vom 1. Jänner 2009); 2009; 174 Euro
ISBN 978-3-214-16063-0
59. Auflage, 662 Seiten.
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung
Kohlmarkt 16, 1010 Wien
Tel.: 01/531 61 – 100
E-Mail: **bestellen@manz.at**

Praxisbericht

Ein Entwicklungskonzept

Interkommunale Zusammenarbeit

In einem Pilotprojekt in der Steiermark wurden alle 34 Gemeinden des Bezirkes Murau auf bestehende und mögliche künftige Formen der interkommunalen Zusammenarbeit untersucht. Auf breiter empirischer Basis haben die Autorinnen und Autoren erstmals Handlungsempfehlungen für einen ganzen Verwaltungsbezirk erarbeitet. Die umfassende Erhebung verschiedenster Daten bis hin zu Befragungen der KommunalpolitikerInnen vor Ort macht die Stärken wie auch Schwächen der Gemeinden sichtbar. Die Darstellung der rechtlichen Möglichkeiten wird mit konkreten Praxisempfehlungen sowie Berechnungsgrundlagen für zukünftige strategische Handlungen der Gemeinden und Kleinregionen verbunden.

Das Buch

Martin F. Polaschek, Max Taucher, „Interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden des Bezirkes Murau“
ISBN 978-3-7011-0140-5
Leykam Buchverlag
www.leykamverlag.at
www.uni-graz.at

Information

Vorsorge & Bewältigung

Naturgefahren-Management

Vor dem Hintergrund einer dramatischen Veränderung des Weltklimas stellen Naturgefahren eine existenzielle Bedrohung der menschlichen Lebensgrundlage dar. Sie richten sich nicht nach Grenzen oder Rechtsbestimmungen, sondern treten unmittelbar und mit hoher Zerstörungskraft ein. Auch in Österreich ist jedermann irgendwann und irgendwie mit Naturgefahren konfrontiert. Die Vorsorge, Bekämpfung und Bewältigung von Katastrophen ist hingegen die Domäne von Experten – Ingenieuren, Behörden und Einsatzkräften. Naturgefahrenmanagement ist überwiegend Aufgabe des Staates: die Organisation ist komplex, die Rechtgrundlagen sind aber unübersichtlich und zersplittert.
Das Buch ist ein Handbuch für die Praxis und eine beantwortet Fragen wie:
Wer bietet Schutz, wer informiert, wer hilft bei der Bewältigung einer Katastrophe?

Das Buch

Florian Rudolf-Miklau „Naturgefahrenmanagement in Österreich“
ISBN 978-3-7007-4109-1
LexisNexis Verlag,
1030 Wien
Tel.: +43-1-534 52 - 0
verlag@lexisnexis.at
www.lexisnexis.at

Achtung Kinder!

Hier könnte Ihre Widmung stehen

Tu Gutes und sprich darüber – getreu diesem Motto gibt es die beliebten „Achtung Kinder!"-Schilder auch mit Namenseindruck des Spenders.

Österreichischer KOMMUNALVERLAG

Infos und Bestellungen an

verkehrserziehung@kommunal.at

Tel.: 01/532 23 88 – 43

Vorschau auf die Ausgabe 7 & 8/2009 (Juli/August):

TRADITIONELLE & ERNEUERBARE ENERGIE in der GEMEINDE

Getreidegewinnung für die Biogas-Erzeugung.

Österreichs größte Klimaschützer

Gemeinden zeigen's vor

Noch geht die Einreichfrist für Österreichs größten Klimaschutzbewerb bis 14. Juni. Aber jetzt schon zeigt sich, dass die Gemeinden mit ihren Beiträgen vor allem im Bereich des Energiesparens – ob jetzt mit erneuerbarer oder auch mit traditioneller Energie – neue Maßstäbe setzen. Rund 70.000 Gebäude werden von Gemeinden betreut und müssen natürlich auch beheizt werden. Und noch bedeutender als das rein finanzielle Engagement ist, dass der Klimaschutzgedanke vor allem durch die enorme Vorbildwirkung der Gemeinden profitiert.

PUBLIC MANAGEMENT: Das kommunale Büro

High Tech wohnt auch in den Gemeindestuben

In den kommunalen Büros – 2357 Gemeindeämter sind 2357 Büros – gibt es schon lange keine Ärmelschoner mehr. Und Schreibmaschinen und Telefone mit Wählscheiben sind auch schon lange verschwunden. Heute managen die BürgermeisterInnen und ihre Leute die Kommune mit Handys, Laptops, LAN, GPS, Bluetooth und so weiter. Wie das geht und vor allem, wie das Gemeinden-Budget von rund **250 Millionen Euro investiert** wird, zeigen wir in KOMMUNAL.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: **www.kommunal.at**

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Patrizia Poropatits
Tel.: 01/532 23 88 – 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

- ACO passavant GmbH 49
- ARGE demopark GzF 77
- AZ-Tech Austrowaren-Zimmer HandelsgmbH 71
- BEER GesmbH Kommunalmaschinen 75
- berolina Schriftbild Österreich 75
- Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 40
- Consilio Information Management GmbH 86
- DDS Rohrtechnik GmbH 60
- DIKLIC & MAIRBÄURL OEG 82
- Elektrizitätswerke Wels 51
- Elin Wasserwerkstechnik Ges.m.b.H. 61
- EVN Geoinfo GmbH 72
- Familie & Beruf Management GmbH 42
- Forum Qualitätspflaster 87
- Francotyp-Postalia GmbH 73
- GEOInfo Niederösterreich 77
- Gesundheit Österreich GmbH 43
- GUTWINSKI Management GmbH 82
- Hans Huber AG 76
- Immorent AG 74
- ITT Austria GmbH 76
- Josef MARTIN GmbH 70
- KOMMUNALKREDIT Austria AG 50
- NÖ Landesregierung „Die Garten Tulln" 88
- Ö. Institut für Schul- und Sportstättenbau 99
- Österr. Blumenwerbung GmbH 85
- PIPELIFE Austria GmbH. & Co Nfg KG 48
- Schubert Elektroanlagen GesmbH 84
- Stangl Reinigungstechnik GmbH 78
- WDL Wasserdienstleistungs GmbH. 79
- WET Wassertechnik GmbH 78
- ZAUGG AG EGGIWIL Kommunaltechnik und Maschinenbau 85

Vorschau auf Ausgabe 6/09 (Juni):

Kommunale Bauten

▸ Wohnraum wird geschaffen ...

Weit mehr als **100 Millionen Euro** investieren die Gemeinden Österreichs in den kommunalen Wohnbau. In Zeiten der Krise müssen die Gemeinden auch hier aktiv bleiben, damit die lokale (Bau-)Wirtschaft diese schwierigen Zeiten übersteht.

Die barrierefreie Gemeinde

▸ Damit Stufen nicht zu Mauern werden

Was tun, wenn Stufen den Weg verperren? Was und wie eine Gemeinde tun kann (und muss), um diese Art der Behinderungen zu beseitigen, zeigen wir in KOMMUNAL auf.

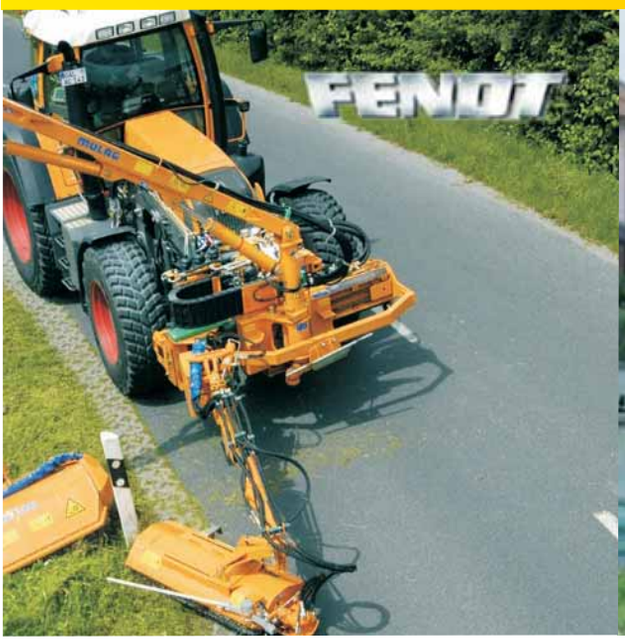
LEDINEGG

Ihre Fachwerkstätte
A-8462 Gamlitz, Steinbach 93
Tel.: +43 (03453) 3340-0, Fax.: +43 (03453) 3340-4

KÖGL

Obst- & Weinbautechnik
Landmaschinenhandel
A-8462 Gamlitz, Untere Hauptstrasse 255
Tel.: +43 (03453) 2384-0, Fax.: +43 (03453) 4370

Innovation und Vielseitigkeit in allen Kommunalbereichen



- mit diesen Geräten ist Ihr Fuhrpark jeder Anforderung gewachsen.
- die Faszination der Funktionalität - kompakt, übersichtlich,
- Bei uns die stärksten Kommunalgeräte bis 360 PS

Größer. Stärker. Effektiver.

STIGA

VON PROFIS - FÜR PROFIS!
- **Effektiv mähen** - Kombimähwerk mit drei Messern, Mähbreite 125-155 cm
- **Kraft in Hülle und Fülle** - 3-Zylinder Yanmar Dieselmotor mit 20 oder 26 PS
- **Perfekt für alle Jahreszeiten** - umfangreiches Zubehör
- **Leicht zu manövrieren** - Echte Knicklenkung
- **Sichere Navigation auf unebenen Terrain** - Allradantrieb serienmäßig
- **Bequem arbeiten** - Hydraulische Bedienelemente
- **Schnelle Fortbewegung** - Fahrgeschwindigkeit 20-24 km/h

TITAN - Händler:
Paumann Wilhelm, Ober-Schönbichl 25, 3300 Amstetten
Ortlieb Friedrich, Ledererg 9-11, 3430 Tulln an der Donau
Haus-, Garten- und Geräte-Service, Metzgerstraße 1, 5101 Bergheim
Stadler Friedrich, Teiseneck 8, 5272 Treubach
Lieb Markt Gleisdorf, Ludwig Binder-Str 14, 8200 Gleisdorf
Kögl Ges.m.b.H., Nr. 255, 8462 Gamlitz
Landforst Kapfenberg, Maierhofstr. 5-7, 8605 Kapfenberg
Garten und Geräte Spezi, Kerpelystr. 74, 8700 Leoben
Pirker Gartentechnik, Inh. Burghauser, Nr. 139, 9814 Mühldorf, Mölltal

Rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRA-STRUKTUR

Seit vielen Jahren ist die Kommunalkredit der kompetente Finanzierungspartner für Städte, Gemeinden und die öffentliche Hand. Infrastruktur-Projekte zu finanzieren, war schon immer unsere Aufgabe, die wir mit großem Engagement meistern. Wir sind stolz darauf, damit Projekte zu ermöglichen, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, **ENERGIEVERSORGUNG** oder Anlagen der Wasserwirtschaft sind für die Allgemeinheit wichtig. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind ein wichtiges Kapital für Städte und Gemeinden, damit sie ihre Vorhaben im Bereich der Infrastruktur erfolgreich umsetzen können. Dieser besonderen Herausforderung werden wir uns auch in Zukunft mit allen Kräften stellen. Wir sind Österreichs führende Bank für Investitionen in öffentliche Infrastruktur.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

kommunal KREDIT